

Das Argument

68

13. Jahrgang 1971

Ausländerbeschäftigung und Imperialismus. Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (III)

Ruth Becker, Gerhard Dörr und Karl Hermann Tjaden:
Fremdarbeiterbeschäftigung im deutschen Kapitalismus 741

K. Schahbazian und H. Wilke: Bewußtseins Elemente
türkischer Arbeiter in der BRD 757

Klaus-Peter Dietzel: Die Rolle der rückkehrenden
Arbeiter in der Entwicklungsstrategie des westdeutschen
Imperialismus 764

Marios Nikolinakos: Zur Frage der Auswanderungseffekte
in den Emigrationsländern 782

Günter Schiller: Die Auswanderung von Arbeitskräften
als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung 800

Diskussion

Karl-Heinz Götze und Jürgen Harrer: Anmerkungen
zu einer Kursbuch-Polemik gegen die politische Ökonomie
des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR 810

Besprechungen:

Sprachtheorie; Massenkommunikation, Manipulation
und Werbung; soziale Entwicklung und Klassenkämpfe
in den USA; Bericht der Bundesregierung zur Lage der
Nation; Fragen der DDR-Wirtschaft 851

Ruth Becker, Gerhard Dörr, K. H. Tjaden

Fremdarbeiterbeschäftigung im deutschen Kapitalismus

Die Diskussion der Ausländerbeschäftigung in der BRD hat sich bisher in der Regel auf die sogenannten sozialen Aspekte der Existenz der „Gastarbeiter“ konzentriert und die gesellschaftlichen Funktionen dieses Arbeitskräftekontingents vernachlässigt. Ausnahmen hiervon bilden vor allem die wirtschaftswissenschaftlichen Analysen und Prognosen der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in der BRD und der volkswirtschaftlichen Effekte der Ausländerbeschäftigung. Diese Erörterungen von Funktionen der ausländischen Arbeitskräfte sind aber in der Regel nicht zu einer Darlegung der geschichtlichen Entwicklung und der gesamtgesellschaftlichen Rolle der Ausländerbeschäftigung gelangt. Hierzu sollen die folgenden Darlegungen einige Materialien und Argumente beitragen.

Wir können die Geschichte der Ausländerbeschäftigung seit dem Abschluß des Industrialisierungsprozesses in der vormonopolistischen Phase des Kapitalismus bis in die bundesrepublikanische Entwicklung hinein als Spezialgeschichte der Bewegung der industriellen Reservearmee im deutschen Kapitalismus betrachten. Zwar hat die Beschäftigung ausländischer Arbeiter auch schon in der Periode der liberal-kapitalistischen Grundlegung des industriellen Kapitalismus in Deutschland eine gewisse Rolle gespielt: der Aufbau des Verkehrswesens in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts etwa hat auch auf der Arbeitsleistung ausländischer Spezialarbeiter, etwa aus Italien, beruht. Aber ihre besondere Bedeutung als ein Teil der Reservearmee zur Entwicklung der kapitalistischen Produktion und Reproduktion gewinnen die ausländischen Arbeiter vor allem mit der Entfaltung der monopolistischen und imperialistischen Form der kapitalistischen Produktionsweise. Vor allem im Übergang zum monopolistisch-imperialistischen Kapitalismus ist die von Marx sogenannte „Surplusarbeiterpopulation“, auch „industrielle Reservearmee“ genannt, nicht mehr nur „notwendiges Produkt“ des Fortschritts der Produktivkräfte im Zuge der Kapitalakkumulation, sondern umgekehrt auch „Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja ... Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise“ selbst. Vor allem in Perioden des raschen Akkumulationsfortschritts müssen „große Menschenmassen plötzlich und ohne Abbruch der Produktionsleiter in andren Sphären [der Produktion] auf die entscheidenden Punkte werfbar sein. Die Überbevölkerung liefert sie“. Auf der „beständigen Bildung, größern oder geringern Absorption und Wiederbildung der industriellen Reservearmee“ aber „beruht“

überhaupt der „charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation . . .“¹. Auch die krisenstuernden Gestaltwandlungen des Kapitalismus nach Beendigung der Phase der freien Konkurrenz, die Entfaltung von Monopolbildung, Imperialismus, wissenschaftlicher Produktivkraftentwicklung und staatlicher Regulierungstätigkeit haben an diesen Entwicklungsschwankungen und an der damit verknüpften Bewegung der Reservearmee nichts geändert. Sie machten überdies eine vermehrte Einbeziehung ausländischer Arbeitskräfte in das — beschäftigte oder freigesetzte — Arbeitskräftereservoir nötig: die für das nachliberale Stadium unabdingbare Dämpfung des — ohnehin stets erst zu erkämpfenden — Lohnanstiegs bei gleichzeitiger Bevorrechtung der inländischen Arbeiter und Angestellten ließ sich am geschicktesten durch eine Einbeziehung von ausländischen Arbeitskräften in den Arbeitsprozeß erreichen, die die unterprivilegierten Arbeiten zu objektiv lohn-drückenden Bedingungen zu verrichten hatten. Daher konnte Lenin feststellen: „Gerade für den Imperialismus ist eine solche Ausbeutung der Arbeit *schlechter bezahlter* Arbeiter aus rückständigen Ländern besonders charakteristisch. Gerade darauf basiert in einem gewissen Grade der *Parasitismus* der reichen imperialistischen Länder, die auch einen Teil ihrer eigenen Arbeiter durch eine höhere Bezahlung bestechen, während sie gleichzeitig die Arbeit der ‚billigen‘ ausländischen Arbeiter maßlos und schamlos ausbeuten. Die Worte ‚schlechter bezahlten‘ müßten hinzugefügt werden, ebenso wie die Worte: ‚und oft rechtlosen‘, denn die Ausbeuter der ‚zivilisierten‘ Länder machen sich immer den Umstand zunutze, daß die importierten ausländischen Arbeiter rechtlos sind“².

In der kapitalistischen Industrialisierung Deutschlands seit den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war — von den oben genannten Ausnahmen abgesehen — der Arbeitskräftebedarf durch das einheimische Potential befriedigt worden, das wegen der sozialökonomisch induzierten Bevölkerungsexplosion in übergroßem Maße vorhanden war und die Abwanderung großer Menschenmassen nach Übersee bis zum Ende des Jahrhunderts erlaubte. Jedoch setzte bereits in der konjunkturellen Hochphase Anfang der siebziger Jahre eine relative Arbeitskräfteverknappung ein, die sich besonders in der ostelbischen Landwirtschaft bemerkbar machte, allerdings in der 1873 einsetzenden Krise und Großen Depression wieder verschwand. Mit dem Übergang zur imperialistisch-monopolistischen Kapitalakkumulation und deren Aufschwung zu Beginn der achtziger Jahre aber trat endgültig Arbeitskräfteverknapp-

1 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 661. Daten zur Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland im 19. Jahrhundert und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts finden sich bei A. Knoke, Ausländische Wanderarbeiter in Deutschland. Phil. Diss. Leipzig 1911.

2 W. I. Lenin, Zur Revision des Parteiprogramms, Werke 26, S. 135 bis 165, hier S. 155.

pung ein, die sich besonders im Bereich der sich zentralisierenden und konzentrierenden Schwerindustrie, vor allem im Bergbau des Ruhrgebietes, bemerkbar machte. „Es zeigte sich schon früh, daß der ständig wachsende Bedarf der Neugründungen an Arbeitskräften nicht im Westen ergänzt werden konnte, die Unternehmer schickten deshalb in den 80er Jahren besondere Werber nach Ostpreußen und in andere Ostgebiete, sogar nach Steiermark und Krain... Es sind Heere, die seit 1880 zwischen Ruhr und Emscher ansässig geworden sind³.“ Unter ihnen befanden sich vor allem auch polnische Arbeiter aus den preußischen Ostprovinzen und aus dem russischen Reich. Die besondere Diskriminierung dieser ausländischen Arbeitskräfte im Ruhrgebiet durch die Bergpolizeiverordnung von 1899 und das Reichsvereinsgesetz von 1908 bestand vor allem in der systematischen Beschränkung der betrieblichen Aufstiegsmöglichkeiten der Bergarbeiter und der ausländischen Arbeiter überhaupt und des politischen und landsmannschaftlichen Zusammenschlusses⁴. In der Konsequenz dieser Wanderungsbewegungen von Ost nach West verschärfte sich die Arbeitskräfteknappheit in der ostelbischen Landwirtschaft, zumal der Übergang zu intensiverer Bewirtschaftung in Verbindung mit der industriellen Zuckerrübenverwertung und der Verschlechterung der internationalen Marktlage des deutschen Getreideanbaus einen besonderen saisonalen Arbeitskräftebedarf mit sich brachte. Schon in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wanderten Polen als Arbeitskräfte in die östlichen Preußenprovinzen ein. Erst nach Änderung der Nationalitätenpolitik mit dem Sturz Bismarcks aber kam es zur offiziellen Zulassung der polnischen saisonalen Pendelwanderung und zur staatlichen Kontrolle des agrarischen Einsatzes der ausländischen Arbeiter durch die Feldarbeiterzentrale, eine halbstaatliche Zentrale für Arbeitsvermittlung. Die Diskriminierung dieser Arbeitskräfte durch Einführung einer Zwangslegitimation 1907 verstärkte die Bindung der ausländischen Arbeiter an einen bestimmten Unternehmer, und diese Auslieferung bei Strafe der Ausweisung verschlechterte ihre materielle Situation⁵. Mit diesem Einsatz ausländischer Arbeiter in der Schwerindustrie, in der kapitalistischen Landwirtschaft sowie im Ausbau des Verkehrswesens, bei dem besonders Italiener beschäftigt waren, wurden schon in den Jahren

3 W. Brepohl, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Recklinghausen 1948. S. 96 f. Vgl. auch: W. Becker, Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen für die Herausbildung des industriellen Proletariats in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung Preußens von 1850 bis 1970. In: Studien zur Geschichte der Industriellen Revolution in Deutschland. Berlin 1960, S. 209—240.

4 Vgl. H.-U. Wehler, Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918. In: H.-U. Wehler, Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln, Berlin 1968, S. 437—455.

5 Hierüber ausführlich und kritisch: Johannes Nichtweiss, Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890 bis 1914. Berlin 1959, bes. S. 27 ff., 130 ff.

bis zum Ersten Weltkrieg, in denen die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland die Millionengrenze überschritt, wesentliche Teile der kapitalistischen Akkumulation von Ausländern getragen. Schon den zeitgenössischen bürgerlichen Sozialwissenschaftlern war nicht zweifelhaft, daß diese Arbeitskräfte die beiden gesellschaftlichen Grundfunktionen industrieller Reservearmeen erfüllten: die unterprivilegierte Arbeit zu objektiv lohndrückenden Bedingungen zu verrichten und die konjunkturell schwankenden Arbeitskräfteanforderungen auf für das Kapital billige Weise abzudecken⁶. Im System der Zwangsbeschäftigung von Ausländern im Ersten Weltkrieg, das in der zweiten Phase der kriegswirtschaftlichen Entwicklung vor allem mit der Verschleppung von Belgiern praktiziert wurde, waren beide Funktionen vereint, wenn auch der Produktionseffekt dieser Zwangsarbeit zweifelhaft blieb⁷.

Erst im faschistischen Deutschland wurde das System der Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte zu einem effektiven Mittel der erweiterten Kapitalreproduktion ausgebaut. Dies geschah in der Kriegswirtschaft seit Beginn des Zweiten Weltkrieges. In den vorangegangenen Entwicklungsphasen des deutschen Faschismus hatten die staatlichen Maßnahmen zur Regulierung der kapitalistischen Reproduktion vor allem dahin gezielt, die unbeschäftigte industrielle Reservearmee aus der einheimischen Bevölkerung, die die Weimarer Republik hindurch mehr oder minder stark existiert hatte und besonders in der Weltwirtschaftskrise angeschwollen war, zu reduzieren. Die faschistische Wirtschaftspolitik hatte dieses Problem schrittweise dadurch bewältigt, daß sie die staatlichen Investitionen (Infrastrukturbereich) stark ausweitete und den staatlichen Konsum (Rüstungsaufträge) erheblich vergrößerte. So konnte sie im Interesse des herrschenden ökonomischen Machtkartells „die Krisenfolgen durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen einer forcierten Rüstungspolitik ... überwinden“⁸.

„Durch die Arbeitsbeschaffungsprogramme (Gebäudewiederherstellung, Inangangsetzung der stillgelegten Kapazitäten usw.) wurde die Arbeitslosigkeit praktisch beseitigt, die Industrie wurde einer vollen Beschäftigung zugeführt“⁹.“ Der relative Vorrang der traditionellen Produktionsgüterindustrien im Montanbereich, der in den ersten Jahren des faschistischen Systems erhalten und gefördert wurde, ging mit der Politik des Vierjahresplans ab 1936 zugunsten der chemischen und der elektrotechnischen Industrie verloren, die im

6 Vgl. M. Weber, Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland... Dargestellt auf Grund der vom Verein für Socialpolitik veranstalteten Erhebungen. Berlin 1892, S. 793.

7 Vgl. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht. Düsseldorf 1961, S. 339; G. D. Feldman, Army, industry, and labor in Germany 1914—1918. Princeton 1966, S. 308.

8 E. Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht. In: Das Argument 47, 10, 1968, S. 168—192, hier: S. 172.

9 R. Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945. Zweite Auflage, Berlin 1963, S. 14.

Interesse der Autarkisierung, Rationalisierung und Militarisierung der deutschen Wirtschaft durch staatliche Akkumulationshilfe und wissenschaftliche Entwicklungsarbeit forciert wurden. Im Zuge dieser Entwicklung war bereits 1937 „eine merkliche Knappheit an Arbeitskräften spürbar geworden, die sich im Jahre 1938 ständig verstärkte und eine planvolle Lenkung im Einsatz der Arbeitskräfte erforderlich machte. Besonders sinnfällig kam dieser Wandel zum Ausdruck durch die Verordnung zur Sicherung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“¹⁰. Die Disziplinierung der einheimischen Arbeitskräfte, deren materielle Lage sich in dieser Zeit verschlechtert hatte, wurde in der unmittelbaren Vorbereitungszeit des Zweiten Weltkrieges systematisch verschärft: „Aus Görings Vierjahresplanbehörden kamen seit 1936 weitreichende Entwürfe zur Lohn- und Produktionslenkung, zum Verbot der Abwerbung und zur Stabilisierung der Arbeitsverhältnisse ... die Planungen zur Dienstverpflichtung der Arbeitnehmer sind erst seit Juni 1938 für kriegswichtige Unternehmen (Hermann-Göring-Werke, Westwall) und erst nach Beginn des Krieges konsequent verwirklicht worden“¹¹. Diese Unterdrückung der einheimischen Arbeiter und Angestellten wurde durch den zwangsweisen Einsatz ziviler ausländischer Arbeitskräfte, inländischer Verfolgter des Nazi-Regimes und Kriegsgefangener ergänzt, wodurch die zur „Wehrmacht“ eingezogenen Arbeitskräfte ersetzt wurden. Diese Verhältnisse spiegelten sich in der ebenso bürokratischen wie euphemistischen Sprache von „Wirtschaft und Statistik“ wie folgt: „Durch die Einberufungen zur Wehrmacht ergab sich eine empfindliche Lücke, die durch Einschränkung nicht kriegswichtiger Arbeiten und durch Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte geschlossen werden mußte. Abgesehen davon, daß der Kriegsverlauf dem Reich wieder neuen Gebietszuwachs und damit wertvolle Arbeitskräfte brachte, gelang es, im Inland und im Ausland Millionen helfender Hände für den Arbeitseinsatz in der deutschen Wirtschaft zu gewinnen ... An zusätzlichen Arbeitskräften konnten aus dem Inland im Verlauf der ersten Kriegsjahre rd. eine Million mehr Frauen in Arbeit gebracht werden. Dazu kommt noch eine beträchtliche Zahl von Männern, die vor dem Krieg keine oder eine selbständige Berufstätigkeit ausübten, wie Rentner, Pensionäre, Handwerker usw. Gleichwohl sind an weiblicher Arbeitskraft noch einsatzfähige Reserven vorhanden. Erheblich ist auch wieder der Anteil der Ausländer an der Beschäftigtenzahl ... Am 25. September 1941 waren im Reich 2,1 Millionen Ausländer als Arbeiter oder Angestellte tätig“¹². Diese kamen vor allem aus Belgien, Italien, Jugoslawien, Polen, den Niederlanden und der CSR.

„Nahezu die Hälfte der Ausländer ist der Land- und Forstwirtschaft zugeführt worden (44,8 v. H.), doch sind die Ausländer auch in fast

10 Wirtschaft und Statistik 19, 1939, Nr. 1, S. 24.

11 K. D. Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Köln, Berlin 1970, S. 362.

12 Wirtschaft und Statistik 22, 1942, Nr. 2, S. 45.

allen Gewerbebezweigen (zusammen 50,7 v. H.) vertreten. Auf hauswirtschaftliche und kaufmännische Berufe entfallen nur 4,5 v. H. Die Zahl der im Reich beschäftigten *Kriegsgefangenen* belief sich im Herbst 1941 auf 1,5 Mill., die etwa zur Hälfte in der Land- und Forstwirtschaft, dann vor allem in der Bauwirtschaft eingesetzt sind, aber auch in den übrigen Gewerben in steigendem Maße Verwendung fanden. Die kriegsgefangenen Polen sind im Verlauf des Jahres 1940 fast durchweg entlassen und in ein ziviles Arbeitsverhältnis übergeführt worden¹³.“ Die sofort nach Kriegsbeginn einsetzende Massenrekrutierung „rechtloser Fremd- und Sklavenarbeiter“¹⁴ diente zunächst vor allem dem außerindustriellen Arbeitskräftebedarf, weil die Entfaltung moderner Produktivkräfte in der Industrie mit den Mitteln der Zwangsarbeit nicht zu bewältigen war. Allerdings begann in der zweiten Phase des Krieges aufgrund der wachsenden Arbeitskräfteverknappung „eine neue Entwicklung, die bis zum Ende des Krieges anhielt. Das Verhältnis in der Verteilung der Arbeitskräfte verschob sich allmählich zugunsten der Industrie, wenngleich die absolute Zahl der in der Landwirtschaft eingesetzten Arbeiter auch weiterhin bedeutend höher war als in der Industrie. Während im Mai 1940 von den ca. 1,2 Millionen Ausländern und Kriegsgefangenen 260 000 in der Industrie und 680 000 in der Landwirtschaft beschäftigt waren, arbeiteten im Mai 1941 von 3 Millionen Ausländern 1 460 000 in der Landwirtschaft und 970 000 in der Industrie. Also war die Zahl der in der Landwirtschaft arbeitenden Ausländer von 680 000 auf 1 460 000, um das Doppelte, und die Zahl der in der Industrie arbeitenden Ausländer von 260 000 auf 970 000, also um das 3,7fache, angestiegen“¹⁵.

Mit dem Übergang zur „zentral geplanten“ totalen Kriegswirtschaft, den die forcierte Kapitalakkumulation unter Kriegsbedingungen 1942/43 erzwang, wurde im wesentlichen nur eine systematische Aushebung, Umverteilung und Ausbeutung von Arbeitskräften zu-

13 A.a.O.; es ist kein Zufall, daß die scheinbar rein sachorientierte Sprache staatlicher Fachbehörden wie diejenige des Statistischen Reichsamtes nicht im Wesen von der Sprache der faschistischen Propaganda verschieden war; vgl. z. B. F. Didier, *Europa arbeitet in Deutschland*. Berlin 1943, S. 18: „... die Scharen freiwilliger ausländischer Arbeiter ... entschlossen sich, ... an die deutsche Werkbank zu treten und damit der neuen organisatorischen Einheit sowie der angestrebten vernünftigen Ordnung in Europa Hand und Herz zu leihen.“ Die Ankunft des millionsten ausländischen Arbeiters in Westdeutschland 1964 wurde vom zuständigen Bundesminister mit den folgenden Worten gewürdigt: „Die Gastarbeiter haben bei uns den Beweis dafür erbracht, daß die Verschmelzung Europas und die Annäherung von Menschen verschiedenster Herkunft und Gesittung in Freundschaft eine Realität sind.“ (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 160/1964, S. 1480.)

14 Bracher, a.a.O., S. 362.

15 E. Seeber, *Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939—1945)*. Berlin 1964, S. 43.

gunsten des monopolistischen Kapitals realisiert. Der verstärkte Einsatz billiger ausländischer Zwangsarbeiter stand im Mittelpunkt dieses Systems¹⁶. Der teilweise noch als Anwerbung freiwilliger Arbeitskräfte ausgegebene Zwangseinsatz ausländischer Arbeiter wurde durch den „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ mittels eines Ende 1942 eingerichteten „Europa-Amtes für den Arbeitseinsatz“ unter Zuhilfenahme der zuständigen Arbeitsämter organisiert¹⁷. Außerdem betrieben die interessierten Konzerne in den besetzten Gebieten das, was offizielle Stellen „wilde Werbungen“ nannten, und zwar mit Hilfe von „Werbebüros“, „die so aufgebaut wurden, daß sie selbst den Konkurrenzunternehmen, das heißt den Arbeitsämtern der Okkupationsverwaltung sowie den Agenturen anderer Konzerne und Betriebe, möglichst unbekannt bleiben“¹⁸. Diese „wilden Werbungen“ nahmen ein solches Ausmaß an, daß sie schließlich die allgemeinen Massenrekrutierungen der Okkupationsbehörden behinderten. Der Reichsarbeitsminister wies die Präsidenten der Landesarbeitsämter im Interesse der Kriegswirtschaft wiederholt an, die „eigenmächtigen Anwerbungen, insbesondere durch Vertreter von Betrieben und Verbänden“, zu unterbinden. Jedoch „ließen diese Aktionen keineswegs nach, sondern nahmen in der Folgezeit noch zu“¹⁹.

„Die Einsatz- und Lebensbedingungen der zivilen Zwangsarbeiter waren außerordentlich unterschiedlich; die meisten wurden wie Gefangene gehalten. Unmenschliche Ausbeutung und Behandlung trieben viele in den Tod²⁰.“ Die Verschleppung von Arbeitskräften in Konzentrationslager, von denen aus sie in Arbeitsstätten der monopolistischen chemischen Industrie verkauft wurden, stellt den extremsten Fall der monopolistischen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft dar²¹.

Nach Schätzungen und Berechnungen von Wagenführ und Seeber waren gegen Ende des Zweiten Weltkriegs sieben bis acht Millionen

16 Vgl. besonders: W. Bleyer, Staat und Monopole im totalen Krieg. Der staatsmonopolistische Machtapparat und die „totale Mobilisierung“ im ersten Halbjahr 1943. Berlin 1970, insbesondere S. 127 ff.

17 Vgl. ebd., S. 127; vgl. dazu Adam, Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, in: Deutsche Verwaltung, 18, 1941, S. 322 ff.

18 Seeber, a.a.O., S. 49.

19 Seeber, a.a.O., S. 50; vgl. zum Konkurrenzkampf der Monopole auch ebd., S. 70 ff.

20 Bleyer, a.a.O., S. 149. Es ist festzuhalten, daß dieses Gesamtsystem der Zwangsarbeit an dem Anschein legalistischer Ordnungsmäßigkeit festhielt; vgl. dazu z. B. B. Ph. Hertel, Arbeitseinsatz ausländischer Zivilarbeiter, Stuttgart 1942, bes. S. 9 ff., 35 ff., 62 ff.

21 Vgl. hierzu das „Merkblatt [der IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Werk Auschwitz, vom 15. Mai 1941] über den Einsatz von Konzentrationslager-Häftlingen zur Ausführung von Arbeiten in unserem Werk“ in R. Schnabel, Macht ohne Moral, Frankfurt/M. 1957, S. 235, und überhaupt dort S. 203 ff.

ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangene — die etwa ein Viertel der Gesamtbeschäftigten darstellten — in der deutschen Wirtschaft eingesetzt²². Diese Ausländerbeschäftigung ist zwar der Form, keineswegs aber ihrer gesellschaftlichen Bedeutung nach ein spezifisches Element faschistischer Herrschaftsausübung. Man muß W. Bleyler im wesentlichen zustimmen, wenn er schreibt: „Das Drängen der deutschen Monopolkapitalisten auf verschärfte Ausbeutung möglichst vieler europäischer Arbeiter ist eine vom deutschen Imperialismus kontinuierlich betriebene Methode, die er bereits seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bis heutzutage in der Bundesrepublik verfolgt. Die Zwangsarbeiter des Zweiten Weltkriegs, die man schon damals zuweilen demagogisch als ‚Gastarbeiter‘ bezeichnete, unterscheiden sich von den Hunderttausenden, von deutschen Monopolkapitalisten vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebeuteten ‚Fremdarbeitern‘ natürlich weitgehend durch den Grad der politischen und ökonomischen Unfreiheit. Allein die Tatsache, daß sie damals wie heute ‚Gastarbeiter‘ genannt werden, in Wirklichkeit aber billige Ausbeutungsobjekte sind, ist ein Merkmal für die Kontinuität im Wesen des deutschen Monopolkapitals . . .²³.“

Allerdings vollzieht sich die Entwicklung von Kapitalakkumulation und Lohnarbeit im kapitalistischen System der BRD in einer Form, die von der Form des Produktions- und Reproduktionsprozesses früherer Perioden des Imperialismus erheblich verschieden ist. Das wirkt sich auf Art und Umfang der Ausländerbeschäftigung aus. Anders als in der Phase vor dem Zweiten Weltkrieg, in der Krisenüberwindung und gesamtwirtschaftliche Autarkie Leitbilder der staatlichen Regulierung des Kapitalismus waren, ist unter den Bedingungen einer verstärkten Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer erhöhten Problematisierung durch den sozialistischen Aufbau in Ostdeutschland die Expansion um jeden Preis das wichtigste Orientierungsziel geworden. Die systematische Expansion der kapitalistischen Produktion ist Hauptmerkmal der Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft seit der Währungsreform von 1948 und der Gründung der BRD. Die extensive Expansion von Kapitalakkumulation und Lohnarbeit stand in der ersten Phase der BRD-Entwicklung, die grob gerechnet die fünfziger Jahre umfaßt, im Vordergrund. Die hohe jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts 1950 bis 1960 von 7,9 Prozent wurde durch eine fortwährende Einbeziehung bislang unbeschäftigter oder zugewanderter Arbeitskräfte in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß sowie durch eine Vermehrung des Produktionsmitteleinsatzes erreicht, die zu einer ungefähren Verdoppelung des Wertumfangs des industriellen Bruttoanlagevermögens in der BRD führte. Die verstärkte Ausnutzung von Arbeitskräften und Produktionskapazitäten, die Einbeziehung immer qualifizierterer Arbeitskräfte, insbesondere

22 Vgl. Seeber, a.a.O., S. 96; R. Wagenführ, a.a.O., S. 89.

23 Bleyer, a.a.O., S. 137 f.

aus der DDR, in den Arbeitsprozeß und die Ausbreitung hochentwickelter Produktionstechniken, die dem im Zweiten Weltkrieg erreichten Spitzenniveau entsprachen oder es übertrafen, ermöglichten eine immer raschere Expansion der Akkumulation von Sachkapital und der Ausbeutung von Lohnarbeit. Freilich vollzog sich dieses Wachstum mit abnehmender Geschwindigkeit und in zyklischer Weise: „Das Sozialprodukt hat sich mit Fluktuationen um einen mit abnehmender Rate steigenden Trend entwickelt²⁴.“ Doch sind diese Verlangsamung und diese Wechselbewegungen des wirtschaftlichen Wachstums nur Ausdruck einer modifizierten Durchsetzung eines historisch oft genug bekräftigten Grundzugs kapitalistischer Produktion: ihrer Neigung zu Depression und Periodizität. Die moderne Modifikation dieser Entwicklungszüge besteht eben darin, daß sie zugunsten eines systematisch geförderten Wachstums überspielt werden.

Dieser Formwandel kapitalistischer Produktion und Reproduktion, der durch die Einbeziehung staatlicher und wissenschaftlicher Potenzen in die monopolistisch organisierte Akkumulation und Exploitation sich ergibt, setzt sich in den sechziger Jahren, zumal seit der Wirtschaftskrise der Jahre 1966/67, in der Strategie eines dynamischen Wachstums fort, die vorab an einer planmäßig disproportionalen Entwicklung der Primär- und Sekundärverteilung des Nationaleinkommens interessiert ist. In der expansiven Ausrichtung des Akkumulations- und Exploitationsprozesses nun sind die traditionellen kapitalistischen Mechanismen der Wirtschaftsentwicklung: die Zusammenballung profitabler Anlagen von Sachkapital und die Freisetzung überschüssiger Personifikationen von Lohnkapital im Prozeß von Krise, Depression, Aufschwung und erneuter Krise überholt. An die Stelle der Expansion und Kontraktion von industrieller Kapitalanlage und industrieller Reservearmee tritt eine wenigleich schwankungsreiche so doch aufwärtsgerichtete expansive Tendenz von Investition, Beschäftigung und Sozialprodukt, die bis zur Krise von 1966/67 anhält²⁵. So begann sich im letzten Drittel der fünfziger Jahre das Reservoir billig verfügbarer rationeller Produktionsmittel ebenso wie das Reservoir zugewanderter qualifizierter Arbeitskräfte zu erschöpfen. Schon seit 1954/55 hatten die Unternehmerverbände der BRD

24 W. Vogt, Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft von 1950 bis 1965 und ihre theoretische Erklärung. Tübingen 1968, S. 3. Vgl. hierzu auch: A. Lemmnitz, Lage, Bewußtseinsentwicklung und Kampf der Arbeiterklasse in Westdeutschland, in: Kapital und Arbeit in Westdeutschland. Gegenwartprobleme der Lage der westdeutschen Arbeiterklasse. DWI-Forschungshefte 4/1967, S. 3—32. Zur Gesamtentwicklung der Produktions- und Klassenverhältnisse in der BRD seit 1949 vgl. ferner: M. Tjaden-Steinhauer und K. H. Tjaden, Die Entwicklung der Sozialstruktur in der BRD und in der DDR, in: A. Hartmann [u. a.], BRD—DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme. Köln 1971, S. 161—205.

25 Vgl. Lemmnitz, a.a.O., S. 7—13; Spätkapitalismus ohne Perspektive. Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der 60er Jahre. Berlin 1969, bes. S. 88 ff.

daher Initiativen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ergriffen. Mit der dauernden Einbeziehung der inländischen Reservarmee in die expandierende Wirtschaft und der gleichzeitig durchgesetzten ansteigenden Lohnentwicklung erwies sich auch die Beschäftigung wenig oder nicht qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte als rationell. Die Anwerbung, Vermittlung und weitgehend auch Kontrolle solcher Arbeitskräfte, die zumal aus Mittelmeerländern rekrutiert wurden, wurde zentralen staatlichen Institutionen — insbesondere der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung — übertragen. In der Zeit von 1954 bis 1959 wuchs die Zahl der ausländischen Arbeiter auf etwa das Doppelte. Aber vor allem in den sechziger Jahren, als die Beendigung der Zuwanderung von Arbeitskräften aus der DDR und die ungünstige natürliche Bevölkerungsentwicklung das Arbeitskräfteproblem immer schwieriger werden ließen, nahm der Zuzug von Ausländern durch amtliche Vermittlung, EWG-Freizügigkeit und unkontrollierte Zuwanderung aus Nicht-EWG-Ländern erheblich zu. Die Zahl der ausländischen Lohnabhängigen stieg von 279 000 im Jahre 1960 auf 1 501 000 im Jahre 1969²⁶. Die Freizügigkeit in der EWG, die nur schrittweise verwirklicht wurde, trug hierzu freilich nur partiell und erst relativ spät bei: „Die westdeutschen Monopole drängten einerseits auf die ungehemmte Nutzung der Arbeitskräfte anderer EWG-Staaten sowie jener Länder, die, wie Griechenland und die Türkei, als assoziierte Mitglieder der EWG beitraten. Andererseits waren sie nicht dazu bereit, bei der Anwerbung von Arbeitskräften den EWG-Staaten einen Vorrang einzuräumen.“ Das Interesse an den unter günstigeren finanziellen und rechtlichen Bedingungen einsetzbaren Arbeitern, denen noch nicht der Status des „Europapartners“ zukommt, hat zur Verzögerung der Verwirklichung der EWG-Freizügigkeit und zur Beibehaltung der Möglichkeit der „Anwerbung“ aus Drittländern geführt²⁷.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der BRD erreichte nach dem Ende der Rezession im Zuge des Konjunkturaufschwungs einen neuen Höhepunkt. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit wurden Ende September 1968 1 089 873 ausländische Lohnabhängige in der BRD beschäftigt, Ende September 1969 1 501 409 und Ende September 1970 1 948 951 ausländische „Arbeitnehmer“²⁸. Vom September 1969 bis zum September 1970 wurden die

26 Ausländische Arbeitnehmer. Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung — Erfahrungsbericht [der Bundesanstalt für Arbeit] 1969. Beilage zur ANBA 8/70 vom 28. August 1970, S. 3.

27 L. Elsner, Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland. Zur Lage und zum Kampf der ausländischen Arbeiter unter den Bedingungen des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems (1955—1968). Berlin 1970, S. 29 ff.

28 Die beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen im Bundesgebiet Ende September 1970. In: ANBA 18, 1970. S. 923—933, hier S. 923.

Italiener als die bis dahin stets stärkste Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte von diesem ersten Platz verdrängt. Ende September 1970 stellten die Jugoslawen mit 21,7 % den größten Anteil an den beschäftigten Ausländern, gefolgt von den Italienern mit 19,6 %, den Türken mit 18,2 %, den Griechen mit 12,4 %, den Spaniern mit 8,8 % und den Portugiesen mit 2,3 % der in der BRD beschäftigten lohnabhängigen Ausländer. Fast 29 % dieser Ausländer waren Frauen, wobei auch nach der neuesten Auszählung die Griechen den höchsten Frauenanteil (42,6 %) aufwiesen²⁹.

Die Zahl der vermittelten ausländischen Arbeitskräfte mit beruflicher Qualifikation lag im Jahre 1969 höher als 1968 und machte 1969 16,7 % aller Vermittlungen aus. „Hierzu trugen die Vermittlungen von jugoslawischen Arbeitnehmern mit beruflicher Qualifikation durch die neu eingerichtete Deutsche Delegation in Belgrad wesentlich bei³⁰.“ An der Spitze der vermittelten ausländischen Arbeitskräfte mit fachlicher Qualifikation lagen die Türken mit 28,2 %, gefolgt von den Italienern mit 27,1 % und den Jugoslawen mit 18 %. „Die stärkste Gruppe unter den vermittelten Arbeitnehmern mit fachlicher Ausbildung oder Erfahrung bildeten auch 1969 die Baufacharbeiter. An zweiter Stelle folgten, anders als 1968, die Metallherzeuger und Metallbearbeiter einschließlich der Elektriker vor den Textilerstellern und Textilverarbeitern³¹.“ Eine Repräsentativuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit von 1968 ergab, daß 30 % der ausländischen Arbeiter und etwa $\frac{1}{5}$ der ausländischen Arbeiterinnen beruflich aufgestiegen waren. Allerdings „handelte es sich hierbei hauptsächlich um den Aufstieg vom ungelerten zum angelernten Arbeiter, der meist nach einer innerbetrieblichen Anlernung für bestimmte Tätigkeiten erreicht wurde³².“

Die Aufgliederung der durch die Bundesanstalt für Arbeit vermittelten ausländischen „Arbeitnehmer“ nach Berufsgruppen zeigt, daß auch 1969 die Vermittlungen in den Metallberufen mit über 40 % an der Spitze lagen. Es folgten die Baufach- und Bauhilfsarbeiter mit 17,2 %. „Nach Nationalitäten gegliedert, nahmen bei den türkischen, jugoslawischen und italienischen Arbeitnehmern die Vermittlungen in den Metallberufen vor jenen in den Bauberufen die Spitzenstellung ein³³.“

Die Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen läßt deutlich einen rasch wachsenden Schwerpunkt in der Eisen- und Metallindustrie und einen weiteren Schwerpunkt im übrigen verarbeitenden Gewerbe erkennen:

29 A.a.O., S. 924 und 931.

30 Ausländische Arbeitnehmer ... 1969, a.a.O., S. 31.

31 A.a.O., S. 32.

32 A.a.O., S. 84.

33 A.a.O., S. 31.

Die beschäftigten ausländ. Arbeitskräfte nach Wirtschaftsabteilungen

	absolut	Ende September			
		1970 %	1969 %	1968 %	1967 %
Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	750 322	38,5	37,5	33,9	31,2
Verarbeitende Gewerbe	471 074	24,2	25,8	26,8	26,9
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	325 782	16,7	15,5	15,3	15,4
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	93 686	4,8	5,1	6,0	6,4
Handel-, Geld-, Versicherungswesen	92 098	4,7	4,9	5,4	5,7
Private Dienstleistungen	90 862	4,7	5,0	5,7	6,2
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	64 228	3,3	3,2	3,6	4,3
Verkehrswesen	42 639	2,2	2,1	2,2	2,6
Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau, Fischerei	18 260	0,9	0,9	1,1	1,3
Insgesamt:	1 948 951	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: ANBA Nr. 12/1970.

Die Stellung der Arbeitskräfte im Betrieb ist in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr verschieden. Für Herbst 1968 ergibt sich folgende Gliederung: „Der Anteil der ungelernten und angelernten ausländischen Männer zusammen war in der Land- und Forstwirtschaft mit 92 % am höchsten, wobei es sich hier weit überwiegend um ‚Ungelernte‘ handelte. Auch im Verkehrswesen waren mehr als die Hälfte der männlichen ausländischen Arbeitnehmer als ungelernete Arbeiter tätig; zusammen mit den angelernten Arbeitern waren es 84 %³⁴.“ Der Facharbeiteranteil lag mit gut einem Drittel im Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe, mit gut einem Viertel im privaten Dienstleistungssektor relativ hoch. Mehr als die Hälfte der ausländischen Männer im öffentlichen Dienst war im Angestelltenverhältnis tätig. Die regionalen Schwerpunkte der Ausländerbeschäftigung lagen „auch Ende September 1970, wie schon immer seit 1954, in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg, wo unverändert über die Hälfte der ausländischen Arbeitnehmer tätig war. Es folgten mit Anteilen an der Ausländerbeschäftigung von etwa je 11 % wie bisher Hessen und Südbayern. In diesen vier Bezirken zusammen waren weiterhin reichlich drei Viertel der ausländischen Arbeitskräfte tätig³⁵“.

Das wachsende Gewicht der Ausländerbeschäftigung in den eisen- und metallherzeugenden und -verarbeitenden Gewerben und der ent-

34 A.a.O., S. 89 f.

35 Die beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen im Bundesgebiet Ende September 1970, a.a.O., S. 928.

sprechenden Berufe bei den Vermittelten sowie die zunehmende Bedeutung der Vermittlung fachlich qualifizierter Arbeitskräfte und entsprechender betrieblicher Positionen von Ausländern deuten darauf hin, daß die gesellschaftlichen Funktionen der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte sich nicht länger in den traditionellen Funktionen der industriellen Reservearmee erschöpfen. Dennoch bleiben diese die Grundlage der Einordnung der Fremdarbeiter in den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß. Diese grundlegenden gesellschaftlichen Funktionen der Masse der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD sind — ebenso wie die Rolle aller anderen Arbeitskräfte in der kapitalistischen Produktion und Reproduktion der Gesellschaft — durch ihr Verhältnis zu den hierbei eingesetzten Produktionsmitteln und durch ihre Stellung in der hierbei verwirklichten Arbeitsorganisation bestimmt. Der Sachverhalt der Lohnabhängigkeit fast aller aus dem Ausland zugewanderten Arbeitskräfte und der Sachverhalt der Fixierung vieler dieser Arbeiter an einfache Produktions- und Reproduktionsarbeiten sind Merkmale der Ausländerbeschäftigung, die sich seit der Entfaltung des Imperialismus in Deutschland durchgehalten haben, wenngleich meistens auch ein kleiner Teil der Arbeitskräfte aus dem Ausland in vergleichsweise privilegierten Spezialistenrollen tätig war. Die Masse der ausländischen Arbeitskräfte stellt aufgrund dieser Merkmale einerseits einen erheblichen Teil der im Konjunkturverlauf freisetzbaren Reservearmee dar, in der diese Arbeitskräfte ihrer oft gerühmten Mobilität wegen höchst überproportional vertreten sind; die Freisetzung in der Krise von 1966/67 traf die ausländischen Lohnabhängigen weitaus mehr als die inländischen, sie betrug (Arbeitslosigkeit und Rückwanderung) gegen 15 %³⁶. Und die Masse der ausländischen Lohnabhängigen bildet aufgrund dieser Merkmale andererseits einen gewaltigen und wachsenden Teil derjenigen Arbeitskräfte, die weniger und nicht-qualifizierte Arbeiten in der materiellen Produktion verrichten, wozu noch ihre Beschäftigung im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen tritt; die Ausländerquote hat in bestimmten Wirtschaftsgruppen, so in der Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung, im Baugewerbe und im Gaststättengewerbe, 12 % schon überschritten. Die schlagwortartige Kennzeichnung dieser Lohnabhängigengruppen als „Lückenbüsser der Wohlstandsgesellschaft“ und „Puffer der Konjunkturentwicklung“ treffen auf Anhub etwas Richtiges. In der Krise der Jahre 1966/67 sind daher ausländische Arbeitskräfte in erster Linie in den besonders konjunkturabhängigen Industrien — beispielsweise im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, in dem die Ausländerquote 1967 erheblich fiel — freigesetzt worden, während sie in Bereichen gesellschaftlich unabdingbarer Dienste — beispielsweise im Reinigungsgewerbe — sogar noch stieg.

36 Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1967/68.

Ausländerquote in % in ausgewählten Wirtschaftszweigen u. -gruppen

	1966	1967	1968	1969
Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	8,4	5,9	6,6	9,8
Baugewerbe	11,9	8,3	8,9	12,4
Reinigung	3,5	3,7	3,5	4,2
Krankenpflege	4,7	5,0	4,9	5,2

Quelle: Ausländische Arbeitnehmer. Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung — Erfahrungsbericht 1969, S. 12.

Die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in der Krise 1966/67 in einer Reihe von Zweigen stellt sich wie folgt dar:

Die Veränderung der Ausländerbeschäftigung in ausgewählten Wirtschaftszweigen von Ende September 1966 auf 1967

Wirtschaftszweig	Beschäftigte Ausländer Ende September 1967	Mehr (+) oder weniger (—) als Ende September 1966 absolut	
			%
Straßenfahrzeugbau	50 985	— 25 786	— 33,6
Maschinen-, Apparate- und Armaturenbau	58 352	— 23 999	— 29,1
Elektrotechnik	63 067	— 21 840	— 25,7
Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie*	53 773	— 20 602	— 27,7
Stahl- und Eisenbau	9 557	— 5 282	— 35,6
Feinmechanik/Optik	13 044	— 1 650	— 11,2
Deutsche Bundesbahn	10 558	— 3 911	— 27,0
Gaststättenwesen	39 050	+ 970	+ 2,5
Krankenpflege(ohne Badeanstalten)	29 436	+ 3 085	+ 11,7
Steinkohlenbergbau	15 756	— 7 472	— 32,2
Brannt- und Formsteinherstellung	16 890	— 8 183	— 32,6

* ohne Schmuckwarenherstellung.

Quelle: Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer, Erfahrungsbericht 1967, S. 9.

Die zweigliche Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in den Jahren seit 1966 zeigt zunächst, was vor der Rezession in der wissenschaftlichen Literatur noch strittig war³⁷: jene Notwendigkeit des

37 Vgl. z. B. Probleme der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik. Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 29. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute ... 1966. Berlin 1966. (Beihefte der Konjunkturpolitik. 13).

„Gastarbeiter“-Einsatzes im expansiven, zugleich aber sich verlangsamenden und verzögernden Akkumulationsprozeß des westdeutschen Kapitals, die in den klassischen Funktionen der Fremdarbeiter, konjunkturell anfallende Zusatzarbeit oder ihnen durchgängig vorbehaltene Schmutzarbeit zu erledigen, ihren Ausdruck findet. In weit höherem Maße, als Prognosen noch in der Mitte der sechziger Jahre ahnen ließen, ist die Arbeit der ausländischen Lohnabhängigen inzwischen unverzichtbares Element der westdeutschen kapitalistischen Produktion und Reproduktion auch in ihrer intensiven Phase geworden: die Schließung der DDR-Grenze 1961 hat in Verbindung mit der Erschöpfung der Arbeitskraftreserven aus natürlicher Bevölkerungsbewegung, Arbeitslosigkeit und potentieller Frauenerwerbstätigkeit die Vergrößerung des Arbeitsvolumens — das sonst zurückgegangen wäre — durch Ausländer geradezu erzwungen: „Bis zum 13. August 1961 war die Arbeitsmarktlage immer wieder durch deutsche Zuwanderer aus Mitteldeutschland — jährlich 150 000 bis 300 000 — gemildert worden; zum großen Teil waren es Arbeitnehmer in den leistungsfähigsten Jahrgängen. Seitdem sind, arbeitsmarktpolitisch gesehen, die Gastarbeiter an ihre Stelle getreten³⁸.“ Insofern die kapitalistische Akkumulation auch im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution stets nicht nur den Fortschritt der Produktivkraftentfaltung, sondern auch die Erweiterung der Produktions- und sonstigen Anlagen realisierte, trug die Beschäftigung der ausländischen Lohnabhängigen allemal zu ihrer Beschleunigung bei: Die Vergrößerung des Arbeitsvolumens durch Ausländerbeschäftigung hat jedenfalls die Masse des erzeugten Mehrwerts vermehren helfen. Außerdem aber zeigt sich, daß sich die Arbeit ausländischer Lohnabhängiger insbesondere im Bereich der eisen- und metall erzeugenden und -verarbeitenden Industrien längst nicht mehr nur auf die klassischen Lückenbüßer- und Konjunkturpufferfunktionen beschränkt. Die umfangreiche und wachsende Beschäftigung im Bereich der Elektrotechnik, des Maschinen-, Apparate- und Armaturenbaus (1969 über 235 000 ausländische Beschäftigte) zeigt ebenso wie der wachsende Anteil der fachlich qualifizierten ausländischen Arbeiter an den durch die Bundesanstalt für Arbeit vermittelten Lohnabhängigen (1969 durchschnittlich 17 %, darunter Türken 28 %), daß kompliziertere Arbeiten in wissenschaftlich-technischen fortgeschrittenen Bereichen der materiellen Produktion einen wenn auch geringen, so doch wachsenden Teil der Ausländerbeschäftigung ausmachen.

Diese Funktion eines Teils der ausländischen Arbeitskräfte, unmittelbarer Faktor des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu sein, kann freilich nicht verallgemeinert werden. Die Masse der Ausländer ist in der BRD seit dem Ende der fünfziger Jahre im Rahmen einer Entwicklungsstrategie beschäftigt worden, die den kapitalintensiven wissenschaftlich-technischen Fortschritt in Grenzen vorantrieb und

38 A. Kruse, *Der deutsche Arbeitsmarkt und die Gastarbeiter*. In: *Schmollers Jahrbuch* 86, 1966, S. 423—434, hier: S. 428.

doch auf „Inbetriebhaltung veralteter Anlagen“ nicht ganz verzichtete³⁹. Damit wurde davon abgesehen, zugunsten einer freilich mit hohen Kapitalkosten verbundenen wissenschaftlich-technischen Revolutionierung der gesellschaftlichen Produktion — unterstellt, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ließen sie zu — die Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte aus dem Ausland eng zu begrenzen. Inzwischen wird die wachstumshemmende Wirkung dieser Strategie, die Dämpfung der wissenschaftlich-technischen Erhöhung der Rate des produzierten Mehrwerts, sichtbar. Es deutet sich nunmehr eine neue Strategie der Einbeziehung ausländischer Arbeitskräfte in die Produktion und Reproduktion des Kapitals in Westdeutschland an, die die Vorteile der Beschäftigung billiger ausländischer Arbeitskräftemassen mit den Vorteilen der Verwirklichung arbeitssparender wissenschaftlich-technischer Fortschritte verbindet⁴⁰: die Direktinvestition von westdeutschem Kapital in Produktionsanlagen in mittelmeeerischen Ländern, verbunden mit einer intensiven Kapitalakkumulation im Inland und in Westeuropa, die die großen profitablen Produktivkraftentwicklungen realisiert.

39 Carl Föhl, Stabilisierung und Wachstum bei Einsatz von Gastarbeitern. In: *Kyklos* 20, 1967, S. 119—146, hier: S. 145.

40 Vgl. hierzu bereits Föhl, a.a.O. und neuerdings Äußerungen westdeutscher Kapitalrepräsentanten wie F. Berg (*Spiegel* 25, Nr. 16, 12. 4. 71, S. 91) oder K. Hansen (*Spiegel* 25, Nr. 29, 12. 7. 71, S. 34 ff.); vgl. im einzelnen den Aufsatz von K. P. Dietzel in diesem Heft.

K. Schahbazian, H. Wilke

Bewußtseinslemente türkischer Arbeiter in der BRD

Der Versuch, zu Aussagen über die Bewußtseinslage türkischer Arbeiter in der BRD zu gelangen, hat zum einen die Ergebnisse empirischer Erhebungen zum Selbstverständnis türkischer Arbeiter, zum anderen die Analyse gesellschaftlicher Bedingungen nicht nur in der BRD, sondern auch in der Türkei zu berücksichtigen. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen subjektiven Erfahrungen und Wertungen einerseits und objektiver sozialer Lage andererseits zu untersuchen, um Hinweise auf die tatsächliche Bewußtseinslage zu gewinnen¹.

Marx definiert ökonomische Bedingungen als „das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsmittel zu den unmittelbaren Produzenten — ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht“². „Diese Verhältnisse bestehen unabhängig vom Willen und den Vorstellungen der sie eingehenden Menschen. Es ist deshalb auch die Analyse dieser objektiven Verhältnisse, die den Schlüssel zur sozialen Struktur der Bevölkerung liefert — und nicht die Ideologien der einzelnen Gruppen“³. Daher gilt: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist, und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird“⁴.

Mithin muß die Untersuchung des Selbstverständnisses türkischer Arbeiter in der BRD von der Ausbildung der Produktionsverhältnisse in der besonderen historischen Situation der Türkei ausgehen, da Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte nicht starr voneinander getrennt werden können, eine spezifische Bewußtseinslage sich also darstellt als „abgeleitete, bedingte Seite der Produktivkräfte“⁵.

1 Vgl. Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 78.

2 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, Berlin 1959, S. 842.

3 Heinz Jung, Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs „Arbeiterklasse“ und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse, in: Das Argument, 12. Jg. 1970, H. 9, S. 57.

4 Karl Marx, Die heilige Familie, in: Karl Marx, Die Frühschriften, Stuttgart 1968, S. 319.

5 Vitali Stoljarow, Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft und die materialistische Geschichtsauffassung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1963, H. 7, S. 830.

Befinden sich Materielles und Ideelles der gesellschaftlichen Produktivkräfte in „dialektischer Wechselwirkung im wahrsten Sinne des Wortes“, so „bleibt bei dieser Wechselwirkung die materielle Seite die bestimmende sowohl vom Standpunkt des Inhalts des Bewußtseins als auch vom Standpunkt der sozialen Bedingungen“^d.

Die besondere Ausformung der Produktionsverhältnisse in der Türkei und damit die Lage der türkischen Arbeiterklasse resultieren aus einem gesellschaftlichen Transformationsprozeß, in dem sich die Herrschaft der Bourgeoisie erst herausbildet. Die ökonomischen Verhältnisse sind noch ungefestigt: Sowohl die Bourgeoisie als herrschende Klasse als auch das Heer der Lohnabhängigen formieren sich erst zu typisch kapitalistischen Klassengegensätzen. Die schmale Schicht der Kapitaleigner geht erst dazu über, durch verstärkte Akkumulation die Voraussetzungen zur Ausbeutung des Arbeitskräfte-reservoirs zu schaffen. Dem Heer der offen und versteckten Arbeitslosen steht daher nur eine begrenzte Zahl industrieller Arbeitsplätze gegenüber. Da die Industriearbeiterschaft nur einen geringen Teil der arbeitenden Bevölkerung ausmacht und zudem neu in der Gesellschaftsstruktur der Türkei auftritt, ist das Bewußtsein großer Teile der arbeitenden Bevölkerung noch nicht geprägt von der Erfahrung der freien Lohnarbeit. In der historischen Übergangssituation zu überwiegend kapitalistischen Produktionsverhältnissen streben große Teile der Arbeitenden nach wie vor traditionelle Existenzformen an, wie sie jahrhundertlang auf dem landwirtschaftlichen und handwerklichen Sektor möglich waren. Dieser Hang zu eigenständiger Existenz mit mittelständischen Zielvorstellungen wird verstärkt durch die starke Konkurrenz der Arbeitsuchenden um die wenigen industriellen Arbeitsplätze. In der Situation materieller Verelendung erscheinen einem großen Teil der verarmten türkischen Arbeiter die zweifelhaften Überlebenschancen einer eigenständig-kleinbürgerlichen Existenz sicherer als die vage Aussicht auf eine industrielle Lohnarbeiterexistenz.

Unter Berücksichtigung dieser Situation muß auch die Politik der herrschenden Klasse in der Türkei beurteilt werden: Der Export von Arbeitskräften in die BRD dient zunächst unmittelbar wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, nämlich dem Ausgleich der defizitären Außenhandelsbilanz und der Minderung der Massenarbeitslosigkeit. Darüber hinaus jedoch soll einem potentiellen Bewußtwerdungsprozeß des infolge der permanenten Landflucht sich schnell vergrößern den städtischen Proletariats vorgebeugt werden. Dabei verfolgt die Großbourgeoisie die langfristige Strategie, sich zur Herrschaftsabsicherung eine kleinbürgerliche Schicht von ländlichen und städtischen Kleinhändlern, Handwerkern und Inhabern von Kleinbetrieben des tertiären Sektors heranzuzüchten, die in der Lage sein soll, als Sachwalter der Interessen der herrschenden Klasse kleinbürgerliche Ideologie in die verarmten Massen hineinzutragen und eine bewußt-

seinsmäßige Verankerung des gesellschaftlichen Polarisierungsprozesses zu verhindern.

Der Export von Arbeitskräften in die BRD und die damit verbundenen subjektiven Zielvorstellungen der Betroffenen sind also zum einen unter dem Aspekt individuellen ökonomischen Zwangs, zum anderen aber unter dem Gesichtspunkt einer von der herrschenden Klasse initiierten ideologischen Unterwanderung der türkischen Arbeiterklasse zu bewerten, der durch die Indoktrination der offiziell propagierten Mittelstandspolitik glauben gemacht werden soll, daß die Arbeiter durch individuelle wirtschaftliche Initiative ihre eigene Klassenlage überwinden können. Nimmt auch die überwiegende Mehrzahl der aus der Türkei abwandernden Arbeiter ihre Arbeit in der BRD zunächst aus dem Motiv auf, im Lohnarbeiterstatus eine unmittelbare Verbesserung der physischen Existenzbedingungen zu realisieren, soll indes im folgenden nachgewiesen werden, daß darüber hinaus ein großer Teil der in der BRD arbeitenden Türken seinen Aufenthalt quasi als „Hebel“ zu verwenden sucht, um nach anschließender Rückkehr in die Türkei Lohnabhängigkeit oder Arbeitslosigkeit zugunsten einer kleinbürgerlichen Existenz im Sinne der herrschenden Mittelstandsideologie zu überwinden.

Nach einer Erhebung der Bundesanstalt für Arbeit vom September 1968 hielten sich zu diesem Zeitpunkt 43 % aller in der BRD arbeitenden Türken bereits 4 Jahre oder länger und 4 % bereits 7 Jahre und länger ununterbrochen dort auf⁷. Indes waren nach einer im Auftrag des türkischen Staatssekretariats für Wirtschaftsplanung erstellten Studie von 1964 95 % der in der BRD arbeitenden Türken entschlossen, sich nicht endgültig in Deutschland niederzulassen, sondern in die Türkei zurückzukehren⁸.

Offenbar soll nach dem Willen des größten Teils der türkischen Arbeiter die bisher vor der Ausreise aus der Türkei oder erst in der BRD erfahrene Existenz als abhängiger Lohnarbeiter ein Ende finden: Hatten nach einer im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten Befragung 52 % der befragten Arbeiter unmittelbar vor ihrer Ausreise als Lohnempfänger und 44 % als Selbständige gearbeitet (3 % ga-

7 Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), *Ausländische Arbeitnehmer. Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung — Erfahrungsbericht 1969. Ergebnisse der Repräsentativ-Untersuchung vom Herbst 1968, Nürnberg 1970*, S. 49. — Die Erhebung wurde als Zufallsauswahl durchgeführt. Etwa 1 % der Ende September 1968 in der BRD tätigen ausländischen Arbeiter wurde dabei erfaßt. Als „ununterbrochen tätig“ gelten Arbeiter, die ihren Aufenthalt in der BRD nicht länger als 6 Monate unterbrochen haben. Es wurden nur männliche türkische Arbeiter erfaßt.

8 Staatssekretariat für Wirtschaftsplanung (Hrsg.), *Studie über die Lage und Probleme der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland. Kurze Zusammenfassung, Ankara 1964*, S. 21. — Die in der Studie genannten Zahlen beziehen sich auf eine Befragung von 494 türkischen Arbeitern in der BRD im Herbst 1963. Die Befragung wurde in 29 verschiedenen Arbeitsamtsbezirken der BRD durchgeführt. Über die Auswahlmethode werden keine Angaben gemacht.

ben an, arbeitslos gewesen zu sein, 1 % machten keine Angaben), so waren nur noch 7 % der Befragten bereit, nach ihrer Rückkehr in die Türkei als Lohnabhängige zu arbeiten⁹. Nach einer Erhebung des Arbeitsamtes Ankara aus den Jahren 1968/1969 betrug der Anteil der rückkehrenden Arbeiter, die unselbständig arbeiten wollten, etwa 6 %¹⁰. Die oben erwähnte Studie des türkischen Staatssekretariats für Wirtschaftsplanung gibt an, daß 80 % der im Rahmen dieser Erhebung befragten türkischen Arbeiter in der BRD Teile ihres Lohnes sparten, davon die überwiegende Mehrzahl, um die für eine zukünftige eigenständige Existenz notwendigen Investitionen tätigen zu können¹¹.

In zunehmender Tendenz versuchen die in die Türkei rückkehrenden Arbeiter ihre sozialen Zielvorstellungen in den städtischen Ballungsgebieten zu realisieren. Der oben erwähnten Umfrage des Arbeitsamtes Ankara zufolge, die sich auf die Jahre 1968/69 bezieht, hatten 29 % der unmittelbar nach ihrer Ankunft befragten rückkehrenden Arbeiter vor ihrer Ausreise in Städten, 14 % in kleinen Provinzstädten und 57 % in Dörfern gelebt. Von den aus der Dorfbevölkerung stammenden Befragten waren nach ihrer Rückkehr nurmehr 65,1 % (1968) bzw. 60,3 % (1969) bereit, in dörfliche Gebiete zurückzukehren. 34,9 % bzw. 39,7 % der vor ihrer Ausreise in Dörfern lebenden Befragten wollten in Städte abwandern¹². Nach Angaben der Studie strömten bei einer jährlichen Quote von ca. 30 000 Rückkehrern pro Jahr 11 000 von ihnen, also 37 %, in die städtischen Ballungsräume, wo jedoch nur 7 % (1968) bzw. 6,1 % (1969), also nur etwa 660 Arbeiter, eine Existenzmöglichkeit als Lohnabhängige suchten. 72,7 % bzw. 72,0 % der in städtische Gebiete rückkehrenden Befragten wollten versuchen, als Selbständige zu existieren. 6,4 % (1968) bzw. 6,5 % (1969) wollten sich zu Kooperativen zusammenschließen. Von den in ländliche Gebiete rückkehrenden Befragten

9 Diese und weitere aufgeführte Zahlen sind Ergebnis einer im Rahmen dieser Arbeit in Form einer willkürlichen Auswahl durchgeführten Befragung von 100 männlichen türkischen Arbeitern in 25 Orten der BRD. Die Befragung fand in der Zeit von Dezember 1970 bis Mai 1971 statt.

10 WIP — Wirtschaft und Infrastruktur GmbH & Co. Planungs-KG (Hrsg.), Entwicklungspolitische Förderung der Rückgliederung türkischer Arbeitnehmer in die Volkswirtschaft ihrer Heimat. Forschungsvorhaben des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, München 1970, S. 18. — Diese und alle weiteren hier genannten Zahlen stützen sich auf eine Erhebung des Arbeitsamtes Ankara: Die türkischen Arbeitnehmer im Ausland und ihre Rückkehrtendenzen. Eine Untersuchung vom Arbeitsamt Ankara, Nr. 59, 1969. Auf die Methode der Erhebung findet sich in der WIP-Studie kein Hinweis. Die durch das Arbeitsamt Ankara befragten Rückkehrer kamen zu 90 % aus der BRD. Die hier genannte Zahl von 6 % bezieht sich ausschließlich auf in städtische Gebiete rückwandernde Arbeiter.

11 Staatssekretariat für Wirtschaftsplanung, Studie über die Lage und Probleme . . . a.a.O., S. 10.

12 Vgl. WIP-Studie, a.a.O., S. 18.

waren es nahezu 100 %, die sich entweder als Landwirte oder als Inhaber von kleinen Dorfläden selbständig machen wollten¹³.

Wie sehr jedoch die einmal verankerte subjektive Perspektive rückkehrender Arbeiter, künftig nicht oder nicht mehr als Lohnabhängige arbeiten zu müssen und eine Umwälzung der eigenen ökonomischen und sozialen Lage durch die Gründung eines Kleinunternehmens, zumeist eines Ein-Mann-Betriebes, herbeizuführen, an der ihnen bevorstehenden ökonomischen Realität vorbeigeht, wird daran deutlich, daß nach Ermittlungen der WIP-Studie 30 bis 40 % der von rückkehrenden Arbeitern gegründeten Kleinunternehmen schon nach kurzer Zeit zugrunde gehen¹⁴. Die betroffenen Kleinunternehmer fallen in Arbeitslosigkeit oder Lohnarbeitslosigkeit zurück; oft sind sie gezwungen, zur Kompensation des ihnen entstandenen Verlustes ihre Arbeitskraft abermals für mehrere Jahre an Unternehmer in der BRD zu verkaufen.

Trotz dieser Fakten, die die türkische Mittelstandsideologie als Verschleierungsinstrument entlarven und die sie adaptierenden Arbeiter als Opfer dieser Ideologie ausweisen, ist es offenbar möglich, große Teile der in der BRD arbeitenden Türken an eine utopistische Perspektive von sozialem Aufstieg zu binden:

66 % der von uns befragten Türken glaubten, nach der Rückkehr in die Türkei besser verdienen zu können als vor ihrer Abreise. 70 % der Befragten erwarteten für die Zeit nach ihrer Rückkehr einen höheren Lebensstandard, 61 % waren der Ansicht, sie würden in Zukunft nie mehr arbeitslos sein, und erwarteten einen geregelten Verdienst. Während 16 % der Befragten keine Schule, 49 % eine Volksschule und 8 % ein Gymnasium besucht hatten, waren 60 % davon überzeugt, ihren Kindern eine bessere Ausbildung zukommen lassen zu können; u. a. gaben 39 % der Befragten an, ihre Kinder eine Universität besuchen lassen zu wollen¹⁵.

Um die subjektiv-utopistische Perspektive einer kleinbürgerlichen Existenz in die Tat umsetzen zu können, unterwerfen sich die in der BRD arbeitenden Türken einer gesellschaftlichen Realität, in der die ihnen zugewiesene Rolle als unterprivilegiertes Subproletariat in ihren unmittelbaren Erscheinungsformen zumindest teilweise von ihnen wahrgenommen wird: Der folgende Katalog von Erwartungen, die die von uns befragten Türken vor ihrer Einreise in die BRD in ihren Aufenthalt gesetzt hatten, beruht auf Angaben, die nach der Erfahrung der sozialen Realität in der BRD gemacht wurden. Die in () gesetzten Angaben geben den Anteil der Befragten an, die die entsprechende Erwartung in der Realität der BRD bestätigt sehen:

höheren Verdienst	83 % (73 %)
höheren Lebensstandard	75 % (49 %)
bessere Arbeitsbedingungen	74 % (65 %)

13 Ebenda.

14 Ebenda, S. 69.

15 Vgl. Anmerkung 9.

günstigere Wohnbedingungen	66 % (28 %)
institutionelle Hilfe, sich an die Verhältnisse in der BRD zu gewöhnen	48 % (34 %)
Rücksicht auf die eigenen Sitten und Gebräuche	52 % (25 %)
bessere Ausbildungschancen für Kinder	47 % (15 %)
berufliche Fortbildungs- und Aufstiegschancen	61 % (33 %)
die Möglichkeit, deutsch zu lernen	73 % (67 %)
ständige Beschäftigung und ein geregeltes Einkommen	61 % (64 %) ¹⁶

Erheben diese Angaben auch keinen Anspruch auf Repräsentativität, so zeichnet sich doch bei der Mehrzahl der hier aufgeführten Erwartungen eine deutliche Diskrepanz gegenüber der Bewertung der erfahrenen Realität ab. Die Fähigkeit der türkischen Arbeiter, ihre objektive Rolle in der Gesellschaft der BRD zu reflektieren, zeichnet sich ebenso daran ab, daß aus Anlaß unserer Befragung 67 % der türkischen Arbeiter die Ansicht äußerten, daß sie am Arbeitsplatz schlechter behandelt werden als ihre deutschen Kollegen; 62 % der Befragten äußerten, daß sie sich in der BRD unterdrückt fühlen ¹⁷.

Auch die oben bereits erwähnte türkische Studie von 1964 befaßt sich mit der Frage der subjektiv empfundenen Diskrepanz zwischen ursprünglich gehegten Hoffnungen und erfahrener Realität: „Mehr als die Hälfte der türkischen Arbeiter (52 %) konnten ihre Hoffnungen nicht erfüllen. Es werden dafür folgende Gründe genannt:

Keine Möglichkeit, neue Kenntnisse zu erwerben	11 %
Keine Möglichkeit, Geld zu sparen	18 %
Keine Beschäftigung im Bereich des früheren Berufs	9 %
Keine Möglichkeit, die auf Grund falscher Informationen erhoffte Menge Geld zu verdienen	20 %
Neu angekommen	18 %
Sonstige Antworten	24 % ¹⁸

Nach Angaben dieser Studie waren es 48 % der Befragten, die ihre in ihren Aufenthalt in der BRD gesetzten Erwartungen nach subjektiver Erwägung erfüllt sahen. „Die Arbeiter, die Erwartungen erfüllen konnten, führen dies auf folgende Faktoren zurück:

Die Möglichkeit, Geld zu sparen und Schulden zu tilgen	49 %
Sammeln neuer Kenntnisse	24 %
Sonstige Gründe (erwünschte Arbeit, Schulung der Kinder usw.)	12 %
Unbeantwortet	8 % ¹⁹

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Staatssekretariat für Wirtschaftsplanung, Studie über die Lage und Probleme . . . , a.a.O., S. 20.

¹⁹ Ebenda, S. 21.

Aus den beiden oben angeführten Tabellen geht zweierlei hervor: Nahezu die Hälfte der befragten türkischen Arbeiter, die ihre Hoffnungen, die sie in ihren Aufenthalt in der BRD gesetzt hatten, erfüllt sahen, taten dies, weil es ihnen gelungen war, Geld zu sparen oder Schulden zu tilgen; auf der anderen Seite bestand der stärkste Anteil der in ihren Hoffnungen nicht bestätigten befragten Arbeiter aus solchen, denen es nicht gelungen war, die erhoffte Menge Geld zu verdienen oder eine Möglichkeit zum Sparen zu finden.

Hier zeichnet sich ab, daß die in der BRD arbeitenden Türken die erlittene Diskriminierung und Unterprivilegierung zwar notieren, daß aber die Reflexion darüber nur als untergeordnetes Moment in die subjektive Bewertung ihres individuellen Erfolgs oder Mißerfolgs in der BRD eingeht. Zum dominierenden subjektiven Erfolgskriterium wird vielmehr die nach eigener Ansicht entweder wahrgenommene oder versäumte Chance, eine Geldsumme zu sparen, die in vielen Fällen nach erfolgter Rückkehr in die Türkei als gewinnbringendes Investitionskapital für einen selbständigen Kleinunternehmer fungieren soll. Der Aufenthalt in der BRD wird mithin danach beurteilt, in welchem Maße er die erhoffte „Hebelfunktion“, nämlich die eines Hebels zu einer zukünftig gesicherten — zumeist kleinbürgerlichen — Existenz zu erfüllen verspricht.

Ein derartiges Selbstverständnis, dessen individualistisch-utopistische Perspektive auf die Realisierung einer gesicherten kleinbürgerlichen Existenz zielt, läßt große Teile der in der BRD arbeitenden Türken zum Träger mittelständischer Ideologie werden und sie damit den Interessen der herrschenden Klasse in der Türkei in die Hände arbeiten, deren Ziel es ist, einen potentiellen Bewußtwerdungsprozeß der türkischen Arbeiterklasse und ihre Organisation zu verhindern.

Die Bedeutung dieses Selbstverständnisses türkischer Arbeiter für das Kapital der BRD scheint offensichtlich: Die Arbeiter, die als Opfer der sozialen Verhältnisse und ideologischer Indoktrination in der Türkei mittelständische Zielvorstellungen glauben realisieren zu können, den Realisierungsversuch und sein wahrscheinliches Scheitern jedoch erst nach ihrer Rückkehr in die Türkei erleben werden, sind bereit, für diese vermeintliche Chance ihre Arbeitskraft unter den Bedingungen verschärfter Ausbeutung zu verkaufen und sich für einen begrenzten Zeitraum als Individuen auf den Wert ihrer Ware Arbeitskraft reduzieren zu lassen, indem sie keinen Anspruch auf Teilhabe an den sozialen Errungenschaften erheben, die sich das westdeutsche Proletariat erkämpfen konnte.

Klaus-Peter Dietzel

Die Rolle der rückkehrenden Arbeiter in der Entwicklungsstrategie des westdeutschen Imperialismus

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Rolle aufzuzeigen, die den in ihre Heimat zurückkehrenden ausländischen Arbeitern im Rahmen einer sich wandelnden imperialistischen Strategie der Monopole zugedacht ist.

Am 11. Februar dieses Jahres verabschiedete die Bundesregierung ihre entwicklungspolitische Konzeption für die Zweite Entwicklungsdekade¹. Im Vergleich zu früheren Absichtserklärungen dieser Art fällt besonders die Tatsache ins Auge, daß der Industrialisierung der Entwicklungsländer eine entscheidende Bedeutung beigemessen wird: „Die Bundesrepublik wird die Entwicklungsländer beim Aufbau ihrer Industrien verstärkt unterstützen².“ Das beinhaltet ohne Zweifel eine gewisse Umorientierung Westdeutschlands in seiner Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Stand bisher „das Bemühen um eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern³“ im Vordergrund, so wird jetzt als erster Schwerpunktbereich die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung genannt, ein Ziel, das man „vor allem durch Förderung arbeitsintensiver Landwirtschafts-, Infrastruktur- und Industrievorhaben⁴“ zu erreichen trachtet. Mit anderen Worten, Ziel der Entwicklungsstrategie ist es offenbar, den Aufbau einer nationalen Industrie in den Entwicklungsländern nicht länger zu bremsen, sondern — unter bestimmten Bedingungen und in bestimmter Weise — zu fördern. Das entspräche auch den Forderungen der von der Weltbank eingesetzten Pearson-Kommission, die aufgrund ihrer Forschungen die Industrienationen zur verstärkten Unterstützung industrieller Vorhaben in den Entwicklungsländern auffordert⁵.

1 Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland und die internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1971.

2 Ebenda, S. 14.

3 Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1967. Sonderdruck des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1968.

4 Die entwicklungspolitische Konzeption . . . , a.a.O., S. 10.

5 Der Pearson-Bericht. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik. Wien-München-Zürich 1969.

Um die Frage zu klären, warum die kapitalistischen Industrieländer — im Gegensatz zu ihrer früheren Politik — ein Interesse daran zeigen, in den von ihnen in Unterentwicklung und Abhängigkeit gehaltenen Ländern den Aufbau einer nationalen Industrie zu fördern, erscheint es wesentlich, folgende Problemkreise zu erörtern:

1. Wie sehen die Bedingungen der Kapitalverwertung in den Industrieländern unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution aus und welche Auswirkungen haben sie auf das Verhältnis dieser Länder zu den Ländern der Dritten Welt?

2. Welche Bedeutung hat die Ablängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Entwicklungsländern in ihrer Eigenschaft als Rohstofflieferanten, Absatzmärkte und Anlagesphären unter diesen Bedingungen?

3. Die Rolle des Staates als Vertreter des an langfristigen Zielen orientierten Gesamtinteresses der Monopolbourgeoisie und die Funktion der staatlichen „Entwicklungshilfe“.

4. Wie sieht die angestrebte Industrieförderung aus? Wie ist sie vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu beurteilen?

5. Welche Konsequenzen ergeben sich für die kapitalistischen Länder aus der Verschärfung des internationalen Klassenkampfes?

Es kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein, den Problemkatalog, der im übrigen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, in extenso durchzudiskutieren und die aufgeworfenen Fragen befriedigend zu beantworten. Es können lediglich einige Aspekte beleuchtet und konkretisiert werden, die im Zusammenhang mit dem gestellten Thema von Bedeutung sind.

Katja Nehls hat in ihrem Buch „Kapitalexport und Kapitalverflechtung“⁶ den Versuch unternommen, diese neue Tendenz in der imperialistischen Strategie der Monopole aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals selbst zu erklären. An anderer Stelle⁷ spricht sie von „eine(r) neue(n) Etappe in der Macht der Monopole“. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die damit verbundene „Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft“⁸ zwingt die Monopole, „den technischen Fortschritt und seine Hauptanwendungsgebiete international zu monopolisieren“⁹, d. h., die Märkte und die Produktion im internationalen Maßstab zu organisieren und unter ihre Kontrolle zu nehmen. Die Konsequenz daraus ist die Bildung einer wachsenden Zahl supranationaler Konzerne, die, wenn zunächst auch nur auf der Basis nationaler Kapitale, wachsende Teile ihrer Produktion ins Ausland verlegen¹⁰.

6 Nehls, Katja, Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Ffm. 1970.

7 Nehls, Katja, Entwicklung und Rolle der internationalen Konzerne, in: DWI-Berichte, Heft 5, Berlin 1971, S. 38.

8 Nehls, Kapitalexport . . . , a.a.O., S. 38.

9 Ebenda.

10 So betrug „nach allgemein anerkannten Schätzungen“ der Anteil der Auslandsproduktion am gesamten Auslandsgeschäft der USA bereits im Jahre 1968 etwa 75 %, bei Großbritannien etwa 50 %. Die BRD und

Gleichzeitig wird die Position der schwach entwickelten Länder im „System der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung“¹¹ weiter geschwächt, der Abstand zwischen ihnen und den Industrieländern wird größer. Die koloniale und neokoloniale Politik der imperialistischen Mächte hat ihnen die Rolle eines „Rohstoffanhängsels“ zugewiesen. Der Export von Leihkapital in die Entwicklungsländer zur Finanzierung ihrer Fertigwarenimporte und die daraus erwachsende Verschuldung haben ebenso wie die Ausbeutungsmethoden der Rohstoffmonopole in der Vergangenheit zu einer völlig ungenügenden Entwicklung der Arbeitsteilung und der Binnenmärkte geführt.

Die fast vollständige Beschränkung der Industrie auf den extraktiven Bereich, die Tatsache, daß die Entwicklungsländer nahezu ausschließlich Rohstoffe oder Produkte niedriger Verarbeitungsstufe ausführen, läßt sie heute eine weitere Verschlechterung ihrer Position erfahren. Denn ihre Bedeutung als Rohstofflieferanten nimmt ab. Nur 40 % der Weltrohstoffausfuhren werden von ihnen bestritten, und ihr Anteil an diesen Ausfuhren geht ständig zurück¹². Dies trifft allerdings nicht auf alle Rohstoffexporte zu. Zwar werden in wachsendem Maße Rohstoffe durch synthetische Produkte substituiert, für NE-Metalle z. B. besteht jedoch weiterhin eine starke Nachfrage, die vor allem deshalb von Bedeutung ist, da sie von wachstumsstarken Industriezweigen (Elektrotechnik, Elektronik) ausgeht. Eine Differenzierung nach Art der Rohstoffe, Beachtung der regional unterschiedlichen Bedingungen ihrer Ausbeutung, sowie ihre relative Bedeutung für einzelne Industriezweige erscheint daher angebracht. Auch werden historisch gewachsene Rohstoffbeziehungen eine gewisse Rolle spielen. Dessen ungeachtet müssen wir davon ausgehen, daß die Exporterlöse, die den Hauptanteil des Nationaleinkommens vieler Entwicklungsländer ausmachen, durch Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution vermindert werden. Da „die Wachstumsraten des Nationaleinkommens der schwachentwickelten Länder“ zu gering sind, „um daraus den wachsenden Schuldendienst, höhere Importe und eine ausreichende Binnenakkumulation zur Überwindung der Disproportionalitäten in der Wirtschaftsstruktur zu gewährleisten... , machen sich als Folgen chronische und wachsende Zahlungsbilanzdefizite sowie instabile ökonomische Verhältnisse bemerkbar“¹³.

Entsprechend der abnehmenden Bedeutung der Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten verlieren die Rohstoffmonopole ihre

Japan haben hier einen enormen „Nachholbedarf“, wie die Vergleichszahlen zeigen: 14 % bzw. 10 %. (Auslandsfertigung, hrsg. von der Commerzbank AG, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg 1971, S. 2.) Über den unterschiedlichen Charakter internationaler Konzerne vergleiche ebenda, S. 10.

11 Nehls, a.a.O., S. 46.

12 Siehe dazu: Schüngel, Bernd, Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt, in: Argument, Heft 51, S. 72 ff.

13 Nehls, a.a.O., S. 46.

zentrale Rolle: „Natürlich spielen letztere (die Rohstoffmonopole d. V.) auch gegenwärtig vor allem hinsichtlich der neokolonialistischen Politik eine verderbliche Rolle, im Zentrum des monopolistischen Reproduktionsprozesses stehen sie jedoch nicht mehr. Vielmehr findet gegenwärtig das internationale Monopol seine Hauptbasis in der Fertigungsindustrie¹⁴.“ Die völlige Unterentwicklung der Märkte und die ungenügend differenzierte Produktionsstruktur in den schwachentwickelten Ländern tritt aber in Widerspruch zu den Absatzbedürfnissen und dem Bedarf nach einer ständig expandierenden Akkumulationsbasis gerade dieser Monopole. Neben anderen Faktoren wirkt das Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte. Es ist zu niedrig, um den Erfordernissen des hohen technischen Standards der Produktion gerecht zu werden. Vor allem fehlt es an Führungspersonal der unteren und mittleren Ebene.

Die Notwendigkeit, das Lohngefälle zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern auszunutzen, wird für die Monopole jedoch immer bedeutungsvoller, denn „durch die Automation (wird) das Problem der Kompensation der relativ (bzw. absolut) sinkenden Arbeiterzahl durch die Steigerung des Ausbeutungsgrades für die Kapitalverwertung immer dringlicher werden. Hier liegen große potentielle Reserven, um die Produktion von relativem Mehrwert durch intensivere Ausbeutungsmethoden in den noch zum imperialistischen Machtbereich gehörenden Entwicklungsländern mit Hilfe der kapitalistischen Industrialisierung dieser Länder zu steigern. Mit steigender organischer Zusammensetzung im Prozeß der Industrialisierung würde bei gleichzeitiger Erweiterung der Akkumulation die Anzahl der ausgebeuteten Arbeitskräfte absolut wachsen, es erhöhte sich die Qualifikation dieser zahlreicheren Arbeiter. Als Folge davon würde die Masse von Mehrwert und Profit absolut ansteigen. Dem sich aus der gestiegenen organischen Zusammensetzung des Kapitals ergebenden Fall der Profitrate würde die Ausnutzung der Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft in den kapitalistischen Industrieländern einerseits und in den Entwicklungsländern andererseits entgegenwirken¹⁵.“

Die privaten Monopole — an kurzfristigen Profitinteressen orientiert — sind jedoch nicht gewillt, die sich erst auf längere Sicht auszahlenden Entwicklungsziele, wie die Hebung der Qualifikationsstruktur der Arbeiter in den Entwicklungsländern zu finanzieren. Der private Kapitalexpert in diese Länder ist dementsprechend relativ gering: der überwiegende Teil der westdeutschen Auslands-

14 Jung, Heinz, Internationale Konzerne heute, in: Marxistische Blätter, Heft 3, Ffm 1971, S. 15. Eine Aufschlüsselung der westdeutschen Investitionen im Ausland nach Wirtschaftszweigen zeigt die Chemie, Elektrotechnik, Automobilindustrie und den Maschinenbau deutlich an der Spitze, wobei allerdings zu bedenken gilt, daß in Deutschland — anders als in den USA — Rohstoffmonopole zu keiner Zeit eine dominierende Rolle gespielt haben. (Vgl. Auslandsfertigung, a.a.O., S. 15.)

15 Nehls, a.a.O., S. 48.

investitionen (fast 70 % bis Mitte 1970)¹⁶ wurde in anderen westlichen Industrieländern getätigt. In der gleichen Richtung wirkt die relativ niedrige volkswirtschaftlich durchschnittliche technische Zusammensetzung des Kapitals in den Entwicklungsländern¹⁷. Hieraus ergibt sich die Bedeutung des staatlichen Kapitalexports.

Der Staat als Vertreter langfristiger Gesamtinteressen der Monopolbourgeoisie soll die ökonomischen, politischen und gesamtgesellschaftlichen Bedingungen für eine Ausdehnung der Mehrwertproduktion schaffen¹⁸. Der öffentlichen „Entwicklungshilfe“ kommen dabei zwei Funktionen zu. Zum einen „soll die staatliche ‚Kapitalhilfe‘ im Rahmen der Entwicklungshilfe die notwendigen, aber unrentablen Investitionen finanzieren, während sich die Monopole die so erschlossenen hochrentablen Kapitalanlagesphären vorbehalten¹⁹.“ Zum anderen soll durch die Vermittlung von „know-how“, Ausbildungs- und Kredithilfen etc. der Aufbau einer nationalen Klein- und Mittelindustrie gefördert werden, da private ausländische Investitionen allein die notwendige Beschleunigung der Produktivkräfteentwicklung nicht leisten können. „Im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution kann sich der Imperialismus offensichtlich nicht mehr damit begnügen, aus Konkurrenzgründen die Industrialisierung der Entwicklungsländer zu unterbinden. Im Gegenteil, die Anwendung der gewaltigen neuen Produktivkräfte als Kapital erfordert eine solche Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion, die auch die ökonomisch schwachentwickelten Länder einbezieht²⁰.“

Wie soll diese „Einbeziehung“ in ein „System weltweiter Partnerschaft“²¹ bewerkstelligt werden? Im Konzept der Bundesregierung sieht das so aus: Entsprechend dem Ziel der nationalen Industrieförderung werden für einzelne Entwicklungsländer, die einer Untersuchung anhand der „entwicklungspolitischen Kriterien“ der Bundesregierung, als da sind: „Entwicklungsstand des Empfängerlandes, sein Aufnahmevermögen für fremdes Kapital (!) und know-how, seine Entwicklungsaussichten sowie die von ihm unternommenen

16 Rundbrief des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vom 6. 5. 1970.

17 Vgl. Nehls, a.a.O., S. 48. Die relativ entwickelte Infrastruktur der Türkei bietet dem anlagesuchenden ausländischen Kapital dort gewisse Vorteile gegenüber anderen, überseeischen Entwicklungsländern.

18 Der Pearson-Bericht bemerkt dazu: „Trotz des wertvollen Beitrages, den ausländische Privatinvestitionen zur Wirtschaftsentwicklung der ärmeren Länder leisten, können sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die offizielle Auslandshilfe nicht ersetzen. In den meisten Ländern bildet im Gegenteil eine vermehrte staatliche Hilfe (etwa zur Finanzierung von Straßen-, Schul- und Spitalbauten sowie anderer Infrastrukturprojekte) eine entscheidende Voraussetzung und einen wesentlichen Anreiz für privates Investitionskapital.“ (Der Pearson-Bericht, a.a.O., S. 36.)

19 Nehls, a.a.O., S. 49.

20 Ebenda, S. 136.

21 Die entwicklungspolitische Konzeption . . . , a.a.O., S. 11.

Eigenanstrengungen zur Erreichung seiner (!) entwicklungspolitischen Ziele²², standhalten, „länderbezogene Hilfsprogramme“ ausgearbeitet. Die Vielfalt der bisher geförderten Einzelprojekte erlaubte keine koordinierte, zielgerichtete Entwicklung. Sie sollen daher zu „konsistenten Programmen“ zusammengefaßt werden, die die schwerpunktmäßige Entwicklung ganzer Regionen ermöglichen, gleichzeitig aber auch garantieren, daß der Industrialisierungsprozeß in der gewünschten Richtung verläuft. Gefördert werden „technisch relativ einfache Klein- und Mittelindustrien sowie Handwerksbetriebe . . . wegen ihrer arbeitsintensiven und kapitalsparenden produktiven Methoden²³“. Die Folge wäre eine Verbreiterung und Vertiefung der schwachentwickelten Märkte durch Hebung der Massenkaufrkraft und eine Steigerung der Nachfrage nach Investitionsgütern. Zugleich würde auf diese Weise ein Verkaufs- und Wartungsapparat für westdeutsche Exportprodukte geschaffen und ein System von Zulieferern für größere Industrieunternehmen organisiert. Letztere sollen freilich dem westdeutschen Privatkapital vorbehalten bleiben, das entweder allein oder „in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dortigen Firmen wertvolle Beiträge zur Industrialisierung leisten²⁴“ soll. Und: „Bestrebungen der (westdeutschen; d. V.) Wirtschaft zur Verlagerung der Produktion in Entwicklungsländer werden begrüßt²⁵.“ Hier kristallisiert sich die Form einer künftigen internationalen Arbeitsteilung heraus. Bundesminister Eppler in einem Spiegel-Interview: „Nur wenn wir begreifen, daß unsere Arbeitskraft zu schade ist, in weniger produktiven Bereichen eingesetzt zu werden . . . können sie (die Entwicklungsländer; d. V.) die brachliegende Arbeitskraft in ihren eigenen Ländern so in Werte ummünzen, daß sie schließlich das, was sie von uns brauchen an Industrieausrüstungen, bezahlen können mit dem, was sie auf unserem Markt verdienen²⁶.“ Arbeitsintensive Produktionsbereiche der Monopolindustrien (Montage, Verpackung etc.), aber auch Produktionen nichtmonopolisierter Industriezweige (Textil), die eine besonders niedrige organische Zusammensetzung aufweisen, werden sich in wachsendem Maße in „Niedriglohnländern“ zur Nutzung des Standortvorteils konzentrieren.

Die starke Hereinnahme billiger ausländischer Arbeitskräfte wirkt dieser Tendenz zur Zeit noch entgegen. Das Bundesministerium für Wirtschaft 1965: „Negativ sei — zumindest vom Standpunkt der Entwicklungspolitik — zu werten, daß die Möglichkeit, ausländische Arbeitnehmer in der BRD zu beschäftigen, gegenwärtig bremsend auf die Bereitschaft deutscher Unternehmen wirken kann, Betriebsstätten dort zu errichten oder solche zum Arbeitskraftangebot zu ver-

22 Ebenda, S. 13.

23 Ebenda, S. 14.

24 Ebenda, S. 15.

25 Ebenda.

26 Der Spiegel, Nr. 42/1970.

lagern²⁷.“ Die Errichtung von Produktionsstätten im Entwicklungsland bedeutet die profitable Ausnutzung des Gefälles im Wert der Ware Arbeitskraft zwischen Industrie- und Entwicklungsland, zumal, wenn ein wachsender Anteil der ausgelagerten Produktion auf die Märkte der kapitalistischen Industrieländer gelangt, mithin der produzierte Mehrwert dort realisiert wird²⁸. Das erklärt u. a. auch die Tatsache, daß die Bundesregierung „nachdrücklich“ für eine stärkere Öffnung der Märkte der Industrieländer für Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern eintritt²⁹.

In diesem Zusammenhang wächst die Bedeutung der an der südlichen Peripherie Europas gelegenen „Niedriglohnländer“ Türkei, Spanien, Griechenland etc. als Anlagesphären in Westeuropa operierender Kapitale³⁰. Ihnen fällt die Rolle eines „Handlangers“, einer „verlängerten Werkbank“ der westeuropäischen Industrie zu. Von dem Aufbau einer eigenständigen und unabhängigen nationalen Industrie in den Entwicklungsländern kann also keine Rede sein. Im Gegenteil, durch die zunehmende wirtschaftliche Integrierung in das Produktionsgefüge der internationalen Monopole wird die Wirtschaft der Entwicklungsländer durch auftretende kapitalistische Krisen weit stärker in Mitleidenschaft gezogen werden als bisher — eine Tatsache, die zu einer weiteren Verschärfung der inneren Widersprüche des Systems beitragen dürfte.

Aus der Verlagerung von Teilen der westdeutschen Produktion in Entwicklungsländer ergeben sich unmittelbare Konsequenzen auch für die westdeutsche Wirtschaftsstruktur und die Arbeiterklasse in der BRD. „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß der Strukturwandel unerläßliche Voraussetzung gesamtwirtschaftlichen Wachstums und einer verbesserten internationalen Arbeitsteilung ist. Strukturveränderungen, die durch die verstärkte Integration der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung ausgelöst werden, dürfen nicht aufgehalten werden; sie müssen vielmehr, wenn

27 Zit. bei: Jelden, Helmut, Wenn die ausländischen Arbeitnehmer zurückkehren, in: *Auslandskurier*, Heft 5/1970, S. 36. Kurt Hansen, Chef des Chemie-Konzerns Bayer, bemerkt dazu in einem Spiegel-Interview: „Ich frage mich zum Beispiel, ist es richtig, die Arbeiter zu den Maschinen zu transportieren, oder ist es nicht klüger, die Maschinen zu den Arbeitern zu bringen. Es ist sicher besser, Fabriken in Griechenland oder Spanien zu bauen, bevor wir Hunderttausende von Gastarbeitern holen.“ (*Der Spiegel*, Nr. 29/1971).

28 Die Gewerkschaft der amerikanischen Automobilarbeiter (UAW) über die Praktiken der US-Automobilkonzerne im Spiegel: Die Detroit-Giganten „kaufen Arbeitskräfte auf den billigsten Märkten, aber verkaufen ihre Erzeugnisse auf den teuersten.“ (*Der Spiegel*, Nr. 51/1969.)

29 Vgl., Die entwicklungspolitische Konzeption . . . , a.a.O., S. 29.

30 Der Anteil der Privatinvestitionen in Portugal, Spanien, Griechenland und in der Türkei an den gesamten westdeutschen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern lag in den letzten Jahren bei fast 20 %; errechnet nach Rundbriefen des BDI.

erforderlich, durch angemessene strukturpolitische Maßnahmen unterstützt werden. Insbesondere darf die Abwanderung von Arbeitskräften und Kapital aus Wirtschaftszweigen, bei denen Anpassungen an die geänderten Marktverhältnisse notwendig sind, nicht durch Erhaltungssubventionen verhindert werden³¹.“ Das bedeutet den Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen. Westdeutsche Unternehmen drohen bei Lohnkämpfen bereits seit einigen Jahren offen mit der Verlagerung der von ihnen kontrollierten Produktion ins Ausland³².

Voraussetzung und Ziel der Entwicklungsstrategie der Monopolbourgeoisien ist eine feste Bindung der Entwicklungsländer an das kapitalistische System. Sie ist letztlich nur zu verstehen vor dem Hintergrund des sich verändernden internationalen Kräfteverhältnisses und der verstärkten Aktivität der antiimperialistischen nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt. „Dazu kommt, daß die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution die privatkapitalistischen Produktionsverhältnisse immer stärker unterhöhlt³³.“ Um das kapitalistische System gegen diese Angriffe zu sichern, wird es für die imperialistischen Mächte zur Notwendigkeit, „die Länder der Dritten Welt — notfalls auch unabhängig von unmittelbarer Nutznießung — ökonomisch und politisch zu beherrschen, um ihnen ihr eigenes kapitalistisches Entwicklungsmodell aufzuzwingen³⁴.“

Um den industriellen Entwicklungsprozeß zu ermöglichen, ist es jedoch unumgänglich, feudale und halbfeudale, die Entwicklung der Produktivkräfte hemmende Strukturen in den Agrarverfassungen der meisten Entwicklungsländer zu beseitigen und dadurch gleichzeitig sozialistischen und nichtkapitalistischen Alternativen zur Lösung der Agrar- und Industrialisierungsfrage entgegenzuwirken. In diesem Sinne unterstützt die Bundesregierung „erfolgversprechende Agrarreformen“³⁵. Ebenso wird sich zeigen, daß die Monopole, anstatt in den Entwicklungsländern eine Kompradorenbourgeoisie zu unterhalten, die ihnen zwar ungestörte Ausbeutungsmöglichkeiten garantiert, selbst jedoch kein Interesse an produktiven Investitionen im eigenen Land hat, zunehmend die „Zusammenarbeit“ mit der, den nationalen Industrialisierungsprozeß tragenden Schicht suchen wird. Über die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe soll jene soziale Gruppe gestärkt werden, deren Ideologie von je her Garant des privatkapitalistischen Gesellschaftssystems gewesen und die in fast allen Entwicklungsländern nur rudimentär ausgebildet ist: der Mit-

31 Die entwicklungspolitische Konzeption . . . , a.a.O., S. 29.

32 Vgl. Der Spiegel, Nr. 51/1969.

33 Nehls, a.a.O., S. 14.

34 Strotmann, Peter, Der Zusammenbruch der kapitalistischen Entwicklungsmodelle in der Dritten Welt, in: Argument, Heft 51, S. 33.

35 Vgl. Die entwicklungspolitische Konzeption . . . , a.a.O., S. 13.

telstand³⁶. Neben der Schaffung seiner ökonomischen Grundlage nehmen die Monopole daher auch verstärkt Einfluß auf Erziehung und Ausbildung sowie auf den Ausbau der Massenmedien in den Entwicklungsländern³⁷; entsprechend der veränderten Basis sollen sich die Veränderungen im gesellschaftlichen Überbau vollziehen. Die wirtschaftliche Ausbeutung vollzieht sich somit immer mehr im Rahmen einer internationalen Gesellschaftspolitik: „Sozialstrukturhilfe“ und „Community Development“ sind dafür die ideologischen Schlagworte.

In dieses Konzept sollen nun auch die aus Westdeutschland in ihre Heimat zurückkehrenden ausländischen Arbeiter eingespannt werden: „Es ist beabsichtigt, die Rückgliederung qualifizierter ausländischer Arbeitnehmer aus bestimmten Entwicklungsländern in geeigneten Fällen durch gezielte Fortbildungs- und Beratungsmaßnahmen und durch Kredit- und Organisationshilfen zum Aufbau von Betrieben in ihrem Heimatland zu fördern³⁸.“ Nach einer Schätzung der Bundesanstalt für Arbeit, betreffend den Zeitraum 1968/69, kehren jährlich etwa 200 000 ausländische Arbeiter in ihre Heimatländer zurück³⁹. Eine planmäßig geregelte Rückgliederung in den einheimischen Wirtschaftsprozeß findet jedoch nicht statt. „Die meisten Rückwanderer kehren in die traditionelle Wirtschaft, in das Handwerk und in den Bereich der Dienstleistungen zurück oder bleiben selbständig, während ihre Ersparnisse schnell im Konsumstrom umgesetzt oder zum Kauf von Grundstücken bzw. Wohnungen verwendet werden⁴⁰.“ Vor allem der Versuch vieler Rückwanderer, sich im ohnehin meist überproportional aufgeblähten tertiären Sektor eine eigenständige Existenz zu gründen, trägt dazu bei, die Disproportionalitäten in der Wirtschaftsstruktur der Heimatländer zu verstärken⁴¹. Zum wirtschaftlichen Wachstum tragen sie somit kaum bei, zumal die Träume von einer eigenständigen Existenz infolge der Gewöhnung an ein höheres Konsumniveau sowie mangels betriebswirtschaftlicher Erfahrung meist bereits nach kurzer Zeit mit einem Fiasko enden. Eine OECD-Studie zum Problem der internationalen Arbeitskräfteemigration bestätigt das: None (der beteiligten Forscher; d. V.) was able to quote any really conclusive instance in

36 Siehe dazu auch den Aufsatz von K. Schahbazian und H. Wilke: „Bewußtseins Elemente türkischer Arbeiter in der BRD“ in diesem Heft.

37 Vgl. Die entwicklungspolitische Konzeption . . . , a.a.O., S. 17. Über den starken Einfluß „billiger“ amerikanischer Schulbücher im Erziehungswesen Indiens berichtet „Die Wahrheit“ vom 18. 8. 1971.

38 Die entwicklungspolitische Konzeption . . . , a.a.O., S. 19.

39 Ausländische Arbeitnehmer 1969. Hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1970, S. 4.

40 Marios Nikolinos, in: Blick durch die Wirtschaft, vom 21. 1. 1971.

41 Nach einer im Spiegel (41/1970) angeführten Umfrage unter türkischen Arbeitern in der BRD wollten sogar 83 % aller Befragten nach ihrer Rückkehr einen Bazar eröffnen. Diese Zahl scheint allerdings etwas zu hoch ausgefallen zu sein; vgl. dazu die weiter unten angeführte Untersuchung.

which the returning labour was used in a manner at all conducive to development. In no way do the returning emigrants help to further their country's economic growth, whether by the use of the savings they have accumulated abroad or the experience they have acquired⁴². "Eine abnehmende Zahl der Arbeiter kehrt in die landwirtschaftliche Produktion zurück, wo sich ihnen — freilich als Unterbeschäftigte — gewisse Existenzmöglichkeiten böten⁴³. Die übergroße Mehrheit der Rückwanderer bleibt in den Städten, wo sie früher oder später — auf Grund mangelnder Beschäftigungsmöglichkeiten — das Heer der Arbeitslosen und Gelegenheitsarbeiter vermehrt. Nach wenigen Jahren bemühen sich dann viele von ihnen erneut um einen Arbeitsplatz in den Industrieländern, um einen neuen Anlauf zu nehmen, über dessen Ausgang kein Zweifel bestehen dürfte. Der drohenden „destruktiven Radikalisierung“⁴⁴ jener ausländischen Arbeiter entgegenzuwirken, die aus ihren Erfahrungen lernen und denen allmählich bewußt wird, daß sie nicht „ihres Glückes Schmied“, sondern die Objekte eines brutalen Ausbeutungsprozesses sind (und zwar im Ausland ebenso wie in ihrer Heimat), ist das Bestreben der westdeutschen Monopolbourgeoisie ebenso wie das der mit ihr kooperierenden Bourgeoisien in den Herkunftsländern der Arbeiter. Darüber hinaus gilt es, die Rückkehrer in die neokolonialistische Strategie der Monopole einzubeziehen oder — in der Sprache der Herrschenden — sich mit dem Problem der Ausländerbeschäftigung nicht nur „arbeitsmarktpolitisch“, sondern auch „entwicklungspolitisch“ auseinanderzusetzen.

In Westdeutschland sind bereits erste Schritte getan. „Im Rahmen der entwicklungspolitischen Förderung der Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer“ und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist ein Ausbildungs- und Rückgliederungsprogramm für türkische Arbeiter angelaufen. Die Tatsache, daß man dabei zunächst diese Gruppe ausländischer Arbeiter ins Auge gefaßt hat, ist nicht als Zufall zu werten. Der deutsche Imperialismus in der Türkei hat eine lange Tradition; sie wird von den westdeutschen Monopolen fast bruchlos fortgesetzt. Seit dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens der Türkei mit der EWG hat sich die Bundesrepublik zum wichtigsten

42 International Migration of Labour and its Repercussions, in: OECD-Observer, Nr. 47/1970, S. 11.

43 Vgl. ebenda, S. 12.

44 Grundsätze zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Februar 1970; zit. nach: epd „Entwicklungspolitik Nr. 2“, Februar/März 1971, S. 9a. Das Handelsblatt bemerkt in seiner Ausgabe vom 20. 4. 1970 „in zunehmendem Maße einen Zug zur Radikalisierung als Nebenerscheinung der Rückführung“ und stellt — gestützt auf eine Untersuchung von Frau Prof. Abadan, Ankara — erschreckt fest: „Er (der ‚Gastarbeiter‘) ist jetzt auch organisierbar und organisationsverständlich geworden (also auch, so stellt die Professorin fest, ‚für Zwecke verschärften Nationalismus oder Kommunismus einsetzbar‘).“

„Handelspartner“ der Türkei neben den USA entwickelt⁴⁵. „Die wirtschaftliche, militärische und soziale, ja selbst fiskalische Abhängigkeit der Türkei von Bonn hat die klassische amerikanische Protektion trotz vorläufig noch höherer US-Militärhilfe ... überrundet⁴⁶.“ Immerhin zahlt die Bundesrepublik der Türkei eine jährliche Militärhilfe in Höhe von 100 Mio DM, soviel wie keinem anderen NATO-Partner; höher sind nur die „Devisenausgleichszahlungen“ an die Besatzungsmächte. „Bundeswehrspezialisten lehren die türkischen Armeedienste amerikanische Mobilisationsmethoden und deutsche Geheimdienstverfahren⁴⁷.“ Offensichtlich haben sich die imperialistischen Hauptmächte USA und Westdeutschland auf eine arbeitsteilige Strategie geeinigt: Die BRD übernimmt in der Türkei mehr und mehr die Rolle, die der US-Imperialismus nicht mehr spielen kann. Seit dem Ende der US-freundlichen Regierung Menderes hat in der Türkei ein allmählicher Abbau der amerikanischen Position eingesetzt. Dieser war an eine Reihe spektakulärer Ereignisse ge-

45 Wert des westdeutschen-türkischen Handels in den Jahren 1964 bis 1967 (in Mio. DM):

Jahr	westdt. Einfuhr	westdt. Ausfuhr	Saldo
1964	363,3	311,1	— 52,2
1965	317,7	394,0	+ 76,3
1966	364,2	539,4	+ 175,2
1967	360,4	683,9	+ 323,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie G, Außenhandel, Reihe 3, Spezialhandel nach Ländern und Warengruppen 1964, 1966 und 1967. Zit. nach: Handbuch für Entwicklungshilfe, 72. Lieferung — Sept. 1969, It 7 24 4 Tür.

Wichtigste Handelspartner der Türkei (in Mio. TL):

Land	Ausfuhr		Einfuhr	
	1. 1.—31. 7.	1969	1970	1. 1.—31. 7.
BRD	351,1	284,4	892,8	810,0
USA	335,0	394,8	900,9	659,6
Schweiz	181,3	121,2	244,1	187,8
Italien	178,7	162,6	385,5	449,6
UdSSR	171,4	139,7	150,2	187,6
Großbritannien	159,0	148,1	516,7	533,6
Frankreich	155,4	105,4	182,1	155,1

Quelle: Weltwirtschaft am Jahreswechsel — Türkei. Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Nr. 46, Jg. 21. Februar 1971.

46 Frankfurter Rundschau vom 3. 9. 1970. Von 1950 bis 1968 erhielt die Türkei von den USA insgesamt 2,56 Mrd. Dollar Militärhilfe, allein 1968 über 130 Mio. Dollar. Ähnlich hohe Militärhilfen (mehr als 2 Mrd. US-Dollar) erhielten bisher nur Südkorea (2,5), Taiwan (2,4) sowie in den Jahren 1950 bis 1963 Frankreich (4,1) und Italien (2,1). Die Kosten des Vietnamkrieges werden aus dem Verteidigungsetat der USA bestritten und gelten daher nicht als Militärhilfe.

Quelle: U.S. Department of Defense, Military Assistance Facts, Washington D.C. 1969, S. 16—17. Zit. nach: NACLA Newsletter, Nr. 7/1970, S. 14 f.

47 Frankfurter Rundschau vom 3. 9. 1970.

knüpft⁴⁸: 1962 verhöckerte Kennedy US-Raketenrampen in der Türkei gegen den Rückzug von Sowjetraketen auf Kuba. Ankara war darob erleichtert, hat jedoch seine passive Rolle als Tauschobjekt nie verwunden. 1963 verbat sich Kennedy's Nachfolger Johnson in einem groben Brief an den damaligen türkischen Regierungschef und Freiheitshelden Ismet İnönü die militärische Intervention auf Zypern, wo das allgemeine Gemetzel zwischen Griechen und Türken die letzteren auszurotten drohte, obwohl der zypriotische Staatsvertrag Eingriffe der Signatarstaaten, darunter der Türkei, vorsah. 1969 schickte Washington ausgerechnet einen CIA-Mann aus Vietnam als neuen Botschafter in die bereits arg verschlechterte Atmosphäre von Ankara; Komer mußte unter dem Druck der Linksoption abberufen werden. Der wachsende Antiamerikanismus — selbst in bürgerlichen Kreisen — und die erstarkende Linke Opposition beschwor für die USA die Gefahr des Ausbrechens der Türkei aus ihren Bündnisverpflichtungen herauf, zumal der türkischen Regierung innerhalb der parlamentarisch-demokratischen Ordnung kein Repressionsapparat zur Unterdrückung der antiimperialistischen nationalen Opposition gleich dem der faschistischen Regime in Griechenland und Portugal zur Verfügung stand⁴⁹. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Türkei stärker als bisher militärisch und vor allem wirtschaftlich in das Bündnis zu integrieren.

Am 1. 12. 1964 trat der Assoziierungsvertrag mit der EWG in Kraft; die Vollmitgliedschaft, die „selbst neutralen Urteilen zufolge“ den „Selbstmord *türkischer* Industrialisierungsansätze“ bedeuten würde⁵⁰, wird angestrebt. 1962 schlossen die BRD und die Türkei einen Vertrag über „die gegenseitige (!) Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen“⁵¹. Er wurde 1965 verkündet und garantiert gleiche Bedingungen für einheimisches wie ausländisches Kapital (Artikel 2), bietet Schutz vor Enteignungen ohne volle Entschädigung (Artikel 3) und gewährleistet den vollen Transfer des Kapitals und der Gewinne sowie — im Falle der Liquidation — des Erlöses (Artikel 4). Dank dieser für das westdeutsche Kapital ungeheuer günstigen Bedingungen, erhöhten sich die westdeutschen privaten Investitionen (einschl. Portfolioinvestitionen), die 1965 einen Stand von 46,5 Mio DM (kumulativ seit 1951) erreicht hatten, auf 103 Mio DM Ende September 1970⁵². Zahlreiche westdeutsche Firmen

48 Vgl. ebenda.

49 Seit dem von den Militärs erzwungenen Regierungswechsel im März dieses Jahres hat sich auch hier die Situation gewandelt.

50 Frankfurter Rundschau vom 3. 9. 1970. „Das staatliche Planungsamt ... macht darauf aufmerksam, daß die Zugehörigkeit der Türkei zur EWG eine Kompromittierung der souveränen Rechte Ankaras darstelle und daß nicht genügend Garantien betreffend der Freizügigkeit des türkischen Außenhandels gegeben seien.“ (Neue Zürcher Zeitung v. 16. 5. 1971.)

51 Den Wortlaut des Vertrages siehe: Handbuch für Entwicklungshilfe, 44. Lieferung, Dezember 1965, It 8 31 3 Tür.

52 Rundbriefe des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vom 13. 6. 1967 und ohne Datum.

errichteten eigene Produktionsstätten in der Türkei, unter ihnen die Mercedes-Benz AG und das Volkswagenwerk (Montagewerke), die Schering AG (Pharmazeutika), Farbwerke Hoechst (Arzneimittel), Siemens-Schuckert (Isolierkabel), Krupp und Mannesmann (Stahlfabrikate und Rohre)⁵³. Die gesamte öffentliche „Wirtschaftshilfe“ der BRD (einschließlich staatlich garantierter Exportkredite), bilateral sowie multilateral über die Europäische Entwicklungsbank und das Türkei-Konsortium der OECD sowie über die Weltbank etc., war im Zeitraum von 1957 bis 1967 bereits auf rund 2 Mrd. DM angelaufen⁵⁴. Der größte Teil der von Bonn geleisteten Konsortialhilfe — im Jahre 1968 rund 100 von 175 Mio. DM — dient allerdings der Umschuldung fälliger Rückzahlungsraten⁵⁵. Die gesamten Auslandsverpflichtungen der Türkei belaufen sich zur Zeit (Stand 31. 12. 1970) auf 3,4 Mrd. Dollar⁵⁶. Sie steht somit an 7. Stelle in der Rangliste der am meisten verschuldeten Entwicklungsländer. Ihre Schuldendienstzahlungen für öffentliche Auslandsschulden als Anteil der Gesamtausfuhr von Gütern und Dienstleistungen betragen 1968 13,2 %⁵⁷.

Die westdeutsche Kapitalhilfe für die Türkei ist gänzlich auf Maßnahmen der Industrieförderung und den Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur abgestellt, d. h. auf die Erschließung profitabler Anlagensphären. Von den bis zum 30. 6. 1970 gegebenen Kreditzusagen der Kreditanstalt für Wiederaufbau in einer Gesamthöhe von 543,3 Mio. DM entfallen 418,9 Mio. DM auf die Förderung von Industrieprojekten und 124,4 Mio. DM auf infrastrukturelle Vorhaben (Energie 80 Mio. DM; Straßenverkehr 44,4 Mio. DM)⁵⁸. In diesem Zusammenhang ist auch das angelaufene Rückgliederungsprogramm zu beurteilen.

Eine im Auftrag des BMZ erstellte Studie über die Möglichkeit entwicklungspolitischer Förderung der Rückgliederung türkischer

53 Vgl. Barthel, Günter, Das Auslandskapital in der Türkei, in: Wirtschaftswissenschaft, 15. Jg., Heft 8, Berlin 1967, S. 1340 und 1343 f. Die ausländischen Investitionsanträge, die in der Zeit vom 1. 1. bis 30. 9. 1970 gestellt wurden, zeigen das westdeutsche Kapital an der Spitze (in 1000 US-Dollar):

BRD	6150
Schweiz	7169
USA	3722

Quelle: Weltwirtschaft am Jahreswechsel — Türkei, a.a.O. Der höhere Anteil der Schweiz ist damit zu erklären, daß eine Reihe der antragstellenden Firmen Kapital aus verschiedenen Ländern repräsentieren, die lediglich ihren Sitz in der Schweiz haben.

54 Vgl. Munzinger-Archiv/Internationales Handbuch; Türkei 45/68, S. 19.

55 Ebenda.

56 Neue Zürcher Zeitung vom 16. 5. 1971.

57 Jahresbericht der Weltbank 1970, Washington D.C., Paris 1970, S. 82.

58 Deutsche Kredite für Entwicklungsländer. Hrsg. von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Ffm. 1970, S. 30 f. und S. 61.

Arbeiter⁵⁹ bestätigt im wesentlichen die bereits oben getroffenen Feststellungen über das wirtschaftliche Verhalten der Rückwanderer. Jährlich kehren etwa 20 000 bis 30 000 türkische Arbeiter aus der BRD in ihre Heimat zurück. Nach einer in den Jahren 1968 und 1969 vom Arbeitsamt in Ankara durchgeführten Befragung (90 % der Befragten kamen aus der BRD) wohnten 29 % von ihnen vor ihrer Abreise ins Ausland in Städten, 14 % in kleinen Provinzstädten und 57 % in Dörfern. Nur 65,1 % (im Jahre 1968) bzw. 60,3 % (im Jahre 1969) jener Arbeiter, die vor ihrer Beschäftigung im Ausland auf dem Lande lebten, wollten nach ihrer Rückkehr wieder dorthin zurück. Der Rest beabsichtigte, in Städte zu ziehen. Von diesen wiederum planten 72,7 % (1968) bzw. 72,0 % (1969), sich selbständig zu machen, 7,0 % bzw. 6,1 % als Unselbständige zu arbeiten und 6,4 % bzw. 6,5 % wollten sich zu kollektiven Arbeitsgruppen zusammenschließen⁶⁰. An anderer Stelle der Studie heißt es: „Die meisten Gastarbeiter, beinahe 100 % der auf das Land und ca. 72 % der in die Stadt zurückkehrenden, wollen sich selbständig machen, indem sie z. B. als Taxifahrer oder in der Landwirtschaft arbeiten oder einen Dorfladen betreiben⁶¹.“ Und: „Die Erfahrung zeigt, daß viele kleine Gastarbeiterunternehmer gezwungen sind, nach kurzer Zeit wieder aus dem Markt auszutreten, nach Schätzungen 30 bis 40 %, u. a. weil bestimmte unternehmerische Kenntnisse und Fähigkeiten fehlen⁶².“

Nach eingehenden Vorbesprechungen „mit interessierten Industrieunternehmen“ wurde in Verhandlungen mit der türkischen Regierung deren „Einvernehmen“ und die „partnerschaftliche Beteiligung“ an einem Programm sichergestellt, dessen Aufgabe es laut einem Merkblatt des Westdeutschen Jugendsozialwerkes ist, „dem Menschen als Träger des sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes Wissen, Können und Erfahrungen zu vermitteln⁶³“. Zunächst soll eine begrenzte Anzahl⁶⁴ türkischer Arbeiter eine fachliche Grundausbildung bis zur Qualifizierung als Meister des maschinenbaumechanischen oder elektromechanischen Handwerks erhalten⁶⁵. Später sollen die Teilnehmerzahlen erhöht und andere Fachbereiche in die Ausbildung einbezogen werden. Die Ausbildung dauert ein Jahr. Der praktisch-technische Teil der Ausbildung (9 Monate) erfolgt in

59 WIP — Wirtschaft und Infrastruktur GmbH & Co. Planungs-KG (Hrsg.), Entwicklungspolitische Förderung der Rückgliederung türkischer Arbeitnehmer in die Volkswirtschaft ihrer Heimat. Forschungsvorhaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, München 1971.

60 Vgl. ebenda, S. 17 f.

61 Ebenda, S. 29.

62 Ebenda, S. 69.

63 Eine besondere Blüte bürgerlicher Ideologie!

64 Der erste Kurs mit 20 Teilnehmern läuft seit Anfang Mai 1971 in Nürnberg. Ein zweiter Kurs mit 120 Teilnehmern soll Mitte September im Ausbildungszentrum des Jugendsozialwerkes in Köln folgen.

65 Bezeichnenderweise ist jedoch die Verleihung eines westdeutschen Meisterbriefes nicht vorgesehen.

der Bundesrepublik, daran schließt sich ein 3monatiger Kursus über Fragen des Arbeitsrechtes, der Berufspädagogik, des Arbeitsschutzes etc. an, der in der Türkei von der Turkish-Management-Association durchgeführt wird. Die finanzielle Trägerschaft des Programms liegt, soweit die Ausbildung in Westdeutschland erfolgt, beim BMZ; ein entsprechender Haushaltstitel wurde mit 2,5 Mio. DM ausgestattet. Organisation und „Regieführung“ hat das Jugendsozialwerk übernommen, das Ausbildungsstätten, Wohnheime und Betreuungspersonal stellt sowie die Anwerbung und Auswahl der Teilnehmer durchführt. Die Ausbildung selbst wird von der Bundesanstalt für Arbeit veranlaßt und überwacht; die Durchführung liegt bei den örtlichen Berufsfachschulen und Handwerksinnungen. Der Unterricht erfolgt in deutscher Sprache, ausreichende Deutschkenntnisse der Teilnehmer werden daher vorausgesetzt. Ferner müssen die Teilnehmer bereits Facharbeiterniveau besitzen und sich rechtlich verpflichten, nach abgeschlossener Ausbildung in die Türkei zurückzukehren, um dort zu arbeiten. Bei Vertragsbruch wird die Rückzahlung des gewährten Stipendiums fällig. Für beabsichtigte Betriebsgründungen in der Türkei werden den Teilnehmern bis zu 60 % der Projektsomme als Darlehn in Aussicht gestellt. Die entsprechenden Mittel werden von der westdeutschen und der türkischen Regierung gemeinsam aufgebracht. Bei der türkischen Volksbank (Halk-Bankasi) wurde zu diesem Zweck ein gemeinsamer Fond errichtet; den westdeutschen Beitrag stellt die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG), die honorarweise „bereit (ist), die deutsche Beteiligung am Kreditfond als Eigengeschäft wahrzunehmen“⁶⁶. Voraussetzung für die Kreditvergabe, über die ein paritätisch besetztes Gremium entscheidet, ist jedoch eine ausreichende Eigenleistung der Teilnehmer in Höhe von 40 %, mindestens jedoch 5000 DM bei Gründung eines Betriebes der Elektrobranche bzw. 10 000 DM bei Gründung einer Mechanikerwerkstatt. Zur Vorbereitung der Betriebsgründungen wird an Ort und Stelle ein „Hilfs- und Beratungsdienst“, bestehend aus Fachleuten der westdeutschen „Technischen Hilfe“ eingesetzt, der Pre-Investment-Studien anfertigt und die bauliche und technische Ausstattung sowie die betriebswirtschaftliche Organisation der Neugründungen überwacht. Dabei gilt jedoch der Grundsatz: „Die Eigeninitiative des späteren Besitzers, die zu wecken entscheidende Aufgabe der Förderung ist, soll so wenig wie möglich begrenzt werden“⁶⁷. Welche „Hilfe“ man dem so umhetzten Betriebsgründer angedeihen lassen will, wird sogleich klargemacht: „Häufige Betriebsbegehungen dienen zur Beratung bei der Produktionsplanung, betriebswirtschaftlichen Abrechnung, Kalkulation, technischen Planung u. a. Wo immer notwendig, ist der Hilfs- und Beratungsdienst berechtigt, bestimmte Funktionen an sich zu ziehen . . .“⁶⁸.

66 Ausschußdrucksache III B 4 — T 5503 — 5/71 des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 14. 1. 1971, S. 9.

67 Ebenda.

68 Ebenda, S. 9 f.

Diejenigen Teilnehmer des Lehrganges, die keine Betriebsgründung beabsichtigen, sollen in Positionen des „mittleren Managements (Meister, Ausbilder, Vorarbeiter) der türkischen Wirtschaft vermittelt“ werden⁶⁹. Aller Voraussicht nach dürfte jedoch die Zahl letzterer gering sein. Da es in der Türkei keine der westdeutschen entsprechende Meisterausbildung gibt, seine künftige Entlohnung daher nur geringfügig höher sein dürfte als die ihm aufgrund seines Ausbildungsniveaus (der erfolgreiche Besuch einer türkischen Gewerbeschule ist eine der Voraussetzungen für die Teilnahme am Fortbildungsprogramm) ohnehin zustehende Bezahlung, besteht für einen türkischen Arbeiter kaum eine Veranlassung, seine relativ gut bezahlte Facharbeiterstelle in Westdeutschland zugunsten einer schlechter bezahlten in der Türkei aufzugeben. Zumal man dafür von ihm verlangt, ein Jahr lang, internatsmäßig untergebracht, mit einem Taschengeld von 150 DM monatlich ausgestattet, die Schulbank zu drücken.

Einen weiteren Bereich der Förderung stellt die Unterstützung türkischer „Selbsthilfeorganisationen“ dar. Diese Spar- und Investitionsgesellschaften — meist Aktiengesellschaften türkischen Rechts — werben um Spargelder mit der Ankündigung, in der Türkei Arbeitsplätze für die „Aktionäre“ zu schaffen. Viele dieser Gesellschaften (auf dem Papier bestehen über 100; faktisch arbeiten 10—20) sind offensichtlich Schwindelunternehmen, die mit der Angst vieler Türken, nach der Rückkehr wieder arbeitslos zu werden, ihr Geschäft machen. In einigen Fällen sind jedoch bereits Betriebsgründungen erfolgt, wie z. B. im Fall der „Türksan“, die bei Istanbul Papier produziert und sogar ein eigenes Vertriebsnetz aufgebaut hat. Andere Gesellschaften arbeiten mit weniger Erfolg. Hier soll westdeutsche „Hilfe“ einsetzen durch Beratung bei der Betriebsgründung und -führung, vor allem aber durch die Vermittlung westdeutscher „Partner“ für „joint-ventures“⁷⁰.

Die Zielrichtung des Programms wird deutlich. Die Funktionen, die die rückkehrenden Arbeiter in der Entwicklungsstrategie der westdeutschen Monopolbourgeoisie übernehmen sollen, lassen sich folgendermaßen charakterisieren:

1. Als „Kompradoren-Faktoten“ sollen sie durch die Gründung von Reparaturwerkstätten für Landmaschinen, Lastwagen und Pkw, aber auch für Erzeugnisse der Elektroindustrie (elektrische Haushaltsgeräte, Radios etc.)⁷¹ einen weitverzweigten Vertriebs- und Wartungsapparat aufbauen. Möglichst in direkter Verbindung mit den interessierten Firmen soll der Absatzmarkt Türkei für die westdeutsche Exportproduktion erschlossen werden.

69 Ebenda, S. 5.

70 Vgl. ebenda, S. 10.

71 Vgl. dazu die in der WIP-Studie, a.a.O., S. 70 ff. getroffene Branchenauswahl und die entsprechenden Bedarfsanalysen.

2. Über den Aufbau von „Satellitenbetrieben“ sollen sie „im modernen Sektor der Volkswirtschaft“⁷², in „Wachstumsbranchen“, die von ausländischem Kapital bevorzugt werden, die Rolle von Zulieferern übernehmen; kleine mittelständige Betriebe, keine Konkurrenz für das ausländische Kapital, mit diesem jedoch durch vielfältige Abhängigkeiten fest verbunden.

3. Bei der Vermittlung von Facharbeitern in Positionen des „mittleren Managements“ türkischer Firmen erhofft man sich, daß sie dort aufgrund ihrer in der westdeutschen Industrie gesammelten Erfahrungen im Umgang mit modernen Maschinen und den dort gebräuchlichen Arbeitsmitteln sowie aufgrund ihrer Sprachkenntnisse bei Investitionsentscheidungen oder der Einführung neuer Produktionstechniken auf den Ankauf westdeutscher Produkte dringen werden.

4. Können die unter 1, 2 und 3 genannten Funktionen als kurz- oder mittelfristig bezeichnet werden, so drückt sich im vierten Aspekt das langfristige Interesse der westdeutschen Monopole aus. Der verstärkte Kapitalexport in Form von Produktivkapital, das in wachsendem Maße zur Gründung von Produktionsstätten im Ausland verwandt wird (einhergeht eine relative Abnahme der Portfolioinvestitionen), stellt die westdeutsche Industrie vor Probleme, die Hans-Rudolph Zarth „aus eigener jahrelanger Erfahrung in der Erschließung ausländischer Märkte“ in einem Artikel in „Blick durch die Wirtschaft“⁷³ zusammenfaßt: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine der schwierigsten Fragen in der Beschaffung und Bereitstellung von qualifizierten Mitarbeitern für die ausländischen Fertigungsstätten besteht.“ Auf besondere Schwierigkeiten stoße dabei die Rekrutierung „von Mitarbeitern der unteren, ausführenden Ebene“ und die „Beschaffung“ „qualifizierter Facharbeiter“. Die Gründe dafür seien in einem weitverbreiteten „Mißtrauen gegenüber ausländischen Unternehmen oder ein(em) Gefühl der Inferiorität (!) gegenüber ausländischen Investoren“ sowie „fehlender Ausbildungsmöglichkeiten“ zu suchen. Das bedeute für das investierende Unternehmen „lange, unproduktive Anlaufzeiten, hohe Anlaufkosten bis zum Erreichen einer wirtschaftlichen Produktion“ etc., in jedem Fall das „Sammeln von negativen, sehr kostspieligen Erfahrungen“, denn „der Erfolg oder Mißerfolg von Fertigungsstätten im Ausland wird sehr maßgeblich von der Quantität und Qualität der landeseigenen Mitarbeiter, ihrem Ausbildungsniveau, ihrem Einsatzwillen und ihrer Einstellung gegenüber dem ausländischen Unternehmen bestimmt“. Die Lösung des Problems läge „in einem sinnvollen Einsatz von Gastarbeitern“. Diese könnten nach einer „intensiven Allround- und Fachausbildung“ als Ausbilder ihrer Landsleute oder auch als Vorgesetzte eingesetzt werden. Als „positive ‚Image-Zellen‘“ könnten sie „bei der Suche nach weiteren Arbeitskräften besonders wertvolle Dienste“ leisten.

⁷² Ausschußdrucksache, a.a.O., S. 8.

⁷³ Zarth, Hans-Rudolph, Die künftige Stammanschaft im ausländischen Zweigwerk, in: Blick durch die Wirtschaft vom 29. 10. 1970.

Die Auspowerung der Entwicklungsländer durch die organisierte Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte (38 % der seit 1964 ins Ausland gegangenen türkischen Arbeiter haben einen erlernten Beruf; davon wiederum sind 87 % qualifizierte Facharbeiter⁷⁴) wird zum Hemmnis für die Verwertung des in diese Länder exportierten Kapitals. Das Rückgliederungsprogramm ist ein erster Ansatz zur Beseitigung dieser Schranke der kapitalistischen Produktion, auch wenn durch den Entzug ausländischer Facharbeiter aus Bereichen der westdeutschen Wirtschaft den kurzfristigen Profitinteressen einzelner Monopole Abbruch getan wird.

Das Programm soll, sobald erste Erfahrungen vorliegen, weiter ausgebaut werden. Dabei geht es nicht nur um eine direktere Beteiligung der Industrie (einige Konzerne bilden bereits heute in ihren Stammwerken ausländische Arbeiter aus, um sie in ihre Zweigwerke zu schicken), Erhöhung der Teilnehmerzahlen und Ausarbeitung entsprechender Programme für andere Nationalitäten, sondern auch um die Einbeziehung der Ausbildung, die die ausländischen Arbeiter vor ihrer Auswanderung in ihren Heimatländern erhalten: im Entsendeland soll nur in Fachrichtungen ausgebildet werden, die sowohl in der BRD als auch später im Entwicklungsland gebraucht werden. Das entspricht dem Bemühen der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die Entwicklungsländer in eine, sie in jeder Beziehung benachteiligende internationale kapitalistische Arbeitsteilung zu zwingen und als Voraussetzung dafür die Kontrolle über die Ausbildung, den Qualifikationsgrad und den Einsatz der Arbeitskräfte dieser Länder zu gewinnen.

74 WIP-Studie, a.a.O., S. 54. Zum Problem der Auspowerung der Entwicklungsländer in bezug auf Arbeitskräfte siehe auch: Cinanni, Paolo, *Emigration und Imperialismus. Zur Problematik der Arbeitsemigranten*, München 1970.

Marios Nikolinakos

Zur Frage der Auswanderungseffekte in den Emigrationsländern*

1. Es gibt kaum eine Veröffentlichung über die Gastarbeiter^a, die — im Geist der „Völkerverständigung“, der „internationalen Zusammenarbeit“ oder der „europäischen Integration“ geschrieben —, die Ausländerbeschäftigung als „die bedeutendste Entwicklungshilfe“, die von den Industrienationen bisher geleistet wurde, nicht lobpreist¹. Als Argumente werden hauptsächlich „die Finanzhilfe durch den Transfer der Löhne der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer“ und „berufliche und fachliche Kenntnisse“, die die Gastarbeiter erwerben und durch die sie bei der Rückwanderung einen „sicherlich wertvolleren Beitrag“ leisten, genannt². Die Geldüberweisungen der Gastarbeiter ermöglichen nach dieser Auffassung einerseits die Kapitalbildung und die Investitionstätigkeit und tragen zur Deckung der chronisch defizitären Handels- bzw. Zahlungsbilanz ihrer Heimatländer bei, andererseits wird weitgehend unterstellt, daß die Gastarbeiter an ihrem Arbeitsplatz fachlich so ausgebildet werden, daß sie später die mit der fortschreitenden Industrialisierung in ihren Heimatländern steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften decken werden. Das erste Argument erscheint oft unter einem anderen, personengebundenen und humanitären Aspekt, nämlich, daß durch die Transferzahlungen der Gastarbeiter ihren zu Hause gebliebenen Familien das Los des Hungers erspart bleibt. Madeleine Trebous zitiert in ihrer Arbeit über die Auswanderung in Algerien einen Bericht, wonach die Transferzahlungen der Gastarbeiter in manchen Gebieten Algeriens 80 % des Gesamteinkommens ausmachen³. Dieser Aspekt ist besonders wichtig, da er gerade

* Der Aufsatz ist aus einer umfangreicheren Untersuchung entnommen, die der Funktion der Auswanderung in den Emigrationsländern gewidmet ist.

a Wir benutzen den Begriff „Gastarbeiter“ in diesem Aufsatz im Sinne der Arbeiter aus Entwicklungsländern, die in den kapitalistischen Ländern Europas als Arbeitskräfte eingesetzt werden.

1 So z. B. der frühere Präsident der „Bundesanstalt für Arbeit“, Anton Sabel, in seiner Rede „Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer“ vor der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, in „Magnet — Bundesrepublik, Probleme der Ausländerbeschäftigung“, Köln-Bonn 1966, S. 166.

2 Ebenda.

3 M. Trebous, Migration and Development, The Case of Algeria, OECD, Paris 1970, S. 60. Vgl. auch den Fall Senegals, in: Union Générale des Travailleurs Sénégalais en France: Le livre des travailleurs africaine en France, Paris 1970, S. 18.

auf eine Seite des Problems hinweist, die eine *Katalysatorwirkung* besonderer Art hat. Es ist kaum zu bestreiten, daß für die Mehrzahl der Auswanderer die Auswanderung die ex deo Lösung ihres persönlichen finanziellen Problems und den Ausweg aus ihrer Misere bedeutet. Eben diese individuelle Betrachtung verbirgt den wahren Charakter der Auswanderung, den sie im Rahmen des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems einnimmt, und der darin besteht, daß die „*Revolutionsreserven*“, die sich aus den Arbeitslosen rekrutieren, durch ihren Export vermindert werden, so daß dadurch die Stabilität des Systems gewährleistet bleibt. Die rein volkswirtschaftlichen Effekte der Auswanderung, die oft in den Vordergrund der Argumentation zugunsten der Auswanderung gerückt werden, haben in der Regel — soweit sie wirklich existieren — einen anderen als den angenommenen Charakter und sind Ausdruck des Ausbeutungsmechanismus, dem die Auswanderer wie auch das einheimische Proletariat ausgesetzt sind⁴. Diese beiden Argumente sollen im folgenden getrennt geprüft werden.

Der Zahlungsbilanzeffekt

2. Zuerst die Frage der Zahlungsbilanzwirkungen. Oft werden die Gesamtzahlen der Auszahlungen der Aufnahmeländer in Form der Geldüberweisungen von Gastarbeitern in ihre Heimatländer erwähnt. Im Jahresbericht der Bundesanstalt für Arbeit 1969 ist diese Entwicklung der Transferzahlungen seit 1965 insgesamt und nach einigen Ländern gegliedert, aufgeführt⁵. Man erfährt, daß die Gesamtüberweisungen im Jahre 1969 2 975 Mio DM betragen. Nach Angaben der Bundesbank stiegen sie im Jahre 1970 auf 4 550 Mio DM⁶. Mit solchen globalen Zahlen kann man höchstens den Umfang des „Schadens“, den ein Industrieland wie die Bundesrepublik erleidet, messen, keineswegs aber den Beitrag der Geldüberweisungen zur Wirtschaft der Heimatländer der Gastarbeiter. Auch die Höhe der Summen, die jedem einzelnen Land in der Form von Geldüberweisungen zufließen, besagt nichts. Daß 38 Bio francs im Jahre 1955 und 70 Bio francs im Jahre 1967 von Frankreich nach Algerien überwiesen wurden⁷, oder daß die Geldüberweisungen im Jahre 1969 aus der Bundesrepublik nach Italien 971 Mio DM, nach Griechenland 382 Mio DM, nach Spanien 367 Mio DM usw. betragen, besagt nichts, wenn man diese Summen nicht mit anderen Größen aus diesen Ländern vergleicht.

4 Zu ähnlichem Ergebnis kommt auch die Schrift „Capitalisme suisse et travailleurs étrangers“ der „Ligue marxiste révolutionnaire“, o. Ort, Mai 1970, S. 6.

5 Bundesanstalt für Arbeit, *Ausländische Arbeitnehmer 1969*, Nürnberg 28. 8. 1970, S. 5.

6 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 23. Jg. Nr. 6, Juni 1971, S. 70.

7 Trebous, a.a.O., S. 60, 66, s. auch P. Grandjeat: „Les migrations de travailleurs en Europe“, *Cahiers de l'Institut International d'Etudes Sociales* Nr. 1, Paris, Oct. Nov. 1966, S. 49.

Einen Versuch in dieser Richtung hat 1965 Parenti auf dem von den Vereinten Nationen organisierten Weltbevölkerungskongreß unternommen, wobei er jedoch auf große Schwierigkeiten stieß, weil ausreichendes und zuverlässiges statistisches Material für sein Vorhaben weitgehend fehlte⁸. Parenti maß den Emigrationseffekt anhand der Beziehung zwischen Geldüberweisungen einerseits und den Einfuhren oder dem Nationaleinkommen einiger Emigrationsländer andererseits. Seine Ergebnisse fassen wir in der folgenden Tabelle zusammen⁹:

Geldüberweisungen als Prozent der Einfuhren

	Italien	Griechenland	Portugal	Spanien
1958	11,0	15,9	10,3	—
1959	9,4	17,1	11,9	6,0
1960	8,0	14,1	10,0	8,8
1961	8,8	15,0	6,8	10,9
1962	9,0	21,9	8,8	10,0

Geldüberweisungen als Prozent des Nationaleinkommens

	Italien	Griechenland	Portugal	Spanien
1958	1,8	3,7	2,8	—
1959	1,5	3,8	3,0	0,6
1960	1,6	3,6	2,6	0,7
1961	1,7	3,5	2,0	1,2
1962	1,9	4,7	2,2	1,4

Es ist ersichtlich, daß die Geldüberweisungen der Auswanderer grob ein Zehntel der Einfuhren finanzieren, mit Ausnahme Griechenlands, wo sie bis zu einem Fünftel steigen. Der Beitrag der Geldüberweisungen zum Nationaleinkommen liegt zwischen grob 2 % und 3 % mit Ausnahme wieder Griechenlands, wo dieser Prozentsatz zwischen 3,5 und 4,7 liegt. Griechenland scheint also stärker von den Geldüberweisungen der Emigranten abhängig zu sein als die übrigen Länder.

3. Nun sagen die obigen Daten noch nicht sehr viel über den Beitrag der Emigration zur Kapitalbildung in den Emigrationsländern aus. Wie oben angedeutet, gibt es angeblich zweierlei Effekte der Geldüberweisungen der Auswanderer auf die ökonomischen Daten in ihren Heimatländern, den *Kapitalbildungs- oder Investitionseffekt* und den *Zahlungsbilanzeffekt*. Letzterer ist unabhängig vom ersten. Der Zahlungsbilanzeffekt mißt sich daran, wieweit er den Devisenvorrat des Landes erhöht bzw. wieweit er zur Deckung des Han-

8 G. Parenti, The role of emigrants' remittances in the economic development of european countries, in UNO: World Population Conference, 1965, Bd. IV, New York 1967, S. 220.

9 Ebenda, S. 222. Vgl. weiter zu der Frage der Geldüberweisungen C. P. Kindleberger: Europe's Postwar Growth, Cambridge Massachusetts 1967, S. 91—95.

dels- bzw. des Zahlungsbilanzdefizits beiträgt. Einfachheitshalber¹⁰ nehmen wir nur ein Land, nämlich Griechenland, das ein chronisches, sich vergrößerndes Handelsbilanzdefizit aufweist, um den *Zahlungsbilanzeffekt* zu demonstrieren. In der folgenden Tabelle haben wir einen Koeffizienten berechnet, der den „Emigrations-Effekt“ auf die Zahlungsbilanz mißt¹¹. Nennen wir ihn „Koeffizient A“ (A = allgemein) im Gegensatz zu einem spezifischen Koeffizienten (Koeffizient S). Der Koeffizient A zeigt, in welchem Maße die Geldeinnahmen aus den Gastarbeiter-Überweisungen das Handelsbilanzdefizit decken¹². Es zeigt sich, daß dies im Falle Griechenlands zu knapp einem Drittel geschieht, wobei man zwischen 1963 und 1971 eine abnehmende Wirkung des Emigrations-Effektes feststellt.

	Handelsbilanz- defizit in Mio Dollar	Geldüberweisungen d. Auswanderer in Mio Dollar	Koeffizient A
	(a)	(b)	c (b : a)
1963	435,7	168,1	0,38
1964	555,0	176,8	0,33
1965	685,6	206,9	0,30
1966	745,4	234,9	0,31
1967	696,7	232,0	0,33
1968	771,9	239,3	0,31
1969	882,2	277,0	0,31
1970	1 083,9	342,9	0,31
1971 ¹³	537,0	152,6	0,28

10 Mangels statistischer Daten war es zur Zeit der Niederschrift dieses Aufsatzes nicht möglich, die „Koeffizienten A und S“ für die übrigen Länder, aus denen die Bundesrepublik Gastarbeiter importiert, zu berechnen. Es muß an dieser Stelle bemerkt werden, daß die Berechnung und die Aussagekraft der Koeffizienten A und S mit Interpretationsproblemen verbunden ist, je nachdem, ob man das Handels- oder das Zahlungsbilanzdefizit zugrunde legt. Wir behandeln diese Probleme in einer anderen, andernorts bald erscheinenden Arbeit.

11 Quellen: Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin, Heft 3 (März) von 1967, 1968, 1969, 1970, 1971.

12 Die Gegenüberstellung von Geldüberweisungen und Handels- bzw. Zahlungsbilanzdefizit, worauf sich die Berechnung der Koeffizienten A und S stützt, ist zweckmäßiger, da die Dienstleistungsbilanz, in der auch die Geldüberweisungen der Gastarbeiter erfaßt werden, gewöhnlich — wenigstens in den Emigrationsländern mit einem chronischen Ungleichgewicht in ihrer Handelsbilanz — dazu dient, das Handelsbilanzdefizit zu decken. Eigentlich führt die Gegenüberstellung von Geldüberweisungen und Einfuhren zum selben Ergebnis, nur muß man dazu das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhren hinzuziehen, um den Netto-Effekt der Geldüberweisungen im Verhältnis zum Handelsbilanzdefizit festzustellen. Die von uns berechneten Koeffizienten A und S sind in dieser Hinsicht „bereinigt“, sie zeigen direkt den Netto-Effekt auf die Handelsbilanz.

13 Für die Zeit Januar—Mai, Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin, August 1971, S. 65, 67.

4. Mit einem anderen Koeffizienten können wir auch einen anderen Aspekt des „Emigrations-Effektes“ feststellen, nämlich die Funktion der Geldüberweisungen im Rahmen der Handelsbeziehungen zwischen Emigrations- und Aufnahmeland. Wir nennen ihn „Koeffizient S“ (spezifisch). Nehmen wir auch in diesem Falle beispielsweise die Bundesrepublik und Griechenland¹⁴:

	Defizit Griechenlands in seinen Handesbeziehungen zur BRD in Mio Dollar	Überweisungen* der Gastarbeiter aus der BRD in Mio Dollar	Koeffizient S
	(a)	(b)	c (b : a)
1964	88,6	63,2	0,71
1965	103,1	86,7	0,84
1966	125,9	96,2	0,77
1967	144,7	92,5	0,64
1968	134,1	75,5	0,56
1969	168,6	100,5	0,59

* Die in barer Form von den Gastarbeitern nach Hause beim Besuch oder bei der Rückkehr mitgeführten Gelder sind hierbei nicht erfaßt. Die darüber angestellten Schätzungen (siehe Grandjeat, a.a.O., S. 49, Parenti, a.a.O., S. 220, Bundesanstalt für Arbeit: Ausländische Arbeitnehmer 1969, a.a.O., S. 5) lassen jedoch den Schluß zu, daß der Koeffizient S nicht wesentlich beeinflusst wird.

Der Koeffizient S mißt diesmal den Beitrag der Geldüberweisungen der Gastarbeiter zur Deckung des Handelsdefizits Griechenlands gegenüber der Bundesrepublik. Die Funktion der Geldüberweisungen besteht nun darin, einen immer kleiner werdenden Teil des Handelsbilanzdefizits zu decken. Trotz Zunahme der Geldüberweisungen wird der Koeffizient S immer kleiner, weil das Handelsbilanzdefizit zwischen Griechenland und Bundesrepublik mit einer höheren Rate als die Geldüberweisungen steigt. Das Ergebnis ist erstaunlich, aber nicht überraschend. Das Erstaunliche dabei ist, daß die griechischen Gastarbeiter mit dem, was sie sparen und nach Hause überweisen, nicht einmal die nach Griechenland eingeführten deutschen Produkte voll bezahlen können. Darüber hinaus steigt diese Unfähigkeit trotz steigender Beschäftigung der Griechen in der Bundesrepublik. Wohlgermerkt erweitern die Geldüberweisungen objektiv die Möglichkeiten einer Vergrößerung des Handelsbilanzdefizits zugunsten der Bundesrepublik durch Steigerung der Exporte, da Griechenland sonst die zusätzlichen Einfuhren aus der BRD aus anderen Quellen hätte finanzieren müssen.

14 Quellen, für Handelsbilanzdefizit wie in Fußnote 11, für die Überweisungen „Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank“, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Dez. 1970, Nr. 12, Tab. 8, umgerechnet in US-Dollar nach der offiziellen Parität.

Die Unternehmerseite drückt dies klar aus: „In der Regel ist es so, daß nur reiche Länder uns etwas abkaufen können.“ „Das bedeutet, daß unser Interesse dahin geht, auch die wirtschaftliche Leistungskraft des Mittelmeerraumes zu vergrößern¹⁵.“

Der Kapitalbildungseffekt

5. Betrachten wir nun den *Kapitalbildungs- oder Investitionseffekt*. Es wird allgemein angenommen, daß die Geldüberweisungen bzw. das gesparte Geld, das die Gastarbeiter bei ihrer Rückkehr mit nach Hause nehmen, für Investitionszwecke benutzt werden! Die Allgemeine Union senegalesischer Arbeiter in Frankreich bemerkt dazu in ihrer schon zitierten Veröffentlichung, daß die Rückwanderer Kleider und Haushaltswaren mitbringen und daß sie darüber hinaus ihre mitgebrachten Ersparnisse für den Kauf von Vieh oder anderen Prestigewaren bzw. als Mitgift für ihre noch unverheirateten Söhne verwenden, so daß sie in kurzer Zeit verschwinden¹⁶.

In Algerien sind die Verhältnisse nicht anders. Trebous erwähnt, daß die Transferzahlungen der algerischen Arbeiter in Frankreich dazu beitragen, etwa zwei Millionen Personen am Leben zu erhalten, besonders in den ärmsten Gebieten Algeriens¹⁷. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt schließlich eine empirische Untersuchung der OECD unter der Leitung von Professor Kayser in den fünf südeuropäischen Ländern Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und der Türkei. Dort wird festgestellt, daß sich die rückkehrenden Gastarbeiter Plätze in den traditionellen Wirtschaftszweigen, dem Handwerk oder im Dienstleistungssektor, verschaffen oder sich selbständig machen und ihre Ersparnisse auf diese Art und Weise nicht zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes verwenden¹⁸. Vielmehr dienen die Ersparnisse dazu, den Konsum in den Heimatländern der Gastarbeiter zu fördern¹⁹. Hier kommt die Funktion der Geldüberweisungen klar zum Ausdruck. Sie dienen nämlich nicht nur dazu, die Bedürfnisse der zurückgebliebenen Bevölkerung zu befriedigen, sondern erfüllen vielmehr gehobene Konsumbedürfnisse nach Gütern, die zum großen Teil vom Ausland eingeführt werden müssen. Empirische Untersuchungen zeigen, daß die Gastarbeiter mit den Geldüberweisungen in der ersten Zeit ihre Familien zu ernähren und mit notwendigen Haushaltswaren zu versorgen bezwecken. Danach gehen sie zum Kauf von dauerhaften Konsumgütern, wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Radios, Möbel usw. über, und erst dann

15 R. Weber, Einstellung und Politik der Arbeitgeberverbände, in J. Chr. Papalekas (Hrsg.): Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung, Herford und Bonn 1969, S. 53.

16 Union Générale des Travailleurs Sénégalais en France: Le livre des travailleurs africains en France, a.a.O., S. 19.

17 Trebous, a.a.O., S. 66, 202, Fußnote 3.

18 International Migration of Labour and its repercussions, in „The OECD Observer“, No. 47, August 1970, S. 11.

19 Union Générale des Travailleurs Sénégalais, etc., a.a.O., S. 18.

sparen sie, um sich mehr Boden anzuschaffen, ein Haus zu bauen, ein Appartement in der Hauptstadt ihrer Provinz für sich selber oder als Mitgift für ihre Töchter zu kaufen, oder schließlich ein Geschäft in ihrem Dorf, gewöhnlich ein Lebensmittelgeschäft oder Kaffeehaus, nach ihrer Rückkehr zu eröffnen. Das Bild des Gastarbeiters, wenigstens in der Bundesrepublik, der mit eigenem Wagen in seinem Urlaub nach Hause fährt, ist nicht mehr selten.

Es ist also falsch und unbegründet, von einem *Kapitalbildungs- oder Investitionseffekt* der Emigration zu sprechen. Im Gegenteil soll man statt dessen von einem *Konsum-Effekt* sprechen, der zwar den Lebensstandard der Emigranten und ihrer Familien erhöht, letzten Endes jedoch hauptsächlich den Industrieländern, die Gastarbeiter beschäftigen, zugute kommt, da die Konsumgüter, die die Erhöhung des Lebensstandards ermöglichen, aus diesen Ländern eingeführt werden.

6. Es ist nun klar, daß die oben unter Anwendung des Koeffizienten S geschilderte Funktion der Gastarbeiter zu einem Teufelskreis führt. Die Gastarbeiter tragen nämlich dazu bei, das bestehende Handelsbilanzdefizit ihres Heimatlandes gegenüber dem Land, wo sie arbeiten, zu decken, sie selber aber tragen auch durch ihren ständig wachsenden Bedarf und den ihrer Familien dazu bei, daß dieses Defizit immer größer wird oder sich wenigstens nicht verkleinert. Die Werte des Koeffizienten S für Griechenland, die wir oben angegeben haben, deuten darauf hin, daß die Geldüberweisungen der Gastarbeiter möglicherweise nicht einmal dafür ausreichen, die Einfuhren von Konsumgütern aus der Bundesrepublik zu finanzieren²⁰. Soweit es sich nun um die Einfuhr von für den Entwicklungsprozeß Griechenlands wichtigen Investitionsgütern aus der Bundesrepublik handelt, muß Griechenland das Geld dafür aus anderen Quellen besorgen.

Ein Überblick des vorhandenen statistischen Materials aus anderen Ländern deutet jedoch darauf hin, daß Griechenland kein Sonderfall ist.

Der Fachausbildungs-Effekt

7. Wie oben angeführt, wird als zweite positive Seite der Emigration die Erlangung von „beruflichen und fachlichen Kenntnissen“ seitens der Gastarbeiter hervorgehoben, die sie angeblich nach ihrer Rückkehr zum Nutzen der Wirtschaft ihres Heimatlandes anwenden.

²⁰ Uns stehen keine detaillierten Daten über die Handelsbeziehungen Griechenlands mit der Bundesrepublik zur Verfügung. Die allgemeine Struktur der griechischen Importe berechtigt jedoch zu dieser Aussage. Auch im Falle, daß der Wert der eingeführten deutschen Konsumgüter kleiner als die Geldüberweisungen der Gastarbeiter ist, soll der Beitrag der letzteren zur Finanzierung der Einfuhren von Kapitalgütern aus der Bundesrepublik sehr klein sein, so daß auch der im Text folgende nächste Satz in seinem Inhalt dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Nun haben sich in der letzten Zeit mehrere Stimmen gegen diesen zweiten Mythos erhoben, so daß man an diesem Punkt nicht allzu lange zu verweilen braucht.

8. „Den ausländischen Arbeitnehmern stehen im Bundesgebiet grundsätzlich die gleichen Möglichkeiten einer beruflichen Fortbildung offen, wie den deutschen Arbeitnehmern“, liest man im Bericht der Bundesanstalt für Arbeit²¹. Ähnliches gilt angeblich für Frankreich, wo „almost all the vocational training facilities at present available to Frenchmen are also open to foreigners“²². Dies gilt auch für fast alle Länder, die z. Z. Ausländer beschäftigen²³. Nun beteiligen sich die Gastarbeiter an dem Ausbildungsprozeß kaum oder sehr minimal. Nach der für das Jahr 1968 durchgeführten Repräsentativ-Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit erhalten nur 5 % aller Gastarbeiter (d. h. also auch aus den Industrieländern) eine Lehr- oder Anlernausbildung, während sich der Prozentsatz derjenigen, die sich einer Fachausbildung (Berufsfachschule, berufliche Lehrgänge und Kurse) unterziehen, nur 2 % beträgt. Es ist des weiteren interessant festzustellen, daß der entsprechende Prozentsatz für die Gastarbeiter aus den sogenannten „Anwerbeländern“²⁴ in beiden Fällen 2 % ist! Nach den Ergebnissen derselben Untersuchung verzeichnen etwa 30 % der männlichen und 20 % der weiblichen ausländischen Arbeitskräfte eine berufliche Verbesserung, wobei es sich jedoch — nach der Bemerkung der Bundesanstalt für Arbeit selbst — „hauptsächlich um den Aufstieg vom ungelernten zum angelernten Arbeiter, der meist nach einer innerbetrieblichen Anlernung für bestimmte Tätigkeiten erreicht wurde“, handelt. 26 % nämlich der männlichen und 18 % der weiblichen Gastarbeiter aus den Anwerbeländern brachten es vom ungelernten zum angelernten Arbeiter dieser Art. Zum Facharbeiter, einschließlich Vorarbeiter und Meister, brachten es jedoch von den Ungelernten nur 3 % und von den Angelernten noch 2 % der männlichen Gastarbeiter aus den sogenannten Anwerbeländern. Keine Frau konnte Facharbeiterin werden²⁵. Es

21 Bundesanstalt für Arbeit, *Ausländische Arbeitnehmer 1969*, a.a.O., S. 83.

22 Trebous, a.a.O., S. 128.

23 R. Desclotres, *The foreign worker*, OECD, Paris 1967, S. 114. Vgl. auch R. Kayser, *Manpower movements and labour markets*, OECD (vervielfältigtes Dokument MS/M/404/308), Sept. 1969, S. 153 f.

24 Als solche werden in der Repräsentativ-Untersuchung Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und die Türkei bezeichnet, während Jugoslawien getrennt aufgeführt wird (s. Bundesanstalt für Arbeit, *Ausländische Arbeitnehmer 1969*, a.a.O., S. 45). Die Unterscheidung stützt sich darauf, daß bei den „Anwerbeländern“ bestehende Abkommen zwischen ihren Regierungen und der Regierung der Bundesrepublik die Anwerbung von Arbeitskräften regeln. Ein ähnliches Abkommen mit Jugoslawien wurde erst am 12. Oktober 1968 unterzeichnet.

25 Bundesanstalt für Arbeit, *Ausländische Arbeitnehmer 1969*, a.a.O., S. 84. Es ist auffallend, daß auch frühere Repräsentativ-Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit, wie diejenige vom September 1966, das

sieht also so aus, daß dem Gastarbeiter der Weg zur Fachausbildung versperrt ist und sich die famose „berufliche Ausbildung“ der Ausländer nicht auf „das systematische Erlernen breitangelegter Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten“ als vielmehr auf „das Erlernen bestimmter technischer Arbeitsvollzüge sowie das allgemeine Vertrautwerden mit der industriellen Arbeitswelt und deren Normen und Spielregeln“ beschränkt²⁶. Diese Ergebnisse werden durch eine andere empirische Untersuchung bestätigt, wonach im Jahre 1966 rund 3,7 % der Gastarbeiter, Männer und Frauen, an einer Fortbildung teilgenommen hatten. Bemerkenswert ist, daß 65,2 % dieser Gruppe eine fachliche Weiterbildung für ihren jeweiligen Beruf anstrebten, wobei der größte Teil (30,8 %) dafür private Institutionen besuchte²⁷! Es muß an dieser Stelle auch bemerkt werden, daß, obwohl das Bild für die ausländischen Arbeiter aus anderen als den Anwerbeländern nicht wesentlich anders aussieht, diese trotzdem besser als ihre Kollegen aus den Anwerbeländern abschneiden. So avancierten aus 100 männlichen ausländischen Arbeitern aus den „übrigen Ländern“ 50 zum angelernten Arbeiter und 12 zum Facharbeiter (nach einer Repräsentativ-Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit für 1966. Nach der Repräsentativ-Untersuchung von 1968 lauten die entsprechenden Zahlen 15 % und 13 %)²⁸.

9. Die obigen Verhältnisse der Bundesrepublik sind typisch für die Gastarbeiter in allen kapitalistischen Ländern Europas. Es sei z. B. bemerkt, daß 51,4 % der Algerier in Frankreich ungelernt sind. Der Prozentsatz der Angelernten beträgt 36,1 %, während nur 12,1 % Facharbeiter sind²⁹. Auch in der Schweiz ist die Lage nach einer neuesten Untersuchung ähnlich. 76,1 % der Italiener sind nämlich „in Hilfs- und Anlernfunktionen beschäftigt, die keine Spezialkenntnisse erfordern; 18,1 % üben berufliche Tätigkeiten aus, die eine Fachausbildung voraussetzen; lediglich 3 % haben eine Vorgesetzten-

gleiche feststellen, daß nämlich die Gastarbeiter nur bis zum Status des angelernten Arbeiters kommen. Aus 100 männlichen Gastarbeitern aus den Anwerbeländern, die anfangs als ungelernete Hilfskräfte eingestellt wurden, waren z. Z. der Untersuchung 46 immer noch als ungelernete Arbeiter beschäftigt, während 51 bis zum angelernten Arbeiter avanciert waren. Nur 3 arbeiteten als Facharbeiter! Siehe C. Richter: Umfang, Grenzen und Auswirkungen der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik, Mannheim 1968, S. 198. Im Laufe der Zeit ist also keine Änderung des Ausbildungszustandes der Gastarbeiter aufgetreten.

26 E. Zieris, Anlernung und Ausbildung in Papalekas: Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung, a.a.O., S. 62. Vgl.: Grandjeat, a.a.O., S. 58. Vgl. über die Hindernisse der Fachausbildung Kayser: Manpower movements and labour markets, a.a.O., S. 151 f.

27 U. Mehrländer: Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der BRD unter spezieller Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen, Köln und Opladen 1969, S. 39.

28 Siehe Richter, a.a.O., S. 198, Bundesanstalt für Arbeit: Ausländische Arbeitnehmer 1969, a.a.O., S. 84.

29 Siehe Trebous, a.a.O., S. 82—84.

funktion inne“³⁰. Einen weiteren Schritt nach vorne bringt uns die Frage in wieweit wenigstens diejenigen Ausländer, die sich tatsächlich beruflich aus- bzw. fortbilden, das Erlernen, was ihren Ländern und ihnen selbst später zugutekommt. Am besten illustriert dies der Fall der in Frankreich tätigen Algerier. Folgende Tabelle, die wir aus der Untersuchung von Madeleine Trebous entnehmen, macht deutlich, wie ungleichgewichtig die Verteilung der beschäftigten Algerier zu Hause und in europäischen Ländern im Jahre 1973 voraussichtlich sein wird³¹.

Verteilung der Beschäftigten nach Wirtschaftszweig im sekundären Sektor im Jahre 1973 in %

	in Algerien		in europäischen Ländern	
	Prozente nach Zweigen	Prozent der Beschäftigten im Zweig in Algerien	Prozente nach Zweigen	Prozent der Beschäftigten im Zweig in Europa
Wohnungsbau u. Baugewerbe	24,3	34,1	44,3	65,9
Metallindustrie	14,2	35,3	24,7	64,7
Chemie	10,5	73,4	4,2	26,6
Textilien	7,3	71,5	2,8	28,5
Bergbau	4,8	58,7	3,2	41,3
Baumaterial	4,4	58,2	3,0	41,8
Verkehrswesen	12,3	78,5	3,1	21,5
Wasser-Gas- Elektrizität	2,4	79,7	0,6	20,3
Andere	19,8	56,4	14,1	43,6
Insgesamt	100,0		100,0	

Aus diesen Schätzungen der Planungsbehörden in Algerien ist ersichtlich, daß 69 % der in Europa beschäftigten Algerier in den Zweigen „Wohnungsbau und Baugewerbe“ und „Metallindustrie“ eingesetzt sind, während dies für nur 38,5 % der in Algerien Beschäftigten zutrifft. Zwei Drittel der Algerier in Europa sind also in Zweigen beschäftigt, die in ihrem Heimatland schon ausgelastet sind. Sie erlernen demzufolge einen Beruf bzw. werden mit einem Beruf vertraut, den sie bei ihrer Rückkehr nicht ausüben werden können. Trebous bemerkt, daß, wenn Algerien bis 1973 die vorgesehenen Ausbildungsprogramme für die Zweige „Wohnungsbau“, „Metallindustrie“, „Verkehrswesen“ und „Wasser-Gas-Elektrizität“ erfüllt, 70 % der in Europa ausgebildeten algerischen Arbeiter keinen Arbeitsplatz in Algerien finden werden, wenn sie ihre Branche nicht wechseln oder keinen qualifizierteren Beruf erlernen³². Wohlgermerkt üben 60 % der in Frankreich im Zweig „Baugewerbe“ Beschäftigten die

30 R. Braun, Sozio-kulturelle Probleme der Eingliederung italienischer Arbeitskräfte in der Schweiz, Erlenbach-Zürich 1970, S. 82 f. Vgl. weiter OECD: Emigrant workers returning to their home country, final report, Paris 1967, S. 45.

31 Trebous, a.a.O., S. 192.

32 Trebous, a.a.O., S. 194 f.

Tätigkeit eines Hilfsarbeiters aus, so daß viele Spezialarbeiten, die in Algerien verlangt werden, nicht aus den in Frankreich tätigen algerischen Arbeitskräften gedeckt werden können³³. In einer anderen Hinsicht ist in diesem Zusammenhang der Fall Griechenlands interessant, wo seit einigen Jahren die Nachfrage nach qualifizierten Kräften gestiegen ist. Die griechischen Gastarbeiter in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik können diese Nachfrage nicht befriedigen. Die Gründe dafür sind, daß sich die Griechen in der Bundesrepublik kaum ausbilden, daß ein immer größer werdender Prozentsatz von ihnen länger in Deutschland bleiben will, daß sie, wenn sie zurückkommen, nicht in die Industrie gehen, sondern sich als Selbständige in ihrem Dorf niederlassen, schließlich, daß oft der Fall vorkommt, daß sie den angelernten Beruf zu Hause nicht ausüben können, da es wegen der hohen Spezialisierung keine Beschäftigungsmöglichkeiten gibt³⁴. Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch die unter der Leitung von Prof. Kayser im Rahmen der OECD durchgeführte und oben schon erwähnte Untersuchung³⁵.

10. Ein anderer Beweis dafür, daß, soweit den ausländischen Arbeitnehmern zur Fachausbildung verholfen wird, dies zum Nutzen des Aufnahmelandes und nicht ihres Heimatlandes stattfindet, ist in den Bestrebungen der Arbeitgeber zu sehen, ausländische Arbeitskräfte in ihrer Heimat vor der Abreise für ihre Arbeit im Aufnahmeland auszubilden. Dafür haben wir einige interessante Beispiele aus der Praxis der Bundesrepublik. Wir zitieren aus dem Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises „Berufliche Bildungsmaßnahmen für ausländische Arbeitnehmer“ des Ausschusses „Ausländische Arbeitskräfte“ der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vom 11. 12. 1969³⁶: „Aufgabe dieses Kreises sei es, *alle Ini-*

33 Trebous, a.a.O., S. 93, 195.

34 Vgl. X. Zolotas, *International labor migration and economic development*, Athens 1966, S. 47—50. Nach einer empirischen Untersuchung unter Rückwanderern auf Sizilien antworteten 76 %, daß sie keinen Gebrauch von der im Ausland erworbenen Erfahrung machen konnten; als Grund dafür wurde „the lack of analogous industry in Sicily to that in which they had been working abroad, also the lack of specialisation in Sicily“, angegeben. Churches Committee on Migrant Workers in Western Europe: *Enquiry related to the Return of Migrant Workers*, Geneva 1966, Anhang IV, S. VII. Nach neuesten Angaben, die in der griech. Wirtschaftszeitung „Naftemporiki“ v. 19. 9. 1971 veröffentlicht wurden, liegen die in der griechischen Industrie unbesetzten Arbeitsplätze von Facharbeitern über 10 000!

35 OECD, *International Migration of Labour and its Repercussions*, a.a.O., S. 11. Auch Kayser, *Manpower movements and labour markets*, a.a.O., S. 111 f. Siehe auch sehr interessante Informationen in: OECD, *Emigrant workers returning to their home country*, a.a.O., S. 46 f. Prof. Thomas hat diese Situation sehr treffend als Bumerang-Effekt bezeichnet. Ebd.

36 „Informationen zur Ausländerbeschäftigung“, herausgegeben von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Heft 3/1970, S. 5—15.

tiativen auf dem Gebiete der beruflichen Förderung ausländischer Arbeitnehmer mit den Interessen der Betriebe zu koordinieren. Es sei nicht Aufgabe der Arbeitgeber, im Zusammenhang mit der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer Entwicklungspolitik zu betreiben. Im Vordergrund stehe das arbeitsmarktpolitische Interesse!“ (Hervorhebung vom Verf.) Mit dem italienischen Ausbildungsträger ANAP (Associazione Nazionale addestramento professionale) unterhält die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände Kontakte seit 1962. „Bereits vor diesem Zeitpunkt habe der italienische Ausbildungsträger für die Schweiz und für Holland ausgebildet. Aufgrund der engen Zusammenarbeit mit den deutschen Betrieben habe sich der Schwerpunkt der Tätigkeit von ANAP-CISO immer mehr auf die Durchführung von Anlernmaßnahmen für deutsche Betriebe konzentriert.“ „Zu den Zwischen- und Endprüfungen der Lehrgänge werden von interessierten deutschen Firmen technische Sachverständige entsandt. Die hierfür anfallenden Kosten trägt die Bundesanstalt.“ „Die Ausbildungskosten werden zu je $\frac{1}{3}$ durch die EWG und die italienische Regierung getragen. Das restliche Drittel (Internatskosten) muß die Schule selbst aufbringen. Dies erfolgt u. a. durch a) Unkostenbeitrag der deutschen Arbeitgeber, der z. Z. 1200 DM je vermittelten Schüler beträgt... Von Anfang 1967 bis Ende 1968 (Rezession) wurde auf Unkostenbeitrag verzichtet. b) rückzahlungspflichtige Beihilfen der Bundesanstalt.“ Die Zahl der vermittelten Lehrgangabsolventen liegt zwischen 500 und 600 Schülern. Diese Zahl soll zukünftig auf 1000 erhöht werden. In Jugoslawien ist es möglich, Ausbildungsmaßnahmen für Deutsche Firmen an jugoslawischen Ausbildungseinrichtungen mit Zustimmung der Bundesanstalt gem. Art. 6, Abs. 5 der deutsch-jugoslawischen Anwerbevereinbarung durchzuführen. Bis Ende 1969 wurde 24 Ausbildungsmaßnahmen mit 1250 Umschülern zugestimmt. „Tunesischerseits besteht Interesse, einen großen Teil der verfügbaren Kapazitäten für die Ausbildung von qualifizierten Kräften für die Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.“ „Tunesischerseits wäre man bereit, das Ausbildungsprogramm nach den deutschen Wünschen auszurichten!“ In der Türkei war es der einheimischen Wirtschaft bislang nicht möglich, mehr als 30 % der Absolventen bereits bestehender Ausbildungseinrichtungen in ihrem erlernten Beruf aufzunehmen. Daher wurde das Ansinnen der BVA, die Ausbildung türkischer Arbeitskräfte für deutsche Firmen in der Türkei durchzuführen, türkischerseits positiv aufgegriffen: Die türkische Regierung „will die staatlichen Einrichtungen hierfür zur Verfügung stellen“. Die Bundesanstalt für Arbeit hatte bis 1969 200 000 DM jährlich für die Förderung von Anlernmaßnahmen zur Verfügung gestellt, 1970 stieg dieser Betrag auf 800 000 DM. Diese Mittel standen allerdings auch für die sprachliche Ausbildung zur Verfügung.

11. Die oben angegebenen Informationen sprechen für sich. Besonders hervorgehoben werden muß, daß an den Ausbildungskosten, wie im Fall Italiens, zu $\frac{2}{3}$ die EWG und die italienische Regierung,

darüber hinaus und in anderen Fällen die Bundesanstalt für Arbeit beteiligt sind. Nicht nur werden also die jeweils einheimischen Ausbildungseinrichtungen in den Anwerbeländern den deutschen Unternehmern zur Verfügung gestellt, sondern vielmehr werden die Ausbildungskosten von anderen Trägern als den deutschen Arbeitgebern bereitgestellt! Aus der Forderung nach einer Ausbildung der Arbeitskräfte zum Nutzen der eigenen Wirtschaft wurde das Ungeheuer entwickelt, daß die Regierungen der Abgabeländer selbst für die Ausbildung von Arbeitskräften nach den Bedürfnissen des deutschen Kapitals zahlen! Man kann sich kaum eine andere Situation vorstellen, in der es dem ausländischen Kapital gelungen ist, die eigenen Interessen so erfolgreich durchzusetzen. Sicher steckt dahinter der Gedanke, daß diese Ausbildung letzten Endes dem Abgabeland zugute kommt, da ihre ausgebildeten Kräfte eines Tages zurückkehren und im Produktionsprozeß des eigenen Landes eingesetzt werden. Dazu aber verweisen wir auf die oben (Abschn. 9) gemachten Bemerkungen. Darüber hinaus darf nicht unbeachtet bleiben, daß ausgebildete Arbeiter, die sofort nach Abschluß ihrer Fachausbildung auswandern, weil sie zuhause keine Beschäftigung finden, eine viel geringere Rückkehrneigung haben, als Hilfsarbeiter. Sie werden höher eingestuft, verdienen demzufolge mehr und werden auch von den Unternehmern im Aufnahmeland besser und vorsichtiger behandelt, da sie wegen der Marktsituation und der hohen Nachfrage nach Fachkräften quasi eine Monopolstellung haben. Aus den Gastarbeitern dieser Gruppe werden eigentlich sehr schnell Einwanderer, so daß der letzten Endes erhoffte Effekt ausbleibt³⁷.

12. Das ganze Bild wird durch die in den Schulen für die Gastarbeiterkinder herrschende katastrophale Lage abgerundet. Wir gehen in diesem Punkt nicht auf Einzelheiten ein. Es wird allgemein anerkannt, daß das vorhandene Schulsystem die Gastarbeiterkinder zu den „Kulis der Konjunktur“ von morgen macht³⁸.

37 Der an der Universität Kent arbeitende deutsche Forscher Böhning fand, daß Facharbeiter am wenigsten geneigt sind, in ihre Heimat zurückzukehren. Siehe W. R. Böhning: The social and occupational apprenticeship of mediterranean migrant workers in West Germany, in M. Livi-Bacci (ed.): The demographic and social pattern of emigration from the southern European countries, Florence 1971, Tab. 34 (zitiert aus dem mir vom Autor zur Verfügung gestellten vervielfältigten Manuskript). Vgl. auch: Churches Committee on migrant workers, etc. Enquiry related to the Return of Migrant Workers, a.a.O., S. 47.

38 Siehe Bericht in „Der Spiegel“ vom 19. 10. 1970. Vgl. auch: „Man schätzt 500 000 Kinder, die sich in der Bundesrepublik befinden sollen. Da Jugendliche unter 16 Jahren nicht meldepflichtig sind, die Eltern zudem Angst haben, sie anzumelden, um nicht wegen mangelndem Wohnraum das Land verlassen zu müssen, die Notwendigkeit einer guten Schulbildung vielfach auch nicht abschätzen können, bleiben viele Kinder ohne Ausbildung. In manchen Orten sind es 90 %! Ansonsten liegen die Schätzungen zwischen 20 % und 50 %.“ E. Klee: Die Nigger Europas, Düsseldorf 1971, S. 17.

13. Als Gründe für den niedrigen Stand der Fachausbildung der Ausländer werden u. a. ihr Interesse an einem hohen Verdienst, verbunden mit ihrer Absicht, möglichst bald zurückzukehren, die sprachlichen Schwierigkeiten und die ungenügende schulische Vorbildung angeführt. Diese Gründe gibt die Bundesanstalt für Arbeit für die oben erwähnten Ergebnisse der Repräsentativ-Untersuchung an³⁹. Mehrländer stellte in ihrer empirischen Untersuchung fest, daß 25,5 % der gefragten Gastarbeiter abends zu müde sind, um in die anstrengenden Kurse zu gehen. 21,2 % antworteten, daß in ihrem Wohnort keine Möglichkeiten beständen; weitere 21 % nannten andere Gründe, wie Schichtarbeit, Beaufsichtigung der Kinder usw. Interessanterweise gaben nur 16,6 % der Befragten an, daß sie an einer Fortbildung kein Interesse hatten, da sie sich nur vorübergehend in der Bundesrepublik aufhalten wollen! Nur 7 % der Befragten gaben als Grund ihres fehlenden Interesses an einer Fortbildung die Zahlung von Kursusgebühren an⁴⁰. Diese Ergebnisse werden durch die Feststellungen von Trebous für Frankreich auch bekräftigt⁴¹. Es ist nun ersichtlich, daß der Mangel an Interesse der Ausländer an einer Fortbildung absichtlich hochgespielt wird, während sich in der Tat ein großer Teil davon für eine Berufsausbildung interessiert. Dabei werden die wahren Gründe verschwiegen. Wie Descloîtres bemerkt, ist einerseits die Kostenfrage ein Faktor, der die Ausbildungschancen beschränkt⁴² und andererseits die Überlastung der Arbeiter selbst. Die Unternehmer sind gewöhnlich nicht bereit, die Kosten für die Ausbildung der Ausländer zu übernehmen. Die oben beschriebenen Bestrebungen der deutschen Arbeitgeber betreffen nur einen winzigen Teil der jedes Jahr eingeführten Gastarbeiter und nur einige Unternehmen, die am Mangel von Fachkräften leiden. Die Mehrzahl der Ausländer kommen als Hilfsarbeiter und werden als Hilfsarbeiter benutzt, weil sie gerade die Lücken ausfüllen, die durch die Abneigung der einheimischen Arbeiter gegen bestimmte Arbeiten entstehen. Dadurch wird der Aufstieg der einheimischen Arbeiter in höhere Stellen und Berufe ermöglicht, so daß letzten Endes die Gastarbeiter die Funktion eines „Subproletariats“ einnehmen⁴³. Die folgende Tabelle⁴⁴ zeigt eindeutig das Gefälle zwischen Ausländern und Einheimischen:

39 Bundesanstalt für Arbeit, *Ausländische Arbeitnehmer 1969*, a.a.O., S. 83 f.

40 Mehrländer, a.a.O., S. 42 f.

41 Trebous, a.a.O., S. 64.

42 Descloîtres, a.a.O., S. 115.

43 Daß die mangelnde Bereitschaft der Gastarbeiter, sich für eine effektivere Verwertung ihrer Arbeitskraft durch das Kapital zu qualifizieren nicht — wie solche Untersuchungen nahelegen — auf Mentalitäts- oder andere subjektive Faktoren zurückzuführen ist, würde ein Vergleich mit der einheimischen Lohnarbeiterschaft belegen. Im übrigen ist zu bemerken: Alle Überlegungen, die hier angestellt werden, erhalten ihre wahre Bedeutung erst im Zusammenhang mit einer Analyse des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital in den kapitalistischen Ländern, dem

**Die sozio-ökonomische Struktur der über
15 Jahre alten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik (in Prozenten)
(Juni 1961 und Herbst 1968)**

	Männer					
	Insgesamt		Deutsche		Ausländer	
	1961	1968	1961	1968	1961	1968
Lohnempfänger	64,4	60 ¹	62,8	58 ¹	86,8	90
Lehrlinge	6,5	6	6,6	6	2,7	2
Gehaltsempfänger	22,0	26 ²	22,3	27 ²	10,5	8
Beamte	8,0	9	8,3	9	0,0	0,0
	99,9	101 ²	100,0	100 ²	100,0	100

	Frauen					
	Insgesamt		Deutsche		Ausländer	
	1961	1968	1961	1968	1961	1968
Lohnempfänger	49,2	43 ¹	49,0	41 ¹	69,6	86
Lehrlinge	7,7	7	7,8	7	5,4	—
Gehaltsempfänger	40,9	48 ²	41,1	49 ²	24,9	12
Beamte	2,2	3	2,2	3	0,0	0
	100,0	101 ²	100,1	100 ¹	99,9	98

1 Abnehmende Absolutzahlen

2 Zunehmende Absolutzahlen

Die Deutschen rücken in Richtung der sogenannten „blue-collar“-Berufe auf, während die frei werdenden Plätze mit Ausländern besetzt werden⁴⁵. Nachdem die Masseneinwanderung in alle europäischen Länder die Bedürfnisse nach Hilfsarbeitern gedeckt hat, ist in den meisten Ländern die Phase eingetreten, in der Teile der Ausländer nach vorne rücken. Aus den oben (Abschn. 10) erwähnten Daten

gegenüber dasselbe Verhältnis in den Emigrationsländern nur in unentwickelter Form erscheint.

44 Ich entnehme die Tabelle einem am 26. 1. 1971 gehaltenen Vortrag von W. R. Böning unter dem Titel: „The self-feeding process of economic migration from developing to postindustrial countries with a liberal capitalist structure“, dessen Text mir der Autor freundlicherweise in vervielfältigter Form ebenfalls zur Verfügung gestellt hat.

45 Böning ebenda. Vgl. dazu: „Die Effektivität der Deutschen konnte dadurch (durch die Ausländerbeschäftigung) etwas verbessert werden, daß ihnen Chancen des Aufsteigens in der Hierarchie, auch im Ausbildungsmäßigen, mehr zugute kamen.“ Zöllner: Die wirtschaftliche Bedeutung der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht des Arbeitsmarktes, in „Probleme der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik“, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 13, Berlin 1966, S. 25. Böning macht eine sehr zutreffende Bemerkung in bezug auf die Rolle der Gastarbeiter aus den sogenannten Anwerbeländern. Am Beispiel Portugals führt er an, daß das zwischen der Bundesrepublik Deutschland

scheint hervorzugehen, daß auch die Bundesrepublik in der letzten Zeit diese Phase erreicht hat. Von dem Moment an, wo aus arbeitsmarktpolitischen Gründen die Fachausbildung von Ausländern für das Kapital notwendig wurde, findet sich letzteres bereit, wie gesagt, diese Fachausbildung wenigstens teilweise zu finanzieren. Es versucht zuerst, diese Last auf andere Schultern abzuwälzen, um seine Belastung minimal zu halten. Die Finanzierung der ANAP in Italien ist typisch (siehe oben Abschn. 10). Den deutschen Unternehmern gelang es sogar, in der Depressionszeit in den Jahren 1967 und 1968 den Kostenbeitrag an die ANAP einzustellen!

14. Zusammenfassend kommt man zum eindeutigen Ergebnis, daß die Gastarbeiter in den Aufnahmeländern fachlich nicht ausgebildet werden. Geschieht es dennoch, so erfolgt es nach den Bedürfnissen des Kapitals, das sie beschäftigt, nicht etwa nach den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Heimatländer⁴⁶. Die Sprache der Arbeitgeber ist eindeutig: „Es ist nicht Aufgabe der Arbeitgeber, im Zusammenhang mit der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer Entwicklungspolitik zu betreiben. Im Vordergrund stehe das arbeitsmarktpolitische Interesse⁴⁷.“ Der einzige Sinn des Fachausbildungs-Effektes besteht letzten Endes darin, daß sich die Gast-

und Portugal im Jahre 1964 abgeschlossene Abkommen die „miserable“ Zahl von nur 27 000 portugiesischen Arbeitern im Jahre 1969 erbracht hatte, eine Zahl, die die Bundesrepublik leicht durch ein Abkommen mit England hätte erzielen können. Der Grund, warum dies nicht der Fall ist, liegt darin, daß „Britons could not have been engaged for the kind of jobs in which Portuguese are working“. Böhning fährt fort, daß „if and when the drift of the indigenous worker makes itself felt severely at the intermediate manual and skilled manual level, Germany will probably have to recruit workers from Britain“. Bekanntlich ist dieser Fall schon vorgekommen. Die englischen Gastarbeiter werden sogar, im Gegensatz zu Türken, Italienern und Spaniern „mit mitteleuropäischem Wohnungskomfort“ versorgt. Die Firma MAN zum Beispiel ließ für ihre Schotten „in einem Hotel Quartier machen“ (siehe „Der Spiegel“, Nr. 49 vom 30. 11. 1970). Man bringt oft in diesem Zusammenhang das Argument der Investitionspolitik der Unternehmer vor, die in Richtung von „capital widening“ (arbeitsintensive Produktion) statt „capital deepening“ (lies Rationalisierung) geht. Böhning bemerkt dazu mit Recht, daß dies viel mehr mit der in jedem Land verfolgten Investitionspolitik als mit der billigen Arbeitskraft zusammenhängt. In der Schweiz war das „capital widening“ den Unternehmern leichter als das „capital deepening“. „Germany, on the other hand, achieved high productivity gains and increased capital deepening during the whole period of mass-immigration.“ Böhning ebenda.

46 Auch Böhning kommt zum selben Ergebnis: „In summary it can be said, that the argument that migrant workers from developing countries undergo an occupational and social apprenticeship in industrialized countries does not stand up to examination. The gains for the sending country — and for the migrant — are marginal.“ Böhning, The social and occupational apprenticeship of mediterranean migrant workers in West Germany, a.a.O., S. 53 des Manuskripts.

47 Siehe Fußnote 36. Vgl. dazu: Weber, Einstellung und Politik der Arbeitgeberverbände, a.a.O., S. 55.

arbeiter an die Normen und Verhaltensweisen einer Industriegesellschaft gewöhnen. Auch in diesem Punkte ist die Sprache der Arbeitgeber eindeutig. Der ehemalige Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Siegfried Balke, brachte dies in der Tagung von 1966 klar zum Ausdruck: „Der wesentliche Beitrag unserer Betriebe zur fachlichen Ausbildung von Ausländern liegt vor allem darin, sie in die industrielle Welt und ihre Arbeitsweise einzuführen, sie mit den modernen und differenzierten Produktionsformen der Betriebe vertraut zu machen und sie zur Bedienung von hochwertigen Maschinen anzulernen“⁴⁸. Weber formuliert es härter: „Vielmehr kommt es darauf an, daß sie sich zunächst einmal den Formen einer modernen Industriegesellschaft anpassen. Gerade bei ihrer Mentalität ist es wichtig, daß sie sich an den Rhythmus eines modernen Betriebes gewöhnen, an den Arbeitsrhythmus, an Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Disziplin, also an Dinge, die weniger mit der Übermittlung praktischer Fertigkeiten und Kenntnisse zu tun haben, als mit der inneren Einstellung zur Arbeit“⁴⁹. Also „Industrielerfahrung“, „keine komplette Ausbildung“⁵⁰, das ist der Fachausbildungseffekt.

Abschließende Bemerkungen

Es hat sich aufgrund der vorangegangenen Ausführungen gezeigt, daß die oft vorgebrachten Argumente über die positive Leistung der Auswanderung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Emigrationsländer unbegründet sind. Vielmehr hat die Analyse ans Licht gebracht, daß der ganze Emigrationsprozeß den Bedürfnissen der hochindustrialisierten Aufnahmeländer angepaßt ist⁵¹. Die tat-

48 S. Balke, Die Ausländerbeschäftigung aus der Sicht der Wirtschaft, in „Magnet Bundesrepublik, Probleme der Ausländerbeschäftigung“, a.a.O., S. 181. Auch der zweite Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auf derselben Tagung, Hans-Martin Schleyer, äußert sich in seinem Referat „Der ausländische Arbeitnehmer im Betrieb“, zu diesem Thema, und zwar mit genau den gleichen Worten. Es „ergibt sich zwangsläufig die Tendenz, daß der wesentliche Beitrag der Betriebe zur fachlichen Ausbildung wohl nur darin liegen kann, die ausländischen Kräfte, die weitgehend aus rein ländlichen Gebieten kommen, in die industrielle Welt und ihre Arbeitsweise einzuführen, sie mit den modernen und differenzierten Produktionsformen der Betriebe vertraut zu machen und sie zur Bedienung von Maschinen anzuleiten“. Ebenda, S. 42. Da es ausgeschlossen ist, daß sie sich gegeneinander zitierten, ist es anzunehmen, daß sie beide von einer gemeinsamen Quelle schöpfen. Auf jeden Fall könnte man sich kaum eine einheitlichere Meinung der Arbeitgeber zu diesem Thema vorstellen! Vgl. weiter die sich auf die Unternehmer-Ideologie stützenden Ausführungen von Zieris, a.a.O., S. 63.

49 Weber, a.a.O., S. 55 f.

50 Zöllner, a.a.O., S. 28.

51 Vgl. auch dazu die Feststellungen von P. Cinanni, in: „Emigration und Imperialismus“, München 1969, S. 115, 164. Darüber hinaus muß betont werden, daß diejenigen, die von den ökonomischen Vorteilen der Aus-

sächlich geleistete Entwicklungshilfe läuft nicht in der angenommenen, sondern in der umgekehrten Richtung, nämlich von den halbentwickelten und unentwickelten peripheren Ländern Europas zu den europäischen Industrienationen⁵².

wanderung für die Emigrationsländer sprechen, um damit die stattfindende Ausbeutung zu verschleiern, und die diese Vorteile dafür in den Vordergrund stellen, einen logischen Fehler machen. Soweit man von solchen Vorteilen sprechen kann, was die bisherige Analyse als unbegründet erwiesen hat, handelt es sich um sekundäre Wirkungen, sozusagen „Abfallprodukte“ der Ausländerbeschäftigung. Der primäre Grund, warum die Industrienationen Europas Gastarbeiter importieren, ist in den marktpolitischen Entwicklungen in ihnen zu suchen, nicht etwa darin, daß sie den Anwerbeländern Entwicklungshilfe geben wollen. Siehe dazu M. Nikolinakos, Warum kommen die Gastarbeiter, in: „Blick durch die Wirtschaft“ vom 21. 1. 1971.

52 Vgl. dazu Nikolinakos, a.a.O.

Günter Schiller

Die Auswanderung von Arbeitskräften als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung

Ebenso wie der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Wirtschaft scheint auch die Beschäftigung *mit* ihnen einem Konjunkturzyklus zu folgen. Im Augenblick herrscht Boom: Publikationen, aber auch Initiativen und Aktivitäten überschlagen sich¹.

Der Hauptnenner aller Geschäftigkeit lautet: Integration — Stärkung der gesellschaftlichen Position dieser in vieler Hinsicht unterprivilegierten Minderheit. Daß damit ein Partialproblem in den Mittelpunkt gestellt wird, kommt den Beteiligten offenbar nicht zum Bewußtsein; auch nicht, daß hier eine fatale Geschäftsbesorgung vorliegt: die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen und die deutsche Öffentlichkeit dahingehend zu konditionieren, daß eine, den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ folgende, d. h. auf weiteren Arbeitskräfteimport abzielende, Einwanderungspolitik sich nicht an manifesten Widerständen in der Bevölkerung festläuft.

Das Thema selbst ist einer eigenen Behandlung wert, hier dient der Verweis dazu, die Kehrseite zu beleuchten: Auch in der jetzigen Phase der Betriebsamkeit wird der Ausländer allein unter dem Aspekt seiner optimalen Nutzbarkeit im Produktionsprozeß betrachtet.

In dem Augenblick, wo der Ausländer sich der Nutzung seiner Arbeitskraft entzieht, fällt er aus dem Interessenbereich des Empfängerlandes (und aus dem Gesichtskreis der Betreuungsorgane) heraus; geht er nicht freiwillig, wird er abgeschoben. Und die Abgabeländer haben es von Anfang an nicht für opportun gehalten, der für das nationale Prestige ohnehin abträglichen Landesflucht durch besondere Beleuchtung zusätzliche Publizität und durch wirkungsvolle Wiedereingliederungsprogramme Attraktivität zu geben.

Die Folge: Die Spuren von nunmehr Millionen Gastarbeitern, die in ihre Länder zurückgekehrt sind, verlieren sich im Dunkel. Wohin sie gegangen sind, was sie treiben, ob der Aufenthalt im Ausland sich

1 An neueren Veröffentlichungen des hier anvisierten Genres seien genannt: René Leudesdorff und Horst Zilleßen, *Gastarbeiter = Mitbürger*, Gelnhausen 1971; E. Klee, *Die Nigger Europas, Zur Lage der Gastarbeiter*, Düsseldorf 1971; H. R. Koch, *Gastarbeiterkinder in deutschen Schulen*, Königswinter 1970; Karl Bingemer, Edeltrud Meistermann-Seeger, Edgar Neubert, *Leben als Gastarbeiter*, Köln und Opladen 1970. Im übrigen sei erinnert an die allerorts entstehenden Beiräte, an Enqueten in den größeren Städten etc.

schließlich als ein Element des persönlichen Lebenserfolges darstellt oder für die Mehrheit mit psychischen oder materiellen Katastrophen endet: wir wissen es nicht.

Untersuchungen — in den Aufnahmeländern durchgeführt — konstatieren lediglich — und ordnen es der notorischen Unzuverlässigkeit der Südländer zu —, daß viele der Immigranten ihre zunächst anvisierte Aufenthaltsdauer weit überziehen, wenn sie sich nicht schließlich, nach ständig verschobenen Rückreisep länen, überhaupt zu einer endgültigen Niederlassung entschließen.

Hier liegt einer der bisher vernachlässigten humanitären Aspekte der Arbeiterwanderungen.

Ebenso vordergründig wie die Gastarbeitersituation sind die Rückwirkungen der Arbeitskräftewanderungen auf die wirtschaftliche — und auch politische — Entwicklung der Mittelmeerländer analysiert worden². Klischees und Wunschenken beherrschen auch heute noch die populäre wissenschaftliche Diskussion³. Zwei Vorgänge beflügeln besonders die Fantasie: zum einen die Feststellung, daß die im Ausland beschäftigten Arbeitskräfte oft beträchtliche Einkommensteile sparen und in ihr Heimatland transferieren, zum anderen, daß sie selbst früher oder später zurückkehren und dabei entwicklungsfördernde wirtschaftliche und soziale Impulse auslösen könnten.

Rückwanderungen und Devisentransfer gehören zu den evidenten Merkmalen des vorherrschenden Wanderungsmusters; ihre Auswirkungen erhalten damit praktisch den Rang von „automatischen Effekten“, die den großen Vorteil haben, daß sie sich deduktiv nachweisen lassen und ihre grundsätzliche Beurteilung nicht mit dem Hinweis auf ihre geringe quantitative Bedeutung in Frage gestellt werden kann.

Daß sich außerdem eine positive Beurteilung einstellt, folgt nicht zuletzt aus der Interpretation der Rückflüsse als „Ressourcen“, „Produktionsfaktoren“ („Human)-kapital“ etc. Der Begriffskasten der ökonomischen Theorie liefert die Bewertung gleich mit.

Den Wunschvorstellungen zufolge erhalten die ungelernten und überwiegend aus der Landwirtschaft stammenden Arbeitskräfte nicht nur die Gelegenheit, im Ausland ihre berufliche und allgemeine Ausbildung zu verbessern, sie können auch Ersparnisse sammeln und sich durch Kulturkontakte an die Lebens- und Arbeitsbedingungen einer industriellen Umgebung gewöhnen. Mit diesem vielseitigen

2 Wenn hier verallgemeinernd von Mittelmeerländern gesprochen wird, so beziehen sich die Aussagen in erster Linie auf Spanien, Italien und Griechenland, mit Einschränkungen auf die Türkei. Dagegen wird Jugoslawien explizit wegen seiner anderen Wirtschaftsordnung (und auch Portugal) aus der Betrachtung ausgeklammert.

3 Vgl. etwa: Christoph Rosenmöller, Volkswirtschaftliche Aspekte der Ausländerbeschäftigung, in: Bundesarbeitsblatt, Nr. 4 (1970), S. 234 f.; Kurt Kaiser, Volkswirtschaftliche Aspekte der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, in: Gastarbeiter = Mitbürger, op. cit. S. 109 f. In der Analyse weitgehend zugestimmt werden kann dagegen Paolo Cinanni, Emigration und Imperialismus, München o. J., S. 49 ff.

Potential sollen sie nach ihrer Rückkehr einen wichtigen Katalysator der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bilden, indem sie den drängenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften befriedigen, zugleich Investitionskapital und Devisen bereitstellen und auf einen Abbau entwicklungshemmender sozialer Normen hinwirken.

Wohl alle Facetten dieses Bildes sind falsch. Die praktischen Chancen des Gastarbeiters, im Ausland eine Facharbeiterausbildung zu erhalten, sind denkbar gering. Nach langjährigen Beobachtungen der Bundesanstalt für Arbeit schaffen um die 5 % der Arbeitskräfte den Sprung vom ungelernten oder angelernten Arbeiter zum Facharbeiter. Eine Anlernung zum Spezialarbeiter mag für die deutschen Unternehmen von hohem Nutzen sein, der Arbeiter wird in seinem Heimatland kaum gerade eine solche Stelle finden, an der er diese speziellen Fertigkeiten anwenden kann.

Außerdem: Rückkehrende Arbeiter werden durchaus nicht mit offenen Armen empfangen. Die Industrie, umgeben von einem Überfluß an Arbeitskräften, gibt sich keine besondere Mühe, frühere Auswanderer anzuziehen. Sie übt sogar vielfach Zurückhaltung, da die Heimkehrer Betriebsklima, Arbeitsbedingungen und -entgelte nur zu leicht an den Maßstäben der Industrieländer messen und den Arbeitsfrieden stören könnten. Angels Pascual vermutet, daß viele Rückkehrer ihren Auslandsaufenthalt im Falle einer Bewerbung verschweigen⁴.

Auch eine erhoffte Änderung des persönlichen Wertsystems, etwa in Richtung darauf, was gern mit dem Begriff „development mindedness“ umschrieben wird, stellt sich nicht ein. Selbsteinschätzungen sind zweifellos problematisch, sie mögen jedoch eher auf der optimistischen Seite liegen, so etwa, wenn aus einem Sample spanischer Rückwanderer von 200 Personen etwa 20 % glauben, daß sie einen „bedeutenden“ Einfluß auf ihre Umgebung ausüben, während sich 30 % einen „geringen“ und 50 % „keinerlei“ Einfluß zuschreiben. In ähnlicher Weise ist wohl die Antwort zu deuten, daß sich 83 % leicht wieder an die Lebensbedingungen in der Heimat angepaßt haben⁵. Die Zahlen belegen nur, was dem kritischen Sozialwissenschaftler seit langem geläufig ist, daß sich nämlich die Wertsysteme und Verhaltensweisen aus den objektiven Lebensbedingungen herleiten.

Am ehesten werden noch äußerliche Verhaltensweisen übernommen, die ihre Träger allenfalls zu Faktoten ihrer Umgebung und zu Zielscheiben des Gespöttes machen.

Gastarbeiter sind nicht die Agenten der Wirtschaftsentwicklung, sonder ihre Opfer. Die meisten verlassen ungern ihre Heimatstadt, in der sie ihre vielfältigen sozialen Bindungen haben. Untersuchungen zeigen regelmäßig, daß in nahezu allen Fällen außergewöhnliche ökonomische Schwierigkeiten, die sich ausdrücken in Mangel an

4 Angels Pascual, *El Retorno de los Emigrantes*, Barcelona 1970.

5 H. H. F. Sanchez, *Eingliederung der Rückwanderer aus europäischen Ländern in die spanische Gesellschaft*, Internationale Katholische Kommission für Wanderungsfragen, Genf, o. J., Vervielfältigung.

fester Beschäftigung, geringen Einkünften und niedriger beruflicher Qualifikation, den Anstoß zur Auswanderung gegeben haben. Darüber hinaus bringt die Auswanderung Hoffnungs- und Ausweglosigkeit über die Lebenschancen im eigenen Land zum Ausdruck. Die Sorge, keine Beschäftigung zu finden, läßt viele Auswanderer mit zwiespältigen Gefühlen an den Tag der Heimkehr denken. Das Selbstvertrauen der meisten steht auf schwachen Füßen und besonders bei den Älteren und weniger gut Ausgebildeten sind die Zukunftsaussichten von der vagen Hoffnung bestimmt, daß „der Staat“ etwas für die Daseinssicherung tun wird.

Zwar fördert der Auslandsaufenthalt einen kritischen Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Zustände in der Heimat, jedoch nur deshalb, weil diese an den Standards des Aufnahmelandes gemessen werden. Eine umfassende Kritik des kapitalistischen Systems findet in aller Regel nicht statt.

Ebenso wie das Human-Factor-Potential ist auch das Volumen der Ersparnisse überschätzt worden, über das die Gastarbeiter bei ihrer Rückkehr verfügen. Angesichts der Armut der Emigranten liegt die Vermutung nahe, daß ein Teil der Rücklagen zur Schuldentilgung verwandt wird. Mancher verliert sein Geld an Betrüger und Spekulanten, viele Gastarbeiter haben beim IOS-Zusammenbruch draufgezahlt. Einiges Kapital fließt in den Wohnungsbau der Haupt- und Großstädte und verstärkt die Spekulation. Immobilienpreise steigen in manchen Städten zu Weihnachten und Ostern, wenn die Gastarbeiter heimkommen, wie Kayser feststellt⁶. Einen sichtbaren Investitionsimpuls hat man jedenfalls bisher weder im industriellen noch im landwirtschaftlichen Sektor feststellen können. In der Türkei wurden vor einigen Jahren Förderungsprogramme eingeführt, die bestimmte Investitionshilfen für genossenschaftliche Betriebsformen vorsahen, die wiederum an die Erfüllung von Sparprogrammen gebunden waren. Die daran geknüpften Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Offenbar werden die Überweisungen nahezu vollständig verbraucht⁷.

Praktisch erfolglos geblieben sind auch bis jetzt die Investitionsvereinigungen, die mit großen Hoffnungen in Deutschland gebildet worden waren (z. B. Türksan). Sofern es sich nicht von vornherein um Schwindelfirmen gehandelt hat, haben sie sich allenfalls zu prosperierenden Kapitalsammelstellen entwickelt, die sich auf dem deutschen Kapitalmarkt betätigen.

Lösen die Überweisungen praktisch keine produktiven Investitionen über den Sparprozeß aus, so bewirken sie zweifellos eine Stärkung der Devisenbilanz und eine Erhöhung der im Inland verfüg-

6 Bernard Kayser, *The Situation of the Returning Emigrant on the Labour Market in Greece. Results of Surveys*, in: *Emigrant Workers Returning to Their Home Country*, International Management Seminar, Supplement to the Final Report, OECD, Paris 1967. S. 169—191.

7 R. H. Eldridge, *Emigration and the Turkish Balance of Payments*, *The Middle East Journal*, Washington D. C. Bd. 20 (1966), S. 296—316.

baren Einkommen. In der Zahlungsbilanz wirken sie sich besonders günstig aus, weil sie nicht, wie etwa der Kapitalimport, Zins- und Tilgungszahlen nach sich ziehen. Für das Jahr 1970 schätzt die Bundesbank den Devisentransfer aus der BRD allein auf 4,55 Mrd. DM. Welchen Stellenwert diese Beträge in der Zahlungsbilanz der Mittelmeerländer haben, kann man an einer Gegenüberstellung dieser Position mit den Einnahmen aus dem Tourismus ersehen⁸.

	Gastarbeiter- überweisungen Mill. DM	Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr mit der BRD (saldiert) Mill. DM
Italien	1 250	1 347
Griechenland	550	66
Spanien	500	612
Türkei	900	56
Jugoslawien	1 000	428
Insgesamt	4 550	—

Eine Abschätzung des Beitrages, den die Transferzahlungen zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten, stößt auf Schwierigkeiten. Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen sprechen zwar dafür, daß die verfügbare Devisenmenge gerade in den Mittelmeerländern eine entscheidende Wachstumsschranke bildet. Andererseits steht völlig dahin, ob und in welchem Verhältnis der Devisenzustrom zum Ankauf von Investitionsgütern oder aber von gehobenen Konsumgütern eingesetzt wird. Eine Überbewertung ist sicherlich fehl am Platze. Schon seit 100 Jahren erfreuen sich die Mittelmeerländer dieser Einnahmequelle, die zu anderen Zeiten, etwa vor dem 1. Weltkrieg, (relativ) noch reichhaltiger sprudelte als heute⁹, ohne daß sie den Ländern zu einem entscheidenden Durchbruch in der Industrialisierung verholfen hätte.

Daneben bringen Gastarbeiterüberweisungen zusätzliches Einkommen ins Land, während sich die zu versorgende Bevölkerung vermindert. Das Ausmaß, in dem sich die Pro-Kopf-Einkommen durch die Abwanderung als solche und durch Devisentransfers erhöhen, sollte nicht unterschätzt werden, insbesondere bei regionaler Disaggregation. Eine überschlägige Rechnung, die für Galicia (Spanien) angestellt worden ist, ergab, daß in bestimmten Provinzen allein die Überweisungen mehr als 30 % des gesamten Faktoreinkommens ausmachen und zum Beispiel die Einkommen aus unselbständiger Arbeit erheblich übersteigen¹⁰ (Diese überraschende Relation bedarf jedoch

8 Ausländische Arbeitnehmer, Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung, Erfahrungsbericht 1970, S. 4.

9 A. Nicolai, Les Remigrants Italiens, Nice 1935.

10 Antonio Taboada Arceo, Galicia Economica y Social, La Coruna 1966, S. 19.

näherer Interpretation. Sie stellt sich ein in Provinzen mit niedriger Industrialisierung und kleinbäuerlicher Struktur, in denen der Anteil der unselbständig Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung gering ist.) Die dadurch ausgelösten Nachfragesteigerungen wirken der Tendenz nach als Wachstumsimpulse.

Allerdings muß auch hier vor zu optimistischen Schlüssen gewarnt werden. Die Gastarbeiterfamilien geben immer noch den größten Teil ihres Einkommens für absolut lebensnotwendigen Bedarf aus, vor allem für Nahrungsmittel. Der Einkommensspielraum für die Nachfrage nach Industriegütern bleibt verschwindend gering. Vera Lutz kommt sogar für Süditalien zu dem Ergebnis, daß Einkommenserhöhungen ein regionales Nahrungsmitteldefizit nach sich ziehen können¹¹.

Soweit eine Analyse, die an die individuellen Migrationsvorgänge anknüpft. Ein anderer Ansatz stellt das Migrationsphänomen in die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungszusammenhänge der Abgabeländer.

Folgt man den traditionellen Entwicklungstheorien, so steht die Landwirtschaft unter der Last einer überschüssigen Erwerbsbevölkerung, die allmählich von der expandierenden Industrie aufgesogen wird. Die These ist, soweit sie den Agrarsektor betrifft, nicht unbestritten. Von Vertreter einiger Mittelmeerländer, insbesondere griechischer Provenienz, wird etwa argumentiert, nur diejenigen Landarbeiter seien „überflüssig“, die in jeder Jahreszeit den notwendigen Bedarf bei konstanter Produktionsstruktur und gleichbleibenden Anbauverfahren übersteigen. Aufgrund dieser Annahmen gelangen Pepelasis und Yotopoulos zu dem Ergebnis, daß die griechische Landwirtschaft bereits seit dem Jahr 1955 mit — steigenden — Arbeitskräftedefiziten zu kämpfen gehabt habe¹². Zweifellos: Ein Landarbeiter, der zwei Monate im Jahr mit der Einbringung der Olivenernte beschäftigt ist, kann nicht abgezogen werden, ohne daß die Produktion zurückgeht. Die sozialen Implikationen dieser Sichtweise müssen allerdings bedenklich stimmen. Nicht nur würde damit ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung zu einem Leben an der Existenzgrenze verurteilt werden, zum anderen wird übersehen, daß die Landwirtschaft selbst einen Strukturwandel durchlaufen muß, der sie in die Lage setzt, Arbeitskräfte freizusetzen.

Daß allerdings die Hoffnung auf eine Automatik zwischen Faktorentzug und Strukturänderungen leichtfertig wäre, erkennt bereits ein UN-Bericht aus dem Jahre 1954: „Der anhaltende Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft führt eher dazu, daß ein Teil des Lan-

11 Vera Lutz, *Some Structural Aspects of the Southern Problem: The Complementarity of Emigration and Industrialization*, in: Banca Nazionale del Lavoro, *Quarterly Review*, Bd. 14 (1961), S. 367—402.

12 Adam A. Pepelasis, Pan A. Yotopoulos, *Labour Surplus in Greek Agriculture 1953—1960*, Athens 1962; Adam A. Pepelasis, *Labour Shortages in Greek Agriculture 1963—1973*, 1963; Xenophon Zolotas, *International Labour Migration and Economic Development*, Athens 1966.

des unbebaut bleibt, als zu einer verstärkten Mechanisierung und zur Einführung arbeitsparender Verbesserungen¹³.“

Die Beschäftigungseffekte von Industrialisierungsprogrammen in den vergangenen zwei Dekaden haben die anfangs optimistischen Erwartungen widerlegt. In den Mittelmeerländern erzwingen die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen Industrialisierungsmuster, die über weite Perioden eher zur Freisetzung als zur Absorption von Arbeitskräften geführt haben. Das Wachstum des industriellen Sektors erfolgt in allen hier zur Betrachtung anstehenden Ländern in kapitalistischen Bahnen. Diese Staaten stehen im Rechnungszusammenhang des Weltmarktes, der von den entwickelten Ländern beherrscht wird. Italien sowohl wie Griechenland und die Türkei sind bereits institutionell mit der EWG verbunden, auch Spanien richtet sich auf diesen Markt aus. Der Wachstumsprozeß steht damit unter einer schwierigen Hypothek, da die Wettbewerbsbedingungen von den Industrieländern gesetzt werden. Außerdem begrenzen teilweise geringe Einwohnerzahlen und niedrige Einkommen die kaufkräftige Nachfrage für industrielle Konsumgüter zu sehr, um eine konkurrenzfähige Inlandsproduktion zu ermöglichen.

Mit der technischen Konstruktion der Güter, den Qualitäts- und Kostenstandarts sind praktisch auch die Produktionstechnologien determiniert, deren Übernahme damit aufgezwungen wird. Der in der Ökonomie herausgearbeitete Dualismus von Limitationalität oder Substitutionalität der Produktionsfaktoren ist damit für die Wachstumssektoren der Abgabeländer weitgehend entschieden. Faktisch stehen die Industrialisierungsmuster damit im Gegensatz zu den vorhandenen Faktorproportionen. „Despite the superabundance of labour“, so spricht die Economist Intelligence Unit prospektive Investoren an, „industry is free to apply the most modern, capital intensive techniques; and a high degree of automation is standart practice in Southern Italy¹⁴.“

Die Hoffnungen, durch eine forcierte Industrialisierung die überschüssige Arbeitsbevölkerung zu absorbieren, haben sich nicht erfüllt. In Italien *sank* die industrielle Beschäftigung von 1963—1967 um mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte. Allein in Süditalien wurden mehr als 300 000 Arbeitsplätze eingespart. Die handwerkliche Klein- und Mittelindustrie, die wenig produktiv, jedoch mit (relativ) hoher Beschäftigung arbeitet, gerät in allen betrachteten Ländern in eine zunehmende Existenzkrise aufgrund des Vordringens kapitalintensiver Großbetriebe, welche nur geringere Beschäftigungswirkungen aufweisen. Der importierte Zwang zur Rationalisierung setzt Arbeitskräfte frei.

In die gleiche Richtung wirken andere Faktoren. Die Beschäftigungseffekte von Investitionsphasen führen langfristig ebenfalls zur

13 UN/ECE, Economic Survey of Europe, 1954, S. 137 (Übersetzung von mir — G. S.).

14 Economist Intelligence Unit, Investment Conditions in Southern Italy, London 1966, S. VI.

Mobilisierung von Arbeitskräften und zu ihrer Lösung aus dem angestammten sozialen Milieu. Bauinvestitionen, auch öffentliche Arbeiten, haben eine hohe, aber nur kurzfristige Beschäftigungswirkung. Ziehen Infrastrukturinvestitionen kaum Dauerbeschäftigung nach sich, so können Industriebetriebe weder der Menge noch der Qualität nach die in der Bauperiode angezogenen Arbeitskräfte aufnehmen. Verstärkerwirkungen treten durch die Ausstrahlung auf den Wohnungsbau auf. Sind die Wohnungen bezugsfertig, nimmt der Betrieb die Produktion auf, so bringt dies für die Mehrheit der Bauarbeiter den Verlust des Arbeitsplatzes mit sich. Diese haben aber ihre früheren Bindungen zum Agrarsektor, dem sie überwiegend entstammen, gelöst, und sie sind nicht bereit, dorthin zurückzukehren. Die Auswanderung ist für viele die letzte Rettung.

Auch dieser Ansatz belegt, wie es scheint, die Nützlichkeit der Emigration, weil sie die Mittelmeerländer in einer bestimmten Entwicklungsphase von einem strukturellen Bevölkerungsüberschuß befreit. Die Kernthese, die in verschiedenen Varianten vertreten wird, lautet: Auswanderung und Industrialisierung müssen sich ergänzen¹⁵. Richtigerweise müßte man sagen, daß die Rahmenbedingungen sowohl der Weltwirtschaft wie der nationalen Sozialstrukturen keine andere Option lassen als die, die Emigration hinzunehmen.

Die volle Problematik der Arbeitskräfteemigration erschließt sich jedoch erst, wenn weitere Betrachtungsebenen einbezogen werden.

1. Die Gastarbeiter fördern Wirtschaftswachstum, Produktion und Kapitalakkumulation der Industrieländer. Sie ermöglichen dort den Aufbau eines überdimensionierten Produktionsapparates und stärken ihre wirtschaftliche Vormachtstellung.

Grob verkürzt, aber mit einem richtigen Kern, lautet das Konzept: Import von Rohstoffen und Arbeitskräften, Export von Fertigprodukten — der Profit bleibt im Lande. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß die Möglichkeit des Kapitalexportes, der Betriebsverlagerung ins Ausland und der Vergabe von Lohnaufträgen in weit stärkerem Maße genutzt worden wäre, hätte es nicht die probate Alternative des Zuzugs von Arbeitskräften gegeben.

Ob sich in diesem Prozeß der Wohlstand der inländischen Bevölkerung erhöht hat, diese Frage ist hier nicht zu entscheiden. Sicher erhöhen die Gastarbeiter die Elastizität des Wirtschaftsablaufes aufgrund ihrer raschen Mobilisierbarkeit, sie wirken einer zu rapiden Veränderung der Faktorproportionen entgegen und mildern den Zwang zur Anwendung des technischen Fortschrittes, sämtlich Faktoren, die die Kapitalrentabilität stabilisieren. Hinzu kommen die Effekte auf der Nachfrageseite: eine Stimulierung des Verbrauches und eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit im Ausland durch Dämpfung des Preisauftriebes. Die Gastarbeiter er-

15 Neben Vera Lutz, op. cit. sind hier zu nennen: C. P. Kindleberger, *Europe's Postwar Growth, The Role of Labour Supply*, Cambridge, (Mass.), 1967; S. L. Friedländer, *Labour Migration and Economic Growth, A Case Study of Puerto Rico*, Cambridge 1965.

zeugen hier Güter, die der Produktion ihrer Heimatländer Konkurrenz machen und auf dem Umweg über die Kostendegression der Massenproduktion und Niedrighaltung des Lohnniveaus die Entwicklungsbedingungen der eigenen Industrie erschweren. Die Standards, an denen die Mittelmeerländer sich messen müssen, verschieben sich dadurch fortlaufend zu ihren Ungunsten.

2. Die Arbeitskräftewanderungen gehören mit zu den Elementen, die dem Entwicklungsprozeß der Mittelmeerländer seinen eigenen Charakter geben: eine Industrialisierung ohne gesellschaftliche Mobilisierung. Für die Industrieländer wurde der Prozeß der kapitalistischen Entfaltung eingeleitet durch die Herstellung einer Gesellschaftsverfassung, die die traditionelle Sozialschichtung veränderte, den Bürger aus überkommenen Bindungen — und Sicherheiten — löste und die Leistungsmotivation anregte. Dies geschah entweder durch Revolution, oder aber (wie etwa in Preußen) aufgrund staatlicher Verordnung.

Böhme stellt illustrativ dar, mit welcher Zielstrebigkeit und Konsequenz in Deutschland diese neue Ordnung eingeführt wurde, mit der expliziten Absicht, die wirtschaftliche Misere nach den Napoleonischen Kriegen zu steuern: „Nach den Gesetzen zur Bauernbefreiung, zur Gewerbefreiheit und der Einführung einer neuen Städteordnung wurde durch ein neues Steuerrecht, ein neues Vertragsrecht, die Umorganisation des Schulwesens, die Trennung und den Umbau von Justiz und Verwaltung die überkommene hausväterliche Gewalt reduziert, der Familienbegriff eingeengt und mit der Mobilisierung der unteren Schichten die Grundlage für eine Teilung der Produktionsleistung, den Ausbau der Industrie und den Übergang von Natural- zur Geldwirtschaft gelegt¹⁶.“ Die Entmachtung traditioneller entwicklungshemmender Eliten gehört ebenso in das Bukett der Reformen wie das Aufbrechen der Zunftgehege und die Einführung parlamentarisch-demokratischer Regierungsformen auf den verschiedenen regionalen Ebenen.

In den Mittelmeerländern haben die herrschenden Kräftegruppen, (wobei sicher noch nach Ländern und Regionen zu differenzieren wäre), die Herstellung einer solchen frühkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verhindert. Betrachten wir etwa ein Land wie Spanien, so finden wir unter anderem: ein antiquiertes Steuersystem, das sich noch sehr stark an Realsteuern anlehnt (z. B. Steuerfestsetzung nach äußerlich sichtbaren Kriterien), eine streng berufsständische Organisation der Wirtschaft und eine Gemeindeverfassung, die jegliche lokale Initiative erdrosselt.

Dennoch nimmt auch dort die Industrialisierung ihren Fortgang, und zwar in durchaus beachtlichem Tempo (nimmt man das Wachstum der industriellen Produktion und nicht die Beschäftigung als Maßstab). Jedoch bildet sich ein sehr spezifisches Entwicklungsmuster heraus, das aus der direkten Überlagerung einer vorindustriellen

16 Helmut Böhme, Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, edition Suhrkamp, Bd. 253, 1969, S. 28.

Feudalstruktur durch spätkapitalistische Produktions- und Unternehmensformen hervorgeht. Ausländisches Kapital, großbetriebliche Produktion, importierte Technologien und staatlicher Dirigismus, verbunden mit dominierendem Bankeneinfluß, das sind die wichtigen Säulen des Prozesses. Die rudimentären Ansätze einer traditionellen Industrie fallen dem Vordringen der großen Konzerne mehr und mehr zum Opfer.

Dies ist nicht der Ort, die Mechanik eines solchen Entwicklungsprozesses im Detail zu entfalten. Die Arbeiteremigration hat hier zweifellos eine wichtige Funktion, ohne sie wäre der Ablauf ernsthaft in Frage gestellt. Da die Erwerbsbevölkerung nur schleppend und in geringen Raten in den entwickelten Sektor aufgesogen wird, ist mit der Emigration ein wirksames Ventil geschaffen worden, welches das Aufkommen sozialer Spannungen verhindert. Der Bevölkerungsverlust hat den zurückgebliebenen Regionen das politische Gesicht geraubt. Die Verlockungen eines individuellen sozialen Aufstiegs durch Abwanderung zerstören die Basis für einen auf Solidarität beruhenden politischen Kampf. Die Verzweiflung wird individualisiert. Sowohl in Spanien wie in Italien konzentrieren sich deutlich erkennbar Arbeitskämpfe und soziale Konflikte in den Industrieregionen mit relativ hohen Durchschnittseinkommen.

Dies war nicht immer so: In früheren Jahrzehnten verfügten Anarchismus und Syndikalismus — etwa in Andalusien — über feste Bastionen. Die in der Vergangenheit auffallende Bodenständigkeit der Bevölkerung wird gerade hier auf das entwickelte politische, i. e. revolutionäre, Bewußtsein zurückgeführt, welches die Abwanderung mit dem Odium des Verrats an den Kampfgenossen belegte. In Spanien hat dann der Ausgang des Bürgerkrieges den Glauben an die Möglichkeit einer durchgreifenden Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse endgültig erschüttert. Damit waren die Dämme gebrochen. Es folgte ein Exodus, der als „psychologischer Zusammenbruch“, als ein „Ausbruch der Verzweiflung“ oder als „kollektive Neurose“ bezeichnet worden ist. Damit war aber auch einem auf Veränderung drängenden Anspruch der unteren Gesellschaftsschichten der Boden entzogen.

Die Untersuchung zeigt die Vielschichtigkeit des Emigrationsphänomens. Noch steht die empirische Forschung in ihren Anfängen, wobei über die vorherrschenden Fragestellungen auch einige Bemerkungen zum Thema „Erkenntnis und Interesse“ zu machen wären. Aber auch die ökonomischen Begriffsschemata, mit ihren großenteils der herkömmlichen Wachstumstheorie entlehnten Kategorien und Mechanismen, haben von den wichtigen Fragen abgelenkt.

Es wäre an dieser Stelle zu früh, weitgehende Schlußfolgerungen zu ziehen. Eins sollte jedoch deutlich sein: Die wesentlichen Entscheidungen, welche die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Mittelmeerländer bestimmen, fallen in den europäischen Industriestaaten. Der quantitative Umfang der Arbeitskräftemobilität ist hierbei von zu großer Bedeutung, als daß man ihn „dem freien Spiel der Kräfte“ überlassen könnte.

Diskussion:

Karl-Heinz Götze und Jürgen Harrer

Anmerkungen zu einer Kursbuch-Polemik gegen die politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR¹

Dem Buch „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR“², entstanden im Auftrag des Politbüros des ZK der SED, kommt vor allem aus zwei Gründen hervorragende Bedeutung zu: Zum einen verallgemeinert es die Erfahrungen, die in der DDR beim Aufbau des Sozialismus gemacht wurden, und ist so ein wichtiger Beitrag zur Theorie der Übergangsgesellschaft, zum anderen ist es bewußt in praktischer Absicht konzipiert, wird diese Theorie der politischen Ökonomie des Sozialismus zur materiellen Gewalt im bewußten Handeln. Systematisch sind die Erkenntnisse dieses Buches in die Öffentlichkeit getragen worden, durch die Presse, durch Rundfunk und Fernsehen, durch wissenschaftliche Publikationen, durch Schulungskurse und Seminare, insbesondere anläßlich des Parteilehrjahres. Gerade diese enorme praktische Bedeutung des Werkes macht es notwendig, es ständig zu verbessern, das heißt auch, es zu kritisieren. Damit Kritik an dem Buch ihren Zweck, die Verbesserung des sozialistischen Systems, erfüllen kann, muß sie natürlich dieses sozialistische System kennen, muß vor allem vom marxistischen Standpunkt und mit marxistischer Methodik erfolgen. Zu solcher Kritik laden die Autoren der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ schon in ihrem Vorwort ein³, solche Kritik wurde in der Diskussion zentraler Thesen des Buches in der DDR selbst und in der internationalen Arbeiterbewegung geübt. Obwohl Fragen der Politischen Ökonomie des Sozialismus zunehmend wichtig werden, auch für die Linke in der Bundesrepublik und Westberlin, wurde hier die Diskussion dieser Fragen keineswegs hinreichend geführt, was angesichts der Schwierigkeit der Aufgabe einigermaßen verständlich ist. Insofern konnte es zunächst begrüßenswert erscheinen, daß Neumann und das „Kursbuch“ einen derart grundlegenden Fragenkomplex, wie die Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus

1 Vgl. Philip Neumann, Der „Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation“. Zur Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR. In: Kursbuch 23, März 1971, S. 96—142.

2 Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Berlin 1969.

3 a.a.O., S. 21.

ihn darstellt, zum Gegenstand einer Veröffentlichung machten. Doch muß ein solcher Versuch an seinem Anspruch gemessen werden können — und zwar desto genauer, je mehr von seiner soliden Durchführung abhängt. Gerade wenn man die Notwendigkeit marxistischer Kritik bejaht und in diesem Sinne an Neumanns Versuch herangeht, stößt man, wie die folgenden Ausführungen darlegen werden, auf Fragwürdigkeiten, die mit Begriffen wie „Schwächen“ oder „Mängel“ zu bezeichnen, Verharmlosung wäre.

„Der Sozialismus nicht mehr als Übergangsgesellschaft, sondern als ‚eigenständige sozialökonomische Formation‘ — das ist die neue Theorie der Führer der DDR.“ So meint Philip Neumann, und er folgert weiter, für die „Führer der DDR“ reduziere sich damit der historische Prozeß der Überwindung des Kapitalismus auf den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, den es eben als „eigenständige Gesellschaftsformation“ zu verfestigen gelte⁴. Als Beleg für seine Behauptung führt Neumann ein Zitat von Walter Ulbricht an, in dem es heißt, der Sozialismus sei keine „kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft, sondern eine *relativ* selbständige sozialökonomische Formation *in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab*“⁵. Der Sinn dieses Zitats ist Neumann jedoch offensichtlich völlig entgangen, er gibt seine eigene, grob verfälschende Interpretation als die in der DDR vertretene theoretische Position aus.

Es fällt auch dem flüchtigen Leser auf, daß Neumann zur Untermauerung seiner Behauptung im folgenden dann gerade diejenigen Stellen unterschlägt, die den tatsächlichen Sinn des angeführten Ulbricht-Zitats ausmachen. Im Gegensatz zu Neumann spricht Ulbricht davon, der Sozialismus sei keine *kurzfristige* Übergangsphase, es komme ihm vielmehr *relative* Selbständigkeit zu, und zwar „in der historischen Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab“. Gerade hiermit wird aber der Kerngedanke dieser Formel ausgedrückt, dessen Rationalität nicht einfach als „Revisionismus“ abgetan werden kann. Dieser beinhaltet, daß die Dauer der sozialistischen Entwicklungsetappe und deren Weiterentwicklung zur ent-

4 Neumann, a.a.O., S. 104 f.

In einem wichtigen Artikel im theoretischen Organ der SED, der allerdings nach Neumanns Aufsatz erschienen ist, insofern jedoch als Gegenbeleg dienen mag, als Neumann ja eine allgemeine und vorherrschende Tendenz zu beschreiben vorgibt, heißt es hierzu: „Der Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Produktionsweise umfaßt drei objektiv bedingte historische Etappen: die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, die sozialistische und die kommunistische Entwicklungsphase der einheitlichen sozialökonomischen Formation.“

Werner Kalweit/Hans Luft, Neue sowjetische Werke zur politischen Ökonomie des Sozialismus. In: Einheit, Heft 4, 1971, S. 436.

5 Walter Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. In: Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 2, S. 505—546, hier S. 530.

falteten kommunistischen Gesellschaft nicht nur von internen, von der sozialistischen Staatsmacht kontrollierbaren und unmittelbar beeinflussbaren Faktoren abhängt, sondern mitbedingt wird durch externe, aus der Existenz eines imperialistischen Weltsystems und seiner Einwirkung auf die sozialistischen Staaten herrührenden Faktoren; daß also der Übergang der sozialistischen Gesellschaften zu kommunistischen mitbestimmt wird von der Entwicklung des internationalen Klassenkampfes, eben vom Übergang „vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab“. In einer Epoche, in welcher die weltweite Überwindung des Kapitalismus zur historischen Notwendigkeit geworden ist, die Aggressivität des Imperialismus sich jedoch noch weiter verschärft und damit sein Druck auf die sozialistischen Staaten zunimmt, verliert der Sozialismus zwar nicht seinen Übergangscharakter (das behauptet Ulbricht auch gar nicht), er gewinnt jedoch insofern „relative Selbständigkeit“, als der Übergang zum Kommunismus letztlich nur möglich wird unter der Bedingung der Zerschlagung des imperialistischen Systems, nach Maßgabe des Übergangs zum Kommunismus im Weltmaßstab.

Das ist der tatsächliche Inhalt der Theorie vom Sozialismus als einer „relativ selbständige(n) sozialökonomische(n) Formation“. Ein einfaches Beispiel mag die Rationalität dieser Überlegung illustrieren. Solange sich die sozialistischen Staaten unter dem Druck des Imperialismus genötigt sehen, einen beträchtlichen Teil ihres Nationaleinkommens zur Unterhaltung kostspieliger Armeen und zur Finanzierung einer ausgedehnten Rüstungsindustrie aufzuwenden, ist ein „Absterben“ des Staates unmöglich, bleiben durch die Aufrechterhaltung belastender unproduktiver Sektoren Hemmnisse für die ungehinderte Entfaltung der Produktivkräfte bestehen, sind Bedingungen gegeben, die der Entwicklung zur kommunistischen Gesellschaft notwendigerweise ungeheure Schranken auferlegen.

Dennoch wirft die Einschätzung des Sozialismus als relativ selbständiger Gesellschaftsformation Probleme auf, die hier nicht gelehrt werden sollen, mit den Neumannschen Unterstellungen jedoch absolut nichts gemein haben. So könnte beispielsweise aus dieser Theorie die Schlußfolgerung gezogen werden, es sei nicht notwendig, daß die sozialistischen Staaten jeden Schritt in Richtung auf die Entfaltung der kommunistischen Gesellschaft tun sollten, der bereits unter den gegenwärtigen Bedingungen objektiv möglich ist. Eine solche Schlußfolgerung liegt dann nahe, wenn die These von der relativen Selbständigkeit des Sozialismus verabsolutiert und dahingehend interpretiert wird, daß dem Sozialismus ähnlicher historischer Stellenwert zukomme wie der kapitalistischen oder der feudalistischen Gesellschaftsformation und den ihnen entsprechenden Produktionsweisen. Man mag eine solche Position im Ansatz dem folgenden Zitat entnehmen, das aus einer der besten Darstellungen des „Ökonomischen Systems des Sozialismus“ der DDR stammt: „Betrachten wir den Sozialismus als relativ selbständige Gesellschaftsformation, so gilt auch für ihn die These von Marx, daß keine Produktionsweise von der geschichtlichen Bühne abtritt, bevor nicht alle ihre inneren

Potenzen entfaltet sind⁶.“ Möglicherweise war die Existenz solcher Tendenzen in der DDR einer der Gründe für die inzwischen erfolgte Modifizierung in der Einschätzung des historischen Stellenwerts des Sozialismus, in der nun stärker als zuvor die sozialökonomischen Gemeinsamkeiten von Sozialismus und Kommunismus hervorgehoben werden. Unmißverständlich wird deshalb in Annäherung an die sowjetische Theorie neuerdings auch in der DDR „die historische Stellung der sozialistischen Produktionsweise als der ersten oder niederen Phase der kommunistischen Gesellschaft bestimmt“⁷.

Dies bedeutet heute so wenig wie zuvor, in der DDR werde — wie Neumann unterstellt — einer „Theorie der Produktivkräfte“, die „der Kern aller revisionistischen Theorien“ sei⁸, gehuldigt. Dieser Theorie zufolge führe „die Entwicklung der Produktivkräfte, hauptsächlich der Produktionsmittel, *von sich aus* (Hervorhebung durch die Verf.) zum Kommunismus“. Dies bedeute, man sei in der DDR der Ansicht, der Kommunismus werde allein „durch die Beschleunigung der Produktion . . . durch eine quantitative Entwicklung, die einfache Extrapolation der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände“⁹ erreicht. Den Beleg für diese Behauptung bleibt Neumann schuldig. Gerade in der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“, jenem Buch also, das Neumann zu kritisieren vorgibt, wird immer wieder betont, weder führe die Entwicklung der Produktivkräfte „von sich aus“ zur Vollendung des Sozialismus, geschweige denn zum Kommunismus, noch sei auch nur deren optimale Entwicklung „von sich aus“ möglich. Vielmehr könne die ökonomische Entwicklung so wenig wie die bewußtseinsmäßige und gesamtgesellschaftliche vom bewußten politischen Handeln von Partei und sozialistischem Staat getrennt werden, und man dürfe diese verschiedenen Elemente der sozialistischen Entwicklung nicht voneinander isolieren. So heißt es in diesem Buch beispielsweise: „Die politische Führungstätigkeit der Partei ist unabdingbar für die Entwicklung des Sozialismus und ihre Bedeutung nimmt weiter zu . . . Die Partei der Arbeiterklasse setzt aber nicht nur die Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung, sie ist als organisierter Vortrupp der fortgeschrittensten Klasse, der Arbeiterklasse, zugleich die soziale Hauptkraft, um alle Werktätigen der sozialistischen Gesellschaft im politischen und ökonomischen Kampf zur Erreichung des gesteckten Zieles und damit zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Klasseninteressen allumfassend zu organisieren und zu mobilisieren . . . Das gesellschaftliche Bewußtsein aber ent-

6 Harry Nick, *Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus* Zur zentralen Idee des ökonomischen Systems des Sozialismus, Berlin 1970, S. 26 f.

7 Kalweit/Luft, a.a.O., S. 436.

Hier könnte Neumann vielleicht einwenden, gerade diese Modifizierung weise auf den revisionistischen Charakter der vorherigen Einschätzung hin — es wäre dies dann immerhin das in der bisherigen Geschichte der Arbeiterbewegung einmalige Ereignis, daß Revisionisten selbst ihre revisionistische Theorie überwänden.

8 Neumann, a.a.O., S. 107.

9 Ebd.

steht und entwickelt sich nicht im Selbstlauf, es bedarf dazu der ideologisch-erzieherischen und organisatorischen Führung durch die Partei. Dabei handelt der Mensch immer als gesellschaftliches Wesen in seiner Ganzheit. Er ist immer ein durch einen Komplex von politischen Einsichten, moralischen Wertungen und Antrieben, erlernten Fähigkeiten, materiellen Interessen und anderen gesellschaftlichen Faktoren bestimmtes Wesen. Alle Fragen des ökonomischen Systems des Sozialismus müssen deshalb vom Standpunkt des ganzen gesellschaftlichen Systems des Sozialismus begriffen und gelöst werden. Gerade auch um die sich daraus ergebende Komplexität zu sichern, bedarf es ebenfalls der Führung durch die Partei der Arbeiterklasse als Wahrerin der gesellschaftlichen Gesamtinteressen . . .¹⁰“

Ebenso unhaltbar ist die Neumannsche Behauptung, in der DDR werde die Entwicklung zum Kommunismus rein quantitativ als „einfache Extrapolation der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände“ interpretiert. Hier widerspricht sich Neumann im Grunde selbst, denn gerade die These von der relativen Selbständigkeit des Sozialismus beinhaltet — wie er selbst an anderer Stelle hervorhebt¹¹ — die Betonung jener qualitativ sowohl vom Kommunismus wie vom Kapitalismus verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse des Sozialismus, wie beispielsweise der nach Leistung erfolgenden Aneignung. An diesen qualitativen Unterschieden der gesellschaftlichen Verhältnisse von Sozialismus und Kommunismus ändert im Verständnis der SED auch die Definition von Sozialismus und Kommunismus als verschiedenartiger Entwicklungsphasen „der einheitlichen sozialökonomischen Formation“¹² nichts. In dem bereits zitierten Aufsatz im theoretischen Organ der SED heißt es hierzu ausdrücklich: „Im Sozialismus wirken allgemeine ökonomische Gesetze, ökonomische Gesetze des Sozialismus-Kommunismus wie das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und spezifische, nur für diese Phase gültige Gesetze, wie das Gesetz der Verteilung nach Arbeitsleistung“¹³“

Im Zusammenhang mit dem Problem der Entwicklung der Produktivkräfte sei noch auf einen weiteren, zum Revisionismusvorwurf Neumanns gehörenden Punkt eingegangen. „Das Niveau der Produktivkräfte“ sei in der „DDR-Theorie“ „das entscheidende Moment, das den Sozialismus vom Kommunismus trennt“¹⁴“. So Neumann, und er führt als Beleg hierzu wiederum ein Ulbricht-Zitat an, in dem es jedoch eindeutig heißt, insbesondere sei das Niveau der Produktivkräfte eine der „Voraussetzungen und . . . Keime der höheren Gesellschaftsordnung“¹⁵, des Kommunismus. Mit keinem Wort wird

10 Politische Ökonomie des Sozialismus, a.a.O., S. 194, 195, 198 f.

11 Vgl. Neumann, a.a.O., S. 112 ff.

12 Kalweit/Luft, a.a.O., S. 436.

13 Ebd., S. 437.

14 Neumann, a.a.O., S. 106.

15 Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“, a.a.O., S. 532.

Es ist äußerst interessant, zu sehen, wann Neumann dieses Zitat abbricht. Bei Ulbricht heißt es weiter: „Der Sozialismus ist in dieser Bezie-

hier das Niveau der Produktivkräfte als *das* entscheidende Trennungsmoment von Sozialismus und Kommunismus bezeichnet. Neumann aber folgert aus dieser Fehlinterpretation: „Das *Hauptinteresse* der Partei und der Arbeiterklasse wird es folglich, die Produktivkräfte zu entwickeln, das Weltniveau zu erreichen¹⁶.“ Demgegenüber bestehe doch vielmehr das „Grundinteresse“ der Arbeiterklasse in der „Abschaffung aller Klassen“¹⁷. Damit meint Neumann, die theoretische Basis geschaffen zu haben, von der aus er dagegen polemisieren kann, daß der „Revisionismus“ in der DDR in der Entwicklung der Produktivkräfte die „*Hauptaufgabe im Sozialismus*“¹⁸ sehe.

Nicht nur um auf den Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen, optimaler Entfaltung der Produktivkräfte, rationalerer Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und „Abschaffung aller Klassen hinzuweisen, sondern um auch ein weiteres Beispiel Neumannscher Quellenfälschung anzuzeigen, sei ihm hier mit Lenin geantwortet. In seiner Schrift „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ vom März/April 1918 schreibt Lenin: „In jeder sozialistischen Revolution, nachdem die Aufgabe der Eroberung der Macht durch das Proletariat gelöst ist und in dem Maße, wie die Aufgabe, die Expropriateure zu expropriieren und ihren Widerstand zu brechen, in der Hauptsache und im wesentlichen gelöst wird, tritt notwendigerweise in den Vordergrund die Grundaufgabe, eine Gesellschaftsform zu schaffen, die höher ist als der Kapitalismus, nämlich: die Steigerung der Arbeitsproduktivität und im Zusammenhang damit (und zu diesem Zweck) die höhere Organisation der Arbeit¹⁹.“

Auf genau diese Lenin-Stelle beziehen sich die Verfasser der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ auf den Seiten 36 ff. Des weiteren führen sie in diesem Zusammenhang unter vorwiegender Berufung auf die genannte Lenin-Schrift aus: „In der Tat arbeiteten Lenin und die KPdSU bereits unmittelbar bei der Durchführung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution grundlegende Züge

hung die vorbereitende Gesellschaftsformation für den Kommunismus. Er muß vor allem in einem erbitterten Klassenkampf gegen die ökonomische Gesellschaftsformation des Kapitalismus seine Überlegenheit beweisen. Dieser Kampf zeigt sich in den unterschiedlichsten Formen, vom ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Wettbewerb, ideologischen und politischen Kampf, von diplomatischen Auseinandersetzungen bis zu militärischen Zusammenstößen, wie das in Vietnam der Fall ist.“

Hätte Neumann diese Fortsetzung des Ulbricht-Zitats nicht unterschlagen, so wäre es ihm kaum noch möglich gewesen, Ulbricht und der übrigen DDR-Literatur eine angebliche „Theorie der Produktivkräfte“ zu unterstellen, in der der Klassenkampf mit dem Kapitalismus durch den „Produktionskampf“, d. h. den „ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Wettbewerb“ (Ulbricht) ersetzt werde.

16 Neumann, a.a.O., S. 106 f.; Hervorhebung im Text.

17 Ebd., S. 100.

18 Ebd., S. 107.

19 W. I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: Werke, Bd. 27, S. 247.

der politischen Ökonomie des Sozialismus aus, die sie als Anleitung zum Handeln auffaßten. Lenins Erkenntnisse über das Ziel der sozialistischen Produktion, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Sozialismus, über die wirtschaftlich-organisatorische Tätigkeit des sozialistischen Staates, den demokratischen Zentralismus und die sozialistische Leitungstätigkeit, über die planmäßige Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, über Rechnungsführung und Kontrolle, über die Ausnutzung der Wertkategorien, die Rolle der materiellen Interessiertheit und den Charakter der Arbeit im Sozialismus, über den genossenschaftlichen Entwicklungsweg (der einfachen Warenproduzenten, die Verf.) zur sozialistischen Produktionsweise und vieles andere mehr wurden zur Grundlage des theoretischen Gebäudes der politischen Ökonomie des Sozialismus²⁰.“ Hierauf beziehen sich die Verfasser, wenn sie an anderer Stelle schreiben, „durch die Oktoberrevolution und beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion“ sei „das Grundmodell des Sozialismus“²¹ geschaffen worden.

Was macht Neumann aus diesen Ausführungen? Er behauptet freiweg, auf den Seiten 36 ff. der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ werde die ab 1921 eingeschlagene „Neue Ökonomische Politik“, die doch in Wirklichkeit ein durch die objektiven Umstände bedingter zeitweiliger Rückzug gewesen sei, als „Modell des Sozialismus“²² bezeichnet. Tatsächlich finden sich auf diesen Seiten nur die oben dargelegten Ausführungen, die sich auf eine ganz andere historische Phase der sowjetischen Entwicklung beziehen. Die „Neue Ökonomische Politik“ dagegen wird in diesem Zusammenhang mit keiner, aber keiner einzigen Silbe auch nur erwähnt.

Ein weiterer Aspekt des Revisionismusvorwurfs Neumanns zielt auf die in der DDR betriebene Politik gegenüber den Überresten der bürgerlichen Klasse, kleinen und mittleren kapitalistischen Eigentümern. Die Einschätzung, daß „die Bourgeoisie aufgehört“ habe, „eine eigene selbständige Klasse zu sein“²³, beschwört laut Neumann „den Klassenfrieden“²⁴, denn — so unterstellt er — von der Überwindung des Klassenantagonismus und der „Beseitigung“ der „alten Bourgeoisie“²⁵ könne nicht die Rede sein. Dies versucht er dadurch zu belegen, daß er die Überreste der bürgerlichen Klasse so hypostasiert, daß der Anschein erweckt wird, ihre ökonomische Rolle bestehe darin, denjenigen Teil des volkswirtschaftlichen Nettoprodukts zu erstellen und privat anzueignen, der nicht aus volkseigenen Betrieben stammt: „1968 wurden nur 67 % des Nettoprodukts der DDR in volkseigenen Betrieben erzeugt. In der DDR gibt es noch private Betriebe und Betriebe mit staatlicher Beteiligung. Die alte Bourgeoisie lebt noch, sie hat in der DDR teilweise sogar noch eine ökonomische Ba-

20 Politische Ökonomie des Sozialismus, a.a.O., S. 40.

21 Ebd., S. 41.

22 Neumann, a.a.O., S. 102.

23 Politische Ökonomie des Sozialismus, a.a.O., S. 180.

24 Neumann, a.a.O., S. 106.

25 Ebd., S. 105.

sis²⁶. „Nun stimmt es zwar zweifellos, daß es in der DDR neben Betrieben mit staatlicher Beteiligung²⁷ auch noch Privatbetriebe gibt, was Neumann jedoch unterschlägt, ist die Tatsache, daß das „Volkseigentum“ nicht die einzige Form sozialistischen Eigentums in der DDR darstellt. Neben Volkseigentum gründet sich der sozialistische Sektor der DDR-Wirtschaft auf „genossenschaftlich-sozialistisches“ Eigentum, das in der Landwirtschaft und beim Handwerk die dominierende Form sozialistischen Eigentums bildet.

Berücksichtigt man diese Tatsache, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild als das von Neumann gezeichnete. Im Jahre 1968 entstammten nicht etwa — wie Neumann zu suggerieren versucht — 33 % des Nettoprodukts der DDR-Volkswirtschaft deren nichtsozialistischem Sektor, sondern lediglich 14,5 %. Von diesen wiederum entfielen nur 6,2 % auf private, 8,3 % dagegen auf „Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Kommissionsvertrag“, während der sozialistische Sektor insgesamt 85,5 % erstellte (davon 68,1 % volkseigene und 17,4 % genossenschaftliche Betriebe)²⁸. Da auch die Betriebe mit staatlicher Beteiligung voll integriert sind in das System der sozialistischen Planung²⁹, bleibt von Neumanns Argumentationsvoraussetzungen kaum etwas übrig.

6,2 % des Nettoprodukts entfielen also 1968 auf private Betriebe, und der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß es sich hierbei ausschließlich um Kleinst-, Klein- und wenige Mittelbetriebe handelt, die vorwiegend im Bereich des Handwerks und des Einzelhandels angesiedelt sind³⁰; ferner, daß auch diese verbleibenden Privatbetriebe keineswegs unabhängig wirtschaften, sondern durch eine ganze Reihe von indirekten Steuerungsmechanismen wie Preis-

26 Ebd., S. 105.

27 Bei den „Betrieben mit staatlicher Beteiligung“ tritt der Staat — gewöhnlich repräsentiert durch einen VEB — durch finanzielle Beteiligung als Teilhaber auf. Diese macht meist mehr als 50 % aus. Der Besitzer bleibt als Komplementär unbeschränkt haftender Gesellschafter und Unternehmensleiter. Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus, a.a.O., S. 170 f.

28 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1970 der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1970, S. 39.

Am Rande sei vermerkt, daß Neumann seinen Behauptungen offensichtlich eine nur vorläufige Zahl für das Jahr 1968 zugrunde legt, wie sie im Statistischen Jahrbuch der DDR von 1969 angegeben wird. Dort wird der Anteil der volkseigenen Betriebe am Nettoprodukt mit 67,7 % beziffert. Vgl. Statistisches Jahrbuch 1969 der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1969, S. 39.

29 Vgl. hierzu beispielsweise Hannsjörg Buck, Technik der Wirtschaftlenkung in kommunistischen Staaten. Funktionsweise und Funktionsschwächen der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs in der UdSSR, in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Ländern. 2 Bde. Coburg 1969, Bd. 1, S. 444, 452, Bd. 2, S. 547 ff.

30 Zur Entwicklung der Eigentumsstruktur in der Wirtschaft der DDR vgl. auch: Jürgen Harrer/Heinz Jung, Das ökonomische System in der BRD und der DDR. In: Heinz Jung (u. a.), BRD—DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme. Köln 1971, S. 62 ff.

gestaltung, Kreditvergabe, Steuer- und Einkommenspolitik, Rohstoff- und Maschinenbelieferung sowie durch ihre „Zuordnung“ zu den Bezirkswirtschaftsräten und die erforderliche Bestätigung ihrer Produktions- und Leistungsangebote durch die örtlichen Staatsorgane der sozialistischen Planung unterworfen sind³¹. Außerdem sollte nicht vergessen werden, daß der private Sektor weiterhin kontinuierlich abnimmt und gewöhnlich im halbstaatlichen Bereich aufgeht bei gleichzeitigem Wachstum des sozialistischen, insbesondere des volkseigenen Sektors³².

Diese gesellschaftliche Realität, die in der Tat die Überwindung des Klassenantagonismus, den Verlust der ökonomischen und politischen Selbständigkeit der Überreste der bürgerlichen Klasse, deren zunehmende Integration in die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft und somit ihr schließliches Verschwinden beinhaltet³³, ist die Grundlage für die von Neumann als „Revisionismus“ und „Beschwörung“ des „Klassenfriedens“ verleumdete Einschätzung, es finde in

31 Vgl. Buck, a.a.O., Bd. 1, S. 452, 530.

Zu einer weiteren Möglichkeit der Einbeziehung der privaten (und halbstaatlichen) Betriebe in die sozialistische Produktionsorganisation und Planung, den „Erzeugnisgruppen“ und „Kooperationsverbänden oder -gemeinschaften“, die im Zuge der Wirtschaftsreformen immer größere Bedeutung gewannen, deren leitende Gremien allerdings kein „Element der staatlichen Wirtschaftsleitung“ (Nick) sind, vgl. Buck, a.a.O., Bd. 1, S. 294 f., 403 f.; Nick, a.a.O., S. 193 ff.; Roland Scheibler, Karl-Heinz Reuß, Brunhilde Gierke, Dieter Casper, Die Planung nach strukturbestimmenden Erzeugnissen und Erzeugnisgruppen. Berlin 1969, S. 33 ff.; Politische Ökonomie des Sozialismus, a.a.O., S. 706 ff.

32 Die Zahlen der letzten Jahre lauten folgendermaßen:
Anteil am Nettoprodukt nach Eigentumsformen der Betriebe, in Prozent.

Jahr	Eigentumsformen der Betriebe			
	Insgesamt	Sozialistisch Volkseigen	Genossenschaftlich	Halbstaatlich Privat
1950	56,8	50,5	6,3	— 48,2
1968	85,5	68,1	17,4	8,3 6,2
1969	85,3	68,2	17,1	8,7 6,0
1970 *	85,6	68,3	17,3	8,7 5,7

* Vorläufige Zahlen.

Vgl. Statistisches Jahrbuch 1971 der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1971, S. 39.

Nebenbei sei darauf hingewiesen, daß Neumann die heutige DDR zu den „ehemals sozialistischen Ländern“ (132) zählt. Sie muß also früher sozialistisch gewesen sein. Da nun aber seit Existenz der DDR die Privatproduktion beständig eingeschränkt wurde, ergibt sich der kuriose Umstand: In dem Maße wie der private Sektor verschwand, verlor die DDR ihren sozialistischen Charakter — so wenigstens für Philip Neumann.

33 Zur Entwicklung der Sozialstruktur in der DDR vgl. Margarete Tjaden-Steinhauer/Karl Herrmann Tjaden, Die Entwicklung der Sozialstruktur in der BRD und in der DDR. In: Heinz Jung (u. a.), BRD—DDR, a.a.O., S. 182 ff.

der DDR eine fortschreitende Annäherung der verschiedenen Klassen und Schichten bezüglich ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln statt, sowie ihre schrittweise Integration zur „sozialistischen Menschengemeinschaft“³⁴. Dieser Begriff mag die noch vorhandenen Konflikte unterschätzen und den aktuell erreichten Integrationsstand der DDR-Gesellschaft überbewerten, soweit er jedoch einer langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungstendenz Ausdruck verleiht, kann auch er nicht schlichtweg als „revisionistisch“ eingestuft werden. Dies zeigt sich darin, daß gleichzeitig die führende Rolle der Arbeiterklasse in diesem Prozeß wie bei der Ausübung der politischen Macht betont wird, und es ist bezeichnend, daß Neumann die folgenden Passagen des Ulbricht-Textes aus seinem Zitat ausklammert: „In diesem Entwicklungsprozeß hat die Arbeiterklasse die führende Rolle, weil sie die entscheidende Klasse im Produktionsprozeß ist und von ihrer marxistisch-leninistischen Partei . . . geleitet wird. Die Arbeiterklasse strebt am konsequentesten die Schaffung der klassenlosen Gesellschaft, den Kommunismus, an. Ihr Verhältnis zu den Produktivkräften und zum Eigentum ermöglicht es ihr auch, am konsequentesten die Bedingungen für die allseitige Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten zu schaffen. Die Erkenntnis von den objektiven und subjektiven Erfordernissen dafür, daß die Arbeiterklasse ihre führende Rolle voll wahrnehmen kann, ist von großer Bedeutung. Dabei geht es vor allem darum, die politisch-moralische Qualität, insbesondere aber das Bewußtsein um die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im entwickelten Sozialismus und die revolutionären Beziehungen zum Neuen in der Arbeiterklasse ständig zu stärken“³⁵.

Nebenbei sei hier noch auf eine recht aufschlußreiche Kleinigkeit verwiesen. Neumann konzidiert generös, es sei „richtig, die (Hervorhebung durch die Verf.) alten Kapitalisten in den Dienst des Sozialismus zu stellen, ihre Fähigkeiten auszunutzen; aber gleichzeitig muß ein proletarischer Staat sie überwachen, einschränken und bekämpfen mit dem Ziel, ihnen die ökonomische Grundlage zu nehmen, sobald die Arbeiterklasse genügend qualifizierte Kräfte zur Leitung der Produktion hervorgebracht hat“³⁶. Dieses Zitat ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Die Idee, es könne möglich sein, die Kapitalisten „in den Dienst des Sozialismus zu stellen“, mag man vielleicht als originellen Beitrag zur Revision der sozialistischen Theorie werten, in der von Neumann als „revisionistisch“ beschimpften DDR ist eine solche Position jedenfalls niemals auch nur theoretisch vertreten, geschweige denn praktisch wirksam geworden. Bereits in der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“, die noch vor der

34 Walter Ulbricht, Zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Ders., Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, a.a.O., Bd. 2, S. 182—374, hier S. 195.

35 Ebd.

36 Neumann, a.a.O., S. 105 f.

Gründung der DDR vollzogen wurde, wurde vielmehr mit der vollständigen politischen und ökonomischen Entmachtung des entscheidenden Kerns der bürgerlichen Klasse, der Monopolbourgeoisie, überhaupt erst die Voraussetzung für den sozialistischen Aufbau geschaffen. Und gewiß wäre die Monopolbourgeoisie selbst am meisten erstaunt gewesen, hätte man in der SBZ/DDR versucht, sie „in den Dienst des Sozialismus zu stellen“ (was bei solchen Versuchen herauszukommen pflegt, hat wohl am besten die Arbeiterklasse der westlichen Besatzungszonen erfahren). Daß man gegenüber der kleinen und Teilen der mittleren Bourgeoisie dagegen, sofern sie sich aktiven Widerstands gegen die Maßnahmen dieser und der nächsten Phasen enthielt, eine andere Politik einschlug, weist darauf hin, daß die „revisionistischen“ „Führer der DDR“ immerhin über ein Differenzierungsvermögen verfügen, das dem „Antirevisionisten“ Neumann total abgeht und das sie im Gegensatz zu diesem vor tatsächlich revisionistischen Illusionen wie der obigen bewahrt hat.

Ein weiterer Punkt der zitierten Neumann-Passage scheint uns bemerkenswert. Es ist dies die Vorstellung, die proletarische Staatsmacht solle dann *den* Kapitalisten „die ökonomische Grundlage ... nehmen, sobald die Arbeiterklasse genügend qualifizierte Kräfte zur Leitung der Produktion hervorgebracht“ habe. Was aber soll passieren, wenn die Arbeiterklasse noch nicht über solche „Kräfte“ verfügt? Eingedenk der erwähnten Tatsache, daß in der SBZ/DDR bei der Politik gegenüber der bürgerlichen Klasse sehr genau differenziert wurde zwischen Monopolbourgeoisie auf der einen, kleiner und mittlerer Bourgeoisie auf der anderen Seite; eingedenk der weiteren Tatsache, daß die Enteignung der Großbourgeoisie bereits im Juni 1946 in Angriff genommen wurde, zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Arbeiterklasse mit Sicherheit noch nicht „genügend qualifizierte Kräfte zur Leitung der Produktion hervorgebracht“ hatte — eingedenk dieser Tatsachen erweisen sich Neumanns Vorstellungen vom Übergang zum Sozialismus nicht nur als äußerst undifferenziert, es scheint in ihnen darüber hinaus die klassische Vorstellung des Kautskyanismus auf: Sozialismus ja, aber erst „sobald“ die Arbeiterklasse „reif“ dazu ist.

Dieser Argumentation zufolge hätte es nicht einmal eine „antifaschistisch-demokratische Neuordnung“ geben dürfen, keine Enteignung der Monopolbourgeoisie im Jahre 1946; denn wo sollten im Juni 1946 zur Leitung der Produktion qualifizierte Kräfte aus der Arbeiterklasse in ausreichendem Maße herkommen? Gerade der ursprüngliche Mangel an solchen Kadern ist zweifellos einer der Gründe für die zahllosen Schwierigkeiten, die in der SBZ/DDR beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zu lösen waren. Dennoch waren diese Maßnahmen, denen ja Säuberungs- und Entnazifizierungsmaßnahmen auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens entsprachen, politisch notwendig, und die Arbeiterklasse eignete sich, wenn auch mit Mühe, in diesem Umwälzungsprozeß selbst und durch die Wahrnehmung der eroberten Positionen die zur Leitung der Produktion und zum Aufbau eines neuen Staats

wie zur politischen Machtausübung erforderlichen Qualifikationen an. Bürgerliche Spezialisten, deren antifaschistische Vergangenheit feststand oder die zumindest politisch nicht belastet waren und aus dem Faschismus gelernt hatten, waren in diesen Prozeß freilich von Anfang an mit einbezogen³⁷.

Der Nachweis für die Behauptung, daß die alte Bourgeoisie in der DDR noch eine nennenswerte ökonomische Basis habe, ist Neumann also nicht gelungen, aber um diesen Nachweis geht es ihm auch nicht primär, denn: „Wichtiger ist die neue Bourgeoisie“³⁸. Die Behauptung, in der DDR wie in der Sowjetunion sei eine solche „neue Bourgeoisie“ an die Macht gelangt, die sich aus der proletarischen Intelligenz, insbesondere der technischen, entwickelt habe, bildet den Kernvorwurf nicht nur des Neumannschen Aufsatzes, sondern der Kritik an diesen sozialistischen Systemen durch die KPCh, die albanische KP und diejenigen Gruppen in der Bundesrepublik, die ihren Antikommunismus als „Antirevisionismus“ im Stile Neumanns zu verkaufen versuchen.

Neumann beginnt in seiner „Kritik“ den zentralen Abschnitt über die Klassenverhältnisse mit der richtigen Feststellung, daß die „wirkliche Stellung und Funktion im Produktionsprozeß“ und nicht ein juristisches Verhältnis „zum Bestimmungsfaktor der Klassen gemacht“³⁹ werden müsse. Er unterstellt jedoch, dies geschähe in der DDR nicht. In dem Zitat, aus der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“, das er als Beleg für diese Unterstellung anzusehen scheint, steht aber weder, daß juristische Verhältnisse zu Bestimmungsfaktoren der Klassen gemacht werden sollten, noch wird dies getan, im Gegenteil. Wer sich die Mühe macht, den Kontext dieses Belegzitats nachzulesen, erfährt, daß sich die Verfasser der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ in „Gegensatz zu Auffassungen“ stellen, „nach denen sich die herrschende Klasse lediglich auf die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel zu konzentrieren habe, um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse zu gewährleisten . . .“⁴⁰. Hier zeigt sich abermals, daß Neumanns Behauptungen nicht auf Mißverständnissen beruhen, die der Gegenstand der Kritik vielleicht sogar nahelegt, sondern auf sinnentstellenden Auslassungen und willkürlichen Unterstellungen, die seinen Revisionismuskvorwurf als bloße Verleumdung und nicht als Ergebnis

37 Vgl. hierzu und zu den Entnazifizierungsmaßnahmen in der SBZ: Reinhard Kühnl, Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in BRD und DDR. In: Jung (u. a.), BRD—DDR, a.a.O., S. 251 ff.; Tjaden-Steinhauer/Tjaden, a.a.O., S. 183 ff.

38 Neumann, a.a.O., S. 106. Auch an dieser Stelle sind Neumanns Ausführungen widersprüchlich, denn wenn tatsächlich noch 33 % des Nettoprodukts auf private Betriebe entfielen, wie er unterstellt, so wäre es völlig unerklärlich, warum die „alten Kapitalisten“ nicht „überschätzt“ werden sollten — sie hätten dann sogar noch eine ganz wesentliche Bedeutung!

39 a.a.O., S. 133 f.

40 Politische Ökonomie des Sozialismus . . . , a.a.O., S. 93.

wissenschaftlicher Analyse aufweisen. Hierfür sei in diesem Zusammenhang ein weiteres Beispiel angeführt.

Neumann behauptet mit Blick auf die DDR: „Mit der juristischen Eigentumsfiktion verdecken die Revisionisten die realen Verhältnisse in ihren Ländern.“ Im Gegensatz dazu gelte es, „die realen Aneignungsverhältnisse, die Stellung der ‚großen Menschengruppen‘ im Produktionsprozeß und im Arbeitsprozeß ... zu untersuchen, wenn man die bestehenden Klassenverhältnisse erfassen will“⁴¹. Nun, genau das wird in der von Neumann angegebenen DDR-Literatur gefordert und getan. Davon abgesehen, daß die kritisierten DDR-Autoren wissen, daß der Produktionsprozeß den Arbeitsprozeß umfaßt, und deshalb nicht beide Begriffe nebeneinandersetzen, als bezeichneten sie gänzlich Verschiedenes, findet sich die Neumannsche Forderung, die Analyse der Produktionsverhältnisse auf die Untersuchung des realen Aneignungsprozesses zu gründen, fast wörtlich bei Harry Nick: „Erstens muß das sozialistische Eigentum als ein Prozeß der Aneignung verstanden werden, es darf nicht auf die Verfügung über die Produktionsmittel reduziert und damit als eine isolierte, statische, letztlich juristische Kategorie angesehen werden, deren Bedeutung zwar betont wird, die aber doch recht inhaltsarm bleibt. Dies ist in der bekannten Definition der Produktionsverhältnisse der Fall, die 1. das Eigentum an den Produktionsmitteln, 2. die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Beziehungen und 3. die hierzu gehörende Verteilungsweise nennt. Eigentum, gesellschaftliche Beziehungen und Verteilung können in dieser Weise nicht voneinander getrennt werden; diese Trennung muß sich aber ergeben, wenn das Eigentum auf die Verfügung über die Produktionsmittel, auf die Beziehung des Menschen zur Sache reduziert wird“⁴². „Was ist an dieser Definition des Eigentums revisionistisch? Wo wird hier versucht, mit juristischen Fiktionen reale gesellschaftliche Verhältnisse zu verdecken? Gerade der Reduktion des Eigentums auf eine juristische Kategorie gilt die Kritik von Nick.“

Die Differenzen zwischen den kritisierten DDR-Autoren und ihrem Kritiker Neumann können also nicht aus unterschiedlichen Ausgangspunkten der Klassenanalyse erklärt werden, sie müssen ihre Ursachen in der Art und Weise der Analyse selbst, im System ihres begrifflichen Instrumentariums haben. Doch wer nun erwartet, Neumann versuche seine Behauptung, in der DDR herrsche eine neue bürgerliche Klasse, durch die von ihm selbst geforderte Untersuchung des realen Aneignungsprozesses zu beweisen, irrt: „Im

41 Neumann, a.a.O., S. 135.

42 Nick, a.a.O., S. 70. Das Buch von Nick sollte Neumann gelesen haben, da er es beständig kritisiert. Vor allem aber muß betont werden: Die von Nick und noch ausführlicher von Ruth Walter analysierten nicht-antagonistischen Widersprüche des Ökonomischen System des Sozialismus kämen überhaupt nicht in den Blick und wären schon gar nicht ableitbar, wenn diese Autoren das sozialistische Eigentum als bloß juristisches Verhältnis und nicht als gesellschaftlichen Aneignungsprozeß, d. h. als reales gesellschaftliches Verhältnis begriffen.

Kapitalismus entscheiden der Kapitalverwertungsprozeß und die von ihm abhängigen politischen Verhältnisse darüber, welcher Klasse die Individuen zugeordnet sind. Im Sozialismus dürfte dieser Prozeß zunächst anders verlaufen und bedarf konkreter Analysen⁴³.“ Der konkreten Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR bedarf es also erst noch, und Neumann weiß eingeständenermaßen nicht einmal, welche Kriterien bei der Bestimmung der Klassenverhältnisse einer sozialistischen Gesellschaft überhaupt anzuwenden sind, das Ergebnis der noch zu leistenden konkreten Analyse kennt er jedoch schon im Voraus, macht er zur zentralen These seiner „Kritik“: in der DDR herrscht eine neue bürgerliche Klasse.

Weiß Neumann auch nicht, was im Sozialismus über die Klassenzugehörigkeit entscheidet, so meint er es für den Kapitalismus zu wissen. Seine Aussagen über die Rolle der Arbeiterklasse im Kapitalismus zeigen endlich, welche Klassentheorie er hat, nach welchen Kriterien er Klassenzugehörigkeit bestimmt. Die Arbeiterklasse „ist die Klasse, die die materiellen Werte in der unmittelbaren Produktion schafft, die im Kapitalismus von anderen Klassen angeeignet werden. Sie ist die Klasse, die im Kapitalismus die Drecksarbeit zu machen hat, ohne an den Früchten dieser Arbeit teilzuhaben; sie ist die Klasse, die im Kapitalismus herumkommandiert wird, die auszuführen hat, was andere planen und entwerfen, die die unterste Stellung in der gesellschaftlichen Werteskala einnimmt“⁴⁴.

Die Arbeiterklasse sei also diejenige Klasse, die die „materiellen Werte“ schaffe. Diese Klassenbestimmung beginnt damit, daß sie gegen die elementaren Erkenntnisse des Marxismus verstößt. Arbeit und Natur⁴⁵ sind zwar die Quellen des *materiellen Reichtums* der kapitalistischen (wie jeder anderen) Gesellschaft hervor, die Arbeiterklasse schafft aber keine „materiellen Werte“, denn es gibt keine Werte, denen das Adjektiv „materiell“ zukäme, sondern nur Gebrauchswerte, die unter bestimmten historischen Bedingungen im Austauschwertform annehmen. Der Wert selbst ist immer immateriell, weshalb Marx ihn auch als „gespenstisch“⁴⁶ bezeichnet. „Im graden Gegenteil zur sinnlich groben Gegenständlichkeit der Warenkörper geht kein Atom Naturstoff in ihre Wertgegenständlichkeit ein. Man mag daher eine einzelne Ware drehen und wenden, wie man will, sie bleibt unfaßbar als Wertding“⁴⁷; oder, plastischer: die Eigenschaft eines Rocks, Träger von Wert zu sein, blickt „selbst durch seine größte Fadenscheinigkeit nicht durch . . .“⁴⁸. Wert ist also nach Marx kein Ding, dem materielle Gegenständlichkeit zukommt, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis.

43 Neumann, a.a.O., S. 135.

44 a.a.O., S. 100.

45 Keineswegs die Arbeit allein. Vgl. Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms. Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. MEW Bd. 19, S. 16 ff.

46 K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 52.

47 a.a.O., S. 62.

48 a.a.O., S. 66.

Weiterhin suggeriert dieser Anfangssatz der Neumannschen Klassenbestimmung, daß die Arbeiterklasse der Produzent des materiellen Reichtums auch früherer, vorkapitalistischer Gesellschaftsformationen gewesen sei, ihr besonderes Dasein im Kapitalismus darin bestehe, daß hier die Früchte ihrer Arbeit von „anderen Klassen“ angeeignet werden. Daß die Arbeiterklasse überhaupt erst mit der Trennung der Produzenten von allen gegenständlichen Arbeitsbedingungen und dem dadurch geschaffenen Zwang zum Verkauf ihrer Arbeitskraft historisch entsteht; daß dieser Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft und damit das Nicht-Eigentum an Produktionsmitteln zwar nicht hinreichende oder vollständige, aber doch primäre und notwendige Bestimmung für den Begriff „Arbeiterklasse“ ist, unter schlägt Neumann. Dafür gibt er einige Kriterien für die Klassenzugehörigkeit an, die in der marxistischen Diskussion neu sind.

Die Arbeiterklasse sei diejenige Klasse, die „im Kapitalismus die Drecksarbeit zu machen“ habe: Nun besagt schon der Ausdruck „Drecksarbeit“, daß es noch andere Arbeit geben muß, sonst könnte man ihn synonym für Arbeit generell verwenden. Wer aber verrichtet wohl diese andere Arbeit, wenn nicht die Arbeiter? Gehören diese Arbeiter deshalb nicht zur Arbeiterklasse, bloß weil sie keine „Drecksarbeit“ verrichten? Es ist ja noch nicht einmal so, daß alle „Drecksarbeit“ von der Arbeiterklasse erledigt würde, man denke nur an die Drecksarbeit der Hausfrauen.

Weiteres konstitutives Merkmal für die Arbeiterklasse sei, daß sie „herumkommandiert“ werde. Marx schreibt in gleichem Zusammenhang: „Der Kapitalist ist nicht Kapitalist, weil er industrieller Leiter ist, sondern er wird industrieller Befehlshaber, weil er Kapitalist ist“⁴⁹. Dementsprechend werden Arbeiter nicht zu Arbeitern, weil sie kommandiert, sondern sie werden im Kapitalismus kommandiert, weil sie Arbeiter sind; bei der Bestimmung der Klassen und der Klassenzugehörigkeit kommt man also mit solchen deskriptiven, nur an der äußeren Erscheinungsform orientierten Kriterien keinen Schritt weiter. Das Kommandieren bzw. Kommandiertwerden spielt überhaupt eine wichtige Rolle in der Neumannschen Klassentheorie⁵⁰. Entscheidend ist aber nicht, ob Arbeiter im Produktionsprozeß Befehlen unterworfen sind, sondern ob die Befehlsgewalt ihnen als fremde gegenübertritt, ob die grundsätzlichen Entscheidungen, auf denen diese Befehle beruhen, von der Arbeiterklasse und in ihrem Interesse getroffen werden, ob der Träger der Befehlsgewalt in diesem Sinne von der Arbeiterklasse zur Ausübung dieser Macht legitimiert ist, ob er ihren Organen gegenüber rechenschaftspflichtig ist, ob sie ihn real kontrolliert. Nichts anderes beinhaltet, auf die Sphäre der Produktion angewandt, der Begriff „demokratischer Zentralismus“. Deshalb fordert Lenin, „Versammlungen über die Arbeitsbedingungen abzuhalten, mit der Aufgabe unbedingter Un-

49 a.a.O., S. 352.

50 vgl. auch Neumann, a.a.O., S. 101.

terordnung unter den Willen des sowjetischen Leiters, des Diktators, während der Arbeit“⁵¹.

Und schließlich sei die Arbeiterklasse diejenige Klasse, welche die unterste Stellung in der gesellschaftlichen Werteskala einnehme. Mit dieser Feststellung schließt Neumanns Wesensbestimmung der Arbeiterklasse. Was am Anfang noch marxistisch scheinen wollte, endet hiermit in offenkundigem Subjektivismus. Davon einmal abgesehen, daß der „gesunde Menschenverstand“ oder allenfalls noch die positivistische „Vernunft“, welche die Grundlagen für „gesellschaftliche Werteskalen“ bilden, sich stets nur an der Oberfläche gesellschaftlicher Zusammenhänge orientieren, immer nur die konkrete Tätigkeit des Individuums bewerten, zu einem nicht unmittelbar greifbaren und flach auf der Hand liegenden Begriff wie dem der „sozialen Klasse“ aber niemals vordringen, Klassen also auch nicht bewerten können, sind objektive gesellschaftliche Verhältnisse und Beziehungen vom marxistischen Standpunkt aus nicht danach zu beurteilen, „was die Menschen sagen, sich einbilden, sich vorstellen“⁵², sondern danach, „wie sie wirklich sind, d. h. wie sie wirken, materiell produzieren, also wie sie unter bestimmten materiellen und von ihrer Willkür unabhängigen Schranken, Voraussetzungen und Bedingungen tätig sind“⁵³. Neumanns Kriterien sind bloß beschreibend, sie spiegeln die Oberfläche, orientieren dementsprechend bestenfalls auf nur sekundäre, weil abgeleitete Merkmale und entsprechen den Methoden bürgerlicher Soziologie und Volkswirtschaftslehre. Das Wesen der Arbeiterklasse erfaßt zu haben, kann eine solche Beschreibung nicht für sich in Anspruch nehmen.

Wer bei der Klassenbestimmung bürgerliche Kriterien anlegt, muß auch zu den Ergebnissen bürgerlicher Wissenschaft kommen, selbst wenn er diese — wie Neumann — nur partiell ausspricht und subjektiv vielleicht durchaus zu anderen Ergebnissen gelangen will. So nimmt im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die „Drecksarbeit“ ab, werden die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse im Betrieb zunehmend entpersonalisiert, sehen sich die Arbeiter mehr und mehr durch scheinbare Sachzwänge statt durch Kommandos gesteuert. Würde man Neumanns Kriterien folgen, so müßte man davon ausgehen, daß die Arbeiterklasse zahlenmäßig beständig abnimmt, daß sich der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital immer mehr entschärft — und das genau sind die Ergebnisse der modernen bürgerlichen Arbeits- und Betriebssoziologie. Da fehlt kaum mehr als eine public-relations-Kampagne der Gewerkschaften mit dem Ziel der Anhebung der Arbeiter in der „gesellschaftlichen Werteskala“, um schließlich in die klassenlose Gesellschaft „hineinzuwachsen“. Die politischen Folgen einer Klassentheorie, die ausdrücklich als Arbeit nur manuelle Arbeit und nur manuell Arbeitende als zur Arbeiterklasse gehörig anerkennt⁵⁴, die letztlich

51 Lenin, a.a.O., Bd. 27, S. 261.

52 K. Marx u. F. Engels, Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 26.

53 a.a.O., S. 137.

54 vgl. Neumann, a.a.O., S. 137.

Schwielen an den Händen und Schmutz unter den Fingernägeln zum entscheidenden Kriterium der Klassenzugehörigkeit erhebt, statt von der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse auszugehen, liegen in ihrer Schädlichkeit für Strategie und Taktik einer proletarischen Partei auf der Hand. Deshalb forderte Mao Tse-Tung, man müsse „1. Die Parteimitglieder lehren, mit der marxistisch-leninistischen Methode die politische Lage zu analysieren und die Klassenkräfte einzuschätzen, statt sich subjektivistischer Analysen und Einschätzungen zu bedienen; 2. Die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf sozial-ökonomische Untersuchungen und Forschungen lenken, damit sie davon ausgehend die Kampftaktik und die Arbeitsmethoden festlegen können“⁵⁵.

Facit der Überprüfung von Neumanns Beweisen für die Behauptung, in der DDR herrsche eine neue Bourgeoisie: Er unterstellt wider besseres Wissen — unter der Voraussetzung, daß er die von ihm angegebene Literatur gelesen hat —, daß in der kritisierten DDR-Literatur das sozialistische Eigentum lediglich juristisch gefaßt und dergestalt zur Grundlage der Klassenanalyse gemacht werde; er gibt zu, nicht zu wissen, was in einer sozialistischen Gesellschaft die Merkmale der Klassenzugehörigkeit sind, behauptet aber trotzdem die Herrschaft einer neuen bürgerlichen Klasse; schließlich erweist sich, daß die Klassentheorie desjenigen, der auszog, die „DDR-Theorie“ des Revisionismus zu überführen, kaum entfernte Ähnlichkeit mit der marxistischen Klassentheorie aufweist.

Im Zentrum von Neumanns ausführlicher Kritik am Lohnsystem der DDR steht, daß dort gemäß dem Prinzip der Entlohnung nach Leistung „der Stücklohn überall dort angewandt (wird, die Verf.), wo das vom Arbeitsprozeß her möglich ist“⁵⁶. Er verweist zurecht darauf, daß der Stücklohn diejenige Entlohnungsform ist, die der kapitalistischen Produktionsweise am adäquatesten ist; verweist ebenfalls zurecht darauf, daß der Stücklohn im Kapitalismus die Klassensolidarität der Arbeiter gefährdet; verweist schließlich auch darauf, daß diese Lohnform unter kapitalistischen Bedingungen „durch die Bindung des Lohns an die Leistung“ dem Arbeiter vorspiegelt, es würde „die Stückzahl, nicht aber seine Arbeitskraft bezahlt“, er erhalte „den ‚Wert der Arbeit‘, ein Äquivalent für die neugeschaffenen Werte“⁵⁷. Daß auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft der Lohn als Preis der Arbeit erscheint, gilt — was Neumann allerdings nicht sieht — für alle Entlohnungsformen, also auch für den Zeitlohn⁵⁸. Doch über die Mystifikation der Lohnform, den Lohnfetisch, soll mit Neumann nicht gerechnet werden. Vielmehr ist ihm vorzuwerfen, daß er selbst dem Lohnfetisch erliegt, indem er hinter den eigenen Erkenntnisstand zurückfällt und unterstellt, im

55 Mao Tse-Tung, Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei, in: Ausgewählte Werke, Peking 1966, Bd. I, S. 127.

56 Neumann, a.a.O., S. 113.

57 a.a.O.

58 vgl. Marx, Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 557.

Kapitalismus werde nach Leistung entlohnt: „Die Entlohnung nach Leistung kann aus ersichtlichen Gründen nicht voluntaristisch beseitigt werden, sobald die Diktatur des Proletariats errichtet ist⁵⁹.“ Der „ersichtliche Grund“ hierfür ist aber in der Tatsache zu suchen, daß es bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats Entlohnung nach Leistung eben nicht gegeben hat, denn sie ist völlig unvereinbar mit der kapitalistischen Produktionsweise, in der der Stücklohn genauso wie der Zeitlohn nur das Äquivalent für den Wert der Arbeitskraft bilden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß zwischen den einzelnen Akkordarbeitern beträchtliche Lohndifferenzen auftreten können. „In bezug auf die wirkliche Einnahme treten hier also große Differenzen ein je nach dem verschiedenen Geschick, Kraft, Energie, Ausdauer usw. der individuellen Arbeiter. Dies ändert natürlich nichts an dem allgemeinen Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit. Erstens gleichen sich die individuellen Unterschiede für die Gesamtwerkstatt aus, so daß . . . der gezahlte Gesamtlohn der Durchschnittslohn des Geschäftszweiges sein wird. Zweitens bleibt die Proportion zwischen Arbeitslohn und Mehrwert unverändert . . .“⁶⁰.

Schon auf der Oberfläche der juristischen Bestimmungen unterscheiden sich das Entlohnungssystem der DDR und, z. B., der BRD ganz entscheidend, was etwa ein Vergleich der Paragraphen über „Lohn und Prämie“ im Gesetzbuch der DDR (§ 39—60) mit den entsprechenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Bundesrepublik zeigt⁶¹. An dieser Stelle kann darauf nicht weiter eingegangen werden; eine wirklich fundierte Kritik müßte — im Gegensatz zu der Neumannschen Verfahrensweise — die Aussagen über die Prinzipien der Eingruppierung, über die Lohnformen und die Prämien, die im Gesetzbuch der Arbeit getroffen werden, zumindest in ihren Grundzügen mit einbeziehen. Unter der Oberfläche allenfalls ähnlicher Lohnformen verbergen sich fundamentale Unterschiede in der Funktion des Stücklohns in kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften: Versucht in staatsmonopolistischen Kapitalismus die Monopolbourgeoisie mit Hilfe der Wirtschaftspolitik des Staates die Ausbeutungsrate zu fixieren, der Arbeiterklasse ein Lohndiktat aufzuzwingen, das ihr stets wachsende Monopolprofite (staatlich) sichert, ist hier die Lohnentwicklung den Profitinteressen des Monopolkapitals untergeordnet, muß die Arbeiterklasse trotzdem selbst um die Erhaltung ihrer Reallöhne kämpfen, wird hier das Mehrprodukt von der Kapitalistenklasse angeeignet und produziert somit der Arbeiter beständig „den objektiven Reichtum als Kapital, ihm fremde, ihn beherrschende und ausbeutende Macht“⁶², so ist dort die Arbeitskraft keine Ware mehr, haben sich durch die Abschaffung der Warenform

59 Neumann, a.a.O., S. 113.

60 Marx, Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 578 f.

61 Vgl. dazu: Arbeitsrecht der DDR. Eine systematische Darstellung und Erläuterung des Gesetzbuches der Arbeit der DDR und weiterer wichtiger arbeitsrechtlicher Bestimmungen. Berlin 1970, S. 226—277.

62 Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 596.

der Arbeitskraft und Verwirklichung des Rechts auf Arbeit die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse entscheidend geändert, wird die Lohnhöhe bestimmt durch das konkret notwendige und mögliche Verhältnis zwischen Akkumulation, gesellschaftlicher und individueller Konsumtion. Über dieses Verhältnis, also über die gesamte Verwendung des Nettoprodukts verfügt im Sozialismus die Arbeiterklasse mit Hilfe ihrer Partei, ihrer Gewerkschaften und ihres Staates. Der jeweilige Anteil an der individuellen Konsumtion wird abhängig von der individuell geleisteten Arbeit.

Diese Unterschiede, also die zwischen Ausbeutung und Nicht-Ausbeutung, stecken hinter dem Stücklohn in einer kapitalistischen und in einer sozialistischen Gesellschaft. Hierzu Neumann: Man wird „auf Leistungslohn in der ersten Zeit nach der Revolution nicht verzichten können . . . Jedoch das notwendige Übel als Errungenschaft des Sozialismus ausgeben heißt, das Ziel verraten, den Kampf um die kommunistische Gesellschaft aufgeben“⁶³. Die Abschaffung der Ausbeutung, die Verwirklichung des Prinzips „Jedem nach seiner Leistung“, desjenigen Prinzips also, das gerade für die sozialistische Produktionsweise als niedriger Stufe der kommunistischen kennzeichnend ist, denunziert Neumann als Verrat am Endziel des Kommunismus. Eine solche Position kann nicht den bekannten, auch bei Neumann zitierten Passus aus der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ für sich in Anspruch nehmen. Marx schreibt dort, die Aneignung nach Leistung sei ein gewaltiger historischer Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus, aber „stets noch mit der bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportionell; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird . . . Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht . . . Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft“⁶⁴.

Vom Standpunkt der entwickelten kommunistischen Gesellschaft ist die Entlohnung nach der Arbeitsleistung, folglich auch der Stücklohn, zweifellos ein Mißstand; doch immerhin, dieser Mißstand „erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur ein Arbeiter ist wie ein anderer“. Eine solche Entlohnungsweise als sozialistische Errungenschaft zu bezeichnen, nennt Neumann Verrat am kommunistischen Ziel. Auch wenn man in der DDR die Entlohnung gemäß

63 Neumann, a.a.O., S. 114.

64 Marx, Kritik des Gothaer Programms. Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW Bd. 19, Berlin 1962, S. 20 f.

der Arbeitsleistung nicht als Mißstand ansehen und den Übergang zum Prinzip, daß jeder nach seinen Fähigkeiten arbeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen zukommen solle, nicht intendieren würde, so bliebe die Bestimmung des Anteils am (individuellen) Konsumtionsfonds nach Arbeitsleistung doch ein qualitativ neues Prinzip gegenüber dem Kapitalismus, bliebe sie eine wirkliche historische Errungenschaft. Freilich könnte dann immer noch der Vorwurf berechtigt sein, die SED habe das kommunistische Ziel aus den Augen verloren, „verraten“. Neumann behauptet, hierfür einen Beweis gefunden zu haben, der darin bestehe, daß „in der DDR gegen die oben zitierte Stelle von Marx heftig polemisiert“⁶⁵ werde, gegen die Marxsche Auffassung also, die sozialistische Aneignungsweise sei noch eine historisch niedrigere, zu überwindende Phase der kommunistischen Gesellschaft. Als Belegstelle verweist Neumann auf Ruth Walter, die auf der angegebenen Seite schreibt: „In den Randglossen zum Gothaer Programm der deutschen Arbeiterpartei hat Karl Marx diese Aneignungsform (nach Arbeitsleistung, die Verf.) theoretisch begründet. Seine Arbeit ist ein klassisches Beispiel marxistischer Gesellschaftsprognose. Mit dieser Arbeit hatte sich Karl Marx nicht in erster Linie das Ziel gestellt, die sozialistische Gesellschaft zu charakterisieren, sondern sein Hauptanliegen bestand darin, unwissenschaftliche und illusionäre Vorstellungen über die sozialistische Gesellschaft und die ihr eigenen Gesetzmäßigkeiten, wie sie in der Formulierung des Gothaer Programms vom ‚unverkürzten Arbeitsertrag‘ zum Ausdruck kommen, zu widerlegen. Bei der Interpretation der Marxschen Gedanken ist dies in der Vergangenheit nicht immer beachtet worden. Früher war es deshalb üblich, das Aneignungs- und Verteilungsprinzip des Sozialismus stärker vom Gesichtspunkt der noch nicht möglichen Aneignung nach den Bedürfnissen, für die erst im Kommunismus die Bedingungen gegeben sind, zu betrachten, als den völlig neuen Charakter und den großen Fortschritt gegenüber den Aneignungsprinzipien der kapitalistischen Gesellschaft zu betonen“⁶⁶. Gerade gegenüber der Neumannschen Kritik ist es notwendig, den neuartigen Charakter des Aneignungs- und Verteilungsprinzips des Sozialismus gegenüber demjenigen des Kapitalismus hervorzuheben. Wo aber ist hier ein Beweis dafür, daß in der DDR der Kampf um die kommunistische Gesellschaft aufgegeben sei; wo wird hier „heftig polemisiert“ gegen die Charakterisierung der verschiedenen Phasen der kommunistischen Gesellschaft, die Marx in den Randglossen zum Gothaer Programm vornimmt?

Um gleich bei den Verfälschungen zu bleiben, die Neumann in diesem Falle bei der Wiedergabe der Positionen von Ruth Walters Buch vornimmt: Er behauptet, diese fordere, „geistige Arbeit höher zu bewerten als körperliche Arbeit“⁶⁷. Tatsächlich fordert Walter

65 Neumann, a.a.O., S. 114.

66 Ruth Walter, Interesse im ökonomischen System, hrsg. von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin 1970, S. 108.

67 Neumann, a.a.O., S. 114.

dagegen die höhere Bewertung von qualifizierter Arbeit gegenüber einfacher⁶⁸. Erkennt man die Entlohnung nach Arbeitsleistung als notwendiges Prinzip im Prozeß der Schaffung der Grundlagen der entfalteten kommunistischen Gesellschaft an — und das tut Neumann stellenweise durchaus, sein Fehler liegt in erster Linie darin, zu glauben, dieses Prinzip habe bereits im Kapitalismus bestanden — so wird man auch akzeptieren müssen, daß qualifizierte Arbeit höher zu bezahlen ist als einfache, denn „qualifizierte Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, so daß ein kleineres Quantum komplizierter gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit“⁶⁹. Qualifizierte Arbeit ist sozusagen mehr Arbeit als einfache Arbeit im gleichen Zeitabschnitt. Deshalb verlangt das Prinzip der Aneignung nach Arbeitsleistung ihre höhere Bewertung. Das ist kein Verstoß gegen das Prinzip der Aneignung nach Leistung, wie Neumann meint⁷⁰, sondern seine logische Konsequenz *und* zugleich materieller Anreiz zur Qualifizierung der Arbeitskraft. Zweifellos ist ein solches Recht noch „ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht“ — nur eben ein in der gegenwärtigen historischen Etappe noch notwendiges. Gegen das Prinzip der Entlohnung nach Leistung wird auch nicht in der Weise verstoßen, daß die Arbeiter, deren Arbeitsplatz mit modernster Maschinerie ausgestattet ist, besser bezahlt würden als Arbeiter mit gleicher Qualifikation, die in schlechter ausgerüsteten Betrieben arbeiten, wie der von Neumann aus der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ zitierte folgende Satz zu beweisen scheint: „Der höchste Basislohn der jeweiligen Lohngruppe wird bei vollautomatischen Prozessen und bei Prozessen mit zeitlichem Zwangsverlauf, der niedrigste Basislohn bei manuellen Arbeiten und in niedrigen Formen der Produktionsorganisation angewandt.“ Den im Text folgenden Satz unterschlägt Neumann: „Damit wird der unterschiedlichen Beeinflussbarkeit der Arbeitsergebnisse in der Produktion und der damit verbundenen Notwendigkeit, unterschiedliche Formen des Arbeitslohns anzuwenden, Rechnung getragen“⁷¹. Ziel der Anwendung von Basislöhnen — eine Lohnform, die nur in den relativ stark automatisierten Betrieben angewendet wird und sich aus den Tariflöhnen und Teilen der bisherigen Mehrlöhne zusammensetzt — ist es gerade, zu verhindern, daß Arbeiter in automatisierten Betrieben weniger Lohn bekommen als die Arbeiter in Betrieben mit niederem technischen Niveau der Arbeitsmittel, was ohne die Anwendung von differenzierten Basislöhnen automatisch eintreten würde, da in ersteren der Produktionsablauf kaum vom einzelnen Arbeiter oder vom Arbeitskollektiv beeinflussbar ist, also kaum eine Grundlage für die Zahlung von Prämien besteht.

68 Walter, a.a.O., S. 122 ff.

69 Marx, Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 59.

70 Neumann, a.a.O., S. 115.

71 Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus . . . , a.a.O., S. 814.

Den qualitativ neuen Charakter des Stücklohns unter sozialistischen Bedingungen verkennt Neumann auch, wenn er schreibt, in der DDR wären, wesentlich bedingt durch die Anwendung des Stücklohns, „die Verhältnisse, unter denen die Arbeiter täglich produzieren, durch Konkurrenzmechanismen gestaltet“, würde „die Konkurrenz unter den Arbeitern erzeugt und die Klassensolidarität zerstört“⁷². Das genau ist die Funktion des Stücklohns im Kapitalismus, es ist jedoch völlig unzulässig, hieraus auf seine Funktion im Sozialismus zu schließen und die Existenz von Konkurrenz abzuleiten, denn die „Konkurrenz aber ist eine besondere Form des Wettbewerbs, wie sie der kapitalistischen Gesellschaft eigen ist und besteht im Kampf der einzelnen Produzenten um den Einfluß, um den Platz auf dem Markt“⁷³. Entsprechende Beziehungen herrschen — zumindest naturwüchsig — im Kapitalismus zwischen den Arbeitern: In Krisenzeiten Konkurrenz schon beim Verkauf der Ware Arbeitskraft; Konkurrenz, Kampf eines jeden gegen jeden bei den Akkordarbeitern, weil der Stücklohn die Tendenz hat, „mit der Erhebung individueller Arbeitslöhne über das Durchschnittsniveau dies Niveau selbst zu senken“⁷⁴. Überdurchschnittliche Leistungen schaden also der Arbeiterklasse und stärken die Kapitalmacht. Im Sozialismus hingegen, wo die Arbeitskraft keine Ware mehr ist und das Recht auf Arbeit besteht, erhöhen überdurchschnittliche Leistungen nicht mehr den Profit der Kapitalistenklasse, sondern kommen der Gesellschaft zugute. Kurz: Der Sozialismus ist unvereinbar mit der Konkurrenz, während der Wettbewerb erst mit Errichtung der Diktatur des Proletariats beginnt. „In Wirklichkeit aber eröffnet erst der Sozialismus durch die Beseitigung der Klassen und folglich der Versklavung der Massen zum ersten Male einen Weg zu einem Wettbewerb tatsächlich im Massenmaßstab... Die musterhaften Kommunen müssen für die zurückgebliebenen Kommunen Erzieher, Lehrer und Helfer sein“, sie müssen ferner „sofort belohnt werden (durch Verkürzung des Arbeitstags für eine bestimmte Periode, durch Erhöhung des Lohns, durch Gewährung einer größeren Zahl von kulturellen oder ästhetischen Leistungen und Werten usw.)“⁷⁵.

Im Sozialismus entsteht überhaupt erst ein Interesse der Arbeiter an erhöhten Leistungen, an der Organisation des Wettbewerbs, erst hier ist die Konkurrenz zwischen ihnen abgeschafft, denn der Arbeitsplatz ist gesichert, überdurchschnittliche Leistungen senken nicht mehr das Lohnniveau insgesamt und stärken nicht mehr die feindliche Kapitalmacht, sondern nützen der Arbeiterklasse: „Die Kraft des Beispiels, die in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zur Geltung kommen konnte, wird gewaltige Bedeutung erlangen in einer Gesellschaft, die das Privateigentum... an den Fabriken abgeschafft hat — nicht nur deshalb, weil man hier dem guten Beispiel

72 Neumann, a.a.O., S. 114.

73 Lenin, Werke, Bd. 27, a.a.O., S. 196.

74 Marx, Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 579.

75 Lenin, a.a.O., Bd. 27, S. 250 ff.

nacheifern wird, sondern auch deshalb, weil das beste Beispiel der Organisation der Produktion begleitet sein wird von einer unvermeidlichen Erleichterung der Arbeit und von einer Steigerung der Verbrauchsmenge für diejenigen, die diese bessere Organisation durchführen⁷⁶.“ Während die kapitalistische Konkurrenz zur massenhaften Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums führt, mehrt der sozialistische Wettbewerb diesen Reichtum, während der kapitalistische Konkurrenzkampf ein Kampf aller gegen alle ist, sind herausragende Leistungen im sozialistischen Wettbewerb nur durch solidarische Beziehungen der Hilfe und gegenseitigen Unterstützung innerhalb der Kollektive möglich, werden hier die Wettbewerbsaufgaben freiwillig übernommen, der Beitrag jedes einzelnen diskutiert, Spitzenleistungen des einen Kollektivs schaden keineswegs den anderen, sondern nützen ihnen durch die gewonnene Erfahrung, durch die Stärkung des volkseigenen Sektors und über die tendenzielle Erhöhung des gesellschaftlichen Konsums. Der Tatsache, daß die Leistungen kollektiv erbracht werden, wird zunehmend auch durch eine entsprechende Entlohnungsform Rechnung getragen. Es „werden in zunehmendem Maße individuelle Formen der Entlohnung mit Formen kollektiver materieller Interessiertheit verbunden oder ausschließlich kollektive Entlohnungsformen angewendet⁷⁷“. Der Unterschied zwischen Wettbewerb und Konkurrenz ist also kein terminologischer, sondern bezeichnet die unterschiedlichen Beziehungen der Arbeiter untereinander in der sozialistischen und der kapitalistischen Produktionsweise.

Ein weiterer Angriffspunkt Neumanns im Zusammenhang mit den Entlohnungsformen in der DDR gilt dem Prinzip der materiellen Anreize. Es geht dieser Kritik an Neumann nicht darum, die Problematik der materiellen Anreize zu leugnen. Selbstverständlich muß darauf geachtet werden, daß die Schaffung der objektiven Voraussetzungen und materiellen Grundlagen der kommunistischen Gesellschaft nicht in Widerspruch gerät zur Schaffung ihrer subjektiven Voraussetzungen⁷⁸. Die richtige Verbindung materieller und ideeller Anreize ist ein zentrales Problem der sozialistischen Gesellschaft als

⁷⁶ Ebd., S. 195.

⁷⁷ Politische Ökonomie des Sozialismus . . . , a.a.O., S. 814.

⁷⁸ Daß dieses Problem in der DDR sehr wohl gesehen wird und daß hier eine der Neumannschen Behauptung diametral entgegengesetzte Tendenz wirkt (und dies sicherlich nicht naturwüchsig), läßt sich mit einem Zitat aus dem Buch von Ruth Walter belegen: „Die materielle Anerkennung ist nicht der einzige Impuls. Immer mehr gewinnen auch solche Motive wie die der Anerkennungen der Leistungen im Kollektiv und in der Gesellschaft und das Streben nach einer interessanten und verantwortungsbewußten Arbeit an Bedeutung . . . Soziologische Untersuchungen beweisen . . . , daß von den Faktoren, die auf die Arbeitszufriedenheit der Werktätigen einwirken, nicht die Höhe des Lohns, nicht einmal die als gerecht empfundene Höhe des Lohns an erster Stelle steht. Zu den wichtigsten Faktoren zählen immer mehr die Arbeitsorganisation, das Verhältnis zu den Leitern und die Beziehungen im Arbeitskollektiv“, Walter, a.a.O., S. 127 f.

überleitender Phase zu entwickelteren Formen des Kommunismus. Diese Problemebene vermag Neumann jedoch nicht zu erreichen. Die Existenz ideeller Anreize im „Ökonomischen System des Sozialismus“ in der DDR erwähnt er nicht einmal⁷⁹.

Dem Entlohnungssystem der DDR hält Neumann als Vorbild das System der Selbsteinschätzung in der chinesischen Landwirtschaft entgegen. Dieses System mag — einmal abgesehen von seiner Auffassung durch Neumann — bei der Lösung der Entlohnungsprobleme in den chinesischen Volkskommunen einen wirklichen ökonomischen und vor allem politischen Fortschritt bedeuten haben, dort ist seine Anwendung möglich, weil der Produktionsbereich überschaubar, die Arbeitsteilung noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß nicht jeder aufgrund eigener Erfahrungen die Schwierigkeit der einzelnen Tätigkeiten in ihrem Verhältnis zueinander bestimmen und sie so werten könnte. Diese Bedingungen sind aber bei dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und bei dem Grad der Vergesellschaftung, den die Arbeit in der DDR erreicht hat, nicht mehr gegeben, dieses Entlohnungssystem ist also hier nicht anwendbar; selbst jahrzehntelange Erfahrung kann nicht annähernd die Genauigkeit der analytischen Methode der Arbeitsklassifizierung erreichen, mit deren Hilfe die einzelnen konkreten Arbeitsvollzüge auf ihre Zusammensetzung untersucht und „durch eine begründete und einheitliche Kombination der Wertung aller Anforderungen . . . ein differenzierteres und genaueres Bild der Kompliziertheit der Arbeit erreicht“^{79a} und danach die Eingruppierung vorgenommen wird. Neumann macht denn auch keine Angaben darüber, wie er sich selbst in modifizierter Form eine Anwendung des chinesischen Systems der Selbsteinschätzung im Wirtschaftssystem der DDR denkt, wir erfahren von ihm auch nichts über das Entlohnungssystem in den technisch relativ fortgeschrittenen chinesischen Betrieben. Prinzipiell jedoch gilt, daß auch das System der Selbsteinschätzung eine Form der Entlohnung nach Leistung ist, daß die materielle Interessiertheit in Verbindung mit ideellen und moralischen Anreizen angesprochen wird. Wäre hier keine materielle Interessiertheit wirksam, so wäre auch das ganze System der Selbsteinschätzung überflüssig. In der DDR ist gemäß dem gegenüber den Volkskommunen weit fortgeschrittenen Stand der Produktivkräfte auch die Rolle der Werk tätigen bei der Lohnfestsetzung eine fortgeschrittenere. Über die Einflußmöglichkeiten der Arbeiter in der

79 Vgl. z. B. J. Schmollak u. E. Thiel, Wirkung und Entfaltung moralischer Triebkräfte im sozialistischen Wettbewerb, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 19 (1971) S. 531—543. „Unter den Bedingungen einer immer engeren und wirksameren Verbindung seiner (des Wettbewerbs, K. H. G./ J. H.) beiden Funktionen, Effektivität und Erfolg der sozialistischen Wirtschaftstätigkeit zu sichern und die Entwicklung sozialistischer Kollektive und Persönlichkeiten voranzubringen, kommen moralische Triebkräfte im sozialistischen Wettbewerb immer stärker zu Entfaltung und Wirksamkeit.“ S. 531. Vgl. auch die Zahlen und Beispiele ebd.

79a Stichwort „Arbeitsklassifizierung“, in: Wörterbuch der Ökonomie, Sozialismus. Berlin 1969, S. 60.

DDR auf das Lohnsystem informiert Neumann nicht, er informiert nicht über die Rolle der Betriebsgewerkschaftsleitungen (§ 10/11 GBA) und die Rolle des FDGB auf gesellschaftlicher Ebene bei der Festsetzung der Fonds, der Normen, der Bestimmung des Arbeitsablaufs usw., er informiert auch nicht darüber, daß in der DDR auf eine möglichst breite Beteiligung der Werktätigen an der Arbeitsnormierung orientiert wird. So wird z. B. im Handbuch des FDGB für die Vertrauensleute festgestellt: „Ihre (der Belegschaften, K.H.G./J.H.) Mitwirkung am wissenschaftlichen Arbeitsstudium, an der modernen, zweckmäßigen Arbeitsgestaltung und Arbeitsnormung ist eine Grundvoraussetzung, um alle Reserven für die Eigenerschaffung der Mittel zur erweiterten Reproduktion des Betriebes zu erschließen⁸⁰.“ Neumann informiert auch nicht über die Rolle der Werktätigen bei der Einführung neuer Lohnformen: „Der Betriebsleiter ist insbesondere verpflichtet, die Entwürfe für neu einzuführende bzw. veränderte Lohnformen mit den Werktätigen, für die sie zur Anwendung kommen sollen, zu diskutieren und entsprechende Vorschläge, Hinweise und Kritiken zu berücksichtigen bzw. — soweit das aus zwingenden Gründen nicht möglich ist — zu beantworten⁸¹.“

Die an diesem Beispiel deutlich werdende Rolle der sozialistischen Betriebsleiter zeigt bereits, daß auch der zweite von Neumann angeführte Aspekt des „neuen Systems der Arbeitsleitung in den chinesischen Volkskommunen“ nicht gegen die DDR gewendet werden kann. Dieses System habe neben der „Reform unvernünftiger und veralteter Regeln und Vorschriften“ und der „Verkleinerung des Verwaltungsapparates“ die Aufgabe, den „Kampf gegen die Einmannleitung der Betriebe“ zu führen, die „Teilnahme der Kader an der produktiven Arbeit und der Arbeiter an der Betriebsleitung“⁸² zu sichern und die „Versetzung der technischen Intelligenz durch die enge Zusammenarbeit von Kadern, Arbeitern und Technikern“⁸³ zu verhindern. Dieser Kampf gegen veraltete Vorschriften, für Verkleinerung des Verwaltungsapparats und vor allem gegen die Versetzung der technischen Intelligenz ist notwendig, die von Neumann als vorbildlich gepriesenen Formen dieses Kampfes sind jedoch unter den konkreten Bedingungen der chinesischen Gesellschaft entstanden und nicht auf entwickelte sozialistische Gesellschaften übertragbar. Er gesteht das zwar zu, unterläßt es aber wiederum, zu untersuchen, wie sich diese Probleme in der DDR stellen und welche Lösungswege dort versucht werden.

Bevor auf die Mittel, die in der DDR angewendet werden, um die Versetzung der technischen Intelligenz zu verhindern, eingegangen wird, jedoch noch einiges zum Prinzip der „Einmannleitung“: Die Einzelleitung der Betriebe greift Neumann als ein zu bekämp-

80 Handbuch für den Vertrauensmann, hrsg. vom Bundesvorstand des FDBG, Berlin 1970, S. 60.

81 Arbeitsrecht in der DDR, a.a.O., S. 250.

82 Neumann, a.a.O., S. 119, dort zit. n.: Peking Rundschau, 14/1970.

83 Ebd.

fendes Prinzip an, sie scheint die von ihm wiederholt behauptete Verselbständigung der Interessen der proletarischen Intelligenz zu fördern. Tatsächlich ist jedoch die Rolle der Betriebsleiter in der DDR so bestimmt, daß eine Verselbständigung ihrer Interessen gegenüber denen der Werktätigen unmöglich ist, denn der Betriebsleiter ist in seinen ökonomischen Entscheidungen nicht frei, sondern ist verantwortlich dafür, daß die Betriebe auf der Grundlage des Plans unter Beteiligung der Werktätigen „die effektivsten Varianten der vorgegebenen strukturpolitischen Grundlinien ... (ausarbeiten) und mit hohem Effekt ... verwirklichen“⁸⁴, er ist den Werktätigen der Betriebe bzw. ihren Delegierten in Kombinat und Großbetrieben sowie den übergeordneten Leitern voll rechenschaftspflichtig⁸⁵, schließlich werden die Leiter bewußt auch unter politischen Gesichtspunkten ausgewählt, denn „der Nur-Fachmann wird die Vorzüge des Sozialismus nicht voll nutzen“⁸⁶.

Ein Beispiel für die Stellung der Betriebsleiter in der DDR, das ihre völlig veränderte Rolle gegenüber dem kapitalistischen Management zeigt, findet sich in „Neues Deutschland“ vom 20. 7. 1971⁸⁷. Dort wird von einer Schiffswerft berichtet, deren Direktor die Arbeiter materiell dafür haftbar machen wollte, daß in der Werft die Arbeit schlecht organisiert ist. In der Juli-Mitgliederversammlung der Werft wandten sich die Werktätigen „gegen den Versuch, die Beschlüsse des Parteitags auf dem Wege der Administration statt auf dem der Überzeugung, ohne die schöpferische Mitwirkung der Arbeiter, ja, sogar gegen sie verwirklichen zu wollen“. Mit Hilfe der Kreisleitung Neustrelitz der SED haben die Arbeiter ihren Standpunkt durchgesetzt. Der Berichterstatter des „Neuen Deutschland“, dem Parteiorgan der SED, resümiert: „Wer, wie einige der kritisierten Genossen in Rechlin, die wirtschaftlichen Aufgaben zum Selbstzweck erhebt und das Ziel aus den Augen verliert, ist ... auf dem falschen Wege. Die Tätigkeit auf allen Fachgebieten wird nur dann und dort zu wirklich sozialistischen Ergebnissen führen, wo sie zutiefst vom Ziel des Sozialismus durchdrungen ist. Das setzt eine klare weltanschauliche Position, das feste Fundament des Marxismus-Leninismus in der Einheit aller seiner Bestandteile voraus. Ökonomisches

84 Nick, a.a.O., S. 205, vgl. zum Prinzip der Einzelleitung die ausführlichen Darlegungen bei Deppe, Frank, Probleme der betrieblichen Organisation der Produktion in BRD und DDR. In: Jung (u. a.), BRD—DDR, a.a.O., S. 122 ff.

85 Vgl. Beschluß vom 23. 4. 1969 über die Durchführung von Rechenschaftslegungen im Bereich der volkseigenen Wirtschaft, der örtlichen Räte und vor dem Ministerrat. In: GBl. II, S. 273.

86 P. Liehmann, Der sozialistische Leiter und die Initiative der Werktätigen. Wesen und Erfordernisse der sozialistischen Menschenführung im Betrieb. Berlin 1970, S. 71.

87 Die parteitagsgemäße Ablehnung von Rechlin. Wie die Mitgliederversammlung der Schiffswerft klarstellte: Parteitagbeschlüsse lassen sich nur mit der Kraft der Arbeiter und den Mitteln der Überzeugung verwirklichen. Von Hein Müller. In: Neues Deutschland vom 20. 7. 1971.

Denken allein ist auch in einem volkseigenen Betrieb noch lange kein voll entwickeltes sozialistisches Bewußtsein⁸⁸.“

In diesem Beispiel deutet sich schon an, daß in der DDR das Problem der Verselbständigung der technischen Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse gesehen wird und daß die SED bemüht ist, solchen Tendenz mit politischen Mitteln entgegenzuwirken. Diesem Zweck dienen sowohl betriebliche und überbetriebliche Organe der Gewerkschaften wie die „Ständigen Produktionsberatungen“ und die „Arbeiterkontrolle“, einzelne staatliche und gesellschaftliche Organe wie die „Arbeiter- und Bauern-Inspektionen“, denen Mitglieder aus allen Schichten der Bevölkerung angehören, als auch Massenkampagnen wie die „Wettbewerbsbewegung“ und die „sozialistische Gemeinschaftsarbeit“ insgesamt, an deren beiden wichtigsten Formen sich 1968 fast 50 % aller in der sozialistischen Industrie beschäftigten Produktionsarbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz beteiligten⁸⁹. Das angestrebte politische Ziel kann beim Stand der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der DDR nicht mehr durch den zeitweiligen personellen Austausch zwischen den verschiedenen arbeitsteiligen Bereichen (durch die „Teilnahme der Kader an der produktiven Arbeit“) erreicht werden. Hierfür müssen vielmehr bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung und sogar Vertiefung der Spezialisierung neuartige Möglichkeiten der gesellschaftlichen Kooperation gefunden werden, die zur verstärkten gegenseitigen Durchdringung der arbeitsteiligen Prozesse, zur bewußten Erkenntnis ihres Ablaufs bei allen Beteiligten führen und für diese die Möglichkeit der Weiterqualifikation offenhalten und sogar stimulieren. Dieses Problem wird in der DDR durch die Gemeinschaftsarbeit angegangen, deren Funktion es ist, die arbeitsteiligen betrieblichen wie überbetrieblichen Teilbereiche zusammenzuführen und die beteiligten Werk tätigen bei der Planung und Realisierung der gemeinsamen Projekte in Arbeitskollektiven zu vereinigen⁹⁰. Außerdem kommt der „sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“ die Funktion zu, die subjektiven Voraussetzungen und Fähigkeiten zu entwickeln, die notwendige Bedingung der Beherrschung der Produktion sind. Sie wird in der DDR begriffen als „die den sozialistischen Produktionsverhältnissen entsprechende Art und Form der Arbeit und bedeutende soziale Kraft der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution⁹¹“. Sie ist Folge und Bestandteil der modernen Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, für die sie somit mehr und mehr zu einem entscheiden-

88 Ebd.

89 Vgl. Rudi Weidig, *Sozialistische Gemeinschaftsarbeit. Eine soziologische Studie zur Entwicklung von Gemeinschaftsarbeit, Arbeitskollektiv und Persönlichkeit in sozialistischen Industriebetrieben*. Berlin 1969, S. 31.

90 Vgl. Weidig, a.a.O., S. 69 ff.

91 Ebd., S. 21.

den Strukturmerkmal wird⁹². Außerdem erwächst zwar die Gemeinschaftsarbeit „vor allem aus den materiellen Bedingungen der Produktion“, ihre soziale Wirkung jedoch „reicht . . . weit über die Produktionstätigkeit hinaus. Sie wird immer mehr zu einem charakteristischen Merkmal des sozialistischen Arbeitens, Lernens und Lebens in allen Bereichen des sozialistischen Gesellschaftssystems“⁹³.

92 Ebd., S. 20 ff.

Folgendes verdient hervorgehoben zu werden: „Die Gemeinschaftsarbeit verbindet nicht nur die Werktätigen der verschiedenen Bereiche, Klassen und Schichten, vielmehr befähigt sie erst die verschiedenen Produzenten, die Wissenschaft zu einem unmittelbaren Faktor der Produktion werden zu lassen. Das geschieht sowohl durch die mit ihr verbundene wechselseitige Durchdringung und Bereicherung von Produktionserfahrung und Wissenschaft, durch die wechselseitige Ergänzung der in Gemeinschaft vereinigten verschiedenen Spezialisten und des damit sich vollziehenden enormen Wachstums des Bildungsniveaus und des schöpferischen Vermögens der einzelnen als auch durch die wechselseitige Orientierung und Koordinierung der Tätigkeiten, z. B. zwischen Forschung und Produktion . . . Isoliert voneinander wird weder die Forschung noch die unmittelbare Produktion den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution gerecht und kann sich die Wissenschaft nicht oder nur sehr beschränkt . . . zu einem unmittelbaren Faktor der Produktion entwickeln. Zielgerichtete Gemeinschaftsarbeit ist dazu dringend erforderlich. Durch die mit ihr ermöglichte wechselseitige Bereicherung und enorme Steigerung der materiellen und geistigen Produktion sowie der damit verbundenen Annäherung von körperlicher und geistiger Arbeit wird sie zu einem wichtigen Wachstumsfaktor der sozialistischen Gesellschaft . . . Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel ist keineswegs damit abgeschlossen, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen die Produktionsmittel in Besitz (juristisch) nimmt oder sich die Resultate der Produktion (Produkte) aneignet. Sie ist — nachdem die Arbeiterklasse die Produktionsmittel den imperialistischen Machthabern entrisen und juristisch mit ihren Bündnispartnern im Besitz hat — ein ständiger sozialer Prozeß des Beherrschenslernens und der optimalen Gestaltung des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses. Dieser fortwährende soziale und ideologische Aneignungsprozeß beinhaltet vor allem rationelle Nutzung und Mehrung des Eigentums sowie die Herausbildung des Eigentümerverhaltens, Eigentümerbewußtseins der Werktätigen, ‚das bewußte Verhalten . . . zu den Produktionsbedingungen als den seinen‘, als ‚arbeitenden Eigentümers‘ (Marx). Sozialistisches Eigentum verlangt folglich auch die Herausbildung solcher Fähigkeiten der Werktätigen, daß sie imstande sind, nicht nur die technischen und technologischen Detailprozesse des unmittelbaren Arbeitsbereiches, sondern den ökonomischen und gesellschaftlichen Gesamtprozeß sachkundig zu gestalten und zu beherrschen . . . Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und der Wettbewerb sind die bewährtesten und wirksamsten Formen der gesellschaftlichen Arbeit im Sozialismus, weil die mit ihnen verbundenen Prozesse wie kollektive Vereinigung, gegenseitige Hilfe, gemeinsames Wettstreifen usw. die einzelnen und die Kollektive als gesellschaftliche Eigentümer anregen und befähigen, das kollektive Eigentum an den Produktionsmitteln den gesellschaftlichen Interessen gemäß zu erweitern und rationell zu nutzen.“ Ebd., S. 24 ff.

93 Ebd., S. 27.

Die Art der Verbindung zwischen der Ebene des zentralen Plans und der Ebene der Betriebe bildet eines der wichtigsten Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus. Insbesondere das damit eng zusammenhängende Problem der Warenproduktion im Sozialismus kann keineswegs als geklärt gelten, es existiert bislang keine Theorie der sozialistischen Warenproduktion, die auf der Ebene des Marx'schen „Kapitals“ alle ihre Ursachen ableiten, analysieren und in ihrem Verhältnis zueinander bestimmen würde⁹⁴. Trotzdem ist aber methodisch eines klar: Obwohl die Wertform der Ware im Keim alle Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft enthält, kann von der Existenz der Warenproduktion her der Charakter einer Produktionsweise nicht hinreichend bestimmt werden. „Warenproduktion und Warenzirkulation sind aber Phänomene, die den verschiedensten Produktionsweisen angehören, wenn auch in verschiedenem Umfang und in verschiedener Tragweite. Man weiß also noch nichts von der *differentia specifica* dieser Produktionsweisen und kann sie daher nicht beurteilen, wenn man nur die ihnen gemeinschaftlichen, abstrakten Kategorien der Warenzirkulation kennt⁹⁵.“ Die Warenform enthält im Keim bestimmte Widersprüche, bestimmte Möglichkeiten, jedoch: „Die Entwicklung dieser Möglichkeit zur Wirklichkeit erfordert einen ganzen Umkreis von Verhältnissen . . .⁹⁶.“ Nach diesen Verhältnissen ist also zu fragen, sie sind zu analysieren, wenn man die Rolle der Warenproduktion innerhalb einer bestimmten Produktionsweise untersuchen will. Eine solche Position bezeichnet Neumann als „erzrevisionistisch“. Er bezeichnet Walter Ulbricht als „Erzrevisionisten“⁹⁷, weil Ulbricht — ebenso wie Marx — der Meinung ist, daß Kategorien wie die der Ware „qualitativ durch das Wesen des gesamten Systems . . . bestimmt werden⁹⁸“.

Auf den wichtigsten Unterschied zwischen der kapitalistischen Warenproduktion und der Warenproduktion im Sozialismus wurde bereits eingegangen: „Was also die kapitalistische Epoche charakterisiert, ist, daß die Arbeitskraft für den Arbeiter selbst die Form einer ihm gehörigen Ware, seine Arbeit daher die Form der Lohnarbeit erhält⁹⁹.“ Diese Warenform der Arbeitskraft ist Voraussetzung der kapitalistischen Ausbeutung. Im Sozialismus ist die Arbeitskraft keine Ware mehr, die Ausbeutung also abgeschafft — eine nicht unerhebliche *differentia specifica* der Warenproduktion im Sozialismus.

94 Genau das ist auch der Sinn des Diskussionsbeitrags von Karl Bichtler, aus dem Neumann S. 121 zitiert. Natürlich hat es vor der Einführung des NÖSPL, schon seit 1957 intensive theoretische Diskussionen über eine Reform des Leitungssystems gegeben. Das Zitat findet sich in: Kritik der Politischen Ökonomie heute. 100 Jahre Kapital. Frankfurt 1968, S. 347.

95 Marx, Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 128.

96 a.a.O.

97 Neumann, a.a.O., S. 123.

98 W. Ulbricht, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin 1968, S. 33.

99 Marx, Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 184.

Eine andere *differentia specifica* der Warenproduktion im Sozialismus besteht darin, daß im Sozialismus, jedenfalls in den sozialistischen Produktionsverhältnissen der DDR, der antagonistische Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, mithin auch die Verselbständigung des Wertes zum alleinigen Zweck der Produktion, nicht mehr existiert. Das bestreitet Philipp Neumann. Der antagonistische Widerspruch sei nur „formal, technisch“ überwunden, so daß Stauungen und Krisen vermieden würden, letztlich handle es sich jedoch bei der Planung in der DDR um bürgerliche Planung¹⁰⁰. Diesen Vorwurf versucht er anhand der Stellung der Betriebe im ökonomischen System des Sozialismus (ÖSS) zu verifizieren. Die Selbständigkeit der Betriebe sei im ÖSS auf Kosten des zentralen Plans erhöht worden¹⁰¹; sie bestimmten, was produziert wird¹⁰², die Betriebsleiter würden zu „Charaktermasken des gesellschaftlichen Kapitals“¹⁰³, die mit „skrupellosen Methoden“¹⁰⁴ einen möglichst großen Nettogewinn zu erzielen suchten. Diese skrupellosen Methoden seien im einzelnen: Preissteigerungen und Nicht-Weitergabe von Kostenersparnissen durch Preissenkungen, Verschlechterung der Qualität bei Beibehaltung des gleichen Preises, Senkung der Löhne und Einführung schärferer Arbeitsmethoden¹⁰⁵.

Bereits die immanente Widersprüchlichkeit dieser Aussagen hätte Neumann, ein Minimum an Kenntnissen der Politischen Ökonomie vorausgesetzt, auffallen müssen, denn „die reibungslose Durchführung der Reproduktionsprozesse, das Vermeiden von Stauungen und Krisen“ setzt voraus, daß nicht in den Betrieben darüber entschieden wird, welche Gebrauchswerte hergestellt werden. Bestimmen die Betriebe darüber, kann der Reproduktionsprozeß nicht mehr reibungslos verlaufen, entstehen Verhältnisse wie in der kapitalistischen Produktionsweise, in der „die Proportionalität der einzelnen Produktionszweige sich als ein beständiger Prozeß aus der Disproportionalität darstellt, indem hier der Zusammenhang der gesamten Produktion als blindes Gesetz den Produktionsagenten sich aufzwingt, nicht als von ihrem assoziierten Verstand begriffenes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozeß ihrer gemeinsamen Kontrolle unterworfen hat“¹⁰⁶. Diese Verhältnisse haben aber notwendig Krisen und Stauungen zur Folge, sind ohne diese nicht denkbar. Die Vorgabe des Nettogewinns als einzige Kennziffer, die Gleichgültigkeit des Plans gegenüber dem Gebrauchswert würde die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft unmöglich machen, würde zur Verselbständigung des Werts zum Motiv und Zweck der Produktion führen. Deshalb findet sich in der DDR-Literatur die ständige Betonung der Einheit von wert- und ge-

100 Neumann, a.a.O., S. 124.

101 a.a.O., S. 119.

102 a.a.O., S. 130.

103 a.a.O., S. 125.

104 a.a.O., S. 127.

105 a.a.O., S. 124 f.

106 Marx, Das Kapital, Bd. III, a.a.O., Bd. 25, S. 267.

brauchswertmäßiger Planung, deshalb die Betonung der Tatsache, daß die sozialistische Produktionsweise die Bedürfnisbefriedigung zum Ziel hat, deshalb auch die Polemik gegen Positionen, die eine ausschließlich monetäre „Regelung“ der sozialistischen Wirtschaft fordern¹⁰⁷.

Wenn schon nicht durch die Analyse der ökonomischen Ursache von Krisen, also in diesem Falle durch die Analyse der Ursachen ihrer Abwesenheit, so hätte Neumann sich doch durch einen Blick auf die Funktionsweise der kapitalistischen Produktion davon überzeugen können, daß bürgerliche Planung, die dauerhaft Störungen des Reproduktionsprozesses, Stauungen und Krisen vermeidet, nicht möglich, eine *contradictio in adjecto* ist.

Kommen wir zu den skrupellosen Mitteln der Betriebsleiter, der „Charaktermasken des gesellschaftlichen Kapitals“, zur Erhöhung des Nettogewinns. Neumann suggeriert, die Betriebe könnten die Preise der Erzeugnisse beliebig heraufsetzen und brauchten Kostenersparnisse nicht durch Preissenkungen weiterzugeben. Eine solche Unterstellung ist schlichtweg falsch, verkennt völlig die Funktion des Preises im ökonomischen System des Sozialismus als ökonomischer Hebel und als Instrument zur Verteilung des Nationaleinkommens¹⁰⁸. Walter Lindner, der ebenfalls vom Standpunkt der „linken“ Kritik den Aufbau des Sozialismus in der DDR untersucht, kommt nach einer Analyse des Preissystems der DDR zu dem Ergebnis: „Trotz der im NÖSPL vorgenommenen Dezentralisierung bleiben in der DDR zwei entscheidende Kommandohöhen der Volkswirtschaft stets unter straffer zentralistischer Leitung: das Preissystem und der Außenhandel. Es gibt keine Anzeichen, daß sich daran in absehbarer Zeit etwas ändern würde¹⁰⁹.“ Die dominierende Rolle der zentralen Planungsinstanzen bei der Preisgestaltung wird natürlich auch in der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ betont: „So legen der Ministerrat und seine Organe die Grundsätze und Methoden der Preisgestaltung sowie die planmäßige Entwicklung fest und bestätigen das Preisniveau für strukturbestimmende Erzeugnisgruppen sowie die Einzelpreise für Erzeugnisse von besonderer politischer und ökonomischer Bedeutung. Damit bestimmt der sozialistische Staat zentral die Grundlinie der Preispolitik und erläßt die grundlegenden Bestimmungen auf dem Gebiet der Preise und zum System der staatlichen und gesellschaftlichen Preiskontrolle¹¹⁰.“ Die zentralen staatlichen Bestimmungen nehmen auch bewußte Abweichungen der Preise vom Wert in Kauf, etwa bei verbilligten Schulbüchern oder

107 Vgl. z. B. die Polemik bei Nick (a.a.O., S. 199) gegen Gunther Kohlmeier: Planen als Regeln und Steuern, in: Probleme der Politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften Bd. II/1 68, Berlin 1968, S. 89—123, bes. S. 117 ff.

108 vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus . . . , a.a.O., S. 389 f.

109 Walter Lindner, Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration? Zur Analyse der Wirtschaftsformen in der DDR und der CSSR. Erlangen 1971 (Politladendruck II), S. 42.

110 Politische Ökonomie des Sozialismus . . . , a.a.O., S. 798.

durch „Exquisitpreise für hochmodische Verbrauchsgüter“¹¹¹. Sicher werden in der DDR nicht alle Preise für alle Ebenen und alle Wirtschaftssektoren zwingend verordnet, sondern die meisten Betriebe haben einen gewissen Spielraum bei der Preisgestaltung. Darauf zu achten, daß selbst innerhalb dieses sehr eingeschränkten Spielraums keine willkürlichen Preiserhöhungen — direkte oder indirekte durch Nicht-Weitergabe von Kostenersparnissen bzw. durch Qualitätsminderungen — vorgenommen werden können, ist die Aufgabe der zentralen und örtlichen Preiskontrollorgane, deren Existenz Neumann unterschlägt¹¹². Dieses Verfahren ist überhaupt charakteristisch für seine gesamte Kritik. Er versucht nicht, das ökonomische System der DDR realistisch darzustellen, um in dieser Darstellung vorhandene Schwächen offenzulegen und zu kritisieren, sondern er verfälscht, konstruiert sich einen „strolumpnen Vogel-scheu“¹¹³, um diesen dann zu bekämpfen. Nicht die Kritik ist Neumanns Geschäft, sondern die Diffamierung. Falsch ist auch die Behauptung, die Betriebsleiter könnten den Nettogewinn der von ihnen geleiteten Betriebe erhöhen durch Senkung der Löhne, Einführung schärferer Arbeitsmethoden und genauerer Arbeitsplatzbewertungen. Ebenso wie die Grundsätze der Preisentwicklung werden auch die Grundsätze der Lohnentwicklung von den zentralen politischen Instanzen bestimmt, damit das notwendige Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion ständig unter der Kontrolle des „assozierten Verstandes“ der gesellschaftlichen Individuen bleibt. Die Löhne sind tariflich festgesetzt, können vom Betrieb also nicht verändert werden. Selbst die Arbeitseinkommen insgesamt können durch die Einführung schärferer Arbeitsmethoden seitens der Betriebsleiter nicht gesenkt werden, denn die Änderungen der Lohnformen und der Arbeitsnormierung bedürfen der Zustimmung der Gewerkschaften und müssen in Betriebsversammlungen begründet werden¹¹⁴.

Neumanns Kritik verfehlt aber nicht nur die Funktion der Lohn- und Preisgestaltung im Verhältnis von gesamtgesellschaftlicher, also Planebene und der Ebene des einzelnen Betriebs, sondern er verfehlt mit seiner Kritik dieses Verhältnis, das das Kernstück des ÖSS bildet, insgesamt. Das erstaunt nicht bei einem Aufsatz, der davon spricht, daß auf dem VII. Parteitag der SED das NÖSPL in ÖSS „umbenannt“ und fortan als „entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus mit seinem Kernstück, dem ökonomischen System

111 a.a.O., S. 392.

112 Zu den Aufgaben der Preiskontrolle vgl. a.a.O., S. 392 f.

113 vgl. die Besprechung von Philipp Neumanns Kritik in: Sozialistische Politik, Nr. 11, S. 100—111, durch Volker Gransow unter dem Titel „Konkrete Analyse, präzise Begriffe oder gewöhnlicher Antikommunismus“, insbes. das treffende Motto. Gransow verweist auf Fehler in Neumanns Kritik, auf die hier teilweise nicht näher eingegangen werden konnte.

114 vgl. Anmerkung 84.

des Sozialismus“¹¹⁵ bezeichnet worden sei, ohne auch nur mit einer Zeile die materiellen Veränderungen zu erwähnen, die diese „Umbenennung“ ausdrückt. Hier sollen Neumanns Mißverständnisse des Verhältnisses von Plan und Betrieb im ÖSS noch einmal genauer untersucht werden, weil diese Mißverständnisse in seiner Kritik einen wichtigen Stellenwert haben und letztlich einem Fehler geschuldet sind: der falschen Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie. Deutlich werden diese Mißverständnisse an Neumanns Interpretation der in der DDR-Literatur gebräuchlichen Begriffe „administrative“ und „ökonomische“ Leitung. Als administrativ wird dort das Planungssystem bis zum VI. Parteitag bezeichnet, das auf spezifische gesellschaftliche Verhältnisse abgestimmt war (z. B. auf die Notwendigkeit des vorrangigen Aufbaus einer Grundstoffindustrie), die eine zentrale Umverteilung des Bruttogewinns und die Vorgabe detaillierter Volumenkezziffern notwendig machte. Dieses System, das zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der DDR historisch notwendig war, wurde zunehmend zur Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte, als das weitere wirtschaftliche Wachstum vorrangig von der Rationalisierung, von der besseren Nutzung vorhandener Anlagen, von der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution abhing. Es wurde deshalb durch ein „ökonomisches“ Planungs- und Leitungssystem, das dadurch gekennzeichnet ist, daß die Betriebe auf der Grundlage der zentralen staatlichen Planung die wert- und gebrauchswertmäßig vorgegebenen Planungsaufgaben eigenverantwortlich zu optimieren und die Mittel für die erweiterte Reproduktion selbst zu erwirtschaften haben. Neumann hingegen interpretiert die Verwendung der Begriffe „administrativ“ und „ökonomisch“ in der DDR-Literatur so: „Als administrativ wird die Bestimmung der Ziele und Methoden der Tätigkeit der Betriebe nach politischen Kriterien bezeichnet. Ökonomisch werden die Betriebe dann geplant und geleitet, wenn sie bei einer größeren Selbständigkeit von der übergeordneten Planungsinstanzen durch ökonomische Hebel zur Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns orientiert werden. Dieses Begriffspaar spiegelt die falsche Alternative wieder, vor die die DDR-Führer sich gestellt sehen: entweder zentrale Planung und Beschränkung der Autonomie der Unternehmen sowie Bestimmung der Tätigkeit der Betriebe anhand von politischen Kriterien — oder Erhöhung der Selbständigkeit der Unternehmen . . .“¹¹⁶ Kein Wunder, daß Neumann für diese Interpretation keine Belegstelle angibt, denn sie existiert nicht in der von ihm kritisierten DDR-Literatur, es ist seine Interpretation,

115 Neumann, a.a.O., S. 105. Vgl. dazu Lindner, a.a.O., S. 79: „Das ÖSS zielt ganz deutlich darauf ab, diejenigen Elemente einzudämmen und zu beseitigen, die die zentralistische Kontrolle untergraben würden. Durch die strukturkonkrete und Objektplanung sucht man die Schlüsselpositionen der volkswirtschaftlichen Entwicklung im Griff zu behalten — sicher in stärkerem Maße, als dies 1963—1968 der Fall war.“

116 Neumann, a.a.O., S. 119 f.

ebenso wie die Alternative, vor der angeblich die „DDR-Führer“ stehen, eine von ihm konstruierte ist. Nicht die Ziele haben sich mit dem ÖSS geändert, denn der Plan wird weiterhin aufgrund politischer Kriterien erstellt, auch die Orientierung auf den höchstmöglichen Gewinn — also einen im Rahmen der vorgegebenen Auflagen, die eine Verselbständigung der Gewinnerorientierung der Betriebe auf Kosten der gesellschaftlichen Rationalität unmöglich machen, höchstmöglichen Beitrag zum Nettoprodukt — ist nicht neu, vielmehr haben sich die Mittel zum Erreichen dieser Ziele gemäß den konkreten historischen Erfordernissen geändert. Schon der Ausdruck „ökonomische Hebel“ könnte Neumann diese Einsicht lehren, denn jeder Hebel ist nur ein Mittel, setzt ein Subjekt voraus, das ihn in einer bestimmten Absicht bedient. Der Unterschied zwischen administrativem und ökonomischem Leitungssystem kann nicht dadurch richtig bestimmt werden, daß man behauptet, in dem einen Fall sei die proletarische Partei, in dem anderen Fall das Wertgesetz „das innere Band, das die Betriebe mit der Gesellschaft verbindet“¹¹⁷. Hier soll, wie dies häufig bei Neumann der Fall ist, Metaphorik die fehlenden ökonomischen und politischen Funktionsbestimmungen kaschieren. Die proletarische Partei kann nicht ökonomisch die Betriebe mit der Gesellschaft verbinden, sie ist weder Kennziffer noch Verrechnungsgröße. Die Ziele und grundlegenden Methoden der Produktion wurden und werden jedoch in der DDR von der Arbeiterklasse und ihrer politischen Avantgarde bestimmt, die Mittel haben sich allerdings geändert, aber — wie am Beispiel der Möglichkeiten gezeigt wurde, die der Betrieb zur Erhöhung des Gewinns nicht hat — dergestalt, daß sie nicht in antagonistische Widersprüche zu den Zielen geraten können. Die Alternative: entweder Ausbau der zentralen staatlichen Planung nach politischen Gesichtspunkten oder Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe nach ökonomischen Kriterien erweist sich als Scheinalternative. Gerade durch die Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe und die kontrollierte Anwendung des Wertgesetzes wurde der Plan gestärkt, wurde die Erreichung der Planziele möglich. Neumanns Fehler besteht darin, anzunehmen, die Wahl ökonomischer Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele würde automatisch gegen diese Ziele zurückschlagen, sie pervertieren, letztlich zur Aufgabe der politischen Ziele und der Verselbständigung des Wertes zum Selbstzweck der Produktion führen. Zentrale Planung und relative Eigenständigkeit der Betriebe bei der Plandurchführung dürfen nicht einseitig quantitativ als gegenläufig, reziprok proportional aufgefaßt werden, denn im ÖSS wird nicht eine Seite auf Kosten der anderen eingeschränkt, sondern die eine durch die andere entwickelt, gestärkt und vervollkommenet¹¹⁸.

Neumanns „Beweise“ für den antagonistischen Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert im ÖSS, seine Unterstellung, der Betriebsgewinn könne entgegen der gesamtgesellschaftlichen Ra-

117 a.a.O., S. 111.

118 vgl. auch Nick, a.a.O., S. 64 und Lindner, a.a.O., S. 46.

tionalität erhöht werden, seine Charakterisierung des gesamten Verhältnisses von Betrieb und Gesellschaft im Wirtschaftssystem der DDR erwiesen sich als falsch. Die Warenproduktion hat im ökonomischen System der DDR tatsächlich einen grundlegend neuen Inhalt, der Wert hat seine Rolle als Motiv und Regulator der Produktion verloren, ist vom Ziel zum Mittel „der Ökonomisierung der Produktion von Gebrauchswerten, der Messung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwands und der Stimulierung der Verminderung dieses Aufwands“¹¹⁹ geworden. Die Betonung der neuen Funktion und des neuen Inhalts der Warenproduktion im Sozialismus bedeutet selbstverständlich nicht — hier verhält es sich ähnlich wie beim Problem der Bezahlung nach Arbeitsleistung —, daß die Orientierung auf ihre Abschaffung aufgegeben werden könnte. Eine kommunistische Gesellschaft ist als warenproduzierende nicht denkbar.

Kaum noch auf Begriffsunklarheit und Sprachverwirrung ist Neumanns Interpretation der neueren deutschen Geschichte, der Ursachen der deutschen Spaltung, zurückzuführen. Den heutigen Wirtschaftsbeziehungen der DDR und der übrigen RGW-Länder zum Weltmarkt (und untereinander) stellt Neumann den wirtschaftlichen Aufbau in der SBZ gegenüber, der auf die Erlangung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit vom Imperialismus ausgerichtet gewesen sei. Der „Aufbau einer eigenen Rohstoffbasis und Schwerindustrie“¹²⁰, der in der SBZ/DDR aufgrund der vorhandenen disproportionalen Wirtschaftsstruktur im Zuge der von den Westalliierten und der CDU/CSU betriebenen Spaltung Deutschlands unumgänglich wurde, wird von Neumann als eine „politische Entscheidung zur Lostrennung von den imperialistischen Märkten, besonders von Westdeutschland“¹²¹ bezeichnet. Unter positiven Vorzeichen übernimmt Neumann hiermit voll und ganz eine der im „Kalten Krieg“ wirksamsten und propagandistisch wichtigsten imperialistischen Geschichtslügen: Die Spaltung Deutschlands (bei Neumann ungeheuer „radikal“ als „Lostrennung von den imperialistischen Märkten, besonders von Westdeutschland“ bezeichnet) sei auf die „politische Entscheidung“ von Sowjetunion und SBZ/DDR zurückzuführen, und dies, obwohl er selbst knapp dreißig Seiten vorher konstatiert, daß „die Spaltung Deutschlands durch die USA und die Adenauer-Regierung vorangetrieben wurde“¹²². Ist es notwendig, hier zu betonen, daß der SBZ/DDR der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie, die „Lostrennung ... von Westdeutschland“ aufgezwungen wurde, daß es sich hier um die Folge der vom „Westen“ betriebenen Spaltungspolitik handelte?

119 Nick, a.a.O., S. 212.

120 Neumann, a.a.O., S. 131 f.

Der „Aufbau einer eigenen Rohstoffbasis“ dürfte schlechterdings unmöglich gewesen sein — schließlich ist die SED nicht der liebe Gott.

121 Ebd., S. 132.

122 Ebd., S. 104. Zur Spaltung Deutschlands vgl. Anne Hartmann, Stefan Schardt, Gerhard Weiß, Zur Entwicklung der Spaltung Deutschlands. In: Jung (u. a.), BRD—DDR, a.a.O., S. 13 ff.

Im Gegensatz zu dieser frühen Phase der SBZ/DDR werde heute die „Verflechtung der DDR-Wirtschaft mit dem Weltmarkt ... von der SED bewußt vorangetrieben und beschleunigt“. Damit bestimme „in zunehmendem Maße ... der Außenhandel die Binnenstruktur der Wirtschaft; die Maßstäbe dafür, was produziert werden soll und worauf verzichtet wird, werden immer mehr durch die kapitalistischen Welt-Produktionsverhältnisse bestimmt ... In zunehmendem Maße bestimmt somit der Weltmarkt die Binnenstruktur der DDR-Wirtschaft und damit die Produktionsverhältnisse in der DDR¹²³“. Demzufolge drohe mit dem Verlust der ökonomischen auch der Verlust der politischen Unabhängigkeit. Als Gegenrezept schlägt Neumann die wirtschaftliche Autarkie, auch von der Sowjetunion vor. Diese Forderung wäre dann gerechtfertigt, wäre die Sowjetunion kein sozialistischer Staat, was Neumann zwar unterstellt, aber genausowenig wie für die DDR abzuleiten vermag. So aber enthüllt dieser Punkt zum einen lediglich die politische Funktion einer solchen Argumentation, die sich ganz auf der bürgerlichen Ebene bewegt, man müsse die „osteuropäischen Länder“ aus dem Einflußbereich der UdSSR herauslösen (in klarem Deutsch: das sozialistische Lager spalten; Neumann unterscheidet sich hiervon nur in terminologischer Hinsicht); zum andern erweist sich hier, wie beschränkt und im Grunde reaktionär die Neumannsche Position ist. In einer Periode, in der die Entwicklung der Produktivkräfte in stets wachsendem Maße von der wissenschaftlich-technischen Revolution geprägt wird, in der die weitere Entfaltung der Produktivkräfte und ihre optimale Ausnutzung zunehmend über hemmende nationale Beschränkungen hinausdrängen, in der deshalb auch die wirtschaftliche Integration des kapitalistischen Lagers schnell voranschreitet (freilich bei gleichzeitiger Verschärfung der Widersprüche innerhalb desselben) — in einer solchen Periode sollen die sozialistischen Staaten auf die Erlangung der wirtschaftlichen Autarkie bedacht sein, auf die Vorteile der „internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und Integration“ verzichten. Eine solche Position wird nicht weniger naiv, wenn man ausgerechnet das noch wenig entwickelte Albanien als Vorbild der gepriesenen Autarkie darstellt. Hierin äußert sich höchstens wiederum Neumanns Unfähigkeit zu historischem Denken, die ihn dazu veranlaßt, unter Abstraktion von ihren konkreten materiellen und gesamtgesellschaftlichen Entstehungsbedingungen Modellvorstellungen schematisch von einem Land auf das andere zu übertragen¹²⁴.

Was nun die Weltmarktbeziehungen der DDR und deren angebliche Abhängigkeit hiervon angeht, so versucht Neumann, seine Behauptung mit zwei Ulbricht-Zitaten zu belegen. Abgesehen davon, daß diese Zitate wiederum aus ihrem Argumentationszusammenhang

123 Ebd., S. 131 f.

124 In einem Punkt hat Neumann jedoch recht: Der Prozeß der „sozialistischen Integration“ des RGW wird in der DDR bewußt gefördert. Vgl. beispielsweise: Scheibler (u. a.), Die Planung nach strukturbestimmenden Erzeugnissen und Erzeugnisgruppen, a.a.O., S. 12 ff.

herausgetrennt sind und ihre Aussage verfälscht wird, erweist sich hier in aller Deutlichkeit die ganze Fragwürdigkeit des Neumannschen Verfahrens. Gesellschaftliche Verhältnisse sind aus bloßer Textinterpretation allein niemals zu erkennen, auch wenn man, im Unterschied zu Neumann, den interpretierten Text weder klittert noch verfälscht und verdreht. Ausgehend von einer Studie des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“, den Zahlenangaben auf dem VIII. Parteitag der SED und den vorliegenden Planziffern kommt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zu folgender Einschätzung der Entwicklung des DDR-Außenhandels bis 1975¹²⁵: Der gesamte Außenhandelsumsatz der DDR soll in fünf Jahren 63 Milliarden DM erreichen, davon wird allein der Handel mit den sozialistischen Ländern 47 Milliarden Mark ausmachen, so daß der Handel mit dem kapitalistischen Ausland und den Ländern der „Dritten“ Welt nur von 11,3 Milliarden (1970) auf rund 16 Milliarden Mark steigen kann. In Prozentzahlen: Der Außenhandel mit den sozialistischen Staaten wird um 70 %, der mit den kapitalistischen Staaten nur um 42 % gesteigert. Das bedeutet, daß der Anteil der sozialistischen Staaten am Außenhandel der DDR von gegenwärtig 72 % auf 75 % steigen wird. Diese Zahlen zeigen zum einen, daß der Außenhandel der DDR mit den kapitalistischen Ländern längst nicht solche Dimensionen erreicht, wie Neumann es unterstellt, und zum anderen, daß sich in den Außenhandelsbeziehungen der DDR eine der Neumannschen Behauptung genau entgegengesetzte Tendenz abzeichnet. Dies veranlaßt die „FAZ“ zu dem Schluß, daß sich damit „jene Vermutungen bestätigt (haben, die Verf.), die in der letzten Zeit eine stärkere Verklammerung der DDR im Comecon-Wirtschaftsbe- reich kommen sahen¹²⁶“.

„Über den ökonomischen Aspekt hinaus“ sind die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zum Weltmarkt für Neumann noch aus einem anderen Grund des Teufels: angeblich führen sie dazu, daß die „fortgeschrittene Technologie des Westens“¹²⁷ in den sozialistischen Staa-

125 Vgl. „Drosselt die DDR den West-Handel?“ In: FAZ, 24. 7. 1971, S. 15.

126 Ebd.

In der Einschätzung, diese Entwicklung sei nur einseitig „den sowjetischen Wünschen nach engerer wirtschaftlicher Kooperation“ zuzuschreiben, nicht aber etwa gleichermaßen der Erkenntnis der DDR bezüglich der Vorteile des innersozialistischen Handels gegenüber dem Handel mit den kapitalistischen Staaten, dürfte Neumann allerdings mit der FAZ einig gehen.

127 Neumann, a.a.O., S. 132.

Dies ist eine für Neumann außerordentlich typische Wendung. Genau wie in dem von ihm an anderer Stelle zustimmend zitierten Buch „Zur Kritik der Sowjetökonomie. Eine Diskussion marxistischer Ökonomen des Westens über die Wirtschaftsreform in den Ländern Osteuropas. Hrsg. v. Peter Strotmann. (West) Berlin 1969“ löst sich hier nicht nur der Sozialismus auf in „der Osten“ oder „Osteuropa“, sondern konsequenterweise auch der Kapitalismus in „der Westen“. Die politische Funktion

ten fetischisiert und übernommen werde. Die Folge hiervon — und zwar nicht nur der Fetischisierung, sondern auch der „Nachahmung und umfassenden Einführung“ der „westlichen Technologie“ — sei, daß sich in den „revisionistischen Ländern“ „die Klassenverhältnisse, unter denen diese Technologien entstanden sind“, also der Kapitalismus, wieder „einschleichen“. Denn: „Es gibt keinen losgelösten Arbeitsprozeß, d. h. in der Organisation der Produktion mittels der modernen Technologie muß sich die Klassenstruktur, die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, Leitern und Geleiteten, Proletariat und Bourgeoisie (zu fragen wäre nebenbei, ob es sich bei diesen Begriffspaaren tatsächlich um Synonyme handelt, als welche Neumann sie ja gebraucht, die Verf.) widerspiegeln . . . Es gibt keine von den Produktionsverhältnissen losgelösten Produktivkräfte; die ersteren formen und strukturieren die letzteren¹²⁸.“ Neumann zufolge wäre damit schon unmittelbar nach der Oktoberrevolution unter dem Einfluß Lenins in Sowjetrußland mit der Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse begonnen worden. In seiner bereits mehrfach zitierten Schrift vom März/April 1918 schrieb Lenin: „Das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht (bezüglich der Arbeitsorganisation, die Verf.), das Taylorsystem, vereinigt in sich — wie alle Fortschritte des Kapitalismus — die raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe wertvollster wissenschaftlicher Errungenschaften in der Analyse der mechanischen Bewegungen bei der Arbeit, der Ausschaltung überflüssiger und ungeschickter Bewegungen, der Ausarbeitung der richtigsten Arbeitsmethoden, der Einführung der besten Systeme der Rechnungsführung und Kontrolle usw. Die Sowjetrepublik muß um jeden Preis alles Wertvolle übernehmen, was Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiet errungen haben. Die Realisierbarkeit des Sozialismus hängt ab eben von unseren Erfolgen bei der Verbindung der Sowjetmacht und der sowjetischen Verwaltungsorganisation mit dem neuesten Fortschritt des Kapitalismus¹²⁹.“ Lenin grenzt sich hier also sehr scharf ab von dem kleinbürgerlichen Maschinenstürmertum à la Neumann, das sich hinter dessen — offensichtlich bewußt — unpräzisen Formulierungen verbirgt. Der Gegensatz dieser beiden Positionen leitet sich ab aus zwei gegensätzlichen Denkansätzen, einem historisch-materialistischen bei Lenin und einem idealistisch-moralisierenden bei Neumann.

Die Produktionsverhältnisse „formen und strukturieren“ für Neumann die Produktivkräfte — bislang ging die marxistische Diskussion jedenfalls davon aus, daß es sich beim Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften nicht um eine einfache Kausalbeziehung, sondern um ein dialektisches Wechselverhältnis

einer solchen Sprache und Ideologie, die klar definierte sozialwissenschaftliche Begriffe durch geographische ersetzt und dementsprechend reale Sachverhalte verwischt, liegt auf der Hand.

128 Ebd.

129 Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, a.a.O., S. 249 f.

handle, innerhalb dessen die Produktivkräfte die materielle Grundlage für die Produktionsverhältnisse abgeben. Dieser einfache Sachverhalt beinhaltet auch, daß Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte in Widerspruch zueinander geraten, daß erstere zum Hemmnis der weiteren Entfaltung der letzteren werden können. Es ist diese Dialektik, die der Leninschen Differenzierung zugrunde liegt: Unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse gewinnt der wissenschaftliche und technische Fortschritt ambivalenten Charakter und verschärft somit den Widerspruch, in den diese Produktionsverhältnisse längst zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte geraten sind. Daß der technische Fortschritt im Kapitalismus mit seinen emanzipatorischen Möglichkeiten „die raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung“ vereinigt, ist nicht ihm anzulasten, sondern den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, in die er hineingepreßt ist. Gerade in dieser Ambivalenz drückt sich der Widerspruch zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen aus. Unter dem Druck des Kapitals kommt der emanzipatorische Nutzen des technischen Fortschritts nur unvollständig oder gar nicht zur Wirkung. Warum aber deshalb der Sozialismus auf die Nutzung und Übernahme technischer Fortschritte, die im Kapitalismus erzielt wurden, von vornherein verzichten sollte, ist nicht einzusehen, hängt es doch schließlich nicht von der Technik, sondern von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, innerhalb derer sie eingesetzt wird, welchem Zweck sie dient, wozu sie verwendet wird und ob ihre emanzipatorischen Möglichkeiten wirksam werden; ist es doch schließlich die Aufgabe des Sozialismus, den Fortschritt der Produktivkräfte genau in diesem emanzipatorischen Sinne zu ermöglichen und auch Wissenschaft und Technik von den Fesseln des Kapitals zu befreien und ihre Erkenntnisse und Fortschritte zum Nutzen der gesamten Gesellschaft umzusetzen. Das kann selbstverständlich nicht heißen, daß eine jede technische und arbeitsorganisatorische Innovation des Kapitalismus einfach unbesehen von den sozialistischen Staaten übernommen werden kann (genausowenig kann sie aber unbesehen abgelehnt werden) — das ist eine Binsenweisheit. Doch falls Neumann *diesen* Sachverhalt meinen sollte, so gäbe es nur eine Möglichkeit, seine Vorwürfe zu belegen: Er müßte konkret nachweisen, welche technischen Fortschritte die sozialistischen Staaten übernehmen konnten und welche nicht, die sie aber trotzdem übernommen haben, wann und womit sie mit technischen Fortschritten zugleich Elemente kapitalistischer Produktionsverhältnisse übernommen haben. Genau um eine solche Analyse drückt sich Neumann wie in seinem ganzen Aufsatz so auch hier.

Zusammenfassung

Zieht man die Bilanz von Philip Neumanns Kritik an der „Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR“, die durch einen Untertitel, der auf den des Marxschen „Kapital“ anspielt, vom marxistischen Standpunkt aus zu erfolgen und mit

marxistischen Methoden zu untersuchen beanspruchte und versprach, mit „präzisen Begriffen“ „konkrete Analysen“ der Wirklichkeit zu erstellen¹³⁰, so zeigt sich, daß hier nicht analysiert wurde, sondern verfälscht, verdreht, geklittert, unterstellt und diffamiert. Da wurden Zitate falsch angegeben (vgl. u. a. Anm. 94); Belege statt gefunden erfunden, so der Beleg dafür, daß in der DDR das kommunistische Ziel aufgegeben worden wäre (vgl. Anm. 65) oder daß dort die NEP als Modell des sozialistischen Aufbaus angesehen würde (Anm. 22); bei anderen Behauptungen wird gar nicht erst der Versuch gemacht, sie zu belegen, wie z. B. bei der Behauptung, die SED sei der Ansicht, mit dem Fortschritt der Produktivkräfte werde sich der Sozialismus von selbst einstellen (Anm. 9); Positionen, wie z. B. das Ausgehen von juristischen Verhältnissen bei der Klassenbestimmung, werden der DDR-Theorie unterstellt, die diese in den kritisierten Büchern so deutlich ablehnt, daß dies unmöglich übersehen werden kann (Anm. 41); Zitate durch sinnentstellte Auslassungen verfälscht, z. B. aus einem Ulbricht-Zitat wird die Betonung der führenden Rolle der Arbeiterklasse eliminiert.

Für eine fundierte Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR fehlen Neumann zwei Grundvoraussetzungen: Die Kenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR und offenbar auch eine ausreichende Kenntnis der Grundlagen der marxistischen Theorie. Er verkennt den Charakter des „Ökonomischen Systems des Sozialismus“ (ÖSS) insgesamt, behauptet seine Identität mit dem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ (NÖSPL); er verkennt das Verhältnis von zentralem Plan und den Betrieben im ÖSS; verkennt die Stellung der Betriebsleiter, überschätzt den Grad ihres Entscheidungsspielraums, was sich z. B. in dem Abschnitt zeigt, in dem er über die Möglickeitschreibt, die die Leiter der volkseigenen Betriebe angeblich haben, um die Gewinne zu erhöhen; er verkennt oder kennt überhaupt nicht die politische Rolle der Werktätigen in Betrieb und Gesellschaft der DDR, etwa ihre Einflußmöglichkeiten auf das Lohnsystem; das Lohnsystem selbst wird verkannt und verfälscht dargestellt.

Kaum besser ist es mit Neumanns Kenntnissen des Marxismus und seiner methodischen Grundlagen bestellt. Das zeigte sich etwa dort, wo er das Verhältnis von zentralem Plan und Eigenverantwortlichkeit der Betriebe ebenso wie das Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Übergangsgesellschaft generell, mechanisch, einseitig quantitativ als gegenläufig bestimmte; das zeigte sich darin, daß er von oberflächlich ähnlichen Erscheinungen in verschiedenen Gesellschaften ohne Untersuchung der ökonomischen Funktionsbestimmtheit dieser Erscheinungen auf ihre wesensmäßige Gleichheit schloß, sein Verfahren also analogisch und nicht analytisch ist. So entgeht ihm etwa der Unterschied zwischen Konkurrenz und Wettbewerb oder auch der zwischen Stücklohn im Kapitalismus und Entlohnung

130 Philip Neumann, Kommentar zu E. S. Varga, Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse. In: Kursbuch 23, S. 77.

nach Leistung im Sozialismus. Neumanns Ignoranz auf dem Gebiet der Kritik der politischen Ökonomie und ihrer Methode zeigten auch seine Aussagen über den Fetischcharakter des Lohns, besonders aber seine Verkennung der Marxschen Wertlehre und seine vormarxistische, wiederum an der Oberfläche der Erscheinungen ausgerichtete Klassentheorie, mit der er seine Behauptung, in der DDR existiere eine neue, proletarische Bourgeoisie, vergeblich als marxistisch legitimiert erscheinen zu lassen versucht.

Philip Neumanns Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR erfüllt ihre Aufgabe nicht, vorhandene Fehler zu zeigen, Wege zu ihrer Verbesserung aufzuweisen und so die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu verbessern; sie ist darüber hinaus im Effekt in doppelter Weise antikommunistisch: Fehleinschätzungen und Unkenntnis der DDR-Realität erschweren die Strategiebildung der westdeutschen und Westberliner Linken; weiterhin konserviert eine Kritik, deren Ergebnisse, wenn auch von einem anderen Standpunkt aus geschrieben, den Urteilen der reaktionären westdeutschen Presse in vielen Punkten sehr nahe kommen („die Lage der Arbeiterklasse [gemeint ist die Arbeiterklasse in der DDR] verschlechtert sich“)¹³¹, antikommunistische Vorurteile. Eine solche Kritik kann gerade deshalb zeitweilig eine beträchtliche Wirkung ausüben auf die Teile der Intelligenz, die begonnen haben, ihre Interessen zu erkennen und zu vertreten; sie schwächt darüber hinaus aber auch die Position der westdeutschen Arbeiterklasse; denn würden die Werktätigen in der BRD über eine genaue Kenntnis der Produktionsverhältnisse in der DDR verfügen, wäre damit eine wirksame Sperre gegen die Entwicklung von Klassenbewußtsein und gegen die Einsicht in die historische Bedingtheit und also Veränderbarkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse beseitigt. Schließlich schadet Neumanns Kritik der Linken insgesamt nicht zuletzt dadurch, daß er die marxistische Theorie verflacht und verfälscht. Nur Antikommunisten können sozialistische Kritik an Theorie und Praxis der DDR nicht wünschen; aber auch nur Antikommunisten können Kritik in der Art der Neumannschen wünschen.

131 Neumann, Der „Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation“, a.a.O., S. 140.

Besprechungen

Philosophie

Bubner, Rüdiger (Hrsg.): Sprache und Analysis. Texte zur englischen Philosophie der Gegenwart. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1968 (195 S., engl. br., 7,80 DM).

Im Gegensatz zu den erkenntnis- und wissenschaftstheoretisch orientierten Richtungen der analytischen Philosophie ist die „Ordinary Language Philosophy“ der Oxford-Schule im Bereich der deutschsprachigen Publikationen immer nur sehr ungenügend vertreten gewesen. Bubners Übersetzung wichtiger und inzwischen auch schon historisch-prominenter Arbeiten von Ryle, Strawson, Austin, Waismann und Ayer schließt somit eine deutliche Informationslücke; aber nicht allein darin besteht ihr Verdienst. Bei den Arbeiten der Oxford Philosophy, die sich mit unterterminologischen Mitteln vor allem der Analyse der Strukturen und Bedeutungsimplicationen umgangssprachlicher Wendungen widmen, stellen sich notwendig größere Übersetzungsschwierigkeiten ein als bei Texten, die sich in eingeschliffener Terminologie mit traditionellen philosophischen Themen beschäftigen. Durch jene Methode gerät der gedankliche Gehalt selbst in eine enge Abhängigkeit von den Sinnregeln der Originalsprache. Der Übersetzung von Bubner gelingt es, diesen Sachverhalt fast vergessen zu lassen. Seine Einführung skizziert die historischen und systematischen Rahmenbedingungen für das philosophische Programm einer linguistisch-phänomenologischen Problemanalyse mit therapeutischer Zielsetzung und vervollständigt damit die Beurteilungsmöglichkeiten dieses Programms, die die Textauswahl selbst bietet. Diese Einführung und die Texte demonstrieren, daß der Einwand gegen die Oxford Philosophy, sie laufe auf reinen Positivismus des sprachlichen common sense hinaus, pauschal und darum falsch ist. Die Umgangssprache wird zum philosophischen Gegenstand in dem Augenblick, wo eingesehen ist — entgegen dem Wittgensteinischen „Tractatus“ und den logischen Positivisten —, daß sich alle Methoden der Analyse, auch die konstruktiv-formalistischen der übrigen analytischen Philosophie, unter Bedingungen des Funktionierens der Umgangssprache vollziehen. Diese Sprachabhängigkeit der philosophischen Reflexion bedingt die zusätzliche Aufgabe, über die Bewältigung der Sachprobleme hinaus die sprachlichen Bedingungen möglicher Kommunikationsstörungen zu identifizieren und zu beheben, d. h. die Sicherung ihrer eigenen

sprachlichen Möglichkeitsbedingungen selbst noch zu übernehmen. Damit erweist sich die Oxford Philosophy als Reaktionsbildung auf die Erfahrung, daß das Erfülltsein dieser Bedingungen nicht mehr wie in der überlieferten Philosophie naiv unterstellt werden kann. Das positivistische Moment kommt in diesen Versuch dadurch notwendig herein, daß sich ja auch die Anstrengungen linguistischer Kommunikationssicherung im Medium der Umgangssprache vollziehen müssen, deren Funktionieren also zumindest partiell nicht problematisieren können. Daraus resultiert der paradoxe Versuch, die Sprache mit ihren eigenen Mitteln zu kurieren. Seine Legitimität kann nur am Gelingen von Beispielsanalysen gemessen werden; bezöge man ihn auf „die“ Sprache als ganze, wäre er widersinnig. Die systematische Rolle der Beispiele, die in dieser Philosophie den „esprit systématique“ verdrängen, ergibt sich zudem aus der Unmöglichkeit einer Formalisierung der Umgangssprache, die allererst allgemeine Strukturanalysen ermöglichte: die Umgangssprache läßt sich nicht vollständig formalisieren, weil dies selbst wieder die Umgangssprache voraussetzt. So untersucht die „Oxford Philosophy“ an Paradigmen sprachliche Hindernisse, die sich der Lösung von Sachproblemen entgegenstellen, wobei es ihr zuweilen gelingt, die Genese von Sachproblemen in der Irreführung durch die Sprache selbst nachzuweisen: in „systematisch irreführenden Ausdrücken“ (Ryle, 31 ff.). Dabei schließen dieselben systematischen Prämissen, die die Analyse auf die Beispielsebene restringieren, die These aus, alle philosophischen Probleme seien nur sprachlicher Herkunft, es sei denn, man habe zuvor die sprachlichen mit den philosophischen Problemen identifiziert. In der Tat führt Wittgensteins Gleichsetzung von Sprachspielen mit Lebensformen selbst über die Grenzen der Sprachtheorie im engeren Sinne hinaus und eröffnet die Dimension praktisch-philosophischer Implikationen der Kommunikationsprobleme. So ist nach Strawson die Bedeutung (63 ff.) keine bloße Eigenschaft von Ausdrücken, sondern vor allem ihrer Verwendung: die Bedeutungsregeln werden damit zu Verwendungsregeln im intersubjektiven Kommunikationszusammenhang. Die praktischen Aspekte der Sprachverwendung werden unmittelbar sichtbar in Äußerungen, die selbst Handlungscharakter tragen. So ist nach Strawson der Sinn des Prädikats „... ist wahr“ (96 ff.) nicht ein Sachverhalte beschreibender, sondern ein praktischer: der Gebrauch des Wahrheitsbegriffs ist ein Tun, sein Ort ein Akt der Zustimmung oder Anerkennung. Die Kritik der Vorstellung, daß der Gebrauch von Worten immer als Beschreibung von Sachverhalten zu interpretieren sei, führt dann zu Austins Theorie der „performativen Äußerungen“ (140 ff.): performative Äußerungen sind nichts anderes als sprachliche Handlungsvollzüge. Sprachphänomene lassen sich somit nicht in den Bereich der Bedingungen möglicher Interaktion zwischen Individuen abdrängen; in der Gestalt „performativer Äußerungen“ sind sie selbst Formen der Interaktion. Das philosophische Gewicht der Untersuchungen, die die Auswahl Bubners exemplarisch vorstellt, resultiert daraus, daß sie ohne die Stilisierung der Sprache zu einer idealen Wesen-

heit, aber auch ohne Aprioriargumente im Sinne einer technizistischen oder formalistischen Reduktion das Ineinander von theoretischen und praktischen Aspekten der Sprachverwendung in den Phänomenen selbst aufweisen. Herbert Schnädelbach (Frankfurt/M.)

Ayer, A. J.: Sprache, Wahrheit und Logik. Reclam Verlag, Stuttgart 1970 (248 S., kart., 4,— DM).

Ayers berühmtes Buch, das hier zum erstenmal in einer deutschen Übersetzung vorliegt, kann deshalb als repräsentativer Text des Neopositivismus aus seiner Blütezeit (1936) genommen werden, weil an ihm sich paradigmatisch zeigt, in welche Aporien eine Philosophie gelangt, die sich als analytische Wissenschaftslogik empirischen Wissenschaften beigesellen will, indem sie einem gesellschaftlich-historisch invariant gedachten Wissenschaftsideal noch einmal das methodologische Gewissen stellt. Deutlich abgesetzt vom frühen Neopositivismus eines Mach und Avenarius, bei denen sich ein atomistischer Sensualismus noch mit Erkenntnispsychologie verband, kennzeichnet die Arbeit eine Schlüsselstellung, von der aus sowohl die Genese des logischen Empirismus aus dem klassisch-sensualistischen (Locke, Berkeley, Hume) sichtbar wird, wie sich auch die Wissenschaftslogik Poppers und der Rückgang auf die Alltagssprache in der ordinary-language-Philosophie bereits anzeigt. Was in den späteren Arbeiten der Analytischen Philosophie durch einen reflektierten Konventionalismus gebrochen als Wissenschaftstheorie auftritt, erhebt bei Ayer noch den Anspruch der wissenschaftsbegleitenden Philosophie, weil jede andere Philosophie unmöglich wird. Die Crux des Positivismus, sich gesellschaftlicher Kontingenz mit Mitteln entheben zu wollen, die selber nur gesellschaftlich determinierbar sind, zeigt sich in Ayers Denkfiguren deutlich; denn die ausgesparten gesellschaftlichen Gehalte durchschlagen, sei's auf der Ebene des kategorialen Rahmens, sei's auf der Ebene der materialen Kritik an Metaphysik, Ethik und Theologie die Konstruktion einer prätendiert voraussetzungslosen Analyseprozedur.

Eines der Argumente, aus denen sich die radikale Kritik des logischen Empirismus an der traditionellen Philosophie, aber auch an nicht-naturwissenschaftlich verfahrenen Wissenschaften herleitet, ist die strikte Trennung aller möglichen Aussagen in analytische (die Ayer noch für identisch hält mit Tautologien) und empirische, womit die Unmöglichkeit aller Metaphysik als Sammlung sinnloser Sätze demonstriert werden soll, ohne daß auf deren Inhalt noch eingegangen zu werden braucht. Das soll insofern geschehen, als einerseits analytische Sätze nichts „Neues“ aussagen, also unser Wissen nicht erweitern, andererseits empirische Propositionen einem Verifikationskriterium unterstellt werden, das ihren Sinn durch Rekurs auf unmittelbare Beobachtung garantieren soll, die sich in subjektiven „Basissätzen“ und kollektiven „Wahrnehmungsaussagen“ ausdrückt. Dabei ist nicht nur das Problem völlig übersehen, wie die Inter-

subjektivität einzelner Beobachtungen hergestellt werden kann, sondern es bleibt auch unangewiesen, welchen Status eine solche Trennung von Aussagen dezidierende Aussage selber haben soll. Es ist sofort klar, daß das Verifikationsprinzip weder selbst eine Tautologie, noch eine empirische Proposition sein kann, da es der Trennung schon vorausgesetzt sein muß. Der Logik Ayers nach könnte es nur eine metaphysische Aussage sein.

Die scheiternde Dichotomie von Aussagen ist funktional im Rahmen des Phänomenalismus der *sense-contents*, mit dem der Neopositivismus Ayers an die *impressions* und *ideas* des englischen Empirismus anknüpft. Empirische Propositionen sollen durch Zuordnung von Sinneserfahrungen verifiziert werden. Nicht nur aber wird von Ayer die Kommunizierbarkeit subjektiver Sinnesinhalte zirkulär durch aktuelles Verstehen begründet (175 f.), sondern er übersieht auch, welche Folgen ein radikaler Phänomenalismus für die Geltung empirischer Propositionen haben muß. Da die sprachliche Form von Beobachtungsaussagen, in denen Sinneserfahrungen sich artikulieren müssen, sprachliche Universalien (z. B. allgemeine Prädikate) nicht vermeiden kann, ist ihre Gültigkeit in einer endlichen Abfolge von Beobachtungen nicht herzustellen. Ayer behilft sich damit, daß er Wahrheit empirischer Propositionen in die Graduierung von Wahrscheinlichkeit der in ihnen bezeichneten Dinge und Vorgänge überführt. Empirische Propositionen sind Hypothesen, die durch aktuelle Sinneserfahrung nur tendenziell verifiziert werden, denn einerseits sind Beobachtungsaussagen selbst Hypothesen, die wiederum durch Sinneserfahrungen gestützt werden müssen usw.; andererseits lassen sich widersprüchliche Beobachtungen durch Hinzunahme weiterer Hypothesen immer neutralisieren: Empirie allein kann nicht die Aufgabe von Hypothesen erzwingen. Ayer weicht also in einen Wissenschaftspragmatismus aus, ohne sich jedoch dessen Konsequenzen bewußt zu machen: Wahrheit von Aussagen bemißt sich dann nach einem Bezugssystem, das empirisch (etwa durch „prognostische Kraft“) nicht mehr eingelöst werden kann. Der Bereich reiner Empirie wird mit der Hypothesenhaftigkeit von Aussagen auf einen Konventionalismus hin durchbrochen, der Standards definiert, nach denen empirisch verfahren werden kann. Solche Standards müßten aber auch schon für die nötige Auswahl der Sinnesdaten gelten, die dann ebenfalls keinen Bereich reiner Empirie mehr darstellen, sondern vorgängig finalistisch bestimmt werden. Die Anstrengung des Positivismus, eine Basis reiner Erfahrung zu finden, von der aus die Gültigkeit von Erkenntnis überhaupt empirisch konstruiert werden könnte, löst sich damit auf.

In Ayers Arbeit wird aber nicht nur der Positivismus seinem eigenen Begriffssystem nicht gerecht, womit er hinter seine selbstauferlegte Rationalität zurückfällt, sondern er spiegelt auch eine Zweckrationalität gesellschaftlichen Handelns, die aufzeigt, in welchem Maße positivistische Systeme dem Bezugsrahmen des Systems gesellschaftlicher Arbeit verhaftet sind, innerhalb dessen Grenzen sie Effizienz von Wissenschaft verfolgen. Ayer demonstriert das an

seiner „emotionalen Werttheorie“, die in ihrer Argumentationsstruktur bereits auf die später in der angelsächsischen Philosophie populär werdende „Metaethik“ vorgreift, in der ethische Urteile sprachlich diskutiert werden: Moralphilosophie schrumpft ihm zur Aussage, daß ethische Begriffe Pseudo-Begriffe sind, die sich nicht analysieren lassen, ethische Urteile Ausdruck emotionaler Zustände, weil sie sich der Dichotomie analytischer und empirischer Propositionen nicht fügen. Die praktische Verwendung normativer Wertausdrücke ist indiskutabel, weil eine objektive Gültigkeit nicht unterstellt werden darf; die sinnvolle Legitimation praktischen Handelns wird als Aufgabe aus dem Bereich der erfahrungswissenschaftlich reduzierten Philosophie entlassen. Eine Wissenschaft der Ethik kann es nicht geben, weil ethische Urteile nicht entscheidbar sind. Ethik ist demnach nur deskriptiv denkbar, als Beschreibung motivierten Handelns, die zudem der Naivität verklammert ist, „daß eine Gesellschaft dazu neigt, eine bestimmte Verhaltensweise durch Anwendung moralischer Sanktionen zu fördern oder zu mißbilligen — je nachdem sie geeignet scheint, die Zufriedenheit der Gesellschaft zu steigern oder zu mindern“ (149). Irrationalität und Ratlosigkeit erstellt sich für den Positivismus Ayers nicht nur im Zusammenhang seiner Kategorien, sondern zwingend auch bei deren Anwendung: undurchschaubar bleibt nicht nur der wissenschaftspragmatische Status einer „Philosophie als Wissenschaftslogik“, Appendix industriell verwertbaren Wissens, sondern die Darstellung sozialen Handelns selber wird undurchschaubar, bevor sie verschwinden soll. Der irrationale Begriff der Ethik verweist als Index von Gesellschaft, aus deren Bezügen der Positivismus sich lösen will, auf seinen systematischen Miteinbezug. Der radikale Analytiker, der meint, auch noch mit subjektivistischer Wertethik aufzuräumen, verfällt seiner uneingestanden eigenen, wenn er die Analyse handlungsleitender Interessen bei subjektiven „Empfindungen“ sistiert. Anton Leist (München)

Watzlawick, Paul, J. H. Beavin, D. D. Jackson: Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. Huber-Verlag, Bern, Stuttgart 1971 (271 S., Ln., 29,— DM).

Pragmatik, die Theorie der Handlungsbezüge von Sprache, konstituierte sich in der neueren Sprachwissenschaft aus der Erkenntnis, daß Sprache in ihrer logisch-syntaktischen und semantisch-lexikalischen Dimension allein nicht adäquat erfaßt werden kann. Das ist einleuchtend demjenigen, der, entgegen den Sprachkonstruktivisten des frühen Neopositivismus, Sprache in realen Sprachkonstruktsituationen sich vollziehen sieht, in denen sie als Konstituens des Interaktionszusammenhangs fungiert. Daß Sprechen als systematische Beherrschung von Bedeutungen und Zeichen, anhand derer Intentionen kommuniziert werden, allererst Handeln ist, Bestandteil einer durch Sozialisation eingeübten Lebenspraxis, hat zu berücksichtigen, wer Kommunikationsmodelle aufstellt.

Watzlawick, Beavin und Jackson haben versucht, ein solches Modell in systemtheoretischen Begriffen zu entwerfen. Sie entwickeln dieses Modell sowohl metatheoretisch auf der Ebene einer konstruktiven Pragmatik wie empirisch an Material aus der Familienpathologie und Schizophrenietheorie. An der Interpretation konkreter Fälle gestörter Kommunikation unter den Prämissen ihres Modells wollen sie den Sinn systemtheoretischer Analysen explizieren. Dieses Modell soll hauptsächlich drei Aufgaben erfüllen: 1. soll es einen kategorialen Rahmen für Interaktionen mit Begriffen wie offenes System, Ganzheit, Übersummation, dyadische Wechselbeziehung entwerfen, 2. soll es allgemeine Vorgänge von Selbstregulation markieren und 3. soll es Formen gestörter Kommunikation auf der Grundlage einer systemtheoretisch erweiterten Ätiologie erklären. Auf dieser letzten Ebene ist die logische Analyse der Regeln intendiert, nach denen selbststeuernde Systeme arbeiten. Die Autoren schränken den Anspruch ihres Modells auf die Deskription von Interaktionskonstellationen ein, die sie kausal-genetischen Erklärungsversuchen wie der Psychoanalyse an die Seite stellen wollen. Unter dem Stichwort „begriffliche Grundlagen“ thematisieren sie das Bild einer Wissenschaft, die auf Relationen zwischen Entitäten, statt auf Substanzen, abstellt. Psychologie scheint ihnen ein Paradebeispiel dafür, daß relationale Begriffe, die einen abstrakten Zusammenhang zwischen Vorgängen konstruieren, reifiziert werden. Sie betonen, darin in Einklang mit einem strukturell gewendeten Positivismus, daß „nicht Dinge, sondern Funktionen . . . das Wesen unserer Wahrnehmung“ (29) ausmachen.

Dieser Anspruch wird eingelöst in dem systemtheoretischen Postulat, zwischenmenschliche Handlungssysteme als Rückkoppelungskreise anzusehen, in denen ein lineares Ursache-Wirkungs-Verhältnis dann nicht mehr möglich ist. Wenn nämlich interpersonales Handeln als eine Abfolge reziprok ursächlicher Aktionen aufgefaßt wird, wird Handeln immer schon als Wirkung begriffen, wird die Untersuchung möglicher Ursachen von Handlungen zugunsten der Betrachtung der Handlungen selbst suspendiert. An die Stelle linearer tritt zirkuläre Kausalität. Die Kreisförmigkeit der Kommunikationsabläufe löst die Vorstellung linearer, progressiver Kausalketten ab, wodurch sich die Trägheit einmal zustande gekommener Kommunikationsstrukturen leichter begreifen läßt. Aufgrund dieser Reziprozität ursächlicher Aktionen werden Handlungssysteme als „übersummativ Ganzheiten“ charakterisiert, d. h. es wird eine Komplexität dieser Systeme angenommen, die qualitative und quantitative Eigenschaften von Einzelbeziehungen in diesen Systemen, sowie deren Summe, übersteigt. Daß die Autoren von diesen Einzelbeziehungen als von Teilsystemen sprechen, ist insofern irrtümlich, als sie ihre Systeme nicht „nach oben“ abgrenzen, man es immer mit Subsystemen zu tun hat, von „Ganzheit“ also nur relativ sprechen kann. Die Rede von Welt und Umwelt ist bodenlos: eine Welt ist in einem anderen Kontext Umwelt und umgekehrt. Die sich daraus ergebende Problematik für die Begrenzung von Systemen, oder mit anderen Worten, die Bewer-

tung der „Offenheit“ des Systems, umgehen die Autoren durch Rückzug in einen strikten Empirismus.

Dieser läßt sich am Verständnis des Begriffs der Regeln ablesen, die verstanden werden als „Redundanzen, die der Beobachter aus dem Verlauf der Phänomene ableitet, und nicht Dinge an sich“ (128) sind (cf. auch 36 ff., 44). Eine solche starre Betrachterposition jedoch ist seit Wittgensteins Sprachspielkonzept nicht mehr glaubhaft. Die beobachtbaren Regularitäten gerade an Spielen wie Schach, Fußball etc. können prinzipiell ohne Rekurs auf verhaltensleitende Regeln nicht verstanden werden, d. h. es gehen konstitutive Regeln in die Regularitäten ein, die über die Fixierung der Möglichkeiten von Zügen und Handlungen hinausgehen — insbesondere alle Regeln, die das Ziel des Spiels begründen, es sinnvoll erscheinen lassen. Das soll also heißen: in Spiele gehen handlungsleitende Regeln ein, die als Konventionen der Lebenswelt die Spieler erst veranlassen, sich regulär zu verhalten. Das heißt aber doch, daß der Beobachter eines Spiels dieses erst verstehen kann, wenn er schon die dafür handlungsleitenden Regeln kennt, d. h. aus der Lebenswelt stammt, in der das Spiel stattfindet. Der Beobachter ist dann nicht mehr reiner Beobachter, sondern potentieller Mitspieler und sein Verständnis an Regularitäten läutert und korrigiert sich durch imaginative Interaktion mit den Spielern.

Der empiristische Kurzschluß von der Beobachtung rekurrenter Spielzüge zur Formulierung von Regeln findet ein terminologisches Pendant in der Rede vom pragmatischen „Kalkül“ mit pragmatischen „Axiomen“, die per analogiam eingeführt wird. Daß die Arbeit trotzdem einigen Sinn und Tragweite für eine Schizophrenietheorie hat, liegt daran, daß die Autoren sich an solche positivistischen Flausen inhaltlich nicht halten. Das gilt insbesondere bei terminologischen Gewaltakten wie der Bezeichnung „digitaler“ und „analoger“ Kommunikation für verbale und non-verbale (also paralinguistische, gestische, mimische, physiognomische) Kommunikation. Daß menschliches Verhalten sich mit der Operationsweise von digitalen und analogen Rechenmaschinen vergleichen läßt, erhellt weniger den Charakter von Handlungen, als es die Simulationsfähigkeit technischer Vernunft demonstriert. In bezug auf non-verbale Kommunikation ist der Vergleich sogar irreführend, da er eine systematische Konsensusfähigkeit nichtsprachlicher Symbole unterstellt, die nicht gegeben sein muß.

Solche Positionen bei der Rekonstruktion der inneren Logik von selbststeuernden Systemen müssen praktisch folgenreich sein für konkrete Fälle ätiologischer Untersuchungen. Watzlawick, Beavin und Jackson illustrieren das am System der Familie. Störenden Einflüssen gegenüber dem Gleichgewichtszustand, der „Homöostasis“, begegnet das Familiensystem adaptiv mit „homöostatischen Mechanismen“, Formen „positiver“ und „negativer Rückkoppelung“ bzw. der „Neueinstellung“, „Neukalibrierung“ des Systems, wenn es anders tiefgreifende Veränderungen nicht mehr kompensieren kann. Konkrete Beispiele für intrafamiliäre Veränderungen, die Neukali-

brierung des Familiensystems nötig machen, sind Pensionierung des Vaters, Beginn des Schulbesuchs, Militärdienst etc. (135). Auf der Leistungsfähigkeit dieser Mechanismen beruht die Möglichkeit, sozialen Wandel als Erweiterung bestehender Systemzustände funktionalistisch darzustellen. Die Logik des Regelsystems, in dem die Interaktionsbeziehungen der Familie festgehalten sind, muß so beschaffen sein, daß sie auch die Metaregeln zu dessen Abänderung umfaßt, die die innovatorische Erweiterung vorhandener Beziehungsstrukturen ermöglichen. Dabei können die Autoren auf einen Sollzustand nicht verzichten: der Begriff der Homöostasis nimmt teils den Charakter eines Zwecks, teils eines Mittels an (134). Allemaal aber definiert er einen Gleichgewichtszustand negativ am Fehlen systemzerstörender Handlungen. Die Homöostasis stellt einen Grundwert dar, an dem sich die möglichen Zustände des Handlungssystems bemessen lassen. Daß dieser Grundzustand der eingefahrener pathologischer Verhältnisse sein kann, demonstriert die praktische Neutralität des Modells: Systeme müssen wertsetzend zerstört werden, soll ihr schlechter Zustand aufgehoben werden. Da nach Gründen pathologischer Zustände nicht gefragt werden darf, weil „die Organisation offener Systeme die beste Erklärung der Systeme selbst ist“ (125), bleibt die sog. Offenheit der Systeme Schein: über Fragen der Ätiologie ist auf analytischer Ebene vorentschieden, daß ihr spezifisch gesellschaftlicher Charakter, der möglicherweise in kausaler Beziehung mit den Krankheitszuständen steht, bei der Beantwortung herausfällt. Die Offenheit der Systeme bleibt deshalb Schein, weil die betrachteten Systeme vorgängig analytisch aus einem Lebenszusammenhang herausgelöst sind, indem sie zum Objekt einer strikten Betrachterposition bestimmt werden; paradigmatisch dafür der Vergleich sozialer Systeme mit einer Maschine (cf. 126). Im Gegensatz zur kybernetischen Terminologie handelt es sich inhaltlich eher um *geschlossene* Systeme, Abstraktionen im schlechten Sinn, deren Funktionieren mit dem Absehen von der Dimension politisch-ökonomischer Zwänge erkaufte wird.

Anton Leist (München)

Vormweg, Heinrich: Die Wörter und die Welt. Über neue Literatur. Luchterhand, Neuwied und Berlin 1968 (148 S., kart., 14,80 DM).

„Wie die Literatur selbst“, so fängt das Buch im Vorwort an, „ist auch kritische Literatur ein Prozeß“ (5). Die kritische Reflexion aber, die sich in diesen Aufsätzen über neue deutsche Literatur breitmacht, läßt zunächst nur erkennen, wie sehr durch diesen Prozeß die Dinge durcheinander geraten. Man verüble es nicht dem Herrn Vormweg, denn: „Ist kritische Reflexion der Literatur ein Prozeß, so ist der Reflektierende in diesen einbezogen“ (ebd.).

In den derart angestellten Reflexionen geht der Reflektierende vage geahnten Veränderungen im Bereich der literarischen Produktion nach. Im ersten Teil, dem das Wort „Theorie“ als Überschrift

beigegeben wurde, stehen — als das Allgemeinere — Vermutungen über den heutigen Kulturzustand: „Verständnisraster, die als unbezweifelbare Wahrheiten vorauszusetzen man (...) gewöhnt war, werden (...) systematisch zerstört. Opfer dieser Zerstörung sind (...) hochgeschätzte Inbilder wie: Persönlichkeit, Bedeutung, Sinn, Entwicklung, Reife, nicht zu reden von Nation- und Nationalliteratur — Vaterland oder Gemeinschaft —, Wörter, die nur noch als platte Phrasen verstanden werden“ (28). Dem hält er nicht die internationalisierende Tendenz und anonyme Macht des Kapitals entgegen, sondern dem nur hinsichtlich der „nationalen“ kapitalistischen Entwicklung und in bezug auf „bürgerliche“ Entwicklungspsychologie geglätteten Vokabular liefert Vormweg den neuen Gesellschaftszustand dazu: „Soziales Unrecht ist, so gesehen (!), nicht mehr exemplarisch für einen allgemeinen Zustand, also auch metaphysisch nicht mehr begründbar“ (28/29) — als wären je Ausbeutung und Mehrarbeit in der Metaphysik begründet gewesen, statt umgekehrt Metaphysik in der Ausbeutung. Immerhin hat sich dieser zu spät gekommene „Metaphysiker des Feuilletons“ (Brecht) durch die in seiner Imagination vollzogene Abschaffung des sozialen Unrechts, den Freiraum erobert, worin er seine postideologische Ideologie entfaltet. In Zukunft ließe sich alles „etwa elektronisch steuern“ (29). Die „Mythisierungen“ (28), deren sprachlichen Formen Vormweg ihren Realitätsgrund austreibt, werden vom Mythos einer Technokratie abgelöst, die als „jene Chance“ gilt, „die Zukunft ermöglicht“ (29). Dies die Soziologie des Literaturkritikers — woraus, und wäre es nur im Kopf des Kritikers, Konsequenzen sich ergeben, auch wenn es „abenteuerlich sei (...), Konsequenzen zu ziehen“ (29).

„Selbst die Gefahr einer völligen Beziehungs- und Regellosigkeit“ (31) nimmt der Autor dabei in Kauf. Denn der Zerfall althergebrachter Vorstellungen stellt ihm immerhin die Weichen für seine abenteuerlichen Theorien, in denen Sprache als Weltgrund und *causa primans* rangiert. Im Aufsatz „Die Vernunft der Sprache“ wird die für die Bundesrepublik neue „Artikulationspotenz“ der Sprache in Schlag- und Reizwörtern heraufbeschworen, angerufen als „das den Menschen bestimmende Organ des Menschen“, oder sogar als „das bestimmende Organ der Gesellschaft, in der er lebt“ (39). Dann wundert es auch nicht mehr, daß die Literatur nicht nur „die Menschen unmittelbar betreffe“, sondern sogleich als „produktive Energie stetiger Veränderung“ (40) die anscheinend überalterten Produktivkräfte überflügelt. Zwar ist für diese Entfesselung der Produktivkraft Sprache das „Verständnis selbst bei engagierten Lesern oder bei beamteten Literaturkennern (...) gering“, abzusehen ist jedoch, daß einmal auch diese Leser und Kenner der umwälzenden Kraft dieser Produktivität erliegen werden. Vormweg traut ihr einen Wirkungsbereich zu, dem nur mit Entwendungen aus der Marxschen Terminologie beizukommen ist: Sprache „wendet sich, könnte man sagen, gegen die Entfremdung“, und weil bei Marx Entfremdung mit irgendeiner „Trennung“ etwas zu tun hatte, „kulminiert“, dem Literaturkritiker zufolge, diese Entfremdung „in der Trennung von

Überzeugung und Aktion“ (50), die nicht etwa als Parallele oder Widerspiegelung der grundlegenderen Trennung der arbeitenden Produzenten von den Mitteln ihrer Produktion oder als Folgeerscheinung der Trennung von Kopf- und Handarbeit aufgefaßt wird.

Wenn Vormweg mit dem Marxismus etwas zu schaffen haben will, dann doch nur mit einem solchen, „der Überlegungen hervorzubringen vermag wie jene, die Paul Lafargue, der Schwiegersohn von Karl Marx, in seiner Schrift ‚Das Recht auf Faulheit‘ bekanntgegeben hat“ (51). Indessen gilt aber die besagte „Trennung von Überzeugung und Aktion“ Vormweg als Quelle von Ideologie, die er „Ideologie der Unentschiedenheit“ tauft (ebd.), und deren Aufhebung eben wieder der omnipotenten Sprache aufgebürdet wird. Der Trick, der mit Ideologischem aufräumen will, ist ein rein sprachlicher, dezisionistischer Trick. „Das Nachschreiben von Wahrnehmungen (...) entzieht sich konsequent den bekannten, als ordnungsgebend empfundenen Vorgangsmustern“. Gelingt der Trick, so sind die „ideologischen Fixierungen eliminiert“ (53). Die derart befreite Sprache versteht sich als „entideologisiert“, scheint dafür aber auch inhaltsleer geworden: sie „spricht nicht mehr aus (...), was in Modellen von der Welt bereits vorfixiert ist, sondern spricht die Sprache selbst aus, Sprache als die humane Weise der Gegenwärtigkeit und Erfahrbarkeit von Welt“ (ebd.). Womit freilich, gleichsam hinter dem Rücken des Autors, Ideologisches sich doch wieder ins Satzgefüge einnistet. Ohnmächtig kämpft er dem entgegen, denkt jetzt „Entideologisierung“ und „Humanität“ zusammen, vermag erstere jedoch nur in wiederholten sinnleeren Beschwörungen herbeizuführen, die wahrhaben möchten, daß „die Rückgewinnung der Sprache als sie selbst (...) über die Zukunft des Menschen entscheidet“ (56).

Der soziologisierende Literaturkritiker nimmt Sprache für das gesellschaftliche Ganze; Ideologien attestiert er der Ideologiekraftigkeit bar ihrer gesellschaftlichen, arbeitsteiligen Grundlagen. Sie entstehen ihm demgemäß erst dort, „wo ein falsches, nicht in der Sprache korrigiertes Bewußtsein des Ganzen es erlaubt, beliebige Teile und Teileinsichten zu verabsolutieren“ (ebd.). So bringt Vormweg es fertig, die zu Unrecht herrschenden Ideen nicht als Ideen ungerechter Herrschaft zu kritisieren, sondern als die Ideen einer Sprache, die der sprachlichen Korrigierung bedürfe. Als Exekutanten dieser dringlichen Korrigierung würdigt er deutsche Prosaisten der Bundesrepublik — Jürgen Becker, Rolf Dieter Brinkmann, Helmut Heißenbüttel, Arno Schmidt, Peter Weiß —, ihnen ist es vorbehalten, „die Zerstörung jeder Art Gewißheit“ zu betreiben, „die auf überalterten Wertkonstruktionen und in der Vergangenheit etablierten Mustern der Weltdeutung beruht“ (62). Diese Zerstörung ist Vormwegs Emanzipation.

So lange aber kann diese Schriftstellerei noch nicht als emanzipiert gelten, solange sie sich nicht auch vom Aberglauben emanzipiert hat, die Sprache sei „das unmittelbarste Konkrete für Menschen und Gesellschaft, das sie bestimmende Medium“ (142). Die „Vorbereitung einer kritischen Theorie der Literatur“ (59 ff.), als welche Vormweg

seine Aufsätze begreifen möchte, wiederholt nur unterm Vorzeichen der „Entideologisierung“ die zutiefst ideologische Illusion, Sprache sei ein autonomes Medium der Weltveränderung.

Michel van Nieuwstadt (Nijmegen)

Schober, Rita: „Im Banne der Sprache“. Strukturalismus in der *Nouvelle Critique*, speziell bei Roland Barthes. Mitteldeutscher Verlag Halle (Saale) 1968 (121 S., kart., 3,50 M).

Rita Schober, seit 1954 Direktor des Romanischen Instituts der Humboldt-Universität, legt mit diesem Band die Erweiterung eines ebenfalls im Jahre 1968 publizierten Artikels über „Methodologische Probleme der ‚Nouvelle Critique‘, speziell Roland Barthes“ vor. Dabei beschränkt sie sich nicht auf eine Darstellung der Kontroverse zwischen „critique universitaire“ und „nouvelle critique“ — Roland Barthes' Entgegnung auf Raymond Picard liegt Deutsch unter dem Titel „Kritik und Wahrheit“ in der *edition suhrkamp* vor —, sondern liefert ein Panorama strukturalistischer Fragestellungen. Ihr Buch „stellt die erste Auseinandersetzung mit der *Nouvelle Critique* aus marxistischer Sicht dar und besitzt große Bedeutung für die Entwicklung unserer ästhetischen Auffassungen“ (Verlagstext).

Strukturalismus wird von Rita Schober strikt als *Methode* begriffen, was ihr eine vorsichtig-positive Stellungnahme erlaubt, da „man bei der Auseinandersetzung um diese Methode die ideologische Position des einzelnen nicht mit den in der Methode angelegten Möglichkeiten, Grenzen und Fehlern von vornherein gleichsetzen oder verwechseln darf“ (11). Ihre Kritik am Strukturalismus greift auf Argumente von Sartre, Lucien Sève und Garaudy zurück, dabei werden Michel Foucault und dem „Psychologen“ Lacan „besonnene Wissenschaftler wie Claude Lévi-Strauss“ gegenübergestellt, als dessen „Vorgänger“ wiederum einzig und ausgerechnet Lucien Lévy-Bruhl genannt wird.

Die *nouveaux critiques* werden in vier Gruppen eingeteilt: zur *soziologischen Kritik* rechnet vor allem Lucien Goldmann, die *thematische Kritik* wird durch Georges Poulet, J.-P. Richard und J.-P. Weber repräsentiert, Charles Mauron steht für die *Psychokritik* und Roland Barthes wird der *linguistischen Kritik* zugeteilt. Von diesen Gruppierungen schneidet die soziologische Kritik am besten ab. Aus der Tatsache, daß Lucien Goldmann vorschlägt, von der Analyse der einzelnen Werke eines Autors auszugehen und diese chronologisch zu analysieren, folgert Rita Schober, daß Goldmann „sich des historischen Faktors und seiner Bedeutung noch bewußt“ sei (24). Implizit wird Goldmanns Konzept des „genetischen Strukturalismus“ akzeptiert. Am schärfsten wird die Psychokritik verdammt sowie jeder Autor, der bei ihr Anleihen macht. Denn „diese psychoanalytisch orientierte Praxis eines Großteils der *Nouvelle Critique* diskreditierte die ganze Richtung“ (74), wie beispielsweise Roland Barthes, der „die Bewußtheit im künstlerischen Schaffen negiert und es fast auf das Delirium eines Geisteskranken reduziert“ (73).

Vor der eigentlichen Auseinandersetzung mit Roland Barthes bezeichnet Rita Schober, derart einen metakritischen Standort formulierend, die eigene Position als Erneuerung der Literaturwissenschaft durch Rückgriff auf den dialektischen und historischen Materialismus (27). Im folgenden wird die „nouvelle critique“ freilich weniger von einem marxistischen Gesichtspunkt aus analysiert, als das Prolegomenon einer Diskussion der der „nouvelle critique“ immanenten Widersprüche geliefert. Dabei schlägt Rita Schober sich letztlich auf die Seite der „critique universitaire“, wobei sie Aussagen ihres Kronzeugen Lévi-Strauss ein wenig großzügig auslegt.

Der „nouvelle critique“ im allgemeinen, Roland Barthes im besonderen wird die lange Ahnenreihe derer vorgehalten, die bereits ähnliche Konzeptionen vertreten haben: sie reicht von Wölfflin über Walzel und Wolfgang Kayser zu Maurice Blanchot, umfaßt neben Croce und Leo Spitzer die russischen Formalisten und Roman Jakobson. Wie Rita Schober bemerkt, hat selbst der Gedanke, daß Literaturkritik eine Art „Metaliteratur“ sei, Vorläufer: „Er wurde schon 1933 von Benjamin Crémieux in seiner Diskussion mit Georges Saurcade über den Gegenstand der Literaturkritik geäußert...“ (67/68). Kritisiert werden die Zentralbegriffe der *Kontextlosigkeit* und der *Ambiguität* des literarischen Werkes, ebenso die Trennung des Literaturwissenschaftlers vom -kritiker. Auch hier wird die Partei der „critique universitaire“ ergriffen: Denn durch ihre gelegentliche Berufung auf Anthropologie und Historie wird die „nouvelle critique“ gezwungen, auf eben jene „externen“ Erklärungen der literarischen Produktion zurückzugreifen, die sie der „critique universitaire“ gerade anzukreiden pflegt.

Wenn am Ende gesagt wird, eine wirkliche Lösung der von der „nouvelle critique“ gestellten Fragen sei „sicher nur von einer auf der Höhe der heutigen gesamten Wissenschaftsentwicklung stehenden marxistischen Ästhetik zu erwarten“, hätte man gerne eine präzisere Antwort erhalten. Die Aussage, letztlich zeige auch die „nouvelle critique“ alle Anzeichen einer „Krise des spätbürgerlichen Menschen in seinem Verhältnis zur Realität“, ist als Pauschal-diagnose weder von therapeutischem noch informatorischem Wert.

Wolf Lepenies (Berlin)

Soziologie

Reimann, Horst, und Klaus Kiefer: Soziologie als Beruf.

Eine Untersuchung über Herkunft, Studiensituation und Berufsbild von Soziologie-Studenten. 2., überarbeitete und ergänzte Auflage. J. C. B. Mohr, Tübingen 1969 (132 S., kart., 15,— DM).

Diese auf einer schriftlichen Befragung Heidelberger Soziologie-Studenten aus den Jahren 1961 und 1966 beruhende Studie versucht die soziale Herkunft, die Studienmotivation sowie die Selbsteinschät-

zung der Berufschancen dieser Studenten zu ermitteln. Die Auswertung ergab, daß die Heidelberger Soziologie-Studenten häufiger in Großstädten beheimatet sind als die übrigen der BRD, was durch das überwiegend großstädtische Einzugsgebiet der Heidelberger Universität (Mannheim-Ludwigshafen, Karlsruhe) erklärt wird, und daß der überwiegende Teil (1961: 56 %, 1966: 67 %) aus der Mittelschicht stammt (das Schichten-Modell scheint nicht trennscharf konzipiert, so daß diese Werte nur näherungsweise gelten). Die Untersuchung bestätigt auch die Tatsache, daß (gemessen an ihrer Verteilung in der Bevölkerung) mehr Protestanten als Katholiken im allgemeinen und Soziologie im besonderen studieren (1961 lautete das Verhältnis: 2:1, 1966: 3:1), und ermittelt, daß der Prozentsatz der konfessionslosen Soziologie-Studenten in Heidelberg von 1961 bis 1966 von 11 % auf 16 % stieg.

Wird nun einerseits das Überwiegen protestantischer Studenten an den Universitäten in Anlehnung an Max Weber mit der engen Verwandtschaft von protestantischer Ethik und kapitalistischem Geist erklärt, so wird zugleich auch der sozialreformerische Impetus der Soziologie-Studenten auf eine Säkularisierung dieser „religiösen Impulse und Energien“ zurückgeführt: „Aus puritanischen Philantropen werden sozialreformerische Fabrier, sozialistische Bodenreformer, demokratische Sozialisten und marxistische Weltrevolutionäre, bei denen die Bindung an chiliastische Vorstellungen und die Intention zu deren Realisierung offenkundig sind“ (24 f.). Und diese stellen dann folgerichtig Anforderungen an die Wissenschaft der Soziologie, „der sie, insofern sie sich als wertfreie Wissenschaft — im Sinne Max Webers — begreift, schwerlich zu entsprechen vermag“ (25). Deuten sich in diesen Sätzen einerseits die nach Heidelberg vordringenden Vorboten der im Bereich der Geisteswissenschaften beginnenden Studentenrevolte an, so zeugen sie andererseits von dem Unverständnis der Weberschen „These von der ‚Wahlverwandtschaft‘ zwischen asketischem Protestantismus und kapitalistischem Geist“ (22). Denn indem Max Weber die formale Wertorientierung als Indikator für kapitalistische Rationalität bestimmt, ist eben gerade die materiale Wertorientierung säkularisierter religiöser Ethik nicht kapitalistisch und in seinen Darstellungen ein spezifisches Zeichen katholischer Brüderlichkeitsethik (cf. Max Weber, Ges. Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, 3. Auflage, Tübingen 1963, S. 1—207 und S. 536—573). — Hätte man von einer Studie, die — schon vom Titel her — sich M. Weber verpflichtet weiß, eine bessere Kenntnis seines Denkens erwarten können, so entpuppt sich auch die empirische Absicherung der theoretischen Aussagen als unzureichend: zwar wird mit Hilfe einer offenen Frage ermittelt, daß 83 % (1961) bzw. 76 % (1966) aller Hauptfachstudenten als Motivation ihrer Studienwahl das „Interesse“ an diesem Bereich angaben (wegen der „Berufschancen“ wählten es 17 % bzw. 13 %) (54), aber der folgende Motivkatalog wird quantitativ nicht aufgeschlüsselt und schon gar nicht mit dem säkularisierten religiösen Impetus korreliert. Zudem fehlt dieser Studie jeder Versuch, typische Verhältnisse in der Sozialisa-

tion dieser Studenten (Elternhaus, Schule, Kirche) zu ermitteln, so daß z. B. die grundlegende Gleichsetzung von Religionszugehörigkeit und religiösem Bewußtsein nicht einmal gesichert ist (eine Frage nach der Häufigkeit gegenwärtigem bzw. vergangenen Kirchenbesuchs wäre in diesem Falle aufschlußreich gewesen).

Gerd Ziob (Berlin)

Müller, Peter: *Die soziale Gruppe im Prozeß der Massenkommunikation.* Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1970 (261 S., kart., 34,— DM).

Müller bemüht sich in seiner jetzt allgemein zugänglichen Dissertation indirekt um die Theoriebildung auf dem Gebiet der Massenkommunikation. Zu diesem Zweck behandelt er das Zusammentreffen von sozialer Gruppe und Massenkommunikation als die Gegenüberstellung von „zwei Trägern sozialen Einflusses“. Das Schwerkgewicht seiner Darstellung liegt „dabei auf dem informellen Kommunikationssystem und seiner Bedeutung für den Prozeß der Massenkommunikation“ (V). Für die, theoretisch gesehen, geringe Relevanz der Bemühungen Müllers spricht aber, daß die starke Berücksichtigung der informellen Kommunikation nicht theoretisch bzw. noch nicht einmal, wie vage auch immer, „wissenschaftspragmatisch“ legitimiert wird. Daß es nicht gelingt, Massenkommunikation und informelle Kommunikation in sozialen Gruppen als zwei Erscheinungsformen einer vermittelnden gesellschaftlichen Totalität aufzuzeigen und zu analysieren, läßt sich bereits an formalen Momenten aufzeigen. Der ausgeprägte Hang zu Verbaldefinitionen, zu Modellkonstruktionen, aus denen sog. theoretische Schlüsse gezogen werden, und zu Klassifizierungen (bes. 1 ff., 27 ff., 60 ff., 124 ff.) sowie die zu weitgehende Abstraktion von empirischen Daten — die dann auch noch positivistisch hingenommen werden — deuten an, daß Müllers Versuch, die soziale Gruppe (i. s. wesentlich Primärgruppen) als Determinante des „sozialen Prozesses“ Massenkommunikation zu begreifen, abstrakt bleibt. (Abstrakt darf hier aber nicht mit einer kategorialen, abstrakt-allgemeinen Darstellung und Kritik verwechselt werden.)

Müller verzichtet auf eine intensive Berücksichtigung der thematischen, nicht zuletzt herrschaftssoziologischen Dimensionen, Wirkung der Massenkommunikations, Verhalten (z. B. als Konsument, Wähler etc.) der Rezipienten sowie primäre und sekundäre Sozialisation; gerade von daher aber lassen sich sinnvoll Hypothesen für eine materialistisch angelegte Theorie der Massenkommunikation im Kontext der Entwicklung des Kapitalismus gewinnen. Dieser Verzicht bringt es vor allem mit sich, daß Müllers Darstellung amerikanischer Theoreme („Two-Step-Flow of Communication“, „Opinion Leader“-These u. a.) und US-bezogener Umfrageergebnisse einer radikalen, d. h.: zugleich ausführenden und kritischen, Dimension entbehrt. Der Nutzen des Müllerschen Buches ist deshalb weitgehend nur der eines

strukturierten Referats und Forschungsberichts; Problembewußtsein wird bei der Lektüre vorausgesetzt.

Das quasi-arbeitsteilige Kommunikationsverhalten von „Opinion Leader“ und „Follower“ wird so nicht durch Hinweis auf die arbeitsteilige Organisation der Produktion, auf die Existenz politischer und sozialer Herrschaft usw. abgeleitet. Die deskriptiven Begriffe werden übernommen und neu kombiniert (bes. 123 ff.). So kommt Müller auch über einen kurzfristigen Problemhorizont nicht hinaus. Er sieht zwar, daß das individuelle Mitglied einer sozialen Gruppe sowohl von der Gruppe als auch von den Medien sozial beeinflußt wird; er vermag aber beide Möglichkeiten von Beeinflussung nicht langfristig aus der Tatsache herzuleiten, daß Massenmedien auf Bewußtseinszustände rekurrieren, die sie wesentlich selbst mitbestimmen. Es muß also bezweifelt werden, ob man überhaupt — wie Müller dies tut — die „soziale Gruppe“ als gleichwertigen Beeinflussungsfaktor parallel zu den Massenmedien betrachten kann.

Wenn Müller in diesem Zusammenhang, zu Recht, auf den Mangel an langfristigen Wirkungsanalysen hinweist (230 f.), so verkennt er, daß es auch heute schon möglich ist, fundierte Aussagen über die Wirkung von Massenkommunikation als Sozialtechnik und schichten-spezifisch eingesetztes Lenkungsinstrument zu machen. Zur Tendenz derartiger, realdefinitorischer Aussagen läßt sich mit Horst Holzer folgendes ausführen: „Der Charakter der massenmedialen Institutionen als direkt oder indirekt gewinnorientierter Warenproduzenten und die Bereitschaft großer Gruppen der Bevölkerung, sich deren Informations- und Unterhaltungsangeboten anzuvertrauen, ist in Zusammenhang zu sehen mit der Organisation der bundesrepublikanischen Gesellschaft, in der das Interesse kleiner Kontrollgruppen in Wirtschaft und Politik... dominiert, individuelle wie kollektive Bedürfnisse nur hinsichtlich ihrer profit- und wahlstimmenschaffenden Verwertbarkeit beurteilt werden und effektive Mitbestimmung der Lohn- und Gehaltsabhängigen in Politik und Ökonomie fehlt.“ — Gegenüber einer solchen Forschungstendenz erscheint Müllers Beitrag als ein elfenbeinernes Hilfsmittel, das wichtige, „klassische“ Teile der US-Literatur schnell und zuverlässig positivistisch vermittelt.

Eike Hennig (Frankfurt/M.)

Neubert, Wolfram, und Klaus Ziermann: Klassenbewußtsein gegen Manipulation. ABC des Marxismus-Leninismus, hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Dietz Verlag, Berlin 1969 (63 S., kart., 0,60 M).

Die Autoren konzentrieren sich auf die Bewußtseinsentwicklung als Moment des Klassenkampfes, der seit Bestehen der sozialistischen Staaten zugleich eine Systemauseinandersetzung impliziert: Der internationale Klassenkampf „verlagert sich“ (richtiger wohl: ergreift zunehmend auch) „immer mehr auf das ideologische Gebiet, in Gestalt verstärkter ideologischer Diversion gegenüber den sozialisti-

schen Ländern, im Ausbau des ideologischen Herrschaftssystems nach innen, in der geistigen Manipulation“ (16). Das ist dem Sozialismus darum so gefährlich, weil das sozialistische Bewußtsein, bestimmt als „proletarisches Klassenbewußtsein auf qualitativ neuer Stufe“, eine „der wichtigsten Triebkräfte für die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse“ (18) ist. Wie die gesamtgesellschaftliche ist „auch die Bewußtseinsentwicklung ... kein spontaner Prozeß. Sie muß ebenfalls geleitet und gelenkt werden“ (21). Methoden wie Ziele aber unterscheiden sich prinzipiell von kapitalistischer Manipulation: Ziel ist, „das Bewußtsein aller Bürger in Übereinstimmung mit den objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen zu bringen“ (22). Demgegenüber stehen die Methoden der Konterrevolution: „Unter Ausnutzung nationaler Verschiedenheiten, religiöser Überlieferungen, auch menschlicher Schwächen wie der Neugier, der weiblichen Eitelkeit, der Sehnsucht nach Vergnügen ist die Indifferenz zu den Zielen kommunistischer Staatsführung zu fördern ... mit dem Ziel, die Bevölkerung bis zum passiven Widerstand (...) und zur Sabotage zu bringen“ (32). Die neueste ist Kritik „im scheinsozialistischen Gewande“ (35); in der Wandlung des Anti- zum Idealkommunismus sehen die Autoren zu Recht eine Veränderung in der Form, nicht eine des Ziels.

Obwohl „die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ... immer noch spontan bürgerliches Bewußtsein unter den Ausgebeuteten“ erzeugen (40 f.), erzwingen Systemkonkurrenz (vor allem die Existenz der DDR) und wissenschaftlich-technischer Fortschritt in der BRD verstärkte Manipulation. Deren „sozialer Inhalt“ ist „Integration der Werktätigen in das staatsmonopolistische System“ (43 f.). Der „theoretische Gehalt“ besteht in der Suggestion, prokapitalistisches Denken könne den Arbeiterinteressen entsprechen (44). Die Steuerung ist wissenschaftlich-systematisch, aber unauffällig. Der „ideologische Machtapparat“ besteht aus privaten Meinungsbildungs- und Kulturkonzernen, öffentlich-rechtlichen Anstalten und direkten staatlichen Einrichtungen, als deren „ideologische Leitlinien“ die Autoren aufzählen: Antikommunismus, Revanchepropaganda, „Friedensdemagogie, verbunden mit gleichzeitiger Kriegsverherrlichung“, Zynismus als Botschaft der Kunst, Entpolitisierung durch Ablenkung auf Unwichtiges (45 f.).

Im Unterschied zu der sonst prinzipiell nützlichen Systematik fehlt in dieser eher kumulativen Aufzählung die Erklärung der einzelnen, für Produktions- und Konsumtionssphäre und für Einzel- und Gesamtkapital notwendig verschiedenen Strategien; offen bleibt die Frage, inwieweit und wodurch ein relativ homogenes System der Manipulation entstehen kann, trotz fortbestehendem anarchischen Grundcharakter des Kapitalismus. Hanns-Werner Heister (Berlin)

Krauß, Lutz, u. Hans Rühl: Werbung in Wirtschaft und Politik. Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht 3/4. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1970 (112 S., kart., 10,— DM).

Die Untersuchung bietet eine Zusammenstellung wichtiger Materialien zum Problem von Werbung und politischer Manipulation. Selbstdarstellungen von Werbetreibenden, statistische Angaben über die Höhe der jährlichen Werbekosten in der BRD und ihre Verteilung auf die Werbeträger Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen, Werbetexte und die kritische Literatur von Habermas, Horn, Marcuse, Mitscherlich, Baran/Sweezy, den frühen Argumentbeiträgen bis hin zu den Arbeiten Vance Packards und Bongards, die mehr vom Skandal ihres Gegenstands leben als daß sie ihn destruierten, sind in einer Weise durch kommentierende Texte dargestellt und angeordnet, die die Bemühung der Autoren um wissenschaftliche und didaktische Adäquanz der Darstellung verrät. Ziel der Modelle ist es, „an einzelnen Problemen die Grundstrukturen unserer Gesellschaft aufzudecken und zugleich Gelegenheit (zu) bieten, politisch-soziologisches Denken einzuüben“ (110). Wenn sich die Ergebnisse der Arbeit nicht vollkommen mit den Absichten der Herausgeber decken, liegt das am methodischen Zugriff, genauer: am Verzicht auf die sozio-ökonomische Analyse von Werbung zugunsten einer kaum durch „didaktische Gesichtspunkte“ (110) allein motivierten Einschränkung auf Probleme der ideologischen und psychischen Manipulation in der Zirkulations- und Konsumtionssphäre. Werbung wird als „einer der wirksamsten Integrationsmechanismen eines auf privater Kapitalverwertung basierenden Systems“ bezeichnet (6); Werbung „ist für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Herrschafts- und Machtkonstellationen erforderlich. Im Dienste der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger hat Werbung dabei die Funktion, auf Kosten der Befriedigung objektiver Bedürfnisse der Konsumenten die Realisierung der aus dem subjektiven Profit- und Machtinteresse herrschender Gruppen hervorgehende Bedürfnisse sicherzustellen“ (6). An dieser Definition ist soviel richtig, daß infolge des hohen Vergesellschaftungsgrades der Produktivkräfte im Kapitalismus nicht nur die Zirkulations- und Distributionssphäre, sondern auch die Bedürfnisse der Lohnabhängigen einer steigenden aber keinesfalls widerspruchsfreien bzw. totalen Planung durch die Agenten des Verwertungsprozesses unterworfen werden. Widersprüche der Produktionssphäre treten als Widersprüche der Zirkulations- und Distributionssphäre auf, ohne daß sie stets als solche erkannt würden. In diesem Fall entsteht wie bei Krauß/Rühl der Eindruck, der „Demokratisierung der Gesellschaft und der Emanzipation des Menschen“ stünden einzig die „Manipulationsmechanismen“ der Werbung entgegen (7). Kritik erschöpft sich deshalb in der „Schärfung des kritischen Bewußtseins des Schülers“ (7), in der Erziehung des manipulierten Verbrauchers zum „kritischen und aufgeklärten Verbraucher“ bzw. „Konsumenten“ (12 u. 13) oder beschränkt sich auf eine immanente Kritik an Werbung, deren Versprechungen auf „Demokratisierung“ des Konsums ideologiekritisch ihren manipulativen Praktiken konfrontiert werden (58 ff.). Wieweit ein solches Vorgehen mit dem Bewußtseinsstand der Schüler sich rechtfertigen

läßt, mag offenbleiben. Allzuviel sollte man von derlei „Entlarvungen“ aber schon deshalb nicht erwarten, weil sie den „aufgeklärten“ Schüler in der Rolle belassen, in der das Verwertungsinteresse ihn allein sehen möchte: als Konsumenten.

Festzuhalten ist demgegenüber am Vorrang der Produktion vor der Konsumtion: „Die Produktion produziert die Konsumtion daher, 1. indem sie ihr das Material schafft; 2. indem sie die Weise der Konsumtion bestimmt; 3. indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnisse im Konsumenten erzeugt. Sie produziert daher Gegenstand der Konsumtion, Weise der Konsumtion, Trieb der Konsumtion“ (Marx: Grundrisse, S. 14). Alle Widersprüche der Produktion, insbesondere der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, treten in der Konsumtionssphäre wieder auf und werden hier nur in scheinhafter Form gelöst. Das „Scheinbild der klassenlosen Kultur“ (Haug) soll die tatsächliche Ungleichheit der Produzenten gegenüber dem Kapital verdecken und die Artikulation des Klassenbewußtseins hemmen. Dies kann nur in einer Weise geschehen, die den objektiven Interessen der Produzenten nachgibt, sie aber gleichzeitig um ihre tatsächliche Erfüllung zu betrügen sucht. Das bestätigen Krauß/Rühl, wenn sie der Werbung zugestehen, daß sie „einerseits Existenzfragen anspricht und provoziert, andererseits jedoch keine Lösung im Interesse des Konsumenten bietet“ (61). Gleichzeitig unterschlägt jedoch die Rede von „den irrationalen Verhaltensweisen der Verbraucher“ (40) das Recht der Lohnabhängigen (von denen nur vage als „Konsumenten“ bzw. „Bürgern“ die Rede ist) auf Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse zugunsten einer Überbetonung der Momente des Scheinhafte und des Betrugs bei deren Erfüllung. Konsequenz wäre am Widerspruch zwischen objektiven und scheinhaften Bedürfnissen in der zielverschobenen Erfüllung selbst festzuhalten. So wird etwa die Erfüllung der kollektiven Solidaritätsbedürfnisse der Massen zurückgebogen zu statischer Gruppenkonformität, Narzißmus und verdinglichter Sexualität; wird der Klassenkampf in starren-Freund-Feind-Schemata zu bereinigen versucht (Waschmittelreklame); werden Sensibilität und gesellschaftlich entfaltete Individualität in bürgerliche Aufstiegsmodelle eingezwängt und so bürgerlich-kapitalistischem Prestigedenken verfügbar gemacht. Die gesellschaftliche Dialektik derartiger Strategien reicht weit über die von Krauß/Rühl konstatierten „Analogien“ zwischen „politische(n) Einstellung(en), Rollen und Programmpunkte(n)“ und „Produkten der Markenartikelindustrie“ (85) hinaus. In solchen Analogien schlägt das Abgewehrte durch und meldet in sprachlicher Mimesis ans unterdrückende Prinzip den eigenen Anspruch an. Es gilt deshalb, in der Interpretation der Abwehrtechniken des Kapitals praktische Ansatzpunkte für den Umschlag vom Konsumenten zum sozialistischen Produzenten erkennbar zu machen. Lutz Winckler (Tübingen)

Menge, Wolfgang: *Der verkaufte Käufer.* Die Manipulation der Konsumgesellschaft. Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1971 (368 S., Lw., 22,— DM).

Erscheinungen der Werbe- und Verkaufstechnik geben sich in diesem unsystematischen Beschwerdekatalog über die Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft die Hand mit Erscheinungen aus Zusammenhängen der Warenfälschung, der Umweltverschmutzung, der Versetzung von Lebensmitteln mit Chemikalien und der luxurierenden Entwicklung bestimmter Waren weg vom unbedingt Notwendigen. So heterogen die Gebiete sind, die Menge ohne erkennbar sachlich begründete Reihenfolge durcheilt, so sprechen doch viele der zitierten Erscheinungen von sich aus die schreiende Sprache des vielgestaltigen Massenbetrugs und des zugrundeliegenden Klassegegensatzes, wie er auf dem Markt, in der Zirkulationssphäre erscheint.

Einzelne Abschnitte folgen der Sprache der Phänomene so aufmerksam, daß deutliche Teilbilder entstehen —, so etwa im Abschnitt über „Verkauf als Gesprächssystem“, 299 ff. Zum Beispiel wird dort die bis in die Sprachregelung reichende Systematik dargestellt, in der das Verhalten der Verkäufer den Verwertungsstandpunkt zu personifizieren hat. „Manche Ladenbesitzer verbieten ihren Verkäufern, das Wort ‚kaufen‘ jemals zu verwenden“ (334). Desgleichen werden vom Standpunkt der Kapitalverwertung konsequent Wörter wie „Geld“, ja selbst „Vertrag“ und „Unterschrift“ vermieden, die das grundlegende Interesse durchscheinen lassen und waches, aufmerksames Bewußtsein beim Käufer begünstigen könnten.

Was Verf. versäumt, ist die Ableitung solcher Phänomene. Dem Durcheinander von Gebieten und Problemen entspricht das Fehlen einer ökonomisch abgeleiteten und zusammenhängenden Begrifflichkeit, mit deren Hilfe der Stoff analysiert werden könnte. Was derart system- und begriffslos hergestellt ist, verrät am Ende doch so etwas wie ein System, das deshalb von Interesse ist, weil es auf Massenwirksamkeit hin zugeschnitten ist. Das Buch hebt an mit der ausführlichen Versicherung, es liege ihm keine Absatzkalkulation zugrunde, der Verfasser habe nicht etwa eine Marktlücke ausgespäht und das Buch passend für sie geschrieben. Menge geht so weit, eine Zurückhaltung seines Verlegers in Sachen Werbung und Marketing anzudeuten. Hierzu sei daran erinnert, daß es der Molden Verlag war, der auf dem westlich-deutschsprachigen Buchmarkt besonders aggressive Methoden der Vermarktung eingeführt und Millionen dafür ausgegeben hat. Seinem Verlagsleiter Olaf Paeschke, den inzwischen der Bertelsmann-Konzern engagiert hat, wird das Verdienst zugeschrieben, in der BRD die „Buch-Promotion“ heimisch gemacht zu haben, die den Verwertungsstandpunkt auch in dieser noch immer durch Reste kultureller Traditionen mitbestimmten Branche zu enthemmter Wirksamkeit bringt. Auch wenn der Verlag seinen Autor Menge nicht als Spitzenreiter veranschlagt und deshalb nicht geradezu, wie für die Knef, eine Deutschlandtournee für ihn veranstaltet, auch nicht 150 ausgesuchte Kulturjournalisten in einer Chartermaschine an seinen Urlaubsort fliegt, so wirken eben doch die einleitenden Antiwerbungstopoi nicht anders als Werbung.

Auf systemlose Weise entstand in Menges Buch ein recht systematischer Versuch, vor allem kleinbürgerliche Leser in stagnierender

oder von Deklassierung bedrohter Situation in ihren Ängsten und ihrem berechtigten aber unklaren Gefühl zu bestätigen, betrogen zu sein, ohnmächtig, bedroht von Giften; die Informationen geben solchen Gefühlen immer neue Nahrung. Es wird aber keine Handlungsmöglichkeit von Belang aufgewiesen. Auch der Sozialismus wird, kaum am Horizont aufgetaucht, dick durchgestrichen. Ebenso unwahr wie töricht wird suggeriert, in der DDR, die stellvertretend für Sozialismus genommen wird, sei es genauso wie im Kapitalismus. Es wird ein Satz aus einer DDR-Veröffentlichung über „Verkaufsförderung“ zitiert und ohne alle Umstände und Bedenken verallgemeinert: „Dieser kurze Hinweis mag möglicherweise Typen verunsichern, die vermuten, alles was in diesem Buch geschildert wird, sei durch unser System verursacht. Leider entspricht es nicht der Wirklichkeit; was ich bedaure, aber nicht ändern kann“ (346). Marx wird beiläufig erledigt, indem er völlig unsinnig zitiert wird. Wieder einmal ist es der „Fetischcharakter“ — und hiermit hat die Vorliebe für diesen Topos aus der „linken“ Diskusion würdig Eingang in die konservative Kulturkritik gefunden —, der im Tatbestand des Leitbildes und des Images am Werke gesehen wird, in dem, was die Ware über ihren „Nutzwert“ hinaus habe. Sehr scharfe Ausfälle richtet Menge auch gegen den Raiffeisenverband und gegen das Verkaufskontor der Molkereigenossenschaften. Den Bauern gibt er zu verstehen, ihr Unglück sei in ihrer Mitgliedschaft in diesen Organisationen begründet. Im Guten eröffnet Menge eigentlich kaum mehr als den Ausblick auf das, was unter dem Namen „organic food“ in den letzten Jahren große Teile der ihrer Gesellschaft und dem Staat entfremdeten Schichten und Gruppen in den USA für sich gewonnen hat. Indem Menge, wie vor ihm viele oberflächliche „neue Linke“, die Werbung unmittelbar aus der Überproduktion ableitet und ihr die Kraft zuschreibt, den Konsum zu steigern; indem er so weit geht, anzudeuten, ohne Werbung würden nur „Bruchteile“ dessen gekauft, was mit ihr gekauft und also verbraucht wird, bahnt er unterschwellig ihre Anerkennung unter der Maske unerbittlicher Gesellschaftskritik an. Denn die Menge der Reichtümer ist für die Massen nicht das Problem, sondern noch immer der Mangel und der hohe Preis, der für einen bescheidenen Anteil bezahlt werden muß, individuell wie gesellschaftlich. So bedeutet Menge, die eigentliche Gefahr, das, wovor die „bürgerliche Welt“ zutiefst erschrocken sei, sei der drohende „Konsumverzicht“ der Jugend (272). Konsumverzicht, aufgenötigter, ist etwas, was trotz aller Klagen an der Oberfläche die Massen, auch die quengelnden Kleinbürger, mehr fürchten als den universellen Betrug, den Menge in seinem Skandalkatalog hier und da aufscheinen läßt. Stellt man die Punkte, in denen er die Leser negativ und positiv bestärkt, zu einem Profil zusammen, so ergeben sich die Umrisse eines „Syndroms“, wie es in den USA für die Wähler von Wallace und in der BRD für die der NPD kennzeichnend sein mag¹. Universelle

1 Das Buch wird in der Tat, wie ich nach Abfassung der Rezension feststellte, neben andern Titeln in der „National- und Soldatenzeitung“ als Prämie für die Anwerbung neuer Abonnenten angeboten.

Bedrohung von schleichenden Giften und Betrug, personalisierende Ressentiments gegen die Reichen („Reichtum an sich ist ja nichts Böses, schlimm sind nur die meisten Leute, die reich sind“, 273) bei Festhalten am System des Privateigentums, antigenossenschaftliches Ressentiment, Abriegelung des Sozialismus, schlechtes Gewissen im Verhältnis zum Konsum, der als das bestimmende Charakteristikum der BRD-Gesellschaft angegeben wird, die als „Konsumgesellschaft“ bestimmt ist. Das Kunststück ist vollbracht, den Kapitalismus gerade unter den Phänomenen zu verstecken, die auch in den Augen breiter kleinbürgerlicher Massen gegen ihn sprechen, und zugleich alle Kritik gegen ihn als gegen die „Konsumgesellschaft“ zu richten, was alles Interesse am Konsum gegen den Antikapitalismus richtet.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Psychologie

Benesch, Hellmuth, und Friedrich Dorsch (Hrsg.): Berufsaufgaben und Praxis des Psychologen. Darstellung der psychologischen Berufe. Problematik, Geschichte, gegenwärtiger Stand und Ausblick. Ernst Reinhardt Verlag, München und Basel 1971 (130 S., kart., 11,50 DM).

Das Problem der Berufspraxis des Psychologen, vor allem von Studenten in letzter Zeit aktualisiert, ist zum ersten Mal in Form eines Buches aufgegriffen worden. Allerdings von unerwarteter Seite: Hochschullehrer des Tübinger Psychologischen Instituts haben 14 „Berichte aus der Praxis“ zusammengestellt und ihnen ihren theoretischen Rahmen gegeben.

Anstoß für diese Darstellung ist die Auseinandersetzung mit „kritischen Psychologen“. Bei diesen konstatiert der Universitätspsychologe *Kaminski* ein Dilemma: „Das von jenem kritischen Psychologen akzeptierte und als Grundlage seines Handelns tatsächlich angewandte Wissen ist nur begrenzt brauchbar; das psychologische Wissen, das für ihn brauchbar sein könnte, wird von ihm nicht akzeptiert, weil es mit dem Odium der Manipulation behaftet scheint“ (19 f.). Wenn diese Kritik zutreffen mag auf die antiautoritäre Studentenbewegung an Psychologischen Instituten, die (mit neuem „standespolitischem“ Denken) durch Seminar- und Kongreßsprengung sich von ihren Professoren „vätern“ emanzipieren wollte, so ist die Situation heute (1971) wohl eher so, daß die kritischen Studenten ihren Kritikbegriff nicht mehr (oberflächlich) von der Frankfurter Schule holen, sondern versuchen, die Psychologie als Wissenschaft *einer* Klasse zu entlarven. *Kaminski* macht nun allerdings zwei Vorschläge, wie mit der Kritik umzugehen sei, die die Untersuchung der Funktion der Psychologie unmöglich machen: Er bemüht eine „Psychologienethik“, wie sie den Realitäten des Berufslebens von Psychologen im Monopolkapitalismus nicht entsprechen kann. „Der kriti-

sche Impetus unter unseren Studierenden kann uns sicher sehr hilfreich sein im Aufdecken mancher Gedankenlosigkeiten, an die wir uns bedenklich leicht gewöhnt hatten“ (21). Und er versucht (eben in der Denkweise der bürgerlichen Psychologie) die Kritik als individuelles Problem der Kritiker zu sehen, indem er vorschlägt, das oben zitierte Dilemma als „psychologisches Interpretationsproblem“ zu behandeln (20).

Die bürgerliche Psychologie, die über die quantitativen Verhältnisse ihrer beruflichen Anwendung nur unzureichend informiert ist (22—31), stellt sich eine politische Frage: soll die Psychologie „nur sich selbst dienen“, und somit jedem Auftraggeber dienstbar sein — „oder soll sie (darüber hinaus unter Umständen demgegenüber) der Intention dienen, in einer Zeit drohender Enthumanisierung der Menschenwürde den Weg bereiten helfen?“ (Benesch, 31) Die Beiträge der meisten Praktiker geben eine eindeutige Antwort. Dies läßt sich an einigen Fragestellungen nachweisen. Wenn Dorsch in seinem Aufsatz über die Geschichte des Psychologenberufes angibt, daß als Gegenleistung für die Befriedigung „zumeist auch in der menschlichen Gesellschaft verbreiteter Bedürfnisse“ (32) durch die Ausübung eines Berufes neben der Existenzsicherung „soziale Sicherheit“ geboten wird, so spricht er damit für die zu Wort kommenden Praktiker ein wichtiges Problem an: die Selbsteinschätzung, das Selbstwertgefühl. Fragebogenerhebungen bei Psychologen decken immer wieder eine große Unsicherheit in der Einschätzung des eigenen Berufes auf (so z. B. bei M. Kuda: Praktische Diagnostik, unveröffentlichte Diplom-Arbeit, Gießen 1971). Viele Psychologen lösen das Problem, indem sie einen Klassenstandpunkt beziehen, den sie selbst nicht durchschauen: so, wenn der Industriepsychologe Autorität im Betrieb abbauen will (110) und gleichzeitig die enge Zusammenarbeit mit der Unternehmensleitung betont; wenn der Betriebspsychologe als Partner des Psychologen „hauptsächlich Führungskräfte“ (45) sieht; wenn der Markt- und Werbepsychologe die Chancen des Aufstiegens zum Kreativdirektor anpreist (46), damit der Psychologe „nicht ewig im Schatten der führenden Marktstrategen“ bleibt (47). Psychologen im Sozialisationsbereich (Schulpsychologen, Psychologen im Strafvollzug u. a.) schätzen ihre Aufstiegschancen und ihre Arbeitsbedingungen realistischer (76, 116, u. a.), d. h. hier negativer und bezeichnenderweise resignativ ein (was sich in der Praxis z. B. dadurch ausdrückt, daß von etwa 10 Gefängnispsychologen in Hessen 3 gleichzeitig ihren Dienst in diesem Bundesland quittiert haben). Dennoch zieht Benesch ein insgesamt „positives“ Fazit: „Wir kennen Psychologen, die zum Personalchef avancierten, im Entwicklungsdienst Führungspositionen übernommen haben oder als Heimleiter, Marketing-Manager, Verlagsleiter, Geschäftsführer, Werbeleiter ... tätig sind“ (121).

Der Beitrag des Bundeswehrpsychologen über die Psychologentätigkeit in der Bundeswehr steht ganz in der Kontinuität der Wehrmachtpsychologie des deutschen Faschismus (63), die eine „anerkannte Vorrangstellung“ (63) einnahm. (Aus dem Bericht über die

Bundeswehrpsychologie ist auch eine Zahl zu entnehmen, die der Psychologie eine nicht zu unterschätzende Bedeutung in der BRD zukommen läßt: seit 1957 wurden 1 383 700 Personen in der Bundeswehr psychologisch begutachtet — in der BRD gibt es insgesamt nur 3500 Psychologen mit abgeschlossener Ausbildung.)

Für die hier schreibenden Praktiker läßt sich leider *nur* die Akkordarbeit eines Arbeitenden weitestgehend fehlerfrei objektivieren (43); müßte der Patient „durch den finanziellen Druck an der Bearbeitung seiner Konflikte interessiert“ werden können (86); ist die Verbrauchermanipulation durch Werbung „nur dummes Gerede und Journalistengeschwätz“ (48).

Bei der Diskussion um die Berufsperspektive der Sozialwissenschaftler, vor allem der Psychologen, ist diese entlarvende Selbstdarstellung gut geeignetes Arbeitsmaterial.

Alfred L. Lorenz (Gießen)

Waelder, Robert: Die Grundlagen der Psychoanalyse. Schriften zur Psychoanalyse und Psychosomatischen Medizin. Band 1. Gemeinschaftsverlag Hans Huber, Bern, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1963 (249 S., Ln., 14,80 DM).

Robert Waelder gehört zur zweiten Generation Wiener Schüler um Sigmund Freud. Seit 1938 lebt er in den USA. Er hat mit den „Grundlagen der Psychoanalyse“ einen „Essay“ (11) vorgelegt, dem man trotz seiner großen Beschränktheit eine Art Zustimmung nicht versagen kann. Das Buch ist nämlich in einer Einfachheit und Klarheit geschrieben — ohne die Probleme übermäßig zu versimpeln —, die man bei Psychoanalytikern nicht eben oft findet. Der Autor gehört zu den „orthodoxen“ Psychoanalytikern und lehnt demzufolge die „dissidenten Schulen (Abfallbewegungen)“ (79) ab. Insofern bietet das Buch keine Auseinandersetzung mit „der“ Psychoanalyse, wie man den Titel mißverstehen könnte, sondern eine Darstellung der Freudschen Schule im engeren Sinn. Nach einer Einleitung, die sich mit der Möglichkeit der Verifizierung psychoanalytischer Deutungen und Theorien befaßt, gliedert sich das Buch in zwei Teile: I. Die historische Entwicklung der psychoanalytischen Gedankengänge. II. Übersicht und Darstellung der grundlegenden Begriffe. Dabei beschränkt sich Waelder selbst auf engumgrenzten Raum: für ihn hat Psychoanalyse nur mit der „Exploration des Unbewußten und dem Bemühen, es dem Patienten bewußt zu machen“ (198) zu tun. Daran knüpft sich die „klassische“ Therapie. Alles andere ist schon „erzieherische Psychotherapie“ oder „psychoanalytisch orientierte Psychotherapie“, der Waelder grundsätzlich skeptisch gegenübersteht. Der Gegenstand der Psychoanalyse ist für Waelder direkt nur das Gebiet der *Psychoseurosen* (Hysterie, Phobien, Zwangsneurosen), d. h. jene psychopathologischen Erscheinungen, die schon von Freud als „der“ Psychoanalyse gemäß dargestellt worden sind. Kurz, Waelder stellt sich als eher restriktiver Interpret Freudscher Positionen dar. So ist es nicht

verwunderlich, daß er die Freudsche Neurosentheorie exakt übernimmt, mit der Trias: innerer Konflikt — mißlungene Verdrängung — Wiederkehr des Verdrängten; dabei den Hauptakzent auf den *inneren Konflikt* legend; daß er den „konstitutionellen Faktor“ der Neurose betont und bei der Diskussion der Aggressivität für eine angeborene Eigenschaft votiert. Für Waelder gehört „Gesellschaft“ zur „Außenwelt“, zur „Realität“, der sich der Patient anzupassen hat. Allzu große Skrupel macht er sich nicht, was diesen Anpassungsprozeß anbelangt; wenn er auch immerhin so ehrlich ist, den Revolutionär nicht psychoanalysieren zu wollen: „In einer freien westlichen Gesellschaft hat das Problem geringes Gewicht, da die inneren Forderungen des Gewissens der Menschen weitgehend identisch mit den Forderungen der Kultur sind (!) — mit den beiden bedeutsamen Ausnahmen des normalen Verbrechers und des Revolutionärs. Für den letzteren Typus ist eine psychoanalytische Behandlung in der Regel nicht angezeigt“ (224). Überflüssig zu sagen, daß Waelder den Marxismus wegen seiner „Naivität“ ablehnt und sich fest auf die „soziokulturellen Werte“ der westlichen Gesellschaft stützt. Wer also eine einfache Darstellung der orthodoxen Psychoanalyse lesen will, die die Beschränktheit dieser Position nicht verschleiern, kann sich Waelder zuwenden. Ekkehard Ruebsam (Berlin)

Maeder, Alphonse: Studien über Kurzpsychotherapie. Klett Verlag, Stuttgart 1963 (169 S., Ln., 19,50 DM).

Der Züricher Arzt und Psychotherapeut A. Maeder, der sich sowohl von der Freudschen als auch der Jungschen Schule getrennt hat, kann heute selbst als einer der Klassiker innerhalb der psychotherapeutischen Schulen angesehen werden. Maeders Verständnis von Psychotherapie ist — wie zu zeigen sein wird — besonders stark vom Mythischen und seiner stark religiösen Haltung bestimmt. Sein Hauptanliegen ist es, Wege für eine kurze Therapie zu finden (10), um sie so möglichst vielen zugänglich zu machen und eine unnötig lange Isolierung der Klienten von ihrer natürlichen Umgebung zu vermeiden (77).

Dieses Anliegen brachte ihn schon früh mit der Freudschen Schule in Konflikt. Traditionell erfordert eine klassische Psychoanalyse (PSA) mindestens 2 bis 3 Jahre bei wöchentlich 2 bis 3 Sitzungen (19). Um eine kürzere Therapie durchzuführen, wäre es nötig, die Methode zu ändern. Hier kritisiert Maeder die dogmatische Haltung der PSA-Therapeuten, die ihre „passive“ Rolle nicht aufgeben wollen, weil sie meinen, so keinen Einfluß auf den Patienten ausüben zu können (16). Ein positives (pädagogisches) Eingreifen lehnen sie ab, denn „die Synthese (nach der Analyse, H. N.) mache sich von selbst“ (101).

Eine der Hauptkritiken Maeders an der traditionellen Psychoanalyse bezieht sich auf das starre Festhalten an der Anschauung, „daß die Sexualität der Kindheit *conditio sine qua non* der Neurose

sei“ (92). Als Vermittlung zwischen diesem Konzept und dem „Aktualkonflikt“ aus der Jungschen Schule entwickelt Maeder den „pathogenen Konflikt“ (92 ff.). Dabei sollen Prädispositionen durch Prägung innerhalb der Kindheit zusammen mit einem aktuellen Konflikt neurotische Störungen begünstigen (94).

Im Mittelpunkt des Buches steht die Beziehung „Arzt-Patient“. Die Psychoanalytiker sehen dieses Verhältnis ausschließlich unter dem Aspekt der Übertragung und Gegenübertragung, eine „Verabsolutierung des Eltern-Kind- und Kind-Eltern-Verhältnisses“ (204). Maeder versucht nun, mit zwei theoretischen Konzeptionen dieses Verhältnis näher zu beleuchten. Es ist das der „Intuition“ und das des „Heilbringerarchetypus“. Beide Begriffe stammen aus der Jungschen Schule. In den Begriffen drückt sich bereits aus, daß Maeder von den Naturwissenschaften und einem materialistischen Herangehen an psychologische Probleme nichts hält (er betont es sehr häufig). Statt dessen preist er eine „magisch-religiöse und philosophische Medizin“ an (234).

„Intuition“ bedeutet für Maeder nun, daß er in einer bestimmten therapeutischen Situation einen gerade richtigen „Einfall“ hat, mit dem er den Erfolg der Behandlung schneller erzielt. Seine Fallschilderungen von sehr kurzen Therapien (1 bis 5 Sitzungen), die in der Regel wegen äußerer Bedingungen nicht länger sein durften, sollen von seinen „Intuitionen“ zeugen. Eine „rationale“ Erklärung (etwa auf Grund langjähriger Erfahrung) für sein erfolgreiches Verhalten verpönt er (109). Die Tatsache, daß bisher noch keine ausreichenden Erklärungen für das Wirken und Handeln von Therapeut und Patient gefunden wurden, „beweisen“ Maeder, daß hier Gott persönlich die Hand im Spiel haben muß. Wenn ihm das „Wirken Gottes“ keine ausreichende Erklärung abgibt, scheut er sich nicht, alte Mythen von Medizinmännern und anderen „Helfergestalten“ zu beschwören (z. B. 177 ff.).

Der Begriff *Archetyp* bezeichnet verborgene Qualitäten (Faktoren und Motive), „welche psychische Elemente zu gewissen (als archetypisch zu bezeichnenden) Bildern anordnen, und zwar in einer Art und Weise, die immer erst aus dem Effekt erkannt werden kann“ (231). Irgendwie hat das mit vergangenen Wesen etwas zu tun, deren Eigenschaften sich im Menschen weitervererben sollen.

Waren „Intuition“ und „Heilbringerarchetypus“ Voraussetzungen auf seiten des Therapeuten, so muß ebenfalls der Patient entsprechende Voraussetzungen zur Therapie mitbringen. Die „innere Haltung“ muß etwa so charakterisiert werden: „das Vertrauen zum Arzt, der Drang ihn zu verehren und das Bedürfnis, ihm zu gehorchen“ (160).

Bei aller Würdigung der interessanten Kritik an der Freudschen PSA kann — wie wohl deutlich geworden ist — Maeders Buch nicht als Hinweis auf eine Alternative empfohlen werden.

Vielmehr sei darauf hingewiesen, daß etwa Gesprächstherapie und Verhaltenstherapie durchaus auf ähnlichen Kritiken an der PSA basieren, aber aufgrund wissenschaftlich erforschter psychologischer

Theorien neue Methoden einer kurzen Therapie entwickelt haben. Wer dennoch von Alphonse Maeders Erfahrungsschatz lernen will, sollte besser zu dem Taschenbuch „Wege zur seelischen Heilung“ greifen. Das Buch enthält vornehmlich (z. T. recht interessante) Fallbeschreibungen und ist wesentlich billiger. Helga Neumann (Marburg)

Parker, Beulah: *Meine Sprache bin ich. Modell einer Psychotherapie.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1970 (314 S., kart., 16,— DM).

Das Buch enthält die weitgehend wörtlichen Aufzeichnungen von einer nach den psychoanalytischen Regeln zur Psychosentherapie durchgeführten Behandlung eines — selbstverständlich „besonders intelligente(n) und sprachgewandte(n)“ (13) — „mehr oder minder autistischen“ (149) „Grenzfallpatienten“ (100) mit jugendlicher Delinquenz, der von seinem 16. bis 22. Lebensjahr (11) 216 Stunden bei Parker absolvierte. Das Mitagieren des Analytikers, das in der Psychosentherapie zur Herstellung und Aufrechterhaltung einer ohnehin prekären Beziehung zum autistischen Patienten empfohlen wird, erscheint in diesem Fall, in dem sich der Patient mit einer in rigider Ausschließlichkeit verwendeten „Geheim“- (47) und „Privatsprache“ (11) panzert, vor allem als ein Mitsprechen: „der Therapeutin gelang (es), mit dem Patienten in einem höchst individuellen Denkprozeß auf dieselbe Wellenlänge zu kommen“ (11), wobei die „empathische Fähigkeit“ (222) zu „intuitiven Wahrnehmungen“ (ebd.) auf der Basis einer „teilweise(n) Identifizierung mit dem Patienten“ (218) es der Therapeutin ermöglichte, „Davids Phantasievorstellungen zu folgen“ und „in seinen Mitteilungen Bedeutungen zu erfüllen, die ... (sie) dann manchmal durch unbewußte Wortspiele interpretierte; der Primärvorgang des Wortwitzes erschien als eine Art Kurzschrift, die bewies, daß ... (sie) einander verstanden hatten“ (222). Gänzlich verständnislos bleibt nur der Leser, und dies nicht nur, weil etwa die Darstellung von vor allem durch empathische Bezüge hergestellten Zusammenhängen sehr bald auf eine objektive Grenze stößt, sondern weil Parker mit unglaublicher Akribie jedes Moment aus ihrem Bericht entfernt hat, das einem nicht in der Übertragungssituation befindlichen Leser das Verständnis des Falles und seiner Therapie ermöglichen könnte: In diesem „Modell einer Psychotherapie“ fehlt jede inhaltliche Bestimmung des Krankheits- und Therapieverlaufs, es fehlt jede Diagnose, die über die erwähnte „Grenzfall“-Bestimmung hinausginge, und folgerichtig weiß man nach über 300 Seiten Lektüre, wenn David als geheilt entlassen wird, nicht, warum und wie er gesund geworden ist. Damit aber verfehlt Parker den wesentlichen Zweck, den sie mit ihrer Darstellung wohl verfolgt, nämlich durch eine minuziöse Wiedergabe des Therapieverlaufs das Moment der Bewegung und Veränderung nicht nur beschwörend zu nennen, sondern für den Rezipienten erkennbar und nachvollziehbar zu machen. Indem sie sich auf die Darstellung von Übertragungs- und

Gegenübertragungsverhältnissen innerhalb einer weniger analytischen als dialogischen Situation kapriziert und auf die aus der Neurosenlehre stammenden inhaltlichen Kategorien verzichtet, begibt sie sich der offenbar in jenen Begriffen beschlossenen Möglichkeit, jene Kommunikationsverhältnisse zu vermitteln. Unter gänzlicher Mißachtung der für die Psychoanalyse zentralen und auch hier einschlägigen Bestimmung, daß der Trieb nur in seinen Abkömmlingen existiere und daher auch nur in seinen Abkömmlingen zu beschreiben sei, versucht Parker, den Trieb in seiner reinen, durch keine Inhalte partikularisierten Bewegung zu fassen; sie übersieht dabei, daß sie nur die trieblose Außenseite dieser Bewegung, die doch nur in ihren Inhalten zu erkennen ist, in ihrer ermüdenden Gleichförmigkeit beschreibt.

Am befremdlichsten erscheint bei der Therapie selbst, in der auf psychoanalytische Deutungen unbewußter Sachverhalte weitgehend und bewußt verzichtet und zureichende Auskunft und Erkenntnis von der reinen Kommunikation erwartet wird, die Harthörigkeit und faktische Gleichgültigkeit Parkers gegenüber ihrem wesentlichen Auskunftsmittel, den Äußerungen des Patienten. Diese werden völlig beherrscht von einer zwangshaft gleichförmigen Erfindungs- und Herstellungswut, die alle menschlichen Beziehungen als Beziehungen von Maschinen und alle Formen von Konfliktlösungen nur als neuartige technische Erfindungen darstellt, die die Beziehungen zwischen Maschinen und Apparaturen problemfrei (im Sinne der Vermeidung) regeln. Dieses die Lektüre äußerst erschwerende Phänomen wird von Parker einmal mit der Bemerkung gewürdigt, daß es sich um einen Jungen handle, „der kaum zwischen sich selbst und einer Maschine unterscheiden kann“ (143), ein andermal streift sie flüchtig den für sie in seiner sexuellen Bedeutung eindeutigen Symbolgehalt der Maschinen (276/277). Dabei verzichtet sie nicht nur darauf, den „klassische(n) Sexualsymbole(n)“ (276) durch eine regelrechte Analyse ihre individuelle Bedeutung abzugewinnen, sondern sie würdigt auch mit keinem Satz die Tatsache, daß die für die Erfinderphantasien herangezogenen Requisiten vornehmlich den „peanuts“ (122), „Here Come the Martians“ (117) und vergleichbarer Literatur entlehnt sind. So lassen sich hinter den Identifizierungen des Patienten, die ihm von Parker als jeweils ureigenstes Symptom zugeschrieben werden, überaus gängige Rezeptions- und Verhaltensmuster vermuten. Parker interessiert sich nicht für den möglichen Realitätsgehalt der Zwangsvorstellungen ihres Patienten, aber sie legt größten Wert darauf, daß David „zwischen den Objekten und ihren Symbolen derart zu differenzieren“ verstand, „daß er sie gebrauchen konnte, ohne daß sie die affektgebundenen Körperteile und -funktionen zu stören vermochten“ (276). David kultivierte also — neben seinen Zwangsgebilden, die er allmählich verdrängte und auf perfide Weise in sich aufnahm — ein Verständnis für eine Realität, in der es ihm als eine erfolgreiche Sublimierung „seiner Triebenergien“ (277) angerechnet wird, daß es ihm gelingt, „ein brauchbares Maschinengewehr im Werkunterricht zusammenzubasteln“ (277). Da verwundert es nicht, daß David, als er

gelegentlich vom Zweifel befallen wird, überlegt: „Ich kann nur hoffen, daß, wenn ich an irgend etwas denke, es Gültigkeit besitzt, und daß ich, wenn ich an Sex denke, nicht etwas anderes verdrängen will“ (257).
Ilse Bindseil (Berlin)

Politik und soziale Bewegung

Revel, Jean François: Ni Marx, ni Jesus. La nouvelle révolution mondiale est commencée aux Etats Unis. Laffont, Paris 1970 (264 S., geb., 20,— F). Deutsch: Die Revolution kommt aus Amerika. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1971 (264 S., Ln., 24,— DM).

Mit einem Fanfarenstoß fängt es an: „Die Revolution des 20. Jahrhunderts wird in den Vereinigten Staaten stattfinden. Sie kann nur da stattfinden. Sie hat bereits begonnen. Sie wird nur dann den Rest der Welt erfassen, wenn sie vorher in Nordamerika erfolgreich gewesen sein wird.“ Verblüffende Thesen stürzen wie Kaskaden auf den Leser, reizen durch Vereinfachung. Die einzige zeitgenössische Erfindung im Bereich der Revolution, jene Phänomene, die man pauschal „Contestation“ (dissent) nennt, sei in den USA gemacht worden. Sozio-politischer Fortschritt sei nicht in Europa, sondern in den USA zu suchen und zu finden. Die USA seien der Motor revolutionärer Zündung im Weltmaßstab. Denn Revolution sei der Wunsch nach totaler Umgestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der zwischenmenschlichen Beziehungen. Revel kennt fünf Voraussetzungen der Revolution, von denen die ökonomische nur eine ist. Alle sind in den USA vorhanden und nur in den USA. Weder die sozialistischen noch die kapitalistischen Europas, oder die unterentwickelten Länder erfüllen die Gesamtheit der Bedingungen für die „zweite Revolution“. Was sich in Europa „links“ nennt, warte steril auf eine Revolution vom Typ des 19. Jahrhunderts; in der Dritten Welt sei nicht nur die Wirtschaft unterentwickelt, sondern auch die Revolution (scharfe Ablehnung der Ideen von Frantz Fanon). Entfremdung, auch nationale, sei weniger als Revolution. Was die Sowjetunion anbelangt, ist Revels Hauptzeuge jener Andrej Amalrik, der mit der Frage: „Wird die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben?“ zum Staatsfeind geworden ist. Kalkriegerische Obertöne sind unüberhörbar. Revel behauptet, die „zweite Revolution“ setze eine Gesellschaft voraus, die Güter in Fülle produziert, die demokratische Meinungsbildung nicht einschränkt, zugleich aber unfähig ist, die kritische Vernunft zu befriedigen.

Natürlich steht im Mittelpunkt der Reflexionen das Problem Freiheit, allerdings spiegelverkehrt zur marxistischen Sicht. Eine provokante Kapitelüberschrift lautet: „Man kann von der Freiheit zum Sozialismus kommen, aber nicht vom Sozialismus zur Freiheit.“ Vom liberal-banalen Stoff unterscheidet sich die Argumentation durch den

individual-utopischen Charakter der Denkgrundlage; Revel macht wirtschaftliche Gleichheit und soziale Sicherheit von der Autonomie des Individuums abhängig, fast ein verspäteter Stirner. Nun liegt aber das Schockierende der Revelschen Thesen nicht in ihrer philosophischen Begründung — da ist wenig Neues drin —, sondern in der politischen Nutzenanwendung, insbesondere hinsichtlich der revolutionären Perspektive. Es geht dem Verfasser vor allem darum, zu beweisen, daß nichts falscher sei als die globale Verteufelung Amerikas. In der amerikanischen Gesellschaft habe eine Polarisierung der Kräfte eingesetzt, die es erlaubt, ja gebietet, von zwei einander feindlich gegenüberstehenden Blöcken zu sprechen, was aber keineswegs im Sinne des Klassegensatzes zu verstehen sei. Es handle sich vielmehr um zwei einander ausschließende Zivilisationen, deren innere Widersprüche sich zu einer zentrifugalen Fliehkraft summieren.

In dem Bemühen, den europäischen Antiamerikanismus als Alibi für eigene Fehlentwicklungen zu entlarven, gelingen Revel einige Eigentore: im Lande der Affäre Ben Barka sich über die Macht des CIA zu entrüsten sei unvorsichtig; daß der CIA offenbar auch in der Affäre Ben Barka die Hand im Spiele hatte, entzieht sich dem Blickwinkel des Verfassers. Im europäischen Antiamerikanismus mit seinen Pauschalurteilen glaubt Revel die Befriedigung nationalistischer und sozialistischer Frustrationen zu entdecken. Gipfelleistung des Umstülpers ist die Erhebung des Fernsehens zum Garanten der Freiheit. Information sei Revolution. Das amerikanische Fernsehen mit seinen Dutzenden unkontrollierten, nur dem Neuigkeitswert nachjagenden Sendern diene nicht der Manipulation, sondern verhindere sie. Macht der freien Information gegen die Ohnmacht der von Mächten gelenkten Information. Zu welchen Abstrusitäten Klassenblindheit führen kann! Vollends utopisch wird es, sobald der Verfasser das Feld der polemischen Vergleiche verläßt, um sein Hauptanliegen zu begründen. Revel (in der Nachfolge Bakunins) sieht in den sog. street-people der amerikanischen Großstädte, in den drop-out, in den Hippies die Kündler und Täter der großen Herausforderung. Hier sei der Aufstand Amerikas gegen sich selbst ausgebrochen. In der Hippie-Bewegung erlebe man zum erstenmal ein Zusammenfallen von individual-anarchistischen Ansprüchen mit Forderungen organisierter und politisierter Gruppen Unterdrückter (Neger, Puertoricaner, Chicanos). Wiewohl die Hippies von Politik nichts wissen wollen, sei ihre Bewegung politisch relevant. Es gebe eine gemeinsame Basis aller Tendenzen der amerikanischen Revolte: die Ablehnung der auf Profit und Leistung ausgerichteten Gesellschaft mit der wechselseitigen Aggressivität ihrer Mitglieder. Diese „antipolitische Revolution“ sei die wahre, im Begriffe, eine Gegenkultur zu schaffen. Der homo novus warte um die Ecke.

Das Besondere des Buches von Revel besteht darin, daß er die gewiß nicht neue Utopie der Erlösung durch Flucht — Beispiel: die Urchristen — in die moderne und modernste Aktualität zu übersetzen versteht. Revel begreift nicht und will nicht begreifen, daß eine Gesellschaft, ob sie funktioniert oder nicht, Ausdruck einer Machtstruk-

tur ist, die zu ändern eine Gegenmacht erfordert. Wort- und witzreich verwandelt Revel die Szene der amerikanischen Barbarei in einen vorrevolutionären Aufbruch. Sobald jedoch die Frage auftaucht: wie weiter? beginnt er zu stammeln: „Es ist noch schwer zu sagen, ob die Contestation gelingen oder scheitern werde, ob sie zum Bau einer neuen Gesellschaft führen oder im Gegenteil den Triumph einer autoritären Reaktion erleichtern werde. Sie kann ebensogut in geistiger Armut erstarren und anstatt zu echten Veränderungen zu führen, eine narzistische Randerscheinung bleiben, die von den industrialisierten Gesellschaften mühelos toleriert werden kann. Sie kann zur Hefe eines neuen *contrat social* werden oder zum Dauerasyll für Sonderlinge.“ Keine sehr tröstliche Perspektive. Bruno Frei (Wien)

Breitenstein, Rolf: USA heute. „Länder heute“. Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1971 (307 S., Ln., 22,— DM).

Auch Breitenstein, ehemaliger Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ und der UPI in Washington, schwärmt, die zweite amerikanische Revolution sei eher in der Gegenwart oder der jüngsten Vergangenheit als in der Zukunft zu suchen. Es gelte, die amerikanischen Vorgänge genau zu beobachten, weil sie nach und nach über den Atlantik herüberkommen werden (12). „Wenn Karl Marx heute die USA besuchen könnte, würde er seine These bestätigen sehen: Der ökonomische Unterbau determiniert den gesellschaftlichen Überbau. Aber die Entwicklung ist über Marx hinweggegangen... Die Technologie formt die Menschen in einer Weise, die sich Marx bei aller Phantasie nicht vorstellen konnte“ (39). Maßgebend seien also nicht die sozialen Verhältnisse, durch die die Technologie in Erscheinung tritt, sondern die von der Gesellschaft verselbständigte Technologie, die eine ganz neue Situation „mit neuen Risiken, neuen Chancen“ (12) hervorgebracht habe.

Breitenstein vermag diese „Analyse“ nicht weiterzuführen. Wie — unter welchen Bedingungen — die Technologie sich von der Gesellschaft losspricht, wird nicht erklärt. Darüber hinaus wird der Zusammenhang zwischen der über der Gesellschaft schwebenden, revolutionsbewirkenden Technologie und den sozialen Mißständen, die Breitenstein übrigens nicht übersieht, nicht erörtert.

Die Idee, die USA seien wegen der Technologie in ein völlig neues Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung geraten, hat sich schon seit langem in den USA breit gemacht. Die Nachrichtenhändler von Time und Newsweek sind sich in dieser Überzeugung ebenso einig wie Yippie-Führer Abbie Hoffmann und Jerry Rubin und Hofideologen wie Zbigniew Brzezinski. Eines übersehen sie alle, genau wie ihr europäischer Nachahmer Breitenstein: die Technologie, die sich in den USA in immer wachsendem Überfluß bei immer unerträglicherer sozialer Misere ausdrückt, ist unter sozialen Verhältnissen zustande gekommen, die zutiefst widersprüchlich sind. Diese Grundwidersprüchlichkeit wird von der fortschreitenden Technologie

sogar eher verschärft als beseitigt. Gerade deshalb ist die gegenwärtige Situation in den USA, obwohl in mancher Hinsicht einzigartig in der Geschichte, kein dauerhaftes, höheres Niveau gesellschaftlicher Organisation, sondern eine vorübergehende Phase, die nur solange fortbestehen kann, wie ihre unabdingbaren Voraussetzungen — Extraprofite aus dem Imperium und weitgehendes Ausbleiben des Klassenkampfes im Inneren — aufrechterhalten werden. Beide Voraussetzungen verschwinden gegenwärtig, und zwar dialektisch.

Wenn die Völker der unterentwickelten Länder sich von imperialistischer Unterdrückung befreien, wird das amerikanische Volk sich seinerseits vom monopolkapitalistischen System befreien müssen, es sei denn, ein Volk ließe sich zum erstenmal in der Geschichte von einer ökonomischen Katastrophe überrollen, ohne irgend etwas dagegen zu unternehmen. Der Lebensstandard, den das monopolkapitalistische System der amerikanischen Bevölkerung im großen und ganzen gewährt hat, wird in der Ära der imperialistischen Desintegration dessen größte Last. Am Ende einer Entwicklung, die sowohl lang als auch schmerzhaft sein mag, steht die wirkliche amerikanische Revolution, d. h. Beseitigung des monopolkapitalistischen Systems.

Diese Auffassung wird wahrscheinlich von Bewunderern des gegenwärtigen Amerika wie auch von Vertretern eines kleinbürgerlichen europäischen Antiamerikanismus zurückgewiesen werden. Es ist offensichtlich leichter, die USA mit Hilfe eines statischen Symbols — etwa „die Zukunft“ (so Breitenstein, s. 225) oder, undifferenziert, eine „Szene der amerikanischen Barbarei“ (so Bruno Frei, s. o.) — zu betrachten, als die Entwicklungsmöglichkeiten der USA sorgfältig und nüchtern zu überprüfen. David Kramer (Berlin)

Oglesby, Carl, und Richard Shaull: Amerikanische Ideologie. Zwei Studien über Politik und Gesellschaft in den USA. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1969 (261 S., Pb., 6,— DM).

Das vorliegende Buch, erstmalig 1967 erschienen, enthält je einen Essay der beiden Autoren und versteht sich, laut Einleitung des Verlages, als ein wesentliches Dokument der „Neuen Linken“ in Amerika. Aber im Sinne dieses Buches gibt es eine „Neue Linke“ überhaupt nicht mehr, deshalb sind die beiden Essays von der heutigen Perspektive Überbleibsel einer gescheiterten Bewegung. Das soll nicht heißen, daß sie uninteressant oder unwichtig sind; im Gegenteil, für diejenigen, die die Schwäche, Isoliertheit und Inkonsequenz der „Neuen Linken“ gegenüber dem heranwachsenden amerikanischen Faschismus verstehen wollen, sollten sie praktisch Pflichtlektüre sein.

Oglesby, ehemaliger Präsident der amerikanischen SDS, und Shaull, Theologe an der Princeton University in New Jersey, sind sich zunächst darüber einig, daß wir uns heute inmitten eines „revolutionären Zeitalters“ befinden. Darüber hinaus scheinen sie sich

auch mehr oder minder im klaren zu sein, daß ein revolutionärer Konflikt antagonistische soziale Kräfte voraussetzt. Aber gerade bei diesem Punkt entsteht große Verwirrung. Welche sozialen Kräfte sind hier im Spiel? Auf der einen Seite steht „die dritte Welt“ und Randschichten der einheimischen Bevölkerung; ihnen gegenüber in dieser epochalen Auseinandersetzung stehen (für beide Autoren) „wir“: in beinahe voller Unterschiedlosigkeit, die Vereinigten Staaten von Amerika. Das Beharren auf der inhaltslosen Schuldformel „wir“ ist um so unverständlicher bei Oglesby, weil er zumindest die Umriss des amerikanischen Imperialismus begriffen zu haben scheint. Er erzählt eine ganze Reihe von Geschichten, die darauf hinführen, die Kluft zwischen dem, was die US-Regierung sagt, und dem, was sie tut, zu belegen. In knapper Form ist es ihm gelungen darzustellen, wie überall in der „Freien Welt“ seitens der US-Regierung von Demokratie und Fortschritt geschwätzt wird, während gleichzeitig riesige Profite aus den Kolonial- und Halbkolonialstaaten von der US-Industrie herausgeholt werden. Er weiß übrigens, daß Krieg und Rüstung zwei unabdingbare strukturelle Notwendigkeiten des amerikanischen Spätkapitalismus sind, aber er hat sich von der Tatsache irreführen lassen, daß ein geringer Teil der imperialistischen Beute den amerikanischen Werktätigen zugute kommt. Hier hat er den allerwichtigsten Unterschied übersehen: die amerikanischen Werktätigen verdienen zwar etwas am Imperialismus (genau wie die unteren Schichten einer jeden Metropole), aber für sie ist der Imperialismus nicht lebensnotwendig. Nur für die Kapitalistenklasse stellt der Imperialismus eine Frage der sozialen Existenz dar.

Oglesby unterläßt eine Untersuchung des amerikanischen Herrschaftsapparates. Statt dessen zieht er es vor, die größte aller amerikanischen Abstraktionen als Hauptproblem zu behandeln: „das mittelständische Amerika“. Was ist „das mittelständische Amerika“? Dieses Geschäftsgeheimnis verrät uns Oglesby nicht. Es darf also angenommen werden, daß er den Begriff im landläufigen ideologischen Sinne verwendet: etwa alle „anständigen“ amerikanischen Bürger, die sich irgendwo in der sozialen Skala zwischen dem bestbezahlten Müllkutscher und dem ärmsten Mitglied der Familie Rockefeller befinden. Diese Abstraktion, einer der Hauptstützpfiler der amerikanischen Ideologie, zerstört jeden Ansatz zur Klassenanalyse. Hätte Oglesby diesen Begriff präzisieren wollen, wäre eine Untergliederung notwendig gewesen. Er hätte sich fragen müssen, ob die zahlreichen amerikanischen Lohnarbeiter, die sich nur deshalb ein Einfamilienhaus im Vorort leisten können (mit 30jähriger Hypothek dazu), weil die Frau auch arbeitet, die um ihre Jobs bangen, deren Söhne in imperialistischen Kriegen sterben, die den Löwenanteil der Steuergelder aufbringen (um dann soziale Leistungen zu erhalten, die sich nur als miserabel bezeichnen lassen) —, ob solche Menschen wirklich mit den Mittelschichten „alter“ oder „neuer“ Art gleichzusetzen sind.

Oglesbys Analyse ist fehlerhaft, weil er nicht von konkreten sozialen Verhältnissen, sondern vom jeweiligen Stand der Ideologie ausgeht. Hinzu kommt noch eine völlige Fehlschätzung der mittel- und

langfristigen Perspektiven des amerikanischen Imperialismus. Nach Oglesbys Meinung kann der Imperialismus „den Amerikanern“ (um welche Amerikaner es geht, wird wieder nicht verraten) „Wohlstand, Sicherheit und Ordnung“ bieten (199). Was setzt der Autor dagegen? Antwort: „politische Freiheit“. Wenn es wirklich zuträfe, wie Oglesby annimmt, daß „die Amerikaner“ zwischen „Wohlstand, Sicherheit und Ordnung“ einerseits und einer schwer zu erkämpfenden „politischen Freiheit“ andererseits wählen müssen, dann wäre der revolutionäre Kampf in Amerika tatsächlich aussichtslos.

Der Theologe Shaull hat nicht nur unklare Vorstellungen vom amerikanischen Imperialismus und vom Klassenprofil Amerikas, er scheint überhaupt keine klaren Vorstellungen zu haben. Gerade deshalb ist er — mehr noch als Oglesby — ein typischer Vertreter der amerikanischen „Neuen Linken“. Shaull hat z. B. das ökonomische Problem folgendermaßen gelöst: „Statt noch mehr Zeit an die abgedroschenen, sterilen Debatten über Kapitalismus und Sozialismus zu verschwenden, sollten wir neue Modelle für die Regelung des wirtschaftlichen Lebens durch die Gesellschaft entwickeln und uns mit jenen Experimenten beschäftigen, die den Weg in die Zukunft weisen“ (220). Das tut er aber nicht; statt dessen klebt er ein revolutionsbejahendes Prosagedicht zusammen, das nicht ohne Interesse für Sammler solcher Gedichte und für Pathologen der amerikanischen „Neuen Linken“ ist.

Zugegeben: 1967 ist schon lange her. Damals sah Amerika — oberflächlich betrachtet — anders aus: Bobby Kennedy und Martin Luther King waren noch am Leben, die Arbeitslosigkeit hielt sich noch in „akzeptablen“ Grenzen, die amerikanische SDS, ein Sammelbecken aller nur vorstellbaren merkwürdigen Denk- und Verhaltensweisen, hatte sich noch nicht gespalten; Richard Nixon war noch Rechtsberater der Pepsi-Cola Corporation. Vielleicht würden Oglesby und Shaull heute ganz andere Essays schreiben — es wäre zu hoffen.

David Kramer (Berlin)

Epstein, Benjamin R., und Arnold Forster: Report on the John Birch Society 1966. Random House, New York 1966 (130 S., Pb., 1,45 \$).

Dieselben: The Radical Right. Report on the John Birch Society and Its Allies. Random House, New York 1967 (240 S., Pb., 1,95 \$).

Der 1966 erschienene „Report on the John Birch Society“ ist in der 1967 erschienenen Arbeit über den Rechtsradikalismus in den USA in vollem Umfang wieder abgedruckt; beides sind Kurzfassungen und Fortsetzungen der 1963/64 ebenfalls von Epstein und Forster gemeinsam geschriebenen Untersuchung „Danger on the Right“.

Dem Gesellschaftsanalytiker liefern diese Arbeiten Material: Programminhalte, politische Nah- und Fernziele, Methoden und Verbreitung rechtsradikaler Gruppen in den USA der sechziger Jahre werden eingehend dargestellt. Hinweise auf die Verbindungen solcher Kräfte mit einem Großteil der privaten Rundfunkanstalten, auf den

Einsatz von Telefon, Schallplatte, Taschenbüchern usw. als Propagandamedien ergeben interessante Aspekte der Verschmelzung hochentwickelter kapitalistischer mit faschistischen Werbemethoden. Für die Analyse der neuesten politischen Entwicklungen interessant sind die Untersuchungen über die Rolle der Rechtsradikalen im Wahlkampf Barry Goldwaters, welcher nach Epstein-Forster trotz oder gerade wegen seines Mißerfolgs zur Sammlung und organisatorischen Festigung des Rechtsradikalismus beigetragen hat. Anhaltspunkte ließen sich auch gewinnen für die Analyse der raschen Breitenwirkung der Black Panthers, wenn den Angaben über die Campaigne „Support Your Local Police“ nachgegangen würde.

Mehr als Material sollte bei Epstein-Forster jedoch nicht gesucht werden. Als prominente Mitglieder der „Anti-Defamation-League of B'nai B'rith“ ist ihre Fragestellung allzusehr von deren Gleichsetzung von Rechts- und Linksradikalismus geprägt, welche per definitionem sozialistische — von ihnen durchweg als kommunistisch bezeichnete — Bestrebungen als linksradikal begreift. Ihre Aufgabe sehen sie darin, politische Strömungen öffentlich anzuprangern, welche dem Fortschritt der Demokratie, dem „good sense“ und der „moderation“ des amerikanischen Volkes widersprechen: wenn sie z. B. der John Birch Society vorhalten, daß diese behaupte, 80 bis 90 % des politischen und gesellschaftlichen Lebens in den USA stünde unter kommunistischem Einfluß, so ist ihr eigener Antikommunismus damit noch keineswegs in Frage gestellt.

Unfähig zu erkennen, daß der wachsende Rechtsradikalismus ein Ausfluß des von ihnen verteidigten Gesellschaftsbildes ist und ein integraler Bestandteil der von ihnen als liberal beschriebenen amerikanischen Gesellschaft, stellt sich für Epstein und Forster der Kampf gegen die radikale Rechte als die Aufgabe der Konservativen im Lande dar, jenes „Housecleaning“ nachzuholen, welches die Liberalen bereits in den vierziger und fünfziger Jahren besorgt haben. Die untergründige Übereinstimmung ihrer Denkmodelle mit denen ihrer Gegner läßt sich ablesen etwa an der empörten Zurückweisung eines Propagandastücks der John-Birch-Society (1958 gegr.; 80 000 Mitgl.), demzufolge der Kampf der Neger in den USA mit kommunistisch gelenkten nationalen Befreiungskämpfen zu vergleichen sei; der halb-koloniale Status eines Großteils der amerikanischen Bevölkerung muß den Verfassern verborgen bleiben, weil das Vorurteil einer liberalen Grundstruktur der amerikanischen Gesellschaft ihnen deren Realität verstellt. So liefern sie ungewollt nicht nur einen Report über den Rechtsradikalismus in den USA, sondern zugleich einen über dessen ideologischen Nährboden.

Heide Gerstenberger (Göttingen)

Schuhler, Conrad: Black Panther. Zur Konsolidierung des Klassenkampfes in den USA. Verlagskooperative Trikont, München 1969 (104 S., kart., 6,— DM).

Cleaver, Eldridge: Seele auf Eis. Nachwort von Kai Hermann. Carl Hanser Verlag, München 1969 (256 S., kart., 15,— DM).

Die von Schuhler eingangs (4—11) angeführten Daten zur Beschäftigungs- und Entlohnungsstruktur in den USA — zu anspruchsvoll als „polit-ökonomische Analyse“ ausgegeben — belegen einmal mehr, was ohnehin sinnfälliger ist: Das Rassenproblem ist ein Klassenproblem. Die schwarze Bevölkerung im melting-pot Amerika, der keiner ist, stellt den Bodensatz der Ausgebeuteten dar. Es kann hier nicht ausdiskutiert werden, inwiefern die Tatsache, daß die Schwarzen in den USA anders als die zahlreichen ethnischen Gruppen neben ihnen rassistisch definiert werden, dazu berechtigt, ihre Situation als koloniale zu bezeichnen, wie Schuhler es tut (12—19), mögen auf psychologischer Ebene auch Affinitäten ihrer Lage mit der der Kolonisierten bestehen (Identitätsprobleme). Indes ist der Kolonialismus nicht primär psychologisch bestimmt, und an anderer Stelle (54 f.) kritisiert Schuhler auch die Black-Power-Bewegung zu Recht aufgrund ihrer unkritischen Übernahme des Konzepts nationaler Befreiungsstrategie gegen koloniale Fremdherrschaft. Immerhin haben die Schwarzen seit ihrem Import in die USA Anfang des 17. Jahrhunderts inzwischen einen formalen Status erreicht, der selbst den assimilés unter kolonialer Herrschaft nicht zugestanden wurde.

Ausführlich behandelt Schuhler den Kampf der Schwarzen zur Abschaffung der Sklaverei (1863) und sodann um Realisierung der Bürgerrechte (24 ff.). Die Verbitterung der zur Lohnarbeit freigesetzten Schwarzen über ihre ausbleibende gesellschaftliche Integration und darüber, daß sie zunehmend selbst als Arbeitskraft diskriminiert wurden und somit in ihrer physischen Existenz gefährdet waren, rief solch romantische Strömungen ins Leben wie die von Marcus Garvey nach dem Ersten Weltkrieg gegründete Back-to-Africa-Bewegung (33 f.), in deren Tradition die Black Muslims, gegründet 1930, stehen, die einen religiös-kulturellen Nationalismus predigen und einen Staat der Schwarzen auf dem Territorium der USA fordern (37 f.). Diesen romantisch verbrämten Widerstand, besonders leidenschaftlich von Malcolm X geführt, vermochte das System zu verkräften; ebenso die gewaltlosen direkten Aktionen der im Kern gemäßigten Civil-Rights-Bewegung. Auch der race-riots in den explodierenden Ghettos der Nordstädte — besonders im Jahr 1967 —, in denen die Schwarzen weder bewaffnet noch organisiert waren, wurde das System schließlich Herr. In jenen heißen Sommern zogen die radikalen Teile der Civil-Rights-Bewegung die Lehre aus der Erfolglosigkeit der bisherigen Widerstandsformen: „Der einzige Weg, den Weißen daran zu hindern, uns weiter fertigzumachen, ist, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Seit sechs Jahren haben wir gesagt: Freiheit, und passiert ist nichts. Was wir jetzt sagen werden ist: Black Power.“ (Stokely Carmichael auf dem „Meredith-Marsch“ 1966; cf. 44.) Schuhler erinnert daran, daß „Black Power nicht ein einmal festgelegtes strategisches Modell ist, sondern das intellektuelle Produkt einer ‚Bewegung‘, die durch Praxis und theoretisches Training ständig zu neuen Erfahrungen und zusätzlichen Perspektiven kommt. Es ist weiter zu beachten, daß Black Power als Strategie

gie notwendig verbunden ist mit der Analyse der US-Gesellschaft, d. h. der Analyse der Systematik von White Power“ (46). Diese Analyse, so auch die Bestimmung der Schwarzen im Produktionsprozeß, hat die Black-Power-Bewegung mit ihrem kulturalistischen Ansatz und der unkritischen Übertragung des Konzepts nationaler Befreiung gegen koloniale Fremdherrschaft nicht geliefert. Anders die Black Panther Party, gegründet 1967, eine Kaderpartei Leninschen Musters (cf. 57 ff.; Parteidokumente im Anhang pp. 77—104). Neben einer Strategie der Verbesserung der Lebensbedingungen im System verfügen die Black Panthers über ein „ideologisches“ (65), soll wohl heißen: theoretisches Konzept für die revolutionäre Umgestaltung der US-Gesellschaft im Interesse der ausgebeuteten Klassen — und nicht nur der schwarzen Bevölkerung. Die Repressionen, denen die Black Panthers als legale Partei ausgesetzt waren und noch sind, sind durch die Presse hinreichend bekannt geworden: „Die aufeinander abgestimmten Verleumdungs-, Kill- und Verhaftungsstrategien der Systemherrschaft tun ihre Wirkung. Die Ressourcen der Panther — menschlich wie finanziell — drohen sich zu erschöpfen“ (72). Apodiktisch behauptet Schuhler, „die USA befinden sich mittlerweile in einem fortgesetzten Stadium der soziologischen (sprich: sozialen, R. B.) Entwicklung des Kapitalismus hin zum Faschismus, der Überlebensdiktatur des Kapitals angesichts ‚liberal‘ kaum mehr kittbarer interner und internationaler Widersprüche“ (72). Im Kampf gegen die „teils planvolle“ Faschisierung (Verschwörer-Theorie?) (72) schreibt er den Black Panther einen hervorragenden Platz zu, „wenn es ihnen gelingt, aus der isolierten und fast perfekt defensiven Position herauszukommen, in der sie der Repressionsapparat der herrschenden Klasse abschnüren will“ (72). Während Schuhler die „realistische Hoffnung“ (73) hat, daß die Black Panthers aufgrund ihrer Disziplin und politischen Bestimmtheit die fraktionierte und diffuse US-Linke in eine effektive Organisation des Gesamtverbandes transformieren helfen können, heißt es in dem jüngst veröffentlichten Bericht des Ausschusses des Repräsentantenhauses für innere Sicherheit: „Als nationale Organisation ist die Partei der Schwarzen Panther nahe der Auflösung. Ihre Mitgliedschaft betrug zur besten Zeit niemals mehr als 1500 oder 2000, und die Hearings des Ausschusses ergeben, daß die Zahl ständig zurückging. Vor einem Jahr noch faszinierten die Panther die Linke... Selbst gemäßigte Schwarze fühlten, daß die Panther einen Zweck erfüllten, indem sie den Schwarzen Stolz einflößten. Die Panther haben selbst durch ihre Ausschreitungen das meiste dazu getan, diesen Mythos zu zerstören... Auch ist es klar, daß die Panther ganz unfähig sind, unsere Regierung durch Gewalt zu stürzen.“ (Zit. nach Süddeutsche Zeitung vom 9. 9. 1971.) Wenn in der offiziellen Version Selbstverteidigungsakte auch als Ausschreitungen verleumdet werden — wahr ist, daß in der ständigen Konfrontation mit der herrschenden Gewalt hervorragende Träger der Partei liquidiert (Bobby Hutton, Fred Hampton, Mark Clark) oder aber durch zeitweise Inhaftierung (Huey Newton, Bobby Seale, Eldridge Cleaver) scheinbar neutralisiert wurden.

Cleaver, der in kalifornischen Gefängnissen über 10 Jahre verbrachte, vermittelt in seiner dort verfaßten Autobiographie einen Einblick in den Werdegang eines shoe-shine boys nicht zum Millionär, sondern zum radikalen Ankläger des herrschenden Systems. Vom „Sittlichkeitsverbrecher“ — „Es begeisterte mich, das Gesetz des weißen Mannes und sein Wertsystem herauszufordern, es mit Füßen zu treten und seine Frauen zu schänden“ (21) — entwickelte er sich zu einem politisch reflektierenden Menschen. Kritisch überwunden hat Cleaver sowohl die separatistische Black-Muslim-Bewegung (cf. 63 ff.), „die rassistische Zwangsjacke von Elijah Muhammads Dämonenlehre“ (74), als auch die „Stiefellecker, die Onkel Toms, die Lakaien und Handlanger der weißen Machtstruktur“ (75), zu denen er nicht zuletzt Martin Luther King und den „white negro“ James Baldwin (cf. Notizen über einen Landessohn, 116 f.) rechnet, die vom System als Kontrollinstanzen der schwarzen Bevölkerung aufgebaut wurden (cf. Die Negerberühmtheit, 104 ff.).

Das Nachwort des Herausgebers Kai Hermann (247 ff.) provoziert einige Richtigstellungen: Für Cleaver sei der Klassenkampf zuallererst Rassenkampf; seine Revolution sei eine schwarze. Hermann ordnet Cleaver der Black-Power-Bewegung zu, ungeachtet Cleavers dezidiert Kritik an dieser Bewegung usf. (cf. bes. 253 f.). Diese Ausführungen zeugen von totaler Unkenntnis der Position Cleavers, wie er sie deutlich genug in seinem offenen Brief an Stokely Carmichael 1969 dargelegt hat (cf. Anhang zu Schuhler, 95 ff.).

Renate Brückner (Frankfurt/M.)

Ökonomie

Elsner, Lothar: Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland.

Zur Lage und zum Kampf der ausländischen Arbeiter unter den Bedingungen des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems (1955—1968), Verlag Tribüne, Berlin 1970 (227 S., kart., 7,60 DM).

Elsner ist bemüht, die Lage der ausländischen Arbeiter in der BRD als Folge des Zusammenhangs von Kapitalinteresse und daraus resultierender Fremdarbeiterpolitik auszuweisen. Unter dem Stichwort „Imperialismus und Fremdarbeit in Deutschland“ verweist er auf die „Traditionen, die der westdeutsche Imperialismus fortführt“ und damit auf die Kontinuität der Fremdarbeit in Deutschland von Mitte des 19. Jahrhunderts an bis zu ihrer besonderen Ausformung in der bundesrepublikanischen Entwicklung.

Über die definitorische Bestimmung des Begriffs „industrielle Reservearmee“ und die Bezeichnung ihrer historisch konstanten Faktoren hinaus geht Elsner auf den Zusammenhang von historischen Variationen der Fremdarbeit einerseits und der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland andererseits ein.

Detailliert wird nachgewiesen, daß die Interessen des BDI und des BDA als Vertreter des Monopolkapitals sowohl Umfang als auch

administrative Abwicklung und juristische Absicherung des Prozesses von Anwerbung und Einsatz ausländischer Arbeiter in der BRD seit Mitte der 50er Jahre determiniert haben (19 ff.).

Während die bisher erschienenen westdeutschen Publikationen sich nahezu ausschließlich auf eine rein deskriptive Abhandlung von Phänomenen sekundärer Ausbeutung (Wohnprobleme etc.) beschränkt haben, stellt Elsner den ursächlichen Zusammenhang von sozialer Lage und gesellschaftlicher Funktion her. Durch umfassende staatliche Repression (keine politischen Rechte, Ausnahmegesetze, 64 ff.), verstärkt durch institutionalisierte ideologische Indoktrination (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk) verfolgt das Monopolkapital sein Ziel, die politische Artikulation der ausländischen Arbeiter zu unterbinden und ausländische und deutsche Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Am Problem der Spaltung bzw. Gleichberechtigung von ausländischen und deutschen Arbeitern werden gleichzeitig die kläglichen Rollen der „Arbeiterpartei“ SPD und der rechten Führung des DGB entlarvt (144 ff.).

Ansatzpunkte zur Überwindung dieser Spaltung sind für Elsner zunächst Arbeitskämpfe, die über ihre bisherige Spontaneität hinaus einer Organisierung und Systematisierung zugeführt werden müssen, „... denn die Streiks sind unentbehrliche Schulen des Klassenkampfes“ (185).

Neu ist die ausführliche Behandlung der modifizierten Voraussetzungen der Fremdarbeit unter den Bedingungen der EWG, wobei vom Autor nachdrücklich darauf hingewiesen wird, daß es die Bonner Regierung war, der es gelang, die entstehende Freizügigkeit auf dem EWG-Arbeitsmarkt über die Verordnung Nr. 1612 durch ein Aufkaufsrecht von Arbeitskraft in Drittländern zu ergänzen.

Kritisch sei angemerkt, daß man sich bei einigen sachlich richtigen Darstellungen, etwa in der Frage des Lohngefälles gegenüber deutschen Arbeitern oder zur Durchführung von Schulungsprogrammen in den Herkunftsländern statistische Belege gewünscht hätte.

Gerhard Dörr, Helmut Wilke (Marburg)

Descloîtres, René (Hrsg.): *Connaissance de l'immigration nord-africaine en France, Essai de synthèse documentaire.* Centre Africain des Sciences Humaines Appliquées. Aix-en-Provence 1964 (97 S., kart., o. P.).

Descloîtres, René: *The foreign worker. Adaption to industrial work and urban life.* OECD, Paris 1967 (173 S., br., 12 Fr.). Sonderheft ‚Esprit‘, Nouvelle Série, Nr. 348, 34. Jg., Paris 1966.

Will man den Zusammenhang von Ausländerbeschäftigung und politischer Ökonomie der Bundesrepublik kritisch analysieren, so ist angesichts der Internationalität des „Gastarbeiterproblems“ ein Vergleich mit der für Frankreich höchst bedeutsamen „immigration“ von Nutzen. Frankreich hat mit etwa 3,5 Millionen Ausländern neben der Bundesrepublik das höchste ausländische Arbeitskräftepotential in Europa, wenn man von den Ländern mit „überhohem“ Anteil wie

der Schweiz und Luxemburg absieht, für die spezielle Probleme wirksam werden. Der Anteil der Emigranten an der französischen Gesamtbevölkerung beträgt etwa 7 v. H., an der erwerbstätigen Bevölkerung über 12 v. H.; diese Prozentsätze liegen höher als in den übrigen europäischen Industriestaaten (wieder außer Luxemburg). Spanier, Italiener und Portugiesen sind die größten Europäergruppen; für sie gelten ähnliche Probleme wie in der Bundesrepublik (bei schlechteren Arbeits- und wesentlich schlechteren Wohnbedingungen). Das größte Kontingent (ca. 1 Million) stellen aber nach wie vor die Nordafrikaner, besonders die Algerier; sie verweisen darauf, daß Frankreich das Land in Europa mit der längsten Geschichte der Ausländerbeschäftigung ist, in dem besonders der Typus der „travailleurs coloniaux“ als direkte Verlängerung der kolonialen Ausbeutung ausgebildet war.

Mit der nordafrikanischen Emigration, an der das Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnis der reichen und der in Abhängigkeit gehaltenen Länder beispielhaft belegt werden kann, hat man sich in Frankreich im Bereich der Sozialforschung und einer meist linksliberalen Publizistik in zwei Zeiträumen besonders beschäftigt, die bezeichnenderweise beide erst in der Spätzeit des französischen Kolonialreiches liegen. Dies war zuerst um 1955 der Fall, als der Kolonialkrieg gegen das imperialistische Frankreich an mehreren Fronten in großer Schärfe das Ende der Assimilationsillusionen und der Großen Nation ankündigten. Damals gab es mehrere Enquêtes, die entweder halboffiziellen Charakter hatten oder aufgrund allgemeiner Kolonialmüdigkeit von einem kritischen Publikum angestellt worden waren. Beides blieb ohne nennenswerte Resultate; die große „nordafrikanische Invasion“ stand im Gegenteil erst bevor, wodurch das soziale Elend und die Diskrimination der als „sidis“, „bicots“ usw. diffamierten Algerier sich noch verschärfte. In die zweite Phase, die nach der algerischen Unabhängigkeit und dem Scheitern der algerischen Revolution einsetzt, fallen die angezeigten Schriften. René Descloitres, ein Nordafrika-Spezialist der französischen Soziologie, legte 1964 einen „essai documentaire“ vor. Darin liegt eine Synopse der Gesichtspunkte vor, die bis dahin zur nordafrikanischen Emigration eingebracht worden waren: statistische Größenerhebung, die angesichts der komplizierten französischen Einwanderungsbestimmungen, der Kompetenztrennung zwischen Einwanderungsbehörde und Arbeitsministerium und dem großen Anteil der unkontrollierten und spontanen Emigration sehr schwierig ist; historischer Abriss der Einwanderung; psychologische Motivation und objektive Notwendigkeit des nordafrikanischen Arbeitskräfteexports seit Beginn der Kolonialherrschaft im 19. Jahrhundert; soziokulturelle Faktoren des disharmonischen Kulturwandels; sowie die Deskription der konkreten Lebensbedingungen und der „formation professionnelle“, die für die Nordafrikaner auch im Vergleich zu anderen Emigranten besonders schlecht ausfällt.

Die zweite Studie von Descloitres, die im Auftrag der OECD angefertigt wurde, stellt die französische Ausländerbeschäftigung in einen

internationalen Kontext. Dabei wird deutlich, daß Frankreich noch weniger als die übrigen westlichen Industriestaaten auf ausländische Arbeitskräfte verzichten konnte. Descloîtres arbeitet (wenn auch nicht in der notwendigen Klarheit) heraus, daß die Ausländerbeschäftigung weniger ein Problem der „Entwicklungsländer“ ist, denen man abstrakt die Faktoren Überbevölkerung und Arbeitslosigkeit zuschreibt, als der Metropolen, nämlich der Bedürfnisstruktur des europäischen Kapitals, das angesichts tendenzieller Vollbeschäftigung seine Expansion nur mit einer industriellen Reservearmee in wirtschaftlich rückständigen Gebieten, im Falle Frankreichs im ehemaligen Kolonialreich gewährleisten kann. Die französische Konkurrenzfähigkeit im Weltmaßstab schwindet seit dem 1. Weltkrieg ständig; hinzu kommt durch eine extrem niedrige Geburtenquote seit der Jahrhundertwende der für Frankreich spezifische demographische Akzent bei der Notwendigkeit des Arbeitskräfteimports.

Frankreich hat zudem die höchste Studentenzahl Westeuropas; der ausländische Arbeiter kann hier Berufe mit niedrigem Sozialprestige auffüllen. Dabei fallen für ihn keine Ausbildungskosten und weniger Sozialleistungen an. Beide Studien von Descloîtres beinhalten wertvolles empirisches Material und bieten den kategorialen Rahmen, in dem das Problem der Ausländerbeschäftigung in Frankreich abzuhandeln ist. Doch fehlt bei ihm der notwendige Hinweis auf die Möglichkeiten der Verbesserung der Situation der ausländischen Arbeiter, die über die von ihm neu aufgelegte „Action sociale“ hinausgehen. Diese war bereits von den Autoren der 1950er Jahre als verfehlt bezeichnet worden, da sie in ihrer reformistischen Kleinarbeit keine wirklichen Veränderungen brachte und die subjektiven Differenzen zwischen französischen und ausländischen Arbeitern noch vergrößerte. Sie war über den Bereich caritativer Nächstenhilfe nie hinausgegangen.

Dazu sind Ansätze in den Beiträgen des Sonderhefts der links-katholisch-linksozialistischen Zeitschrift „Esprit“ vorhanden; die Redaktion dieser seit ihrer Gründung immer oppositionellen Zeitschrift hatte bereits 1939 ein ähnliches Sonderheft unter dem Titel „L'émigration, problème révolutionnaire“ veröffentlicht. Die einzelnen Beiträge können nur kurz charakterisiert werden. Sie enthalten u. a. eine konsequente Kritik der offiziellen Emigrations-Politik, die unter dem Druck wirtschaftlicher Erfordernisse auch nur Ansätze einer Sozialpolitik für die Massen habe vermissen lassen und in den Slums besonders in der Banlieue von Paris ein ansehnliches „Sous-prolétariat“ erzeugt habe. In der Tat verweisen besonders die Wohnverhältnisse gerade der nordafrikanischen Arbeiter in den sog. „bidonvilles“ (Barackenstädten) und ihre physische und mentale Verelendung auf frühindustrielle Zustände und die Aktualität ihrer Kritik in den Frühschriften von Marx und Engels. Die konkreten Lebensumstände der Emigranten sind im Esprit-Sonderheft wie übrigens auch in den inzwischen fast 150 Heften der „Cahiers Nord-africains“, die seit Kriegsende in Paris erscheinen und hauptsächlich

den Problemen der nordafrikanischen Einwanderung gewidmet sind, ausführlich beschrieben. Hier soll nur auf eine Eigenschaftenskala hingewiesen werden, die zeigt, daß die Algerier nicht nur materiell, sondern auch im Ansehen der französischen Öffentlichkeit das Lumpenproletariat bilden. Die Nordafrikaner gelten als „schlechte Charaktere“, „aggressiv“, „heimtückisch“, „arbeits-scheu“, „grausam“, „schmutzig“ usw. In einer Nationalitäten-Rangskala stehen sie ganz am Schluß.

Die Ausländerbeschäftigung stellt die internationale Arbeiterbewegung und die Strategiediskussion vor neue Aufgaben. Ein Beitrag von Bonnet/Santini/Barthelemy im Sonderheft weist die avantgardistische Rolle italienischer Arbeiter in Ostfrankreich im Klassenkampf nach. Diese ist in Ansätzen auch für die nordafrikanischen Einwanderer empirisch zu belegen, soweit sie noch nicht in den kleinbürgerlichen arabischen Sozialismus integriert sind. Hier wird die in den Gewerkschaften und besonders in der P.C.F. organisierte Arbeiterbewegung, die bereits angesichts des vietnamesischen und algerischen Befreiungskampfes versagt hat, mit einem Phänomen von eminenter Bedeutung konfrontiert; bisher hat sie die Herausforderung noch nicht begriffen.

Claus Leggewie (Köln)

Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971. Herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Februar 1971 (450 S., br., o. P.).

Steinhaus, Kurt: Kritik der „Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1971“. Informationsbericht Nr. 6 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, 10. März 1971 (26 S., br., Schutzgebühr 5,— DM).

Die wissenschaftlichen Arbeitsgruppen bei den obersten Staatsorganen der BRD haben im allgemeinen die Aufgabe, die betreffenden politischen Instanzen bei Entscheidungen zu beraten, und sie nennen sich dementsprechend „Sachverständigenrat“, „wissenschaftlicher Beirat“, „Gutachterkommission“, „Planungsstab“ usw. Der Kreis von Wissenschaftlern jedoch, der im vergangenen Jahr von der Bundesregierung den Auftrag erhielt, sich Gedanken zur „Lage der Nation“, d. h. zur Lage in den beiden deutschen Staaten zu machen, blieb nicht ohne Grund namenlos. In der Lebensfrage der Nation, in der Frage ihres Verhältnisses zum Sozialismus glaubt die Bundesregierung offensichtlich auf wissenschaftlichen Rat, wenn auch nicht auf den Beistand von Wissenschaftlern verzichten zu können. An keiner einzigen Stelle des voluminösen Bandes der „Materialien“, die für verschiedene Lebensbereiche einen Systemvergleich zwischen der BRD und der DDR versuchen, wird nämlich auch nur andeutungsweise ein Schluß darauf gezogen, was denn nun innen- oder außenpolitisch in der BRD zu tun ist oder zumindest getan werden könnte. Statt dessen wird wie in einem Warenhaus — von möglichst viel etwas, verkaufsgerecht gestaffelt und bunt verpackt — uninterpretiertes Datenmaterial feilgeboten. Was soll dieser staatlich orga-

nisierte Lagerausverkauf der westdeutschen DDR-Forschung? Was veranlaßt die Bundesregierung dazu, gerade jetzt in einer spektakulären, publikumswirksamen Weise „Unterschiede, Parallelitäten und Ähnlichkeiten in der Bundesrepublik und der DDR für bestimmte sozio-ökonomische Teilbereiche deskriptiv-empirisch aufzeigen“ (36) zu lassen?

Die kurze, aber gehaltvolle Stellungnahme des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen deckt vor allem an Hand von Äußerungen in der Bundestagsdebatte zum „Bericht zur Lage der Nation“ die Hintergründe auf. „Dem SPD-Abgeordneten Mattick blieb es überlassen, die Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber der DDR noch deutlicher zu umschreiben: „Es ist unmöglich ... heute noch davon auszugehen ... daß es sich bei der Bildung der DDR um eine Übergangserscheinung handele ... Und auch dieser Zug ist abgefahren: Die Vorstellung aus der Ära Adenauer/Dulles, ... die Möglichkeit einer machtpolitischen Verschiebung in Europa sei noch gegeben ... Aus dem sogenannten kurzen Weg von Adenauer und Dulles ist ein unendlicher geworden. Nur der lange Weg bietet für uns noch eine Chance, das Ziel zu erreichen. Davon müssen wir ausgehen, wenn wir heute unsere Politik bestimmen“ (4).

Der erste Schritt auf dem langen Weg zum Ziel muß offenbar Polemik gegen die überholten, aber noch weitverbreiteten Vorstellungen der Adenauer/Dulles-Ära sein, und was könnte sich dazu besser eignen als eine mit wissenschaftlichem Pomp aufgemachte simple Aufzählung von Fakten, die in der vorgelegten Form die Wirklichkeit der DDR zwar weder erklärt noch ihr gerecht wird, die aber die Realität der Existenz der DDR in vielen Details festhält und damit beweist.

Die Lage in der DDR wird in den „Materialien“ ebenso wie die in der BRD mit den üblichen verschleiern den Begriffen und Fragestellungen der bürgerlichen Wissenschaft beschrieben: der Arbeiter, Werktätige, Produzent heißt „Arbeitnehmer“; das Produktionsmittel „Kapital“ und das Kapital „Vermögen“; die Selbständigen in der BRD werden mit unzureichenden Erläuterungen den „Selbständigen“ in der DDR, die Ersparnisse hier den Ersparnissen dort trotz gravierender Unterschiede in den Funktionen als vergleichbar gegenübergestellt; der Lebensstandard wird in dem Verbrauch und an den Ersparnissen, nicht auch an den Verhältnissen am Arbeitsplatz gemessen, und für die DDR wird ein Bruttosozialprodukt mit seinen bürgerlichen Wertmaßstäben statt für die BRD ein Nationaleinkommen berechnet. Auch so sagen die Angaben natürlich noch einiges aus, nur ziehen sie in dieser Form den ungeübten Leser — und wo wird hierzulande schon ein Blick für solche „Feinheiten“ geschärft — praktisch unwiderstehlich auf die Bahn des bürgerlichen Vorurteils gegen die DDR.

Vor den aufschlußreichsten Teil des Bandes, den fast 200 Seiten starken Tabellenanhang ist eine ganze Batterie von Wegweisern gesetzt: zunächst der Bericht der Bundesregierung zur „Lage der Nation“, in dem sogar Jacques Duclos von der französischen KP mit

einigen natürlich nicht auf das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten bezogenen Äußerungen zum Patriotismus für die Ostpolitik der Bundesregierung ins Feld geführt wird; dann das Vorwort des zuständigen Ministers für „innerdeutsche Beziehungen“; danach die Einleitung der Wissenschaftler, in der sie ihre „kritische Rationalität“, ihre „Objektivität“, ihren „Reformwillen“ und ihre „Offenheit“ anpreisen; jeweils vor und zu den einzelnen Kapiteln kurze, stark hervorgehobene Zusammenfassungen; dann erst der eigentliche Text.

Die „Materialien“ beruhen nach den Verfassern auf drei „Grundaxiomen“: die beiden deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sind erstens leistungsorientiert, sie sind zweitens auf Wachstum und Modernisierung gerichtet und sie sind drittens durch steigende Ausgaben für Wissenschaft und Bildung gekennzeichnet (34). Die insgesamt 8 Kapitel beschäftigen sich unter starker Ausrichtung auf quantitativ erfaßbare Beziehungen im einzelnen mit folgenden Themen: Die beiden deutschen Staaten in der Welt und ihr Verhältnis zueinander; Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur; Produktion und Produktivität; Hauptfaktoren der Infrastruktur; Einkommen, Verbrauch, Lebenshaltung; Hauptaspekte der Sozialen Lebenssicherung; Bildung und Ausbildung; zur Situation der Jugend.

Die Zusammenfassungen vor den Kapiteln sind nur ein für den eiligen Leser auf Lexikonniveau verdünnter Aufguß der Informationen im Text. Hier wie dort werden nach einem Plus-Minus-Gleich-System Daten verschiedenster Art, systemindifferente ebenso wie systembezogene, einander gegenübergestellt. Es ist nicht zu erkennen, wonach sich die Auswahl innerhalb der Kapitel jeweils richtete. Die verschiedenen Informationen sind offenbar nur dadurch miteinander verbunden, daß sie sich in irgendeiner Hinsicht auf die Kapitelüberschriften beziehen, die ihrerseits wiederum keine Thesen, sondern nur Oberbegriffe sind. In diesem Sammelsurium von Fakten fehlt jede Orientierung an konkreten politischen Problemen, wird nichts historisch oder aus dem Systemzusammenhang erklärt und werden an keiner Stelle politische Forderungen abgeleitet. Entscheidende Unterschiede werden nicht herausgearbeitet, sondern dem Leser unter einem Haufen von nebensächlichen Angaben verborgen.

Steinhaus zeigt, daß darüber hinaus an einigen wichtigen Stellen an sich zutreffende Aussagen einen völlig falschen Eindruck hinterlassen müssen. Wo beispielsweise gesagt wird, daß auf 10 000 Hektar Getreidefläche in der BRD 311, in der DDR dagegen nur 78 Mähdrescher kommen, wird unterschlagen, daß 1969 in der DDR 98,2 % der Getreidefläche — mehr als in der BRD — mit Mähdreschern abgeerntet wurden (19). Die Schlußfolgerung, daß sich der Abstand im Niveau des realen Sozialprodukts zugunsten der BRD vergrößert hat, verkehrt sich in ihr genaues Gegenteil, wann man als Basisjahr nicht — allen Regeln der statistischen Kunst widersprechend — das Krisenjahr 1960, sondern etwa das Jahr 1963 wählt (16). Es wird viel Mühe darauf verwendet, nachzuweisen, daß die Arbeits- und „Kapital“produktivität in der DDR niedriger ist als in der BRD; über eine der möglichen Ursachen dafür, durch die Produktionsverhältnisse

bedingte Unterschiede in der Arbeitsintensität, schweigt man sich hingegen aus, obwohl man keineswegs vergißt, die „Kapital“intensität zu errechnen, die in der BRD höher ist.

Trotz aller Verschleierung sind die „Materialien“, vor allem die zahlreichen Tabellen im Anhang und im Text für jeden, der sie auf der Grundlage von weitreichenden Vorkenntnissen mit kritischer Aufmerksamkeit lesen kann, eine nützliche Informationsquelle. Da insbesondere die Massenmedien immer wieder auf sie zurückgreifen, bleibt nur zu hoffen, daß die notwendigen Ergänzungen bald in einem Dokument nachgeliefert werden, das noch weitaus ausführlicher auf die in den „Materialien“ angesprochenen Themen eingeht, als es Steinhaus auf wenigen Seiten mit allerdings auch so schon eindrucksvollen Beispielen, Gegenthesen und Andeutungen tun konnte.

Man muß befürchten, daß die Wissenschaftler im Dienst der Bundesregierung, die ihre Arbeit mit einem „empirisch-deskriptiven Vergleich der Herrschaftssysteme, der Wirtschaftsordnungen, der Rechtssysteme und der Kultur- und Wissenschaftssysteme fortsetzen wollen, dazu wenig beitragen, sondern auch weiterhin mit kritischer Rationalität all die „Werturteile“, Tatsachen und Fragestellungen ausklammern, die Zweifel an der Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der BRD wecken könnten.

Josef Deckers (Berlin)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DDR - Wirtschaft.

Eine Bestandsaufnahme von Peter Mitzscherling u. a., Fischer Bücherei Bd. 6137, Frankfurt am Main und Hamburg 1971 (383 S., Pb., 5,80 DM).

Diese Gemeinschaftsarbeit von 11 Mitgliedern der DDR-Abteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) legt die bereits in den „Materialien zur Lage der Nation“ veröffentlichten Daten zur Wirtschaft der DDR einem breiteren Leserkreis vor. Aber sie ist weit mehr als bloß eine Taschenbuchausgabe eines Teils der „Materialien“, nicht nur, weil sie auf marktschreierische Darbietung zugunsten einer umfassenden und systematischen Darstellung verzichtet, sondern vor allem, weil auch die Organisation der Wirtschaft beschrieben wird und weil wichtigere Daten oft auch historisch oder aus dem Systemzusammenhang erklärt werden — alles kurz, aber ungewöhnlich prägnant und gut plaziert.

Kernstück der Arbeit ist eine den Linien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung folgende Analyse von Struktur und Entwicklungsniveau der DDR-Wirtschaft mit den Kapiteln „Produktion“ (Industrie, Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr, Sonstige Wirtschaftsbereiche), „Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts“ (Investitionen, Staat, Private Haushalte) und „Außenwirtschaft“ (Außenhandel, „Innerdeutscher Handel“, RGW). Das einführende Kapitel enthält neben Angaben zu Gebiet, Bodenschätzen, Bevölkerung, Beschäftigung, Anlagevermögen und Verkehrsnetz einen informationsreichen Überblick über Struktur und aktuelle Probleme des Systems der Planung und Leitung. Im Anhang findet der Leser 96 Tabellen,

eine sehr kurze Beschreibung des Sozialleistungssystems der DDR und einen Auszug aus dem Kennziffersystem für den Jahresplan 1971. Die Autoren verzichten glücklicherweise darauf, nach dem Beispiel der „Materialien“ mechanisch Punkt für Punkt den Saldo zur BRD zu ziehen; sie bemühen sich darum, die Wirtschaft der DDR als Ganzes zu sehen und zu beurteilen.

Vorwort, Fragestellung und Schlußfolgerungen bestimmen die Tendenz des Buches. Der Leiter der DIW und frühere Parlamentarische Staatssekretär in Schillers Wirtschaftsministerium, Klaus Dieter Arndt, legt im Vorwort die Aufgaben des „westlichen, eben nicht-parteiischen, sich nicht absichtlich irrenden Wissenschaftlers“ (23) in der DDR-Forschung fest. „Staatliche Planwirtschaft bei uns ist abzulehnen, gegebenenfalls zu bekämpfen. Doch was fremd bleibt und für uns falsch wäre, kann für die DDR bei sich richtig sein: zwar ist die sozialistische Planwirtschaft trotz aller Modifizierung ein wirtschaftliches Hemmnis; doch sie ist ein zweckmäßiges Instrument zur Konzentrierung und Sicherung staatlicher Macht“ (23). Arndt meint hier wohlgerne „Konzentrierung und Sicherung staatlicher Macht im Interesse der politischen Führung“. Was von dieser immer wiederkehrenden, nie begründeten Behauptung zu halten ist, zeigt am besten ein Schaubild auf Seite 199, aus dem hervorgeht, daß die Einkommensverteilung in der DDR wesentlich gleichmäßiger ist als in der BRD und daß sie von 1966 auf 1967 noch weiter nivelliert worden ist.

Aus den Fehleinschätzungen der bisherigen DDR-Forschung zieht Arndt folgenden Schluß: „Der westliche Wissenschaftler stellt heute die Gesamtheit des politisch-ökonomischen Systems der DDR bei der täglichen Analyse nicht mehr in Frage. Er informiert über die Lage, gibt vielleicht Ratschläge, die in das System passen, aber ‚schafft es nicht mit seinen Vorschlägen ab‘. Diese Art des wissenschaftlichen Umgangs mit der DDR stößt auf eine sehr große Aufnahmebereitschaft der Benutzer wissenschaftlichen Materials. Sie ist weit größer als jemals zuvor: sowohl im Westen, der sich auf die DDR einrichtet, wie in jenem Teil des Ostens, der Zugang zu Westveröffentlichungen hat und mit den eigenen Analysen und Erfahrungen vergleichen will. . . . Auch diese Form der Information und Wertung wird bei der Staatsführung der DDR wenig Anklang finden. Es verbleibt genug an Zielkonflikten oder Widersprüchen, deren Aufdeckung die Besitzer der Staatsmacht für überflüssig halten“ (23/24). Will das DIW etwa von nun an mit uneigennütziger Hilfe bei der Lösung von Problemen der Planung und Leitung Wiedergutmachung leisten für den wirtschaftlichen Schaden, den unseriöse westdeutsche Wissenschaftler in der Vergangenheit durch antikommunistische Propagandakampagnen angerichtet haben? Gegen eine solche Vermutung spricht nicht nur die kritiklose Polemik gegen die Staatsführung der DDR, sondern — mehr noch als einzelne Wendungen im Text („mitteldeutsch“, passim; „den zu Kriegsverbrechern oder führenden Nationalsozialisten erklärten [!] Personen“, 25; „Duldung der Demonstagen“, 56; „Aufgabe der Einkommenspolitik ist es, unerwünschte

Einkommenserhöhungen zu verhindern“, 190 und andere) — vor allem das, was nicht drin steht.

Ein Buch, das westdeutsche Schüler, Studenten, Lehrer, Journalisten „objektiv“ — und das heißt doch auch: entsprechend dem Bewußtseinsstand und den Interessen der Leser — über die Wirtschaft der DDR, über „sozio-ökonomische Fragen und Probleme der DDR“ (22) informieren will, müßte doch *eine* Frage geradezu in den Mittelpunkt der Diskussion stellen: Welche Rolle spielt der Werktätige in der Wirtschaft der DDR, welche Stellung nimmt er im Produktionsprozeß ein? Aber um genau diese Frage schleichen die DIW-Autoren, so unvoreingenommen sie sonst auch die Lage betrachten, wie Katzen um den heißen Brei herum. Dafür drei Beispiele:

1. Die Arbeitsorganisation ist gewiß ein wichtiger Bestandteil der sozial-ökonomischen Verhältnisse. Das Buch sagt dazu nur an einer einzigen Stelle etwas, und zwar in folgendem Zusammenhang: Ende der fünfziger Jahre machte die DDR den Versuch, die Verbrauchs-güterversorgung schnell an das westdeutsche Niveau anzupassen. Der Grund dafür war laut Text der zunehmende „Menschenverlust“. Dann heißt es weiter: „Die Lösung dieser Aufgabe . . . sollte durch ‚Neuerermethoden‘ und forcierten ‚sozialistischen Wettbewerb‘ in allen industriellen Bereichen ermöglicht werden“ (57). Neuerermethoden und sozialistischer Wettbewerb also deshalb, weil der politischen Führung die Untertanen wegliefen. Kein Wort darüber, was denn nun Neuerermethoden sind, was sozialistischer Wettbewerb bedeutet. Die Anführungszeichen reduzieren diese Arbeitsformen vielmehr auf bloße Vokabeln, mit denen die SED die Bevölkerung zu überlisten versucht.

2. Im Abschnitt über die industrielle Produktion kommen die Autoren zu dem Schluß, daß der Rückstand in der Arbeitsproduktivität im Vergleich zur BRD nicht allein mit unterschiedlichen Kapitalintensitäten erklärt werden kann, sondern auch auf eine niedrigere „Auslastung des Produktionspotentials“ (BRD 91 v. H., DDR 80 v. H.) zurückzuführen ist (126). Das sieht sehr schlimm aus. Ist die Planung nicht wirklich miserabel? Gibt es etwa große Arbeitslosigkeit? Wenn nicht offene, so vielleicht versteckte? Solche Fragen werden hier gar nicht erst gestellt. Um so leichter findet der geneigte Leser eine Antwort, die zu seinen sonstigen Vorurteilen paßt. Denkt man aber über das Problem ernsthaft nach, kommt man nicht um die Frage herum, ob die geringere „Auslastung des Produktionspotentials“ nicht auch sehr viel mit der geringeren „Auslastung“ des Produktionsfaktors Arbeitskraft, d. h. mit dem humanen Charakter des Arbeitsprozesses zu tun hat. Davon zu reden hüten sich die Autoren wohlweislich.

3. Im Abschnitt über die Landwirtschaft sprechen die Verfasser über die Betriebsformen, ohne auf den Inhalt dieser „Formen“, ihre Bedeutung für den Bauern in seiner täglichen Arbeit irgendwie einzugehen. Anschließend finden sie die landwirtschaftliche Beschäftigtenquote im Hinblick auf die Größe der Betriebe „unangemessen

hoch“ (140). Eine unter anderen Ursachen für die zu hohe Quote sehen sie darin, daß „der Zusammenschluß ehemals selbständiger Bauern zu LPG unmittelbar keinen Freisetzungseffekt von Arbeitskräften zur Folge (hatte), da diese Bauern nunmehr als LPG-Mitglieder in der Landwirtschaft bleiben — anders als bei Strukturänderungen in westlichen Ländern, wo die Aufgabe des eigenen Betriebes in der Regel mit dem Ausscheiden aus der Landwirtschaft verbunden ist“ (140). Aus dem vielfältig umschriebenen Bauernlegen in der BRD wird hier im Handumdrehen ein Planungsfehler der DDR. Aber wie kommt es denn, daß Strukturänderungen in der DDR keinen „unmittelbaren Freisetzungseffekt“ haben? Wie wird in der DDR das Problem der Sicherung einer hinreichenden Mobilität der Arbeitskräfte gelöst? Keine Frage: keine Antwort.

Es gibt im Text noch einige andere Stellen, die in Form und/oder Inhalt eindeutig tendenziös sind. (So wird z. B. da, wo über die Grundlage für die Enteignungen gesprochen wird [26], neben den Befehlen der sowjetischen Militäradministration auch die Volksabstimmung in Sachsen erwähnt, jedoch das Ergebnis dieser Abstimmung [mehr als 78 v. H. für Enteignung, ähnliches Ergebnis in Hessen] verschwiegen, obwohl sonst jede verfügbare Zahl geradezu begierig aufgegriffen wird.) Solchen Stellen stehen jedoch auch andere mit wertvollen Einsichten gegenüber. („Bemerkenswert ist vor allem, daß in der DDR die Berufe der Wirtschaftsleitung und Verwaltung erheblich geringer vertreten sind“ als in der BRD [40]. In den Nachkriegsjahren ging der wirtschaftliche Aufbau weitgehend zu Lasten des privaten Verbrauchs, „weil — anders als in der BRD — ausländische Hilfe fehlte“ [56]. Die DDR hatte 1968 ein Wohnungsdefizit von nur 1 v. H. des Wohnungsbestandes [1961 noch 10 v. H.], die BRD dagegen eins in Höhe von 2,7 v. H. [134]. Die Behauptung der Preisausbeutung der DDR durch die UdSSR „ist statistisch-empirisch weder zu belegen noch zu widerlegen“! [226].)

Der im großen und ganzen recht ausgewogenen Darstellung derjenigen Fragen, die überhaupt zur Diskussion gestellt werden, entspricht eine deutlich erkennbare Vorsicht in den Schlußfolgerungen. Die Autoren verhehlen nicht ihren Respekt vor den Pionierleistungen der DDR (92), verkneifen sich andererseits aber auch nicht den üblichen Hinweis auf die Überlegenheit „marktwirtschaftlicher Systeme“ (90). Mängel in der Infrastruktur, zu geringe Flexibilität des Planungs- und Bilanzierungssystems, Vernachlässigung der nicht strukturbestimmenden Zulieferindustrien und nicht ausreichende Reserven werden als Ursachen für die 1970 eingetretenen Wachstumsstörungen genannt (255). „Geht das soeben begonnene Planjahr fünf vorüber, ohne daß es gelungen ist, sie (die Früchte der erheblichen Bildungsinvestitionen der Vergangenheit, J. D.) zu ernten, wird es der politischen Führung der DDR noch (!) schwerer fallen, den Anspruch der Überlegenheit ihres (!) Wirtschaftssystems aufrechtzuerhalten“ (257). Als guter Rat ein Wink mit dem Zaunpfahl: Ehrgeizige Ziele zurückstecken! Export nicht so stark ausweiten! Ausländische Kredite in Anspruch nehmen! (257, 256).

Fazit: Das Buch der DIW-Autoren ist durch das, was es verschweigt, gefährlich, und durch das, was es mitteilt, nützlich. Wer sich über die DDR informieren will, sollte es lesen. Es kann sogar all denen empfohlen werden, die sich von der sektoralen Struktur jeder Volkswirtschaft — gleich, welchen Charakters — ein möglichst konkretes Bild machen wollen.

Josef Deckers (Berlin)

Immler, Hans: Agrarpolitik in der DDR. Verlag Wissenschaft und Politik. Köln 1971 (22 S., br., 28,— DM).

„Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft wurde die Bauernbefreiung in der DDR zu Ende geführt. Die Landwirtschaft der DDR ist der westdeutschen Agrarwirtschaft um eine historische Epoche voraus.“ (Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, 195.) „Eine Betrachtung der strukturellen Maßnahmen in der Landwirtschaft der Bundesrepublik und in der Landwirtschaft der DDR läßt den Schluß zu, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in beiden Staaten weiter divergieren wird.“ (Materialien zum Bericht zur Lage der Nation, Ziffer 239.) Weder die „Materialien“ noch das DDR-Taschenbuch des DIW geben Auskunft darüber, warum die Landwirtschaft der DDR der Landwirtschaft in der BRD um eine historische Epoche voraus ist und weshalb sich daran in absehbarer Zeit nichts ändern wird. Das Buch von Immler schließt diese Lücke mit einem Überblick über Entwicklungsstufen, Entwicklungsstand und Entwicklungskonzeption der Landwirtschaft in der DDR. Durch gründliche Auswertung der Literatur ist es dem Verfasser gelungen, von der Agrarbiologie bis zu den ländlichen Wohnverhältnissen alle Merkmale zu erfassen, die die Produktionsweise in der Landwirtschaft der DDR bestimmen. Dabei wird manches nur angedeutet oder enumerativ registriert. Wichtige Hinweise findet man jedoch vor allem zu der Frage nach den Ursachen für das bisher relativ geringe Niveau der Produktivität und zu der Frage nach dem Zusammenhang zwischen den neuen Kooperationsformen und der Industrialisierung der Landwirtschaft. Ein nicht ganz reibungsloses Nebeneinander verschiedener Sprachschichten, Abkürzungen auf dem Weg vom Abstrakten zum Konkreten und vermeidbare Wiederholungen behindern an einigen Stellen den Leser, beeinträchtigen die Ausstrahlungskraft des Gegenstands insgesamt jedoch nicht zu stark.

Josef Deckers (Berlin)

Kornai, János: Mathematische Methoden bei der Planung der ökonomischen Struktur. Unter Mitarbeit von Tamás Lipták und Péter Wellisch. Verlag die Wirtschaft, Berlin/DDR 1966 (492 S., geb., 38,— M).

Das Buch des ungarischen Wirtschaftstheoretikers und Planungsspezialisten Kornai ist nicht nur ein sehr bemerkenswerter Beitrag zur mathematischen Planungstheorie. Es ist zugleich auch ein vorzügliches Lehrbuch der sozialistischen Wirtschaftsplanung.

Die Konstruktion empirisch gehaltvoller Großmodelle unter Verwendung leistungsfähiger Datenverarbeitungsanlagen läßt erstmals theoretische Kalküle erwarten, die der Komplexität der Probleme zentraler Wirtschaftsplanung angemessen sind. Die traditionelle Planungstheorie der sozialistischen Länder, die überwiegend historisch-institutionell ausgerichtet war und damit eher „ordnungspolitischen“ Charakter hatte, war kaum in der Lage, für konkrete planerische Entscheidungen Strategien rationalen Handelns abzuleiten. Die Planungspraxis behalf sich daher mit der Technik der Planbilanzen und pragmatischen trial-and-error-Verfahren.

Der erste Abschnitt des Buches beschäftigt sich, knapp und klar, mit diesen traditionellen Methoden. Die Unterscheidung Kornais in den — explizit geplanten — „dokumentierten Teil“ der insgesamt relevanten ökonomischen Variablen und den „nicht dokumentierten“ Teil — der nur in den Köpfen der Planer berücksichtigt oder auch nicht berücksichtigt wird, — erklärt viele charakteristische Mängel des bisherigen administrativen Prioritätsplanungssystems und weist die Richtung für Möglichkeiten seiner Verbesserung.

Mit dem nächsten Abschnitt beginnt die Behandlung der neueren Techniken und ihrer Einsatzmöglichkeiten: zuerst der Input-Output-Analyse. Sie ermöglicht es insbesondere, den Grad der inneren Widerspruchsfreiheit der Pläne zu erhöhen. In den beiden darauf folgenden Teilen wird eine äußerst geschickte Darstellung der linearen Programmierung geboten. Kornai versteht es, bis an den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung heranzuführen und Probleme wie Sensitivitätsuntersuchungen, Sicherheitsoptimierung und Stochastisierung darzustellen und doch auch für den mathematisch weniger versierten Leser interessant zu bleiben. Er erreicht dies sicherlich nicht zuletzt deshalb, weil er diese Verfahren anhand seiner eigenen konkreten Erfahrungen und Ergebnisse darstellt, die er bei der modellmäßigen Abbildung einiger Branchen der ungarischen Industrie und bei einigen anderen Planungsrechnungen gewonnen hat.

Ein vierter Teil beschäftigt sich mit den kalkulatorischen Bewertungen (Preisplanung). Interessant vor allem seine Berechnungen zum — im Verlauf der Wirtschaftsreformen mittlerweile eingeführten — Produktionsfondabgabefaktor und zu Außenhandelspreisen und Devisenkursen. An diesen Beispielen wird gleichzeitig der praktische Einsatz der Input-Output-Analyse für wirtschaftspolitische Probleme gezeigt.

Auf jeden wichtigen Abschnitt folgt ein Vergleich der mathematischen Methoden mit den traditionellen und die Einschätzung ihrer Verwendbarkeit in der Planungspraxis. Bestehend hierbei die sachliche und undogmatische Haltung, in der die Beurteilung erfolgt — undogmatisch sowohl gegenüber dem traditionellen System wie in dem Fehlen jeder Überschätzung der mathematischen Zentralplanung.

Als fünfter und letzter Teil schließt sich die wichtige Verbindung der Modelle auf Zweigelebene mit der zentralen Planung an. Die Mo-

delle zur Zweiebenenplanung und zur Lösung der daraus resultierenden komplizierten Modellstrukturen mittels Dekompositionsverfahren haben Kornai und seinem Mitarbeiter Lipták weltweit Beachtung verschafft. — Die Anhänge sind vor allem für mathematisch Vorbildete interessant.

Es gibt m. E. kein besseres Buch über die Planungsverfahren in sozialistischen Volkswirtschaften. Es hat durch die seitherigen Reformen nur an Relevanz gewonnen. Christof Helberger (Frankfurt/M.)

Maier, Harry, Gerhard Schilling, u. Klaus Steinitz: Zu Grundfragen der sozialistischen Wachstumstheorie Reihe Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 28, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1968 (269 S., brosch., 11,20 M).

Es handelt sich um eine breite Monographie zu Fragen des wirtschaftlichen Wachstums. Sie enthält untereinander abgestimmte Beiträge einer Gruppe von Ökonomen, welche „erste Ergebnisse“ der Wachstumsforschung der DDR geben wollen.

Das Buch enthält Beiträge

- zum Ziel des Wachstums im Kontext der sozialistischen Gesamtzielsetzung,
- zu den Wachstumsfaktoren (Arbeit, Kapital bzw. produktive Fonds, Produktivitäten u. a.),
- zum quantitativen Einfluß und zu empirischen Meßproblemen der Wachstumsfaktoren,
- zu Wachstumsmodellen und ihrer Verwendung allgemein und
- zur empirischen Information über die einzelnen Faktoren, die das Wachstum der DDR-Wirtschaft beeinflußt haben.

Der theoretische Teil des Buches macht deutlich, daß von den Ökonomen in der DDR jetzt im Prinzip alle wichtigen Ansätze der Wachstumstheorie, von Cobb-Douglas-Produktionsfunktionen über Modelle vom Harrod-Domar-Typ bis zum Humankapitalkonzept der Bildungsökonomie verwendet werden. Vor allem die Beiträge von Harry Maier geben davon Zeugnis.

Die empirischen Teile bringen verschiedene Wachstumsstatistiken über die DDR und über Ländervergleiche. Hervorzuheben sind vielleicht die Forschungs- und Bildungsstatistiken. Der Wert der Zahlen wird jedoch durch Unvollständigkeit in der Kommentierung der Tabellen beeinträchtigt. Der Leser weiß oft nicht, ob er Nominal- oder Realzahlen vor sich hat, wie die statistischen Begriffe abgegrenzt sind u. ä.

Die referierten Ergebnisse sind überwiegend sehr elementarer Art. Wer sich in der Wachstumsliteratur etwas auskennt, dem werden die theoretischen Passagen des Buches kaum neue Ergebnisse vermitteln können. Neue Ansätze, welche spezifische Probleme des Wachstums sozialistischer Volkswirtschaften einbeziehen würden (vgl. Titel), konnte der Rezensent nicht feststellen. Auch als Lehrtext ist die trotz der breiten Darstellungsweise inhaltlich recht kursorische Abhandlung nur beschränkt geeignet. Christof Helberger (Frankfurt/M.)